Unter dem Scheinwerfer

Rudolf Emil Martin

365

Unter dem Scheinwerfer

von

Rudolf Martin

Unter dem Scheinwerfer

Von dem früheren Regierungsrat Rudolf Martin sind folgende Bücher veröffentlicht worden:

Die Ausschließung der verheirateten Frauen aus der Fabrik (1897).
Die Eisenindustrie in ihrem Kampf um den Absatzmarkt (1904).
Die Zukunft Rußlands und Japans (1905).
Die Zukunft Rußlands (1906).
Berlin-Bagdad, das Deutsche Weltreich im Zeitalter der Luftschiffahrt 1910—1931 (1907).
Das Zeitalter der Motorluftschiffahrt (1907).
Kaiser Wilhelm II. und König Eduard VII. (1907).
Die wirtschaftliche Krisis der Gegenwart (1907).
Die Eroberung der Luft (1907).
Billiges Geld (1908).
Die Zukunft Deutschlands (1908).
Stehen wir vor einem Weltkriege? (1908).
Der Verlust des Luftkreuzers (1908).
Von Ikarus bis Zeppelin (1908).
Deutschland und England (1908).
Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II. (1909).
Der Weltkrieg in den Lüften (1909).
Wright und Zeppelin (1909).
Luftpiraten und andere Fluggeschichten (1910).
Deutsche Machthaber (1910).

Unter dem Scheinwerfer

von

Rudolf Martin

Erste bis vierte Auflage

Verlegt bei Schuster & Loeffler
Berlin und Leipzig · September 1910

Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

Inhaltsverzeichnis.

Vor der roten Flut.

Vor dem Sturme prüft man das Haus auf seine Wetterfestigkeit. Je stärker der drohende Orkan, um so sorgfältiger ist das Äußere und Innere des Hauses auf die Gefahr vorzubereiten.

Das Deutsche Reich steht vor der Revolution — sagen die einen. Das Deutsche Reich steht vor einer schweren Krise — sagen die anderen. Die politischen und sozialen Stürme der kommenden Jahre dürften so heftige sein, daß kleine Ursachen sofort die größten Wirkungen haben können. Etwas mehr an Ungeschicklichkeit, an Trotz oder Indolenz läßt das Maß überlaufen. Ein unscheinbarer Zufall kann die furchtbare Explosion herbeiführen.

Warum? Wegen totaler Unfähigkeit der Regierenden! Es ist verkehrt, zu glauben, daß sich alles von allein entwickelt. Gewisse Hindernisse müssen rechtzeitig aus dem Wege geräumt sein. Zu bestimmten Zeiten darf der leitende Minister kein weltfremder unpolitischer Bureaukrat und Philosoph sein. Es gibt Augenblicke, wo zur Leitung des Staates ein Staatsmann unentbehrlich ist.

Ein Streichholz ist eine sehr wohltätige Erfindung. Aber man soll Kinder nicht mit Streichhölzern

spielen lassen, und besonders nicht in einer Dynamitfabrik. Die sozialdemokratische Bewegung kann ohne Schwierigkeit dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der Menschheit dienstbar gemacht werden. Aber man darf ihre Behandlung und Verwertung nicht der Ungeschicklichkeit unserer Bureaukraten von der Art eines Bethmann Hollweg oder Wermuth anvertrauen.

Fürst Bismarck sagte Anfang 1894, also einige Zeit vor dem Sturze Caprivis: „Caprivi ist nicht der Schlimmste. Wenn erst einmal ein richtiger preußischer Bureaukrat Reichskanzler werden sollte, dann wird dies den Ruin des Deutschen Reiches bedeuten." So erzählte damals sein Sohn Herbert, der diese Überzeugung des Vaters teilte.

Heute ist ein richtiger preußischer Bureaukrat Reichskanzler. Und wenn Bethmann Hollwegs Kanzlerschaft auch bald durch seine vollkommene Unfähigkeit ein Ende finden wird, so besteht doch keine Garantie, daß sein Nachfolger nicht abermals ein richtiger preußischer Bureaukrat ist. Alle Welt spricht von der kommenden roten Flut. Und Bethmann Hollweg selbst! In seiner Hilflosigkeit schätzt er die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten auf 140, wenn die bürgerlichen Parteien sich nicht sammeln. Unter wessen Ägide? Auf welches Programm?

Am Präsidium sitzt ein Greis,
Der sich nicht zu helfen weiß.

So singen die fröhlichen Studenten. So sagen lachend die Politiker aller Parteien, soweit sie sich ihren

Humor bewahrt haben. Wohin der führerlose Kahn durch die rote Flut der Reichstagswahlen getrieben wird, weiß kein Mensch. Jedermann ist gespannt wie auf den Ausgang eines Rennens. „Wir gehen interessanten Zeiten entgegen", hört man von den Angehörigen aller Parteien. Die meisten denken: „Zum Glück hat die Regierung das Recht der Auflösung!" Schon gibt es Leute, welche die Lebensdauer des kommenden Reichstags auf weniger als ein Jahr berechnen. Manche Reichstagskandidaten fragen sich, ob es diesmal überhaupt der Mühe lohnt, sich an dem Rennen zu beteiligen.

Niemals ist die Verwirrung eine größere gewesen. Niemals haben die zahlreichen Parteien im Reiche sich heftiger bekämpft. Niemals war innerhalb der einzelnen Parteien die Uneinigkeit größer.

Ist die Lage hoffnungslos? Nur solange uns die Unfähigkeit selbst regiert. Eine fähige Hand kann jegliches Unheil abwenden und die wilde rote Flut zur Vermehrung der Fruchtbarkeit des Ackers eindämmen und verwerten.

Die Parteien.

Zeiten großer Umwälzungen zeichnen sich regelmäßig durch eine allgemeine Zerfahrenheit aus. Die Zerfahrenheit unserer politischen Parteien kann aber nicht gut vermehrt werden. Sie ist eine vollkommene.

Die Parteien wissen selbst nicht mehr, was sie wollen; die Führer wissen es ebensowenig wie die Parteimitglieder. Innerhalb der sozialdemokratischen

Partei gibt es dieselben Streitigkeiten wie innerhalb der nationalliberalen. Wenn an das Zentrum heut die Frage des Schutzzolls oder der Auslegung der Reichserbschaftssteuer oder der preußischen Wahlrechtsreform herantritt, wird dieselbe Uneinigkeit im Zentrum in Erscheinung treten. Auch die Freikonservativen wissen noch nicht, wie sie sich gegenüber der kommenden preußischen Wahlrechtsreform und dem Wiederaufleben der Erbschaftssteuer verhalten werden. Die um Heydebrand haben das geheime Wahlrecht in Preußen schon einmal zugestanden, ohne eigentlich zu wissen, warum. Niemand kann heute sagen, ob die Konservativen das nächstemal auch das direkte Wahlrecht zugestehen oder ob sie jede Reform des preußischen Wahlrechts ablehnen werden.

In der allgemeinen Verwirrung ist nur mit einer sicheren Größe zu rechnen, nämlich mit der allgemeinen Unsicherheit und Unbeständigkeit. Diese Unsicherheit aber ist das Flußbett, in dem der Radikalismus von selbst vorwärts treibt. Je weniger sozialdemokratisch sich bei den kommenden Reichstagswahlen die Sozialdemokratie zeigt, um so mehr Mandate wird sie erwerben. Bei der allgemeinen Verwirrung fallen ihr die Wählermassen ganz von selbst zu. In allen Ländern will die Masse geführt sein, in Deutschland aber ganz besonders. Da nirgendwo ein politischer Wille zu erkennen ist, wählen sie negativ statt positiv, also sozialdemokratisch. Mit der Abgabe ihres Stimmzettels wollen die meisten sozialdemokratischen Wähler nur ihrem Bedauern Ausdruck geben, daß man ihnen keine Wahlparole gegeben hat, oder richtiger: sie wollen sich nicht mehr länger belügen lassen.

Denn immer mehr erkennen die breiten Massen, in welch ungeheuerlichem Umfange sie von allen Seiten belogen werden. Auch der bescheidenste Mann im Volke hat das Gefühl, daß sich in den letzten Jahren zu viele merkwürdige Dinge zugetragen haben. Unwillkürlich sagt er sich, daß in Berlin nicht alles in Ordnung sein kann.

Er entsinnt sich der ungeheuren Aufregung nach Veröffentlichung des Kaiserinterviews und der Novembervorgänge des Jahres 1908. Was war wohl eigentlich an der Sache daran?

Je mehr der Wähler allmählich darüber zu hören bekommt, um so merkwürdiger erscheint ihm die ganze Geschichte, und je mehr er über diese so bestrittenen Dinge nachdenkt, um so mehr verliert er den Glauben an die Wahrheit amtlicher Erklärungen. Auch seiner eigenen Zeitung und Partei mißtraut er.

Am 17. November 1908 war Fürst Bülow nach Einholung der Garantieerklärung vom Kaiser der gefeiertste Staatsmann. In jeder Zeitung las der Wähler von dem ungeheuren Glücke für das Vaterland, daß der Kaiser diesen Staatsmann nicht entlassen, sondern aufs neue mit seinem vollen Vertrauen beehrt habe.

Acht Monate später schied Fürst Bülow aus, weil er trotz aller Bemühungen für seine Idee einer Reichsfinanzreform keine Mehrheit im Reichstag finden konnte. Und doch kam die Reichsfinanzreform zustande, und unterschied sich von derjenigen, die Fürst Bülow plante, nur in ganz geringen Beträgen.

500 Millionen Mark neuer Steuern wurden bewilligt und hiervon 400 Millionen Mark durch in-

direkte Steuern — ganz nach dem Ideale Bülows; nur 55 Millionen Mark Erbschaftssteuern wurden nicht bewilligt, sondern auf andere Weise aufgebracht.

Wenn Fürst Bülow ein so großer und unersetzlicher Staatsmann war, wie auch von den Konservativen bis dahin behauptet wurde, so ist wirklich nicht zu verstehen, daß wegen einer so geringfügigen Änderung seiner Reichsfinanzreform dieser Reichskanzler seine Entlassung nahm und erhielt. Auch der kleine Mann hat das Gefühl, daß sich vielerlei hinter den Kulissen zugetragen haben muß, was den Sturz des Fürsten Bülow herbeigeführt hat. Unwillkürlich erinnert er sich der merkwürdigen Vorgänge im November 1908, die durch die Geheimhaltung des wahren Tatbestandes der Daily Telegraph-Affäre besonders merkwürdig wurden.

„Von wem hat sich eigentlich der Kaiser damals interviewen lassen?" fragt wohl manchmal auch ein gebildeter Wähler seinen Reichstagsabgeordneten. Aber dieser muß ihm erwidern: „Ich weiß es ebensowenig wie Bassermann oder Heydebrand oder Bebel oder Spahn. Niemand kennt die Lösung dieses Rätsels. Aus Respekt vor dem Fürsten Bülow wagten wir damals nicht zu fragen. Heut möchten wir gern die Wahrheit wissen."

Vieles, was sich in den letzten Jahren ereignete, erscheint merkwürdig und unverständlich. Aber vieles ist auch schön und erhebend, und mitunter will es sogar scheinen, als lebten wir Deutschen in der besten aller Welten. Denn überall sehen wir unsere Mitbürger im Wettbewerb, die staatlichen Lasten auf sich zu nehmen.

Als endlich der Zerrüttung der Reichsfinanzen im Frühjahr 1909 ein Halt geboten werden sollte, da überboten sich die Parteien förmlich in der Bereitwilligkeit, die Lasten der Reichsfinanzreform auf sich zu nehmen. Die verbündeten Regierungen hatten den jährlichen Mehrbedarf auf 500 Millionen Mark veranschlagt. Würden sie ihn auf 600 oder 700 Millionen Mark beziffert haben, so hätte der bewilligungslustige Reichstag ihnen diese größeren Summen auch gern bewilligt.

Oft schien es, als sei man nicht in Deutschland. Seit bald 1000 Jahren lehrt die deutsche Geschichte, daß in Deutschland für große nationale Zwecke und besonders für die Kriegsrüstungen des Kaisers Geld kaum aufzutreiben ist.

Wo früher die verschiedenen Stämme und Länder und Nationalitäten sich gegen die Übernahme der Steuern gewehrt hatten, um andere damit zu belasten, da fand ein wahrer Wettlauf der Bewilligungslustigen statt. Die Polen erklärten rundweg: „Was die Reichsregierung verlangt, das werden wir bis auf die letzte Mark bewilligen. Unsere Wähler wollen aber nicht, daß die Bewilligung auf Kosten der Reichen geschieht. Die polnischen Kohlengräber und Landarbeiter im Osten haben nichts zu vererben. Daher wollen sie nicht, daß die Erbschaftssteuer in irgend welcher Form zur Aufbringung des Bedarfs herangezogen wird. Sie wollen selbst zahlen und wollen es nicht dulden, daß die reichen Leute im Berliner Tiergartenviertel oder in Leipzig oder in Hamburg an ihre Stelle treten. Es kränkt den kleinen Mann, wenn die reichen Leute das Geld für unsere

herrliche Flotte und unser großes Heer aufbringen. Der kleine Mann kann auch zahlen. Allerdings hat er wenig bares Geld, aber um so mehr Kinder. Und wir Polen besonders. Je weniger direkte Reichssteuern eingeführt werden, um so sicherer ist es, daß die bewährten indirekten Steuern und Zölle bestehen bleiben, und vielleicht gar noch erhöht werden. Besteuert den Kaffee und den Tee, das Bier und den Tabak höher! Wir polnischen Arbeiter rauchen gern unser Pfeifchen in dem Bewußtsein, die Machtstellung des Deutschen Reiches zu fördern. An die Unterdrückung unserer Nationalität durch die preußische Regierung wollen wir dabei nicht denken. Wir Polen sind auch in anderen Ländern schlecht behandelt worden."

Und die Abgeordneten des Zentrums sprachen: „Was die Polen sagen, ist richtig. Wir stehen auf demselben Standpunkt. Bei weitem der größte Teil des Nationalvermögens und Nationaleinkommens gehört der protestantischen Bevölkerung. An der Börse von Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und Leipzig sind die Katholiken so gut wie unbekannt. Ein reicher Katholik ist fast ein weißer Rabe unter den vielen reichen Protestanten. In Crefeld und in Düsseldorf, in rein katholischen Gegenden, sind die Fabrikanten evangelisch, die Arbeiter katholisch. In einem so wohlhabenden Industrielande, wie Sachsen, gibt es fast überhaupt keine Katholiken. Würden wir die Nachlaßsteuer annehmen, so würden wir Katholiken die Reichslasten auf die Schultern der Protestanten schieben und das tun wir nimmermehr. Denn wie die Polen, so sind auch wir bisher verkannt worden. Wir geben dem Kaiser, was des Kaisers ist. Wenn die

Regierung geglaubt hat, daß sie wegen des Kulturkampfes bisher an uns nicht mit neuen Steuern zur Sanierung der Reichsfinanzen herantreten durfte, so ist sie gewaltig im Irrtum. Die Millionen der katholischen Arbeiter stehen wie ein Mann hinter uns, wo wir endlich Gelegenheit finden, der gesamten Reichspolitik durch Bezahlung aller Ausgaben unser volles Vertrauen auszudrücken. Schade nur, daß Fürst Bismarck unsere Bewilligungslust nicht mehr mit angesehen hat. Wie unsere polnischen Freunde, so werden auch wir bei der Abstimmung eine eiserne Disziplin üben, daß nicht ein einziges Fraktionsmitglied durch Bewilligung der Nachlaßsteuer irgendeinen Betrag auf die reichen Berliner oder Hamburger abzuwälzen sucht. Wir können uns nie wieder vor unseren katholischen Arbeitern im Ruhrgebiet oder Saargebiet sehen lassen, wenn wir ihnen nicht die Garantie geben, daß die Krupps und Stumms, die Kirdorf und Röchling, die Baare und Vopelius von der Nachlaßsteuer verschont bleiben. Für den oberbayrischen Bauer bedeutet der Ankauf von Streichhölzern schon eine Ausgabe. Legt darauf eine Steuer, aber laßt das elektrische Licht in Berlin oder Dresden unbesteuert. Der oberbayrische Bauer will sich auch beteiligen an der Liquidation der politischen Erbschaft des toten Riesen im Sachsenwalde."

Aber während die Ultramontanen und Polen mit bewegten Worten das Recht, die Reichssteuer zu zahlen, für sich in Anspruch nahmen, erhob sich ein Grollen der Erbitterung in den Palästen der Reichen, und die Erbitterung wurde zum Orkan. Alles, was Vermögen besitzt, alles, was etwas zu vererben hat, schloß

sich zu einer einzigen Gemeinschaft der Abwehr zusammen, zum **Hansabund**.

Und der Name war gut gewählt. Hamburger Einflüsse mögen da den Ausschlag gegeben haben.

Herr Krupp von Bohlen und Halbach, dessen Frau Bertha die größte Erbschaft machte, die je in Deutschland gemacht wurde, trat an die Spitze der Bewegung. Er und seine Frau wissen aus Erfahrung, wie bitter es ist, wenn man dem Staate keine Erbschaftssteuern zahlen darf. Wenn die Nachlaßsteuer auch nur 4 % betragen hätte, so würde Fräulein Bertha Krupp 7 Millionen Mark von den rund 187 Millionen Mark des väterlichen Nachlasses mit ihrer Schwester und Mutter zusammen bezahlt haben.

In den Kreisen der Rothschildschen Erben in Frankfurt a. M. war die Erregung nicht geringer. Als der letzte Rothschild im Jahre 1901 starb, hinterließ er ein Vermögen von 266 Millionen Mark. Herr und Frau von Goldtschmidt-Rothschild und ihre Kinder würden gern zusammen rund 10 Millionen Mark Nachlaßsteuer entrichtet haben, aber der Staat wollte sie nicht nehmen, und jetzt sollen die Beträge durch eine Streichholzsteuer von der Masse der kleinen Leute eingezogen werden. Das ist unerhört! Als wenn das Rothschildsche und Kruppsche Geld nicht ebenso gut wäre, wie das der kleinen Leute! Die reichen Leute fühlten sich gekränkt, natürlich ließen sie sich die Kränkung nicht anmerken, sondern benutzten die Schlagworte der Kathedersozialisten, der Schmoller und Wagner.

Sie verlangten mit Ungestüm die Nachlaßsteuer und nach ihrem Sturz die Erbanfallsteuer. Der Name

tue nichts zur Sache! Die Hauptsache sei, daß sie nicht zum Zahlen zugelassen wurden.

Jeder Berliner, der schon einmal über den Leipziger Platz gegangen ist, dürfte davon überzeugt sein, daß Rudolf Mosse zu den reichsten Männern in Berlin gehört. Sein großes Palais auf dem teuren Leipziger Platz markiert die Vermögenslage des Besitzers in den Listen der preußischen Ergänzungssteuer. Rudolf Mosse hat viel, sehr viel zu vererben, aber niemals ist sein Berliner Tageblatt erregter geworden, als damals, wo es für die Nachlaßsteuer und die Erbanfallsteuer in monatelangem heißen Kampfe eintrat. Aber Rudolf Mosse unterlag, er durfte nicht zahlen. Das Reich will sein Geld nicht, seine Setzer sollen zahlen. Natürlich wünscht das Reich nicht, daß die Setzer ihren Verbrauch an viel Tabak und Streichhölzern einschränken und sich auf diese Weise um das Zahlen drücken. Im Gegenteil! Was die Setzer einnehmen, sollen sie möglichst in Bier und Tabak und anderen versteuerten oder verzollten Konsumartikeln anlegen. Denn das Reich muß seine Einnahmen haben und der Reichsetat muß balancieren.

Nachdem die Nachlaßsteuer durchgefallen war, brachten die verbündeten Regierungen die Erbanfallsteuer ein, die den Agrariern geradezu auf den Leib zugeschnitten war. Für landwirtschaftlichen Grundbesitz waren Ausnahmen über Ausnahmen gemacht. Der Rittergutsbesitzer wie der Bauerngutsbesitzer konnte diese Steuer getrost annehmen, denn er hatte weniger zu zahlen und unter weit bequemeren Bedingungen und längeren Fristen als die anderen Volksgenossen. Das Wenige, was man von seinem Nachlasse beanspruchte,

wurde seinen Rechtsnachfolgern so leicht als irgend möglich gemacht. Sie brauchten die Steuern überhaupt nicht sofort zu zahlen, sondern konnten sie als Rente eintragen lassen.

Selten hat sich die Reichsregierung mehr geirrt. Auf die Agrarier machte die bevorzugte Stellung gar keinen Eindruck. Sie erklärten:

„Was wir zu vererben haben, ist nicht viel. Die größten Nachlässe und die Masse aller Nachlässe finden sich in den Städten und in den Industriebezirken. Die rein agrarischen Provinzen, wie beispielsweise Ostpreußen, sind arm gegen die Rheinprovinz, Berlin, Hamburg oder das Königreich Sachsen. Ein sehr großer Teil der reichen Leute gehört überdies der jüdischen Religion oder Rasse an. Unsere Rittergüter gehören uns scheinbar nur äußerlich. In Wirklichkeit haben sie von jüdischen Banken große Hypotheken, die den größten Teil des Wertes darstellen.

Wir wollen nicht haben, daß die Juden, die Industriellen und die Städter für uns die Steuern aufbringen. Die Steuer wird dadurch uns nicht mehr annehmbar, daß man die Rittergüter und Bauerngüter bevorzugt. Wir sind prinzipielle Gegner dieser Nachlaß- und Erbanfallsteuer, weil sie die Bande der Familie zerreist und den ausgeprägten germanischen Familiensinn verletzt. Was mir mein Vater hinterlassen hat, will ich nicht versteuern, sondern als wertvolles Vermächtnis behalten."

Gegen solche Reden der Agrarier kämpfte das Berliner Tageblatt und die ihm damals eng befreundete Panzerplattenpresse mit Macht an. Die berühmte

Kunst des Fürsten Bülow, Menschen zu behandeln und glänzende Reden zu halten, versagte vollkommen. Die Agrarier wurden immer stürmischer.

Wie ein Reiter die Hoffnung nicht aufgibt, daß sein störrisches Pferd schließlich doch noch seinen Weg finden wird, so hoffte Fürst Bülow bis zum letzten Augenblick. Mitunter mag im Innern seiner Seele ein gewisses Mißtrauen erwacht sein, daß es hier mit rechten Dingen zugehe. Wie intim waren doch seine Beziehungen zu den führenden Männern unter den Konservativen. Mit welcher Vorsicht und Kunst hatte er von jeher gerade den ungekrönten König von Preußen behandelt. Mit dem Grafen Schwerin-Löwitz glaubte er ganz vorzüglich zu stehen. Auch mit dem Januschauer und dessen Schwager, dem alten Kanitz, stand er doch so ausgezeichnet. Mit Vorbedacht hatte er zum Chef der Reichskanzlei immer nur konservative Herren gemacht. Erst Konrad, vom Landwirtschaftsministerium, dann den konservativen Abgeordneten von Loebell. Und in den kritischen und energischen Wochen des Kampfes um die Erbanfallsteuer war Loebell mehr denn als je bei den Agrariern. Mitunter hatte er an einem Tage ein halbes, ein ganzes Dutzend an Unterredungen mit den Führern der Rechten und selbst mit den kleinsten unter den antisemitischen Abgeordneten.

Aber Fürst Bülow und Herr von Loebell begingen beide einen Fehler, der stets verderblich wird. Keiner von beiden offenbarte sich dem andern ganz. Fürst Bülow blieb Schauspieler auch gegenüber dem vertrauten Chef seiner Reichskanzlei, der so unzählige Geheimnisse mit ihm teilte. Fürst Bülow offen-

barte ihm nicht, was er im Innern des Herzens besorgte.

Zwischen den Führern der Konservativen, der Zentrumsleute, der Polen und dem Hofe und seinen erklärten Gegnern, die er durch die politische Polizei beobachten ließ, mußte ein geheimer Zusammenhang existieren. Darüber wurde sich Fürst Bülow von Woche zu Woche klarer. Die unangenehmen systematischen Angriffe in dem Martinschen Buche „Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II.“ enthielten manche Informationen, die aus der nächsten Umgebung des Kaisers stammen mußten. Fürst Bülow wußte, daß Hunderte von Exemplaren der gegen ihn gerichteten Artikel in der Gegenwart vom 20. Februar und 11. März 1909 in der kaiserlichen Familie, in der Umgebung, bei Hofe, im Bundesrat, im Staatsministerium Verbreitung gefunden hatten.

Fürst Bülow genierte sich, dem Herrn von Loebell gegenüber den wahren Tatbestand der Daily Telegraph-Affäre und daher auch den ganzen Umfang seiner eigenen Schuld einzugestehen. Die Angelegenheit gehörte allerdings nicht zu Loebells Resort, nur Hammann wußte alles. Die Folge aber war, daß Fürst Bülow dem Herrn von Loebell auch nicht den wahren Verlauf seiner Auseinandersetzung mit dem Kaiser über die Daily Telegraph-Affäre und die Novemberereignisse am 11. März 1909 darzulegen wagte. Vielmehr ließ er Herrn von Loebell, der an dem Versöhnungsdiner zwischen Kaiser und Kanzler am Abend des 12. März teilnahm, in dem Glauben, er befinde sich wieder vollkommen in der Gunst des Kaisers.

Und doch klangen die Worte des Kaisers so ganz

anders wie früher! Das Lachen des Kaisers war nicht mehr das alte, das frische, das herzliche. Und wenn gar kein Zeuge zugegen war, wenn er allein mit dem Kaiser sich unterhielt, war das Verhalten des Kaisers in der Tat ein anderes. Er war freundlicher als vor dem 11. März, wo es nicht zum aushalten war. Aber die Freundlichkeit hatte so etwas Abgemessenes, Ungewohntes, was den Fürsten bis ins Innerste verletzte. Es war ihm zumute, als traue ihm der Kaiser nicht mehr, als vermeide er es, persönliche Fragen des kaiserlichen Hauses mit ihm zu besprechen.

Beim Kronprinzen hatte der Fürst schon längst eine vollkommene Veränderung seiner Haltung wahrgenommen. Der Kronprinz vermied offensichtlich jedes Zusammentreffen mit ihm, und wenn ein Ausweichen unmöglich, war, behandelte ihn der Kronprinz mit verletzender eisiger Höflichkeit. Und die jüngeren Söhne des Kaisers folgten dem Beispiel ihres älteren Bruders.

Fürst Bülow wollte und konnte diese Beobachtungen dem Herrn von Loebell nicht mitteilen. Und Herr von Loebell genierte sich wiederum, den Fürsten darauf aufmerksam zu machen, daß Herr von Heydebrand und Graf Kanitz und Graf Schwerin-Löwitz und Herr von Normann nicht mit der früheren Wärme und Verehrung vom Fürsten sprachen. Als er das erstemal ihnen eine Andeutung machte, Fürst Bülow werde seine Entlassung einreichen, wenn sie der Erbanfallsteuer nicht zum Siege verhelfen würden, da blieben die konservativen Herren so merkwürdig ruhig. Hätte Herr von Loebell von dem Fürsten Bülow erfahren, daß das Ausscheiden des Fürsten aus dem Staats-

dienst bis zum Hochsommer zwischen dem Kaiser und dem Kanzler am Abend des 11. März auf das bestimmteste vereinbart war, so wäre ihm die Haltung seiner konservativen Freunde weniger unheimlich gewesen.

Weil Fürst Bülow und sein Generalstabschef sich nicht offen aussprachen, und dadurch zur vollen Erkenntnis der wahren Sachlage gelangten, hegten sie noch bis zur Abstimmung über die Erbanfallsteuer die Hoffnung, sie werde angenommen werden. Beide arbeiteten mit all den kleinen wirksamen Mitteln, die der Politik des Fürsten Bülow so oft zum Siege hold war.

In meinem Buche „Deutsche Machthaber" S. 359 bis 363 habe ich bereits bewiesen, daß die Konservativen den Fürsten Bülow weder wegen der Wahlrechtsreform noch wegen der Nachlaßsteuer oder Erbanfallsteuer zu Falle brachten. Die Absicht des Fürsten Bülow, das preußische Wahlrecht zu reformieren und in die Reichsfinanzreform eine Nachlaßsteuer aufzunehmen, war den Konservativen bekannt, als sie im November 1908 dem Fürsten Bülow ihr Vertrauen aussprachen und ihn in jeder Weise zu stützen suchten. Fürst Bülow verfügte trotz der Finanzvorlage mit ihrer Nachlaßsteuer vom 3. November 1908 und trotz der Ankündigung der Wahlrechtsreform in der Thronrede vom 20. Oktober 1908 während des ganzen Novembers vollkommen über die konservative Partei in seinem Kampf gegen den Monarchen.

Am 6. November 1908 veröffentlichte die konservative Korrespondenz jene Erklärung des Vorstandes der konservativen Partei, die dem Kaiser größere

Zurückhaltung anempfahl aus Anlaß eines Interviews, welches niemals stattgefunden hat, dessen wesentlicher Inhalt aber von dem Fürsten Bülow selbst schon zuvor wiederholt in die Presse lanciert wurde.

Die Konservativen sind von dem Fürsten Bülow erst ganz allmählich im Frühjahr des Jahres 1909 abgerückt, nachdem ihnen klarer Wein über das Verhalten des Fürsten Bülow in der Daily Telegraph-Affäre eingeschenkt worden war. Noch Ende März 1909 wußten nur die maßgebendsten Führer der Konservativen über die Schuld des Fürsten Bülow in der Daily Telegraph-Affäre vollkommen Bescheid. Am 17. April 1909 wollten noch 33—34 Abgeordnete der konservativen Partei des Reichstags für die Erbanfallsteuer stimmen.

Zwei Fürsten, die die höchsten Hofämter am preußischen Hofe bekleiden, haben sich damals das Verdienst erworben, die Führer der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte über den wahren Tatbestand der Daily Telegraph-Affäre und der Novemberereignisse aufzuklären. Die Führer der Konservativen gelangten zu der Überzeugung, daß Fürst Bülow nicht mehr länger Reichskanzler bleiben könne und daher parlamentarisch gestürzt werden müsse. In der Ablehnung der Erbanfallsteuer erkannten sie das geeignete Mittel.

Als Ersatz der Erbanfallsteuer ließ damals der Direktor des Bundes der Landwirte, Dr. Rösicke, von einem Angestellten im Bureau des Bundes der Landwirte schleunigst die Wertzuwachssteuer ausarbeiten. Diese wurde nun von den Konservativen be-

schlossen, was die Umkehr der 33 Mann aus dem Bülowschen Lager zur Opposition herbeiführte.

Ob die Konservativen von ihrem Standpunkte aus klug gehandelt haben, den Fürsten Bülow durch Ablehnung der Erbanfallsteuer zu Falle zu bringen, erscheint fraglich. Wahrscheinlich werden sie selbst schon jetzt zu der Erkenntnis gekommen sein, und nach der nächsten Reichstagswahl des Jahres 1911 oder 1912 noch mehr zu der Erkenntnis kommen, daß sie einen großen Fehler begangen haben. Sie hätten auch andere Wege gefunden, um den Fürsten Bülow parlamentarisch zu beseitigen. Sie brauchten nur auf Grund meines am ersten März 1909 erschienenen Buches „Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II." eine Interpellation im Reichstage einzubringen und öffentliche Feststellung des wahren Tatbestandes der Daily Telegraph-Affäre zu verlangen. Dadurch hätten sie, vom monarchischen und nationalen Standpunkt aus, dem Fürsten Bülow eine beispiellose Niederlage bereitet. Die öffentliche Feststellung des wahren Tatbestandes hätte den Fürsten Bülow nach dem Urteil des gesamten Reichstages und der gesamten Nation zur Fortführung der Geschäfte und Beibehaltung seiner Ämter unmöglich gemacht. Ein mutiger Angriff imponiert immer. Besonders aber, wenn der Angreifende nichts fordert als Veröffentlichung der Wahrheit über einen Tatbestand, der die gesamte Nation interessiert und der schon zwei Tage lang den deutschen Reichstag unter nie dagewesener Teilnahme der ganzen zivilisierten Welt beschäftigt hat.

Die Herren von Heydebrand und von Normann haben sich aber nicht als große Staatsmänner er-

wiesen. Und dafür wird die konservative Partei die Zeche zu bezahlen haben. Sie haben krumme Wege gewählt, während sie gerade Wege marschieren konnten.

Die Massen aber haben keinen Geschmack an einer heimlichen undurchsichtigen Politik, welche sie nicht verstehen und nicht verstehen können.

Die Konservativen hätten in diesem Augenblick demokratisch und national und monarchisch zugleich sein können und müssen. Der Sturz eines Reichskanzlers in offener Reichstagssitzung ist immer etwas Schönes. Die Massen hätten sich ausgesprochen, daß die Herren auf der Rechten sich nicht vor einem Reichskanzler fürchten. Und die Massen gehen gerne mit einem Manne, der ein ganzer Mann ist. In unserer demokratischen Zeit sehen überdies zur Kurzweil gern einmal die Massen — und wenn es nur die Galeriebesucher sind — mit eigenen Augen einen Reichskanzler erbleichen. Die mutige Aufdeckung all der Machenschaften und Widersprüche der Daily Telegraph-Affäre hätte das Interesse der Massen gefesselt wie ein spannender Kriminalroman. Nur zu gern werfen die kleinen Leute selbst einmal einen Blick hinter die Kulissen des Welttheaters. Und das alles ohne Entree. Und die Zeitungsbesitzer hätten sich schließlich auch durch das gewaltige Anschwellen der Auflagen über den sensationellen Sturz des Fürsten Bülow getröstet.

Wer den wahren Tatbestand der Daily Telegraph-Affäre aus meinem Buche „Deutsche Machthaber" kennt, der weiß, daß das Ansehen des Kaisers durch Aufdeckung der Wahrheit nur gewinnen konnte. Mehr Schuld kann dem Kaiser gar nicht beigemessen werden,

als ihm im November 1908 gegen die Wahrheit zugeschoben worden ist. Heute kennen die Wahrheit nur enge Kreise der Gebildeten und Besitzenden, die ein Buch von 561 Seiten gelesen haben. Durch eine Interpellation der Konservativen hätte sich jeder Landarbeiter und jeder Fabrikarbeiter von der Unschuld des Kaisers überzeugt. Als die Führer der Konservativen bei der großen Operation im November assistierten, kannten sie den wahren Tatbestand des Leidens nicht. Nachdem durch Röntgenstrahlen der wahre Tatbestand festgestellt ist, brauchten sie sich nicht zu genieren, eine zweite Operation herbeizuführen, auch wenn dem kaiserlichen Patienten weder die erste noch die zweite Operation angenehm war.

Die Erbanfallsteuer in ihrer letzten Redaktion sollte 55 Millionen Mark jährlich aufbringen. Ich behaupte, daß nicht 5 Millionen hiervon durch Angehörige oder Wähler der konservativen Partei oder Mitglieder des Bundes der Landwirte aufzubringen waren oder aufgebracht worden wären. Die Herren Agrarier können meiner statistischen Kenntnis einiges Vertrauen schenken. Sobald es zum erben kommt, ist auf dem Lande nur ganz ausnahmsweise etwas zu holen. Und die Inhaber der größten Vermögen auf dem Lande haben weit mehr industrielle als agrarische Interessen, und sind durchaus keine Anhänger des Bundes der Landwirte. Von einem normalen Rittergut oder Bauerngut sind bei der Nachlaßverteilung zunächst einmal die Hypotheken und der Kapitalwert der Renten abzuziehen. Das Vermögen unserer Agrarier erscheint immer größer, als es in Wirklichkeit ist.

Von den 91,6 Milliarden Mark des preußischen

Gesamtvermögens fielen auf die Städte 58,4 und auf das platte Land nur 33,2 Milliarden Mark, nach der Ergänzungssteuerveranlagung des Jahres 1908 für die Steuerjahre 1908/1910 (Mitteilungen aus der Verwaltung über direkte Steuern, Berlin 1908, S. XXI). Und wenn wir nur das platte Land ins Auge fassen, so stehen auch da die industriellen Provinzen an erster Stelle und die reinen agrarischen Provinzen an letzter Stelle. Das Vermögen des platten Landes beträgt im Rheinland 4,9 Milliarden Mark, in Brandenburg 4,5 Milliarden Mark, in Schlesien 4,3 Milliarden Mark, in den agrarischen Provinzen, Ostpreußen aber nur 1,1 Milliarde Mark und in Westpreußen gar nur 805 Millionen Mark.

Die vielen großen Vermögen auf dem platten Lande im Rheinland, Brandenburg, Schlesien sind wirklich keine agrarischen Vermögen. Sie sind industrielle, kommerzielle und Rentier-Vermögen.

In der Mark Brandenburg hat nicht der Regierungsbezirk Frankfurt a. O., der noch teilweise industriell ist, die größte Portion ländlichen Vermögens, sondern der Regierungsbezirk Potsdam, der auf dem Land allein 3,5 Milliarden Mark Vermögen hat. Die Kolonie Grunewald, Zehlendorf, Wannsee und ähnliche Vororte von Berlin, die nicht Städte sind, liefern hiervon den Hauptteil. In der Provinz Westpreußen ist übrigens das Vermögen der Städte immer noch größer, als das Vermögen des platten Landes.

Von den 55 Millionen würde das platte Land in Preußen nur 19 Millionen, die eigentlichen Gutsbesitzer aber höchstens 10 Millionen und die protestantischen nur 5 Millionen aufzubringen haben.

Die Herren von Heydebrand und von Normann haben sich aber auch als schlechte Geschäftsleute erwiesen. Denn durch die Ablehnung der Erbanfallsteuer reizten sie die Wut der Massen gegen die Konservativen, und stellten dadurch für die Zukunft den hohen Zollschutz der Gegenwart in Frage. An der Aufrechterhaltung der hohen landwirtschaftlichen Zölle, wie sie durch den gegenwärtigen Zolltarif in Verbindung mit den Handelsverträgen gegeben sind, haben aber die konservativen Landwirte ein hohes Interesse.

Nach einer Berechnung Brentanos in der Denkschrift „Die deutschen Getreidezölle", Stuttgart 1910, Seite 31, flossen durchschnittlich in jedem der letzten drei Jahre 828 Millionen Mark infolge der Zölle auf Roggen, Weizen und Hafer aus den Taschen der Getreide konsumierenden Bevölkerung in die Taschen der Gutsbesitzer. Würden die Getreidezölle wegfallen, so würde der Preis von Roggen, Weizen und Hafer ungefähr um den Betrag des Zolles sinken, und die Gutsbesitzer würden einen Ausfall von 828 Millionen Mark im Jahre haben.

Durch die rote Flut werden die Getreidezölle in Frage gestellt. Es ist nicht klug von den Agrariern evangelischer und katholischer Religion, eine jährliche Einnahme von 828 Millionen Mark in Frage zu stellen, lediglich um die kleine Ausgabe von 10 Millionen Mark an Erbschaftssteuern zu sparen. Sollten aber alle landwirtschaftlichen Zölle fortfallen, so würde der jährliche Schaden weit höher als eine Milliarde Mark für die deutschen Landwirte sein.

An der Spitze der konservativen Partei und der Zentrumspartei stehen zum Teil noch dieselben Per-

sonen, die in den Jahren 1901—1904 an den Kämpfen um den Zolltarif und den Handelsverträgen teilgenommen haben. Ihnen ist genau bekannt, welchen hohen Wert die deutsche Landwirtschaft auf den Zollschutz legt. Auch wenn sie die Zahlen nicht im Kopfe haben, wissen sie genau, daß diese Interessen unendlich viel größer sind, als der Vorteil einer Ablehnung der Erbanfallsteuer.

Überdies handelte es sich bei dem Erbanfallsteuergesetz nur um die Ausdehnung des schon bestehenden Reichserbschaftssteuergesetzes vom 3. November 1906 auf Ehegatten und Kinder. Wenn Eltern ihre leiblichen Kinder beerben, so hatten sie bereits auf Grund des Reichserbschaftssteuergesetzes vom 3. November 1906 Steuern zu bezahlen. Und doch hatte die Bevölkerung dies nicht als einen Eingriff in das deutsche Familienleben empfunden.

Der Bauer wurde durchschnittlich von dem neuen Erbanfallsteuergesetz überhaupt nicht berührt, da nur ein Nachlaß über 20000 Mark steuerpflichtig war.

Sobald es sich um landwirtschaftliche Grundstücke und Betriebe handelte, war die zu zahlende Steuer um etwa ein Viertel geringer.

Die Steuer war derart abgestuft, daß selbst die wohlhabenden Bauern und kleineren Rittergutsbesitzer noch sehr wenig zu zahlen hatten gegenüber den Großkapitalisten. In ihrem Aufbau richtete sich die Erbanfallsteuer gegen Berlin W, Hamburg, Frankfurt a. M. und die reichen Leute im Ruhrgebiet.

Die Steuer sollte für Ehegatten, sofern gemeinschaftliche Abkömmlinge nicht vorhanden sind, und für Deszendenten, also Kinder, 1% betragen, wenn aber

der Wert des steuerpflichtigen Erwerbs den Betrag von 30000 Mark übersteigt, 1,25%, über 100000 Mark 2%, über 400000 Mark 3%, über 750000 Mark 4%. Die Zahl der Mitglieder des Bundes der Landwirte oder der konservativen Wähler, die mehr als 750000 Mark hinterlassen, dürfte nicht sehr groß sein. Jedenfalls finden sich zehnmal soviel in den Städten, Industriebezirken, unter den Rentiers und unter den Juden.

Das Zentrum und die Polen haben ebensowenig Interesse, für die Steuerbefreiung derjenigen Glücklichen einzutreten, die soeben eine oder mehrere Millionen geerbt haben. Vielmehr sollte die sonst sozial gesinnte Zentrumspartei sich auf den Standpunkt stellen, daß demjenigen, der eine Million Mark erbt, die Abgabe von 4% an das Reich und den eigenen Einzelstaat zukommt.

Bei der sogenannten Stengelschen Finanzreform des Jahres 1906 schlug ein Antrag des Zentrumsabgeordneten Dr. am Zehnhoff vor, neben der Reichserbschaftssteuer durch eine Reichsnachlaßsteuer den Nachlaß als Ganzes, ohne Rücksicht auf die Person des Erwerbers, mit Sätzen von $^1/_{10}$—2 vom Hundert zu besteuern.

Dieser Antrag fand den schärfsten Widerspruch beim preußischen Finanzminister, da er eine Besteuerung der Abkömmlinge und der Ehegatten in sich schlösse.

Im Jahre 1909 verteidigte derselbe preußische Finanzminister, Freiherr von Rheinbaben, Schulter an Schulter neben dem Staatssekretär des Reichsschatzamts die Ausdehnung der Reichserbschaftssteuer

auf Kinder und Ehegatten in der Nachlaßsteuer und später in der Erbanfallsteuer, während das Zentrum beide Gesetzvorlagen bekämpfte.

Das Riesenwerk der Reichsfinanzreform kam im Juli 1909 durch den schwarz-blauen Block der Zentrumsleute und Konservativen zustande, Die Polen stimmten mit den Zentrumsleuten und Konservativen dafür und die Nationalliberalen mit den Freisinnigen dagegen. Mit Erstaunen sah das In- und Ausland, wie leicht es ist, vom deutschen Volke Riesensummen bewilligt zu erhalten. Große Parteien von nationaler regierungsfreundlicher Gesinnung wie die Nationalliberalen und Freisinnigen konnten sich den Luxus erlauben, wegen nebensächlicher Beträge von 55 bis höchstens 100 Millionen Mark die geforderten 500 Millionen Mark und daher die ganze Reichsfinanzreform abzulehnen.

Als die verbündeten Regierungen am 3. November 1908 dem Reichstage die Reichsfinanzreform vorlegten, war niemand im Zweifel, daß die Nationalliberalen und Freisinnigen so ziemlich den ganzen Betrag von 500 Millionen Mark in irgend einer Form bewilligen würden. Unter der Ägide des Fürsten Bülow, der diese Summe forderte, war dieser Reichstag gewählt und der bülowfreundliche liberal-konservative Block zustande gekommen. Auch darüber war im November 1908 kein Zweifel, daß mindestens 400 Millionen Mark durch indirekte Steuern, insonderheit durch Erhöhung der Bier- und Tabaksteuern, aufgebracht werden würden.

Um den Fürsten Bülow zu stürzen, haben schließlich die Polen, Zentrumsleute und Konservativen er-

klärt: Wir wollen die Mithilfe der Nationalliberalen und Freisinnigen bei dem großen Werke der Reichsfinanzreform nicht haben. Wir bewilligen die notwendigen 500 Millionen Mark allein, aber nach unserem Geschmack, der mit dem des Fürsten Bülow nicht übereinstimmt.

Früher wurden die Polen von der offiziösen und insonderheit nationalliberalen Presse als Reichsfeinde hingestellt, weil sie für die Verstärkung der Marine und des Heeres keinen Sinn hätten. Jetzt nach der Reichsfinanzreform waren dieselben regierungsfreundlichen und nationalen Kreise von einer wahren Wut gegen die Polen erfüllt, weil sie sich unterstanden hätten, mit einem Schlage alles zu bewilligen, was seit Begründung des Reichs nicht bewilligt worden ist.

Das Regieren ist in keinem Lande der Erde leichter als im Deutschen Reiche. Wenn vernünftig und volkstümlich regiert wird, bewilligt das dankbare deutsche Volk alles. Aber selbstverständlich darf die Regierung nicht mit aller Macht bestrebt sein, sich dem Zuge der Zeit zu widersetzen.

Wie die ganze zivilisierte Welt, so wird auch das deutsche Volk von Jahr zu Jahr mehr und mehr demokratisch. Es will mitregieren und das ist sein gutes Recht. Es wird von Jahr zu Jahr der polizeilichen Bevormundung mehr und mehr überdrüssig. Mit der zunehmenden Bildung und dem zunehmenden Wohlstand, mit der Ausdehnung der Städte und der Industrie verlangt das Volk etwas größere Rücksichtnahme auf seine Wünsche, und

allmähliche Beseitigung der junkerlichen Herrschaft. Schon für ein geringes Entgegenkommen ist der dankbare Michel bereit, mehr zu bewilligen, als die Regierung überhaupt fordert.

Im Grunde hat diese Situation seit Begründung des Reiches immer bestanden, aber ein jeder Reichskanzler und jedes preußische Ministerium war voll von Vorurteilen und Bedenklichkeiten, sobald es sich um die Gewährung weiterer Freiheit an das Volk handelt. Fürst Bismarck wollte vor seinem Abgange das ewige Sozialistengesetz mit Ausweisungsbefugnissen der Polizeibehörden. Aber der Einführung einer modernen Einkommensteuer und Vermögenssteuer widersetzte er sich mit aller Energie.

Weil Fürst Bismarck nach der Begründung des Reichs in den siebziger Jahren zu einem weiteren Entgegenkommen an die Wünsche des Volks nicht entschlossen war, konnte er auch die Reichsfinanzreform nicht durchführen. Und doch war er sich bereits in den ersten Jahren nach der Begründung des Reichs darüber im klaren, daß die Ordnung der Reichsfinanzen die größte und schwierigste Aufgabe sei, die das Reich noch zu lösen habe. Schon damals zweifelte er daran, daß seine Kraft für die Lösung dieser Aufgabe lange. Durch fortgesetzte Vermehrung der indirekten Steuern allein war natürlich die Aufgabe nicht zu lösen. Selbst Bismarck hat es nicht ein einziges Mal gewagt, den Reichstag zum Zwecke der endgültigen Ordnung der Reichsfinanzen aufzulösen.

Daher begann schon unter ihm das unheilvolle Schuldenmachen.

In der Zeit von 1877 bis 1910 ist die ungeheure

Reichsschuld von 5 Milliarden entstanden. Die allmähliche Anhäufung der Schuldenlast des Reichs von 5 Milliarden Mark bis zum Jahre 1910 hat insgesamt dem Reiche schon fast 1,5 Milliarden Mark an Schuldzinsen gekostet (S. 45 meines Buches „Die Zukunft Deutschlands", Leipzig 1908). Gegenwärtig verschlingt der jährliche Zinsendienst des Reiches rund 200 Millionen Mark. In weiteren 10 Jahren sind ohne Zinseszinsen abermals 2 Milliarden Mark an Schuldzinsen zu bezahlen.

Bei einer rechtzeitigen Finanzreform und bei einer volkstümlichen Art des Regierens konnte die Aufhäufung der Reichsschuld, unter deren Verzinsung wir so schwer zu leiden haben, vermieden werden. Unter dem Fürsten Bülow stieg die Reichsschuld von 2395 Millionen Mark im Jahre 1900 auf 4253 Millionen Mark, im Jahre 1908 vor der Reichsfinanzreform und sogar auf mehr als 4,5 Milliarden Mark bei der Entlassung des Fürsten Bülow im Juli 1909.

Selbstverständlich war aber die weitere Anhäufung der Reichsschuld bis auf 5 Milliarden Mark nur die Folge der Unfähigkeit des Fürsten Bülow auf finanziellem Gebiet und der Unvollständigkeit der Reichsfinanzreform, die während seiner Amtszeit sich vollzog, ohne daß er sie in der Hand behielt.

Es würde jeder historischen Gerechtigkeit Hohn gesprochen haben, wenn es dem Fürsten Bülow, dem größten Schuldenmacher der Weltgeschichte, geglückt wäre, die durch ihn zerrütteten Reichsfinanzen wieder zu sanieren, um sich als beliebter Reichskanzler in seiner Stellung zu behaupten. Dem Arzt, der

durch eine falsche Behandlung die Gesundheit eines ursprünglich nur leicht erkrankten Patienten total zerrüttet hat, kann der Schwerkranke nicht zur Heilung übergeben werden.

Unsere Parlamente sind an bedeutenden und klugen Männern arm. Von den Finanzen oder der auswärtigen Politik verstehen nur wenige etwas. Daher war es für den Fürsten Bülow verhältnismäßig leicht, mit seinem außerordentlichen Geschick, Menschen zu behandeln, den Reichstag über die zunehmende Zerrüttung der Reichsfinanzen und das Wachsen der Schwierigkeiten der Sanierung hinwegzutäuschen.

Fürst Bülow gehört zu den Naturen, die immer nur an den Augenblick denken. Ein weitvoraussehender Staatsmann ist er nicht, sonst würde er es nicht für möglich gehalten haben, daß er mit seiner ungeheuren persönlichen Schuld an der Daily Telegraph-Affäre und den November-Ereignissen sich durch die Klippen der Reichsfinanzreform geschickt hindurchwinden können würde. Sobald ein Gegner den wahren Tatbestand der Daily Telegraph-Affäre erfuhr und ihn mit Energie angriff, war er verloren.

Als gewandter Diplomat verstand es Fürst Bülow, sich bei der Ablehnung der Nachlaßsteuer und Erbanfallsteuer durch die Konservativen als einen volkstümlichen Staatsmann hinzustellen. Aber warum hat Fürst Bülow die von den Sozialdemokraten und Zentrumsleuten eingebrachten Anträge auf Einführung einer Nachlaßsteuer bei der Stengelschen Reichsfinanzreform im Jahre 1906 bekämpft? Warum hat Fürst Bülow durch 9 Jahre es vorgezogen, Schulden

auf Schulden zu häufen, statt die populäre Nachlaßsteuer einzuführen?

Die dürftige, sozialpolitische Erkenntnis einer vernünftigen Steuerreform ist dem Fürsten Bülow sehr spät gekommen. Als größter Schuldenmacher der Weltgeschichte hat Fürst Bülow sich aber schwer an dem sozialen Körper des Deutschen Reiches versündigt. Heute müssen die breiten Massen durch indirekte Steuern und Zölle die Zinsen der Kapitalien aufbringen, die er in sinnloser Weise geborgt hat, nur weil er den Mut zur Reform und die soziale Erkenntnis zu spät gewonnen hat.

In diese Zeit der Zerfahrenheit und Unwahrhaftigkeit paßt das Bild des Fürsten Bülow als eines genialen, sozialen Vorkämpfers einer gründlichen Reform der Reichsfinanzen.

Wie wollte Fürst Bülow die Reichsfinanzen sanieren? In dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderungen im Finanzwesen, vom 3. November 1908, welches mit dem Namen des Fürsten Bülow gezeichnet ist, wird der Mehrbedarf für das Jahr 1910 auf 440, für das Jahr 1913 auf 487 Millionen Mark und für die Folgezeit auf 500 Millionen Mark jährlich geschätzt und in der Hauptsache durch Steuern und daneben durch Vermehrung der Matrikularbeiträge aufgebracht.

Auf Seite 24 des Gesetzentwurfs heißt es:

„Nach den stattgehabten Berechnungen ist im Beharrungszustande, der erst nach Ablauf des Rechnungsjahres 1913 eintreten wird, zu rechnen auf Mehreinnahmen

aus	Branntwein von	100	Millionen	Mark
„	Tabak von	77	„	„
„	Bier von	100	„	„
„	Wein von	20	„	„
„	Erbschaften insgesamt von	92	„	„
„	Elektrizität und Gas von	50	„	„
„	Anzeigen von	33	„	„

Der danach sich ergebende Gesamtbetrag von rund 475 Millionen Mark im Beharrungszustande vermag jedoch immer noch nicht den auf durchschnittlich 500 Millionen Mark berechneten Mehrbedarf zu decken."

Die übrigen 25 Millionen Mark sollten durch eine Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt werden.

Mit Ausnahme der Einnahmen aus Erbschaften und zwar aus der Nachlaßsteuer und Beschränkung des gesetzlichen Erbrechts, belasteten alle übrigen Steuerpläne des Fürsten Bülow den Verbrauch der breiten Massen oder den Verkehr. Da die Bundesstaaten einen Teil der Erhöhung der Matrikularbeiträge auch aus indirekten Steuern hätten aufbringen müssen, so kann man sagen, daß Fürst Bülow 400 Millionen Mark der neuen Steuern den breiten Massen aufbürden wollte.

Schon damals im November und Dezember 1908 sagten viele Reichstagsabgeordnete verschiedener Parteien: „Wir werden diese Reichsfinanzreform bewilligen, weil nichts anderes übrig bleibt, aber wir wissen, daß wir das nächste Mal nicht wieder gewählt werden."

An diesem Reformplane des Fürsten Bülow und des Staatssekretärs von Sydow sind verschiedene Änderungen vorgenommen worden. Die Einschränkung

des gesetzlichen Erbrechts und der Nachlaßsteuer und der Erbanfallsteuer ist ganz fortgefallen. Sie wurden ersetzt durch die Besitzwechselsteuern und andere Steuern. Eine Wertzuwachssteuer wurde in Aussicht genommen.

In der Hauptsache blieb aber das Bild dasselbe, indem nach wie vor rund 400 Millionen Mark neuer Steuern auf den Verbrauch der breiten Massen, insonderheit auf Bier und Tabak, gelegt wurde.

In meinem am 15. April 1908 erschienenen Buche „Die Zukunft Deutschlands" (Leipzig, Verlag von C. L. Hirschfeld), habe ich den Mehrbedarf des Reichs auf 700 Millionen Mark beziffert. Die von mir vorgeschlagene Reichsfinanzreform bestand in einer stark progressiven Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer, in der progressiven Ausgestaltung der Reichserbschaftssteuer und ihrer Ausdehnung auf Kinder und Ehegatten, in der Erhöhung der indirekten Steuern auf Bier, Branntwein und Tabak, sowie in der Beschränkung des gesetzlichen, nicht auf Testament beruhenden Erbrechts auf nahe Verwandte einschließlich der Geschwister und Geschwisterkinder. Bei der Einrichtung der Reichsvermögens- und Reichs-Erbschaftssteuer sollte auf den landwirtschaftlichen Betrieb Rücksicht genommen werden. Von der Reichseinkommensteuer sollten 80% und von der Reichsvermögenssteuer, wie schon bisher von der Reichserbschaftssteuer, 33⅓% an die Einzelstaaten abgeführt werden.

Das Reich selbst sollte aus den direkten Reichssteuern und der Neugestaltung der Reichserbschaftssteuer einen Mehrbetrag von 260 Millionen Mark

und 200 Millionen Mark aus der Erhöhung der indirekten Steuern gewinnen. Die Beschränkung des Erbrechts sollte dem Reiche 240 Millionen Mark einbringen, nachdem sowohl den Einzelstaaten als den Gemeinden je 80 Millionen Mark aus der Beschränkung des Erbrechts jährlich überwiesen sind.

Die tatsächliche Aufhebung der Matrikularbeiträge, die Tilgung der in den letzten 7 Jahren aufgenommenen Reichsschuld in Höhe von 228 Millionen Mark jährlich während der nächsten 7 Jahre, die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung sowie die Vervollkommnung der Kriegsrüstung und insonderheit die Förderung der Motor-Luftschiffahrt machten eine Erhöhung der Reichseinnahmen um 700 Millionen Mark wünschenswert, wie ich in dem Vorwort meines Buches „Die Zukunft Deutschlands" dargelegt habe.

Im Jahre 1909 hat Graf Posadowsky als Pensionär sich dahin ausgesprochen, daß auch er eine Erhöhung der Reichseinnahmen um 700 Millionen Mark verlangt haben würde. Die Unvollständigkeit der Bülow-Bethmann'schen Finanzreform ermöglicht nicht die Tilgung der Reichsschuld, die Beseitigung der Matrikularbeiträge und eine Vermehrung der Ausgaben für die Motorluftschiffahrt. Innerhalb von sehr kurzer Zeit wird sich daher eine neue Finanzreform notwendig machen.

Überdies habe ich in meinem Buche vorgeschlagen, daß der Reichstag sich ein jährliches Einnahmebewilligungsrecht für die direkten Reichssteuern verschafft, indem er die Steuersätze für die gesamte Reichseinkommensteuer und Reichsvermögenssteuer nur

immer auf ein Jahr bewilligt und die Aufnahme dieses Rechts in die Reichsverfassung verlangt.

Vor Beginn seiner Kanzlerschaft im Jahre 1900 hat Fürst Bülow bewiesen, daß er zur Ordnung der Reichsfinanzen unfähig ist. In keinem Stadium der Reichsfinanzreform hat er die Situation wirklich beherrscht. Er war ein Spielball der Einzelstaaten wie der Parteien des Reichstags.

Das Endresultat beruht auf der Abneigung der Polen, Zentrumsleute und Konservativen gegen den Fürsten Bülow und kann daher eigentlich nicht allein vom finanzpolitischen Standpunkt aus kritisiert werden. Die Unzufriedenheit der breiten Massen hätte nur durch die von mir vorgeschlagene Reichsfinanzreform vermieden werden können. Die vom Fürsten Bülow beabsichtigte Reichsfinanzreform war in jedem Falle für die breiten Massen drückend. Ein großer Teil der seidem zutage getretenen allgemeinen Unzufriedenheit beruht auf der Erhöhung der indirekten Steuern, wie sie auch von Fürst Bülow beabsichtigt worden sind.

Da weder Fürst Bülow noch Herr Bethmann Hollweg zu einer wirklichen Reichsfinanzreform befähigt war, so ist die Reichsfinanzreform des Jahres 1909 trotz der Höhe der bewilligten Summen nur Stückwerk geblieben. Die Mängel der Reichsfinanzreform wurden schon wenige Monate nach ihrem Zustandekommen amtlich vom Reichsschatzamt bei Aufstellung des Etats für das Jahr 1910 anerkannt. Es wurden nämlich rund 199 Millionen Mark im Etat als Einnahmen weniger angesetzt, als in den

Berechnungen der Reichstagsmehrheit bei der Erledigung der Finanzreform angenommen worden war.

Folgende Uebersicht wird dies näher beleuchten:

Neue Steuern:	Soll des Mehrertrages in Millionen Mark	Nach dem Etat	Weniger
Erhöhung der Branntweinsteuer	80	60	20
Biersteuer	100	56	44
Tabak und Zigarettensteuer	43	13	30
Leuchtmittelsteuer	20	15	5
Zündwarensteuer	25	15	10
Umsatzsteuer bei Grundstücksübertragungen	40	25,5	14,5
Wechsel- und Scheckſteuer	25	10,3	14,7
Börsensteuer einschl. Talonsteuer	53	27,5	25,5
Kaffee- und Teezoll	37	2,3	34,7
Schaumweinsteuer	5	4,8	0,2
Summa:	428	229,4	198,6

Allerdings haben bis jetzt einige Steuern etwas höhere Erträge gebracht, so die Branntweinsteuer, die Brausteuer, die Grundstücksumsatz-Stempelsteuer und auch die Zigarettensteuer. Aber einmal erreichen diese Mehreinnahmen noch längst nicht die Summen, die bei der Erledigung der Finanzreform berechnet waren, und anderseits handelt es sich zum größten Teil um Steuern, die bereits vorhanden waren und von der Reichstagsmehrheit nur erhöht worden sind. So ist ein beträchtlicher Teil der Mehreinnahmen auf das natürliche Wachstum des Steuerertrages zurückzuführen.

Aber eine Anzahl von neuen Steuern haben noch nicht einmal den Ertrag gebracht, den diese vorsichtige Etataufstellung vorausgesetzt hat. So hat die

Schecksteuer in den ersten neun Monaten nach ihrer Einführung nur 3,63 Millionen Mark erbracht, was für das ganze Jahr einer Bruttoeinnahme von etwa 4,84 Millionen Mark entsprechen würde. Das ist bei weitem noch nicht die Hälfte von der veranschlagten Einnahme.

Noch schlimmer ist die Enttäuschung beim Wechselstempel. Seitens der Reichsregierung wurden die Einnahmen aus der Nachstempelung langfristiger Wechsel auf 8 bis 9 Millionen Mark veranschlagt. Tatsächlich erbrachten sie aber in den 11 Monaten seit Bestehen dieser Steuer eine Steigerung von nur 2,85 Millionen Mark.

Aber auch die Leuchtmittel- und Zündwarensteuer hat einen Mindererertrag von mehr als einem Drittel der erhofften Summe gebracht.

Da die Reichsfinanzreform des Jahres 1909 eine unvollständige war und durch neue kommende Finanzgesetze der Ergänzung bedarf, so steht der Kampf der Parteien auch in Zukunft in gewissem Umfange unter dem Zeichen der Finanzreform, ganz abgesehen von der Tatsache, daß die Entstehung des schwarz-blauen Blockes mit der Reichsfinanzreform des Jahres 1909 verknüpft war. Vor den kommenden Reichstagswahlen erscheint daher eine kurze Übersicht des Zustandekommens der Reichsfinanzreform in diesem Zusammenhange erwünscht.

Die erste Lesung der Finanzreform fand vom 19. bis 28. November 1908 statt. Am 2. März 1909 wurde die Nachlaßsteuer in der Finanzkommission mit 21 gegen 6 Stimmen abgelehnt, und ebenso der nationalliberale Antrag auf Einführung einer Ver-

mögenssteuer mit 18 gegen 9 Stimmen. Am 4. März zeigte der alte Bülowblock noch sein Bestehen durch Annahme eines Antrags Gamp, der den Bundesstaaten die jährliche Abgabe von 100 Millionen Mark an das Reich auferlegte, die aus Einkommen-, Vermögen- und sonstigen Besitzsteuern innerhalb der Bundesstaaten aufzubringen seien. Mit diesem staatsrechtrechtlichen Monstrum setzte eine energische Gegenbewegung zugunsten der Besteuerung der Erbschaften ein. Am 25. März 1909 erklärte der konservative Abgeordnete von Normann den Führern der nationalliberalen und liberalen Fraktionsgemeinschaft, die konservative Partei sei entschlossen, die Finanzreform zustande zu bringen, ohne Rücksicht auf den Block mit der Mehrheit, die sich biete. Dieser Erklärung, die in Wirklichkeit den alten Block auflöste, war am 11. März die Unterredung zwischen dem Fürsten Bülow und dem Kaiser vorausgegangen, die eine scheinbare Aussöhnung zwischen beiden herbeiführte, in Wirklichkeit aber das Ausscheiden des Fürsten Bülow aus den Staatsämtern am Ende der Reichstagssaison im Sommer 1909 in Aussicht nahm. Am 28. Mai trat die Linke aus der Finanzkommission aus, während die Rumpfkommission am Nachmittag die Steuern auf Glühkörper, Zündhölzer und den Zoll auf Kaffee und Tee beriet. Am 24. Juni wurde die Erbanfallsteuer im Plenum mit 194 gegen 186 Stimmen abgelehnt. Am 26. Juni überreichte Fürst Bülow in Kiel dem Kaiser sein Entlassungsgesuch mündlich. Am 5. Juli wurde das Erbrecht das Staates abgelehnt. Am 7. Juli wurde in Anwesenheit der einzelstaatlichen Finanzminister das neue Kompromiß zwischen der

Regierung und der neuen Mehrheit perfekt. Am 9. und 10. Juli waren die dritten Lesungen. Am 12. Juli stimmte der Bundesrat den Gesetzentwürfen zu.

Das Ergebnis des grandiosen Wirrwarrs ist aus der nachfolgenden Übersicht zu ersehen, welche den erhofften Ertrag angibt, der aber von der Wirklichkeit nicht erreicht wird.

Der erhoffte Ertrag der Reichsfinanzreform.

Es sind bewilligt:

a) nach dem ursprünglichen Plan der Regierung

aus	dem	Branntwein	80	Mill.	Mark
„	„	Bier	100	„	„
„	„	Tabak	43	„	„
„	„	Schaumwein	5	„	„
			228	Mill.	Mark

b) infolge der neuen Vorlage der Regierung

aus	dem	Effektenstempel	22,5	Mill.	Mark
„	„	Grundstückstempel	40,0	„	„
„	„	Wechsel und Scheckstempel	19,5	„	„
„	„	Talonstempel	27,5	„	„
			337,5	Mill.	Mark

c) infolge der Beschlüsse der Rumpfkommission

aus	Kaffee und Tee	37,0	Mill.	Mark
„	Beleuchtungsmitteln	20,0	„	„
„	Zündwaren	25,0	„	„
		419,5	Mill.	Mark

Dazu treten	419,5	Mill.	Mark
die nicht ermäßigte Zuckersteuer	35,0	„	„
die nicht aufgehobene Fahrkartensteuer	20,0	„	„
die erhöhten Matrikularbeiträge und die Schmälerung der Erbschaftssteueranteile der Einzelstaaten	25,5	„	„
Zusammen	500	Mill.	Mark

Die Unzufriedenheit der Massen ist durch das Verhalten der Konservativen, Zentrumsleute und Polen gegenüber der Erbanfallsteuer vermehrt worden. Da die Massen gleichzeitig sahen, daß die Konservativen sich einer demokratischen Reform des preußischen Wahlrechts widersetzten, steigerte sich die Unzufriedenheit.

Theoretisch geht den Bayer, Badenser oder Sachsen das preußische Wahlrecht nichts an. In Wirklichkeit betrachtet er diese Angelegenheit wie seine eigene. Und das kann er ganz machen, wie es ihm beliebt. Es zeugt nur von dem gesunden politischen Instinkt der breiten Massen in Sachsen oder Süddeutschland, daß sie die Reaktion in Preußen ebenso bekämpfen wie die Reaktion im eigenen Lande und daher das preußische Volk im Kampfe gegen die Junkerherrschaft und das System Bethmann Hollweg unterstützen.

Es wird sehr schwer zu sagen sein, ob das Unterbleiben der preußischen Wahlreform oder die indirekten Steuern auf Bier und Tabak und Streich-

hölzer, oder die Ablehnung der Erbanfallsteuer die breiten Massen mehr in Aufregung versetzt hat.

Wenige Monate, bevor Bülow im Oktober 1900 Kanzler des Deutschen Reiches wurde, war das Flottenbaugesetz vom Juni 1900 zur Annahme gelangt, welches die Ausgestaltung der deutschen Flotte bis zum Jahre 1917 vorsieht. Aber für die Beschaffung der Geldmittel war keine Vorsorge getroffen. Es war die Pflicht des neuen Reichskanzlers, durch eine großzügige Reichsfinanzreform die Reichsschuld zu vermindern und die 2 Milliarden Mark für den Bau der bewilligten Flottenverstärkung zu besorgen. Aber der Kurzsichtigkeit des Fürsten Bülow kam solche Erwägung nicht. Spätestens im Januar 1901 hätten die Führer der Parteien im Reichstag ihn an diese Pflicht erinnern müssen. Wenn er sich weigerte, so mußte man ihm zurufen: „Bei Philippi sehen wir uns wieder!"

Denn es war klar, daß die Schuldzinsen schließlich dem deutschen Volke ungeheure Lasten auflegen würden. Und als dann Fürst Bülow am 3. November 1908 seine Reichsfinanzreform mit fast 400 Millionen Mark indirekter Steuern dem Reichstage vorlegte, da hätte man ihm abermals zurufen sollen: „Bei Philippi sehen wir uns wieder!"

Da die Reichstagsabgeordneten unterlassen hatten, den Fürsten Bülow an seine Pflichten zu erinnern, erlaubte er sich schließlich bei seinem Abgang den Spieß umzudrehen und auf dem Wege eines Interviews mit Herrn von Eckardt den Konservativen zuzurufen: „Bei Philippi sehen wir uns wieder!"

Bis zum 25. August 1910 haben seit der Ver-

abschiedung der Reichsfinanzreform im Juli 1909 im ganzen 15 Reichstagsersatzwahlen stattgefunden. Von diesen 15 Mandaten war nach den Wahlen vom Januar 1907 nur ein Mandat im Besitze der Sozialdemokratie, 4 Mandate besaßen die Nationalliberalen, 3 die gegenwärtige fortschrittliche Volkspartei, je 2 die Konservativen und das Zentrum sowie die Deutsch-Sozialen und eins die Polen.

Die Ersatzwahlen haben diesen Besitzstand vollständig verändert. In 9 Wahlkreisen herrscht jetzt die Sozialdemokratie, die also 8 neue Wahlkreise erobert hat. Das Zentrum hat wie vorher 2, die Konservativen, Nationalliberalen, die fortschrittliche Volkspartei und die Polen haben noch je einen dieser Wahlkreise inne.

Behauptet haben sich das Zentrum in Koblenz und Wipperfürth-Gummersbach, die Konservativen in Landsberg-Soldin, die fortschrittliche Volkspartei in Jauer-Bolkenhain, die Polen in Posen und die Sozialdemokratie in Stolberg-Schneeberg. Die Nationalliberalen haben Oletzko-Lyck von den Konservativen, die Sozialdemokratie Neustadt-Landau, Coburg, Friedberg-Büdingen, Cannstatt von den Nationalliberalen, Halle und Usedom-Wollin von der fortschrittlichen Volkspartei, Eisenach und Zschopau-Marienberg von den Deutsch-Sozialen erobert.

Die vielen Siege der Sozialdemokraten erregen nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt großes Aufsehen. Jedermann erkennt das Kommen der roten Flut.

Für die Sozialdemokratie wurden in den 15 in

Frage stehenden Kreisen 1907 insgesamt 123791, in den Nachwahlen aber 153589 Stimmen abgegeben. Die sozialdemokratische Partei hat in sämtlichen 15 Kreisen ohne Ausnahme eine Stimmenvermehrung erfahren. Ihr Gesamtgewinn beziffert sich auf 29798 Stimmen.

Die Sozialdemokratie hat die Zahl ihrer Stimmen um ein reichliches Viertel oder etwas mehr als 25 % vermehrt. Diese Erfahrung gestattet einen wichtigen Schluß auf die kommenden allgemeinen Reichstagswahlen, die im Jahre 1911 oder spätestens im Januar 1912 stattfinden werden. Wenn Bethmann Hollweg und Wermuth am Ruder bleiben, so wird sich die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im ganzen Deutschen Reich, und zwar in allen Wahlkreisen, wo die Sozialdemokraten Kandidaten aufstellen, beträchtlich vermehren.

Die Zunahme der sozialdemokratischen Wählerstimmen im ganzen Deutschen Reich wird mindestens 25% betragen. Finden die allgemeinen Wahlen im August 1911 statt, so ist bis dahin abermals ein Jahr vergangen und muß daher eine weitere Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen um etwa 8% für wahrscheinlich gehalten werden. Würde das System Bethmann-Wermuth sich bis zum Januar 1912 halten und dann erst zur allgemeinen Wahl geschritten werden, so können bis dahin die sozialdemokratischen Stimmen leicht um noch weitere 2% gestiegen sein. Da die Sozialdemokraten im Jahre 1907 3259000 Wähler hatten, so würden die allgemeinen Wahlen im August 1910 4 Millionen sozialdemokratische Wähler, im August 1911 aber 4¼ Millionen und im Ja-

nuar 1912 reichlich 4,3 Millionen sozialdemokratische Wähler aufweisen.

Im Jahre 1907 betrug die Gesamtzahl der Wahlberechtigten 13,3 Millionen und der tatsächlichen Wähler 11,2 Millionen. Im Jahre 1907 war die Wahlbeteiligung eine ganz ungewöhnlich starke und nur 15,3% der Wahlberechtigten haben nicht gewählt.

Die Anzahl der Wahlberechtigten ist in den knapp 4 Jahren 1903 bis 1907 von 12,5 auf 13,3 Millionen gestiegen. Voraussichtlich wird sie in den 4½ Jahren vom Januar 1907 bis August 1911 um eine volle Million zunehmen. Und wenn die Reichstagswahl erst im Januar 1912 stattfinden sollte, so dürfte die Zunahme 1,1 Millionen betragen.

Die Beteiligung an der Wahl war bei den 15 Nachwahlen eine ziemlich schwache und durfte daher im Jahre 1911, sofern Bethmann Hollweg am Ruder bleibt, nicht stärker sein als im Jahre 1903, wo 23,9% der Wahlberechtigten nicht gewählt haben, und 3 Millionen Wahlberechtigte zu Hause geblieben sind.

Von 14,3 Millionen Wahlberechtigten im August 1911 werden also voraussichtlich nur 11,3 Millionen sich an der Wahl beteiligen.

Die Nichtwähler äußern ihre Unzufriedenheit, indem sie zu Hause bleiben. Fürst Bülow hat es vor den Reichstagswahlen im Januar 1907 verstanden, das große Heer der Nichtwähler zu mobilisieren. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Bethmann Hollweg diese Kunst versteht. Im Gegenteil. Die Gleichgültigkeit der Wahlberechtigten wurzelt in erheblichem Umfange in dem Gefühle der Gleichgültigkeit gegenüber Bethmann Hollweg.

Von 11,3 Millionen Wählern werden also voraussichtlich im August 1911 4¼ Millionen oder rund 39% sozialdemokratisch wählen. Im Jahre 1903 wählten 31,7% und im Jahre 1907 29% der Wähler sozialdemokratisch.

Die Zahl der sozialdemokratischen Wähler, die mit der Reichstagswahl vom Jahre 1890 zum ersten mal die Million überschritt, ging in folgendem Tempo und betrug seitdem:

	Millionen
1890	1,4
1893	1,8
1898	2,1
1903	3
1907	3,25
1911 voraussichtlich	4,25

Würde der Reichskanzler aus Sorge vor der roten Flut die Reichstagswahlen bis zum Januar 1912 hinziehen, so würde er die Zahl der sozialdemokratischen Wähler nur vermehren, indem sie im Januar 1912 mindestens 4,3 Millionen betragen dürfte.

Wesentlich höher, als hier gezeigt worden ist, wird die Zahl der sozialdemokratischen Wähler schwerlich sein. Denn schlechter wie gegenwärtig regiert wird, kann nicht regiert werden.

Er ist zu guten wie zu schlechten Taten gleich unfähig. Die Nachwahlen dokumentieren in der Hauptsache Mangel an Achtung und Vertrauen, und in geringerem Umfange Erbitterung. Denn das ständige Umfallen Bethmanns in der Reichsfinanzreform und in der preußischen Wahlreform und die schikanöse Hand-

habung des Vereinsgesetzes speziell in Berlin bei den Wahlrechtsdemonstrationen (Treptower Spaziergang!) erregten im großen und ganzen bei den Massen mehr Heiterkeit als Wut. Sie fühlten, daß seine Schwäche noch stärker ist als seine Unfähigkeit, und daß er schließlich einem energischen Ansturm zu irgendeiner Zeit weichen wird. Selbst in Arbeiterkreisen äußert sich gelegentlich Mitleid mit dem unfähigen Manne, der auf einem solchen Posten festgehalten werde.

Wie groß wird die Zahl der sozialdemokratischen Mandate werden? Von der Beantwortung dieser Frage muß die Beurteilung der gesamten inneren und zum Teil auch der äußeren Politik des Deutschen Reiches abhängen. Es gibt in der Gegenwart keine wichtigere Frage für Deutschland als die Frage nach der Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsmandate in der Zukunft.

Von den 15 Mandaten, die bei den Nachwahlen in Frage kamen, hatte die Sozialdemokratie bereits eins im Jahre 1907 und hat dasselbe behauptet. Von den übrigen 14 Mandaten der Nachwahlen hat die Sozialdemokratie acht neu erobert, also eins mehr als die Hälfte.

Während man bei Berechnung des Anwachsens der sozialdemokratischen Wahlstimmen rein schematisch nach den Grundsätzen der Rechenkunst verfahren kann, ist dies bei dem Anwachsen der Mandate nicht möglich, da die Zahl der Nachwahlen zu gering war und nicht der bisherigen Zusammensetzung des Reichstags entsprach. Beispielsweise waren unter den 15 Nachwahlen nur zwei Zentrumssitze, während mehr als der vierte Teil der Reichstagssitze dem Zentrum gehört. Gerade

das Zentrum aber verfügt über einen gewissen sicheren Bestand an Reichstagssitzen, der allerdings wesentlich kleiner ist als die Zahl der gegenwärtigen Reichstagssitze des Zentrums.

Immerhin wird es gut sein, wenn man sich ausspricht, wohin schließlich das Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate führen muß. Nach dem Vorgang der 15 Nachwahlen würden sie rein rechnerisch den Bestand des Jahres 1907 von 43 Sitzen behaupten und etwas mehr als die Hälfte der übrigen 355 Reichstagssitze, also etwa 180 Sitze dazu erhalten. Insgesamt würden sie dann 223 Sitze besitzen.

Wieviel Sitze soll man von dieser Zahl als gesicherte Sitze der Gegner der Sozialdemokratie und in Rücksicht auf die geringe Anzahl der Nachwahlen abschreiben? Wenn man durch Abschreibung von 73 Sitzen diesen Umständen Rechnung tragen würde, so fallen der Sozialdemokratie insgesamt bei den kommenden Reichstagswahlen 150 Mandate zu.

Aus guter Quelle verlautet, daß Führer der Sozialdemokratie vor Göhres Sieg in Zschopau am 24. August 1910 die Zahl der künftigen Mandate nicht höher als etwa 85 oder 86 einschätzten. Zur gleichen Zeit sprach aber der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg die Besorgnis aus, daß ohne Zustandekommen einer Sammlung der bürgerlichen Parteien nach seiner Berechnung die Zahl der sozialdemokratischen Sitze sich auf rund 140 nach den kommenden allgemeinen Wahlen belaufen könne.

Ich halte diese amtliche Schätzung für das Minimum und neige der Auffassung zu, daß wahrscheinlich mehr als 150 Sitze der Sozialdemokratie zufallen.

Indessen erscheint es nicht wahrscheinlich, daß die Sozialdemokratie schon bei den nächsten allgemeinen Wahlen 199 Sitze und damit die Mehrheit im Reichstag erlangt.

Würde indessen der Kaiser wie in der Königsberger Rede vom 25. August 1910 auch künftig sein Gottesgnadentum öffentlich betonen und die notwendige politische Zurückhaltung weiter vermissen lassen, und würde Bethmann Hollweg mit Wermuth auch weiter am Ruder bleiben, so ist eine vollständige Überflutung des Reichstags über 200 Sitze hinaus nicht nur wahrscheinlich sondern sicher. Unter diesen Umständen könnte die sozialdemokratische Mehrheit des Reichstags schon eintreten, sobald der kommende Reichstag nach einjähriger Tagung etwa im Januar 1913 der Auflösung verfällt.

Je gemäßigter die Sozialdemokraten im Betonen ihrer sozialistischen Endziele sind und je mehr sie nach Art von Göhre und Frank sich auf den Standpunkt des Bernsteinschen Revisionismus stellen, um so grandioser werden ihre Erfolge sein. Da bei der Sozialdemokratie mit der zunehmenden Größe die Wahrscheinlichkeit einer Spaltung wächst, so verstehe ich selbstverständlich unter der Sozialdemokratie des Jahres 1912 oder 1913 auch die sozialistische radikale Arbeiterpartei Süddeutschlands und Sachsens, die sich eventuell auf irgendeinem Parteitag von der orthodoxen Partei abtrennen könnte.

Man wird in Zukunft nicht vergessen dürfen, daß der einzigartige sozialdemokratische Wahlsieg des früheren Pastors Paul Göhre in Zschopau-Marienberg am 24. August 1910 noch ganz unabhängig von der

Königsberger Kaiserrede am 25. August 1910 erfolgt ist. Durch das neue rednerische und politische Hervortreten des Kaisers, welches die von der ganzen Nation gewünschte Zurückhaltung vermissen läßt, ist ein neuer selbständiger Grund zur allgemeinen Unzufriedenheit geschaffen worden, der die weiteren Nachwahlen und vor allem die allgemeinen Wahlen in Zukunft sehr beeinflussen wird. Insonderheit wird das Heer der Nichtwähler gewaltig anschwellen. Denn unter diesen Umständen empfinden Hunderttausende und vielleicht Millionen einen solchen Widerwillen gegen die Politik, daß sie lieber zuhause bleiben und der Sozialdemokratie das Feld überlassen. Viele mögen dabei denken, daß nur die rote Flut unsere Schäden heilen kann. Viele, die bisher konservativ oder nationalliberal gewählt haben, werden von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten erwarten, daß sie allein den Mut haben, die Schäden der Zeit öffentlich aufzudecken. Millionen von Wählern sind von dem dringenden Wunsche beseelt, daß die gesetzgebenden Faktoren den Kaiser von Reden dieser Art abhalten. Gibt es überhaupt irgendeinen Wähler im Deutschen Reich, der Wert darauf legt, daß der Kaiser sich öffentlich als ein Instrument des Herrn bezeichnet?

Wir müssen jetzt bei den kommenden allgemeinen Wahlen auf eine Überraschung ohnegleichen gefaßt sein. Die deutsche Nation ist fest entschlossen, von dem Kaiser Zurückhaltung zu verlangen. Nachdem die November-Bewegung zum Teil wohl wegen ihrer schiefen Grundlage und Leitung versagt hat, wird der Wille der Nation sich in elementarer Weise zu einem gewaltigen Protest bei den allgemeinen Wahlen verdich-

ten. Man wird mutige Männer in den Reichstag wählen und solche Männer, die nicht selbst an das Gottesgnadentum glauben und die frei von Vorurteilen sind.

Man wird keine konservativen Männer wählen, da die konservative preußische Staatsauffassung aufs engste mit dem Gottesgnadentum verknüpft ist.

Gibt es eigentlich in Deutschland irgend jemand, welcher der Auffassung lebt, daß die Weltanschauung der Kreuzzeitung von elementarer fortreißenden Wirkung auf die Massen ist? Es würde vielleicht gewagt sein, zu behaupten, daß die bürgerliche Freiheit und die Macht des im Reichstage verkörperten Volkswesens ununterbrochen zunehmen wird. In unruhigen oder kriegerischen Zeiten kann die Reaktion leicht einen Vorstoß machen.

Der Reichsbote ist die demokratische Ausgabe der Kreuzzeitung. Aber niemals wird der Reichsbote eine Massenverbreitung erlangen. Die Deutsche Tageszeitung ist das Organ der Landwirte, eines Berufsstandes, der weit größer ist als irgend ein anderes Gewerbe im Deutschen Reiche. Und dabei ist die Landwirtschaft nicht im Rückgange, sondern im Fortschreiten an Produktionsfähigkeit und an Wohlstand. Die Deutsche Tageszeitung ist von rund 36000 auf 19000 Abonnenten zurückgegangen. Wahrscheinlich, weil sie einem wachsenden Teile der deutschen Landwirte zu konservativ ist. Mit der Verbesserung der Verkehrsmittel und der zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft lesen die Gutsbesitzer und ihre Angestellten immer mehr Zeitungen. Aber diese Ausdeh-

nung der Zeitungslektüre kommt den konservativen Blättern nicht zugute.

Die Berliner Neuesten Nachrichten, die Deutsche Zeitung, die Post, die Staatsbürger-Zeitung haben nur eine sehr geringe Abonnentenzahl und haben verschiedene Umwandlungen in den letzten Jahren erfahren, ohne daß ihr Bestand als ein gesicherter zu betrachten ist. Der Nationalzeitung ist es nicht besser ergangen. Die Reichshauptstadt verträgt nicht einmal ein großes nationalliberales Organ.

Was bedeuten die 12000 Abonnenten der Kreuzzeitung sowie der Berliner Neuesten Nachrichten, die 6000 der Post, die 14000 der Deutschen Zeitung gegenüber den rund 55000 Abonnenten der Täglichen Rundschau, 195000 des Berliner Tageblatts, 200000 des Lokal-Anzeigers, 60 bis 100000 der B. Z. am Mittag und 350000 der Berliner Morgenpost?

Man kann den Rückgang der konservativen Blätter und der Nationalzeitung beklagen. Aber es würde überaus töricht sein, die Augen gegenüber der Wirklichkeit zu verschließen, und bei den kommenden Wahlen und vielleicht großen Konflikten wird derjenige recht behalten, der die öffentliche Meinung zu fabrizieren vermag. Seit dem Jahre 1890 liebt es die Kaiserliche Regierung, sich auf die Dauer möglichst wenig von der öffentlichen Meinung zu entfernen. Und so oft sie mit der öffentlichen Meinung in Konflikt gekommen ist, sei es durch die Umsturzvorlage oder die Zuchthausvorlage oder die Lex Heinze, sie findet immer den Weg nach der Richtung der öffentlichen Meinung zurück. Und dieser Weg ist mehr nach links als nach rechts gerichtet.

Das am meisten nach links gerichtete politische Organ der bürgerlichen Parteien ist in der Gegenwart das Berliner Tageblatt. Wer die konservative Sache nach der zunehmenden Ausbreitung des Berliner Tageblatts beurteilt, der wird die konservativen Aussichten nicht für sehr zukunftsreiche halten.

Die Zahl der Abonnenten des Berliner Tageblatts betrug

Jahr	Zahl der Abonnenten
1898	64000
1899	66000
1900	70000
1901	73000
1902	76000
1903	87000
1904	94000
1905	106000
1906	112000
1907	128000
1908	150000
1909	175000
1910 September	195000

In den letzten 12 Jahren hat sich also das Berliner Tageblatt verdreifacht! Und die Zahl der Abonnenten ist gestiegen in dem Maße als das Berliner Tageblatt der Sozialdemokratie freundlicher wurde. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß das Berliner Tageblatt seit dem Sturz des Fürsten Bismarck im Jahre 1890 auch weit mehr die Interessen der nationalen Verteidigung wahrnimmt und den Standpunkt der Negation Eugen Richters

in steigendem Maße verlassen hat. Der Standpunkt des Berliner Tageblatts entfernt sich nicht wesentlich von dem der neuen fortschrittlichen Volkspartei, in der das national-soziale Element unter Naumann von erheblichem Einflusse ist und sogar den Ausschlag gibt. Naumann und die Nationalsozialen sind aber frei von dem Verdacht, die Kriegsrüstung mindern zu wollen.

Das Berliner Tageblatt ist eines der festesten Bollwerke gegen die Reaktion. Der Kampf für die Änderung des preußischen Wahlrechts ist in erster Linie vom Berliner Tageblatt geführt worden. Allerdings hat Fürst Bülow den Kampf außerordentlich erleichtert, indem Fürst Bülow das Versprechen einer Änderung des Wahlrechts in die Thronrede vom 20. Oktober 1908 nahm.

Aber das Berliner Tageblatt ist nicht imstande gewesen, auch nur eine einzige Position des Zolltarifs vom Dezember 1902 in freihändlerischem Sinne zu beeinflussen. Vielmehr hat das Berliner Tageblatt in dem großen Kampf um den Zolltarif, der durch Jahre tobte, nicht den geringsten Einfluß ausgeübt. Daher ist es auch sehr zweifelhaft, ob das Steigen der Abonnentenzahl des Berliner Tageblatts auf eine Umkehr zum Freihandel schließen läßt. Wahrscheinlich werden die Handelsverträge, die schon in die Legislaturperiode des kommenden Reichstags fallen, den gegenwärtigen sehr ähneln und höchstens eine geringe Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle trotz des Steigens der roten Flut bringen.

Es ist schwer, einem Ausländer begreiflich zu machen, wie es möglich ist, daß trotz der großen und steigenden Abonnentenzahl des Berliner Tageblatts

und der übrigen Mosseschen Organe sowie der Berliner Morgenpost und der übrigen Ullsteinschen Organe die fortschrittliche Volkspartei so klein ist und so wenige Aussichten hat. Bei der Zusammensetzung des preußischen Landtags kann man das in Preußen geltende Wahlrecht dafür verantwortlich machen. Das Reichstagswahlrecht kann aber von der fortschrittlichen Volkspartei nicht zum Sündenbock gemacht werden. Die fortschrittliche Volkspartei kann auch die Wahlkreiseinteilung nicht verantwortlich machen, denn jedermann sieht, wie sie in Berlin und anderwärts von der Sozialdemokratie verdrängt wird.

Die fortschrittliche Volkspartei wird von ihren 50 Mandaten des Jahres 1907 bei den kommenden Reichstagswahlen wohl einen ebenso starken Prozentsatz verlieren wie die Deutsch-Konservativen mit ihren 60 Sitzen oder die Reichspartei mit ihren 25 oder die Antisemiten mit ihren 27 Sitzen im Jahre 1907. Vielleicht wird sie auch in einem noch stärkerem Verhältnis zerrieben, und zwar durch die Sozialdemokratie, die ihr schnelles Fortschreiten bei den kommenden Wahlen in erheblichem Umfange dem Berliner Tageblatt und der Berliner Morgenpost sowie der linksliberalen Presse in der Provinz verdankt. Wenn der Wähler täglich zweimal in seiner Zeitung von der rapiden Entwicklung der überaus nützlichen Sozialdemokratie liest, so glaubt er es schließlich. Da die fortschrittliche Volkspartei sich nicht genug beeilen konnte, die Erhöhung der Zivilliste um 3½ Millionen Mark im Jahre 1910 zu genehmigen und auch sonst stets zum Umfall nach den Wünschen des jeweiligen Reichskanzlers geneigt ist, so zieht es der un-

zufriedene Wähler vor, seinen Stimmzettel direkt dem Sozialdemokraten zu geben.

Trotz der Fortschritte der Sozialdemokratie bei den Nachwahlen dürfte Herr von Bethmann seine Versuche, die Bundesstaaten und das Zentrum für eine Änderung des Reichstagswahlrechts zu gewinnen, nach den bisherigen Mißerfolgen kaum wieder aufnehmen, bevor die rote Flut das Land überschwemmt hat. Sollte Bethmann Hollweg die kommenden allgemeinen Reichstagswahlen noch überdauern, so wird er wahrscheinlich den Versuch einer Änderung des Reichstagswahlrechts erneuern. Ohne Auflösung des Reichstags wird die Änderung des Reichstagswahlrechts angesichts der rund 150 Sozialdemokraten, 20 Linksliberalen und etwa 30 Nationalliberalen von jungliberaler Gesinnung nicht möglich sein, zumal der größte Teil des Zentrums nach den Wahlen mehr als je für den sozialen und demokratischen Fortschritt und daher für die Aufrechterhaltung des Reichstagswahlrechts eintreten dürfte. Zum Zwecke der Änderung des Reichstagswahlrechts dürfte dann also Bethmann Hollweg den sogenannten roten Reichstag des Jahres 1911 oder Januar 1912 auflösen. Eine Änderung des Reichstagswahlrechts ist aber sicher keine günstige Wahlparole. Dazu kommt, daß die Erneuerung der Handelsverträge immer näher rückt und die Bevölkerung eine Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle mit der Zunahme der Agi-

tation in steigendem Maße wünschen dürfte. Man muß daher mit der Möglichkeit rechnen, daß nach der Auflösung der neue Reichstag noch roter wird.

Staatssekretär von Kiderlen-Wächter.

Am 28. Juni 1910 hat der Kaiser die Leitung der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches einem Manne anvertraut, den er seit 17 Jahren nur ungern und nur sehr selten sah. Und doch war dieser Mann bis Ende Juli 1893 einer seiner intimsten Freunde und Ratgeber gewesen. Wohl stand Philipp Eulenburg dem Kaiser am nächsten, aber dann kam sofort Kiderlen.

Als Vortragender Rat der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes war Kiderlen in den Jahren 1888 bis 1894 ein sehr mächtiger Mann. Er erfreute sich gleichzeitig der Gunst des Kaisers, der Freundschaft Holsteins und des Vertrauens Eulenburgs. Von München aus, wo Philipp Eulenburg preußischer Gesandter war, wurde durch Kiderlen und Holstein große und kleine Politik gemacht. Aber auch Holstein, der tatsächliche Leiter der deutschen auswärtigen Politik, bediente sich in allen wichtigen Fragen der Mitwirkung Kiderlens, der das Ohr des Kaisers besaß. So oft der Kaiser mit Kiderlen auf Reisen war, ließen Holstein und Eulenburg ihre Wünsche durch Kiderlen bei ihm vertreten.

Kiderlen begleitete bereits im Jahre 1888 den Kaiser nach Petersburg, Stockholm und Kopenhagen.

Seit dieser ersten Fahrt des jungen Kaisers nahm Kiderlen-Wächter eine besondere Stellung ein. Aber solange Fürst Bismarck am Ruder war, trieben Holstein und Eulenburg keine eigene Politik und hatten die guten Beziehungen Kiderlens zum Kaiser keine historische Bedeutung. Mit dem Sturze der Bismarcks wurde mit einem Schlage Holstein zum Leiter unserer auswärtigen Politik. Es war nicht zu verwundern, daß der kluge und vorsichtige Holstein sich in bestem Einvernehmen mit Eulenburg und Kiderlen hielt. Denn Holstein liebte es nicht, mit dem Kaiser in Berührung zu kommen oder sonst öffentlich hervorzutreten.

Jahrelang hat Kiderlen seine schwierige Rolle ausgezeichnet gespielt. Es mag nicht leicht sein, vortreffliche Beziehungen zu Wilhelm II., Holstein und Philipp Eulenburg gleichzeitig zu unterhalten. Viele Menschen wissen davon zu berichten, wie wandelbar die Gunst des Kaisers, besonders in früheren Zeiten, war. Der alte Geheimrat von Holstein war selbst in der Wahl seiner Mittel sehr unbedenklich und hatte ein tiefes Mißtrauen gegen andere Menschen. Und Philipp Eulenburg: die Eigenarten seines Charakters sind durch die fürchterlichen Prozesse der letzten Jahre wohl erst teilweise entschleiert worden.

Nach Hohenlohes „Denkwürdigkeiten" kam am 13. Januar 1893 Graf Philipp Eulenburg zu ihm nach Karlsruhe, und zwar 11 Uhr abends. Eulenburg sagte, Holstein und Kiderlen hätten die Meinung, daß er (Eulenburg) Staatssekretär werden solle. Nun glaubte Eulenburg für diese Stelle nicht geeignet zu sein, da er zu wenig Ehrgeiz und zu wenig

Freude an den Exigenzen habe, die das Auswärtige Amt mit sich bringe. Er fürchtete ferner (heißt es weiter bei Hohenlohe), daß sein Verhältnis zum Kaiser durch den steten persönlichen Verkehr und die Vorträge gestört werden könne; und doch sei gerade dieses freundschaftliche Verhältnis sehr wichtig und dem Kaiser nützlich, da er sich bewußt sei, vom Kaiser nie etwas zu verlangen, und ihm nur ehrliche Ratschläge zu geben. Durch diese vermittelnde Stellung werde er größeren Nutzen schaffen als durch seine Tätigkeit als Leiter des Auswärtigen Amts. Zudem sei er zu jung. Die Ernennung des Badenser Marschall habe schon viel Unzufriedenheit in Beamtenkreisen erregt. Es müsse jetzt, wenn ein neuer Staatssekretär gewählt würde, ein älterer angesehener Diplomat, etwa ein Botschafter, dafür auserwählt werden. Wo aber dieser Botschafter zu finden sei, wußte er auch nicht. „Er bat mich, mit Holstein in unauffälliger Weise die Nachfolgerschaft von Marschall zu besprechen und Holstein von dem Gedanken, ihn vorzuschlagen, abzubringen."

Diese Äußerungen Eulenburgs gegen Hohenlohe zeigen ihn in einem sehr günstigen Licht. Wir haben keine Veranlassung, an der Aufrichtigkeit seiner Äußerungen zu zweifeln. Wer möchte wohl behaupten oder gar beweisen wollen, daß Eulenburg dem Kaiser jemals mit Bewußtsein unehrliche Ratschläge gegeben hat? Eulenburg hat dem Kaiser in einem bedeutsamen Moment, nämlich im Frühjahr 1904, sehr gute Ratschläge gegeben, als er ihm riet, sich nicht in die marokkanischen Angelegenheiten zu mischen. Der Rat des unverantwortlichen Ratgebers war in dieser

wichtigen Angelegenheit besser als der Rat des verantwortlichen Ratgebers.

In der Presse hat man mir Widersprüche in meinem Buche „Deutsche Machthaber" vorgeworfen, weil ich an der einen Stelle Anerkennung für Eulenburg und an einer anderen Stelle seine Beseitigung durch Harden als eine verdienstvolle Tat bezeichnet habe. Ich kann darin keinen Widerspruch finden.

Wenn das wahr ist, was die Starnberger Fischerknechte unter ihrem Eide vor Gericht über ihren Umgang mit Phili ausgesagt haben, so gehört Graf Eulenburg nicht in den Umgang oder gar Freundeskreis des deutschen Kaisers. Aber auch seine Vorliebe für Spiritismus und Mystizismus, sowie das ganze Milieu seines Hauses oder der Liebenberger Tafelrunde machten seine Beseitigung zu einer Notwendigkeit.

Nach dem Sturz des Fürsten Bismarck vermehrte sich der Einfluß Eulenburgs und Holsteins in elementarer Weise. Plötzlich lag in ihrer Hand die Beratung des Kaisers, die Besetzung der diplomatischen Stellen, die tatsächliche Leitung der Diplomatie. Und mit ihnen wuchs in diese Machtfülle hinein als Mitträger dieser Machtvollkommenheiten der im Jahre 1852 in Stuttgart geborene Alfred von Kiderlen-Wächter.

Kiderlens Vater war Bankier und seine Mutter entstammte der bekannten schwäbischen Juristenfamilie von Wächter. Im Sommer 1893 stand der 41 jährige Vortragende Rat in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes auf der Höhe seines

Lebens. Er ward von allen Seiten beneidet. Neben Holstein war er der einflußreichste unter den vier Vortragenden Räten der politischen Abteilung. In seinem diplomatischen Beruf fühlte er sich heimisch, denn er kannte die Welt. In der Zeit von 1881 bis 1888 war er in Petersburg, Paris und Konstantinopel tätig gewesen. Überall war er als Gesellschafter und Erzähler witziger Geschichten sehr geschätzt, wenn auch nicht überall bei den Damen. Wenn Kiderlen am Abend nach dem Diner auf der „Hohenzollern" seine launigen Bemerkungen machte, oder eine Serie seiner Schnurren zum besten gab, dann schüttelte sich der Kaiser vor Lachen und klatschte sich mit seinen Händen auf die Oberschenkel.

Eulenburg und Holstein waren mit der Rolle zufrieden, die Kiderlen-Wächter beim Kaiser spielte. Die Lage war nicht einfach, denn Bismarck hatte manche heimliche Freunde. Nicht jedem in der Umgebung des Kaisers war zu trauen. Unter den älteren war mancher, der die Hoffnung auf eine Aussöhnung zwischen Bismarck und dem Kaiser im Herzen barg.

Kiderlen war zufrieden. Was er erstrebte, besaß er. An der Leitung der eigentlichen Politik lag ihm weniger. Er wußte, daß sie in den Händen des alten Holstein vortrefflich lag.

Vielleicht war er der einzige, dem jemals Holstein Aufklärung über die Ziele der deutschen Politik gegeben hat. Es ist allerdings nicht leicht, über die Ziele der deutschen Politik Aufklärung zu geben. Denn Ziele hat Holstein ebensowenig gehabt, wie in den jüngsten Zeiten Bülow oder Schoen. Aber Holstein hatte eine Fülle von Ideen, und er war immer mit

einer Reihe von Unternehmungen beschäftigt. Was schließlich daraus wurde, überließ er der Zeit. Er besaß keine volkswirtschaftliche Bildung und war nicht bestrebt, sich diese anzueignen. Daß die Zunahme der Bevölkerung, der Industrie, des Handels, des Reichtums, der Verkehrsmittel neue Länder für die deutsche Nation verlangt, wußte er nicht. Er hatte keine Absichten auf Kleinasien oder den Kongostaat oder die baltischen Provinzen samt dem Königreich Polen. Darüber hat Holstein nie nachgedacht, daß die drahtlose Telegraphie und die Motorluftschiffahrt soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen mit sich bringen könnten. Aber er kannte die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte und beschäftigte sich viel mit allen möglichen und unmöglichen Koalitionen.

Zwischen Eulenburg, Holstein und Kiderlen gab es keine Schwierigkeiten und Reibungen. Und auch der Kaiser machte keinen Strich durch die Rechnung. Was Holstein durch Marschall und Caprivi dem Kaiser zum Unterzeichnen vorlegen ließ, war regelmäßig brieflich durch Eulenburg oder gelegentlich mündlich durch Kiderlen schon sorgsam vorbereitet. Wenn Caprivi oder Marschall auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik den Kaiser hier oder da unzugänglich fanden, so lag es eben daran, daß sie mündlich oder schriftlich eine eigene Idee geäußert hatten, die noch nicht die Billigung des Triumvirats gefunden hatte.

In der Zeit vom 19. März 1890, dem Tage der Entlassung des Fürsten Bismarck, bis zum Sommer 1893 ging alles nach dem Wunsch des Geheimen Legationsrats von Kiderlen-Wächter. Er begehrte keiner-

lei Veränderungen seiner Position. Wenn er mit dem alten Holstein bei Borchardt frühstückte, übertrug sich seine stets vortreffliche Laune unwillkürlich auch auf den alten griesgrämigen Sonderling. Nicht selten war Phili der dritte im Bunde. In München hielt es ihn nicht lange. Einen großen Teil des Jahres war er auf Reisen und häufig in Berlin, um mit Holstein und Kiderlen oder mit dem Kaiser den Gang der Ereignisse zu besprechen. Bevor Phili zum Kaiser ging, sprach er bei Holstein und Kiderlen vor, und wenn er zurückkam, pflegte Phili mit den beiden Junggesellen zu dinieren.

Wohl keinem von den dreien mag damals die Idee gekommen sein, daß einer von ihnen beim Kaiser in Ungnade fallen könnte und daß sie in Uneinigkeit und in einen Kampf auf Leben und Tod geraten würden. Am allerwenigsten haben sie wahrscheinlich angenommen, daß der fröhliche Kiderlen sehr bald beim Kaiser in Ungnade fallen würde.

Des Lebens ungemischte Freude
Ward keinem Irdischen zuteil.

Die Beziehungen Kiderlens zum Kaiser gestalteten sich allmählich weniger freundlich, und schließlich kam es zum Krach. Der Schwabe liebte derbe Witze und war nicht sonderlich prüde. Durch die Freiheit seiner Rede und seines Auftretens hatte er das Mißfallen des damals überaus einflußreichen Oberhofmarschalls der Kaiserin, Freiherrn Ernst von Mirbach, erregt. Und durch Mirbach und die Kaiserin hatten sich Einflüsse beim Kaiser gegen ihn geltend gemacht. (In meinem Buche „Deutsche Machthaber“, Seite

497, habe ich die Entzweiung zwischen dem Kaiser und Kiderlen Anfang August 1893 nach der Darstellung des verstorbenen Wirklichen Geheimrat von Holstein erzählt.) Der Sturz Kiderlen-Wächters von der Höhe der kaiserlichen Gunst entwickelte sich während der Segelregatta zu Cowes aus dem Zusammentreffen von drei Umständen, nämlich der Mekongaffäre im fernen Siam, dem Sieg des „Meteor" und einem Zwist zwischen Kaiser und König. Der Kaiser war am 29. Juli 1893 auf der Reede von Cowes eingetroffen und mit Kanonendonner und brausenden Hurrarufen begrüßt worden. Sodann hatte er die Königin in Osborne besucht. In den nächsten Tagen fanden die Rennen auf dem Meere statt.

An einem dieser Regattatage — so erzählte der alte Holstein — überbrachte der Privatsekretär der Königin dem Kaiser einen Brief. Die Königin schrieb, Gladstone habe ihr die Mitteilung zugehen lassen, daß sich an der Mündung des Mekam unterhalb Bangkok in Siam französische und englische Kriegsschiffe gefechtsbereit gegenüber stünden und der Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und England nicht ausgeschlossen sei. Der Kaiser zeigte den Brief dem Prinzen von Wales und anderen Herren und besprach in seiner impulsiven Art vielleicht etwas zuviel die Eventualität eines französisch-englischen Krieges. Der Prinz von Wales und die Herren seines Gefolges waren dadurch nicht angenehm berührt, da ihnen der Krieg mit Frankreich keineswegs ein angenehmer Gedanke war.

Aus einem andern Anlaß entwickelte sich bei dem gelegentlichen Zusammensein auf dem Schiff vor Co-

wes ein Wortwechsel zwischen dem Kaiser und seinem Onkel, dem Prinzen von Wales, der keineswegs einen freundlichen Charakter trug. Das beiderseitige Gefolge war Zeuge der unerquicklichen Unterhaltung. Die Worte, die der Onkel gegen den Neffen schleuderte und die der Neffe über den Onkel fallen ließ, eignen sich nicht zur Wiedergabe. Sie fielen in englischer Sprache und waren daher auch dem englischen Gefolge verständlich.

Die Mißstimmung der Engländer gegen den Kaiser nahm zu, als der Kaiser gegen den Sieg einer englischen Jacht Protest einlegte und den Sieg für sich begehrte. Der Protest des Kaisers wurde zu Recht anerkannt. Aber die Mitglieder der Royal Jacht Squadron waren der Ansicht, daß der Protest hätte unterbleiben sollen, daß der Verstoß des englischen Schiffes nur in dem Umfahren einer Boje bestand und ohne Bedeutung war. Man gab sich nun im Klubhaus zu Cowes der Hoffnung hin, der Kaiser werde am Abend beim Festmahl auf den Pokal zugunsten des englischen Siegers verzichten. Dies tat der Kaiser aber nicht, sondern nahm den Pokal für sich an.

In ganz England und auch in Deutschland erregte damals der Sieg der Kaiserlichen Jacht „Meteor" großes Aufsehen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 2. August 1893 brachte in ihrer Morgenausgabe folgende Depesche:

„Cowes, Dienstag den 1. August. Bei der heutigen Segelwettfahrt um den Queens Cup siegte Lord Dunravens „Valkyrie", welche die Fahrt in 3 Stunden 58 Minuten 15 Sekunden zurücklegte. Der „Me-

teor" hatte einen Rekord von 4 Stunden 13 Minuten 4 Sekunden."

In ihrer Abendausgabe vom 2. August 1893 brachte aber die Norddeutsche Allgemeine Zeitung folgende „spätere Meldung":

„Die Jacht „Valkyrie" wurde jedoch wegen unregelmäßigen Fahrens disqualifiziert und der Preis der Kaiserlichen Jacht „Meteor" zugesprochen."

Nach einer weiteren Meldung der N. A. Z. fand am Abend des 1. August 1893 ein Diner in der Royal Jacht Squadron zu Ehren der Anwesenheit S. M. Kaiser Wilhelm statt. Anwesend waren der Prinz von Wales, der Herzog von York, Prinz Heinrich von Battenberg und Lord Dunraven.

Kiderlen-Wächter hielt es für seine Pflicht, den Kaiser in persönlicher Unterhaltung darauf aufmerksam zu machen, daß durch diese drei Begebenheiten in englischen Kreisen Mißstimmung gegen ihn erweckt sei. Der Kaiser nahm die Darlegungen Kiderlen-Wächters sehr ungnädig auf. Die Kritik seines persönlichen Verhaltens, wenn auch in Form von diplomatischen Ratschlägen, verletzte ihn schwer. Monarchen sind der Kritik durch ihre eigenen Beamten stets abgeneigt gewesen. Wilhelm II. war besonders früh zur Regierung gekommen und von der Unnahbarkeit seiner Würde in besonderem Maße überzeugt.

Wohl niemals zuvor und wohl niemals wieder hat irgendein Minister oder Beamter so freimütig mit Kaiser Wilhelm II. gesprochen bis zu dem Novembersturme, als Kiderlen. Durch diese freimütigen Äußerungen bewies Kiderlen, daß er ein wesentlich anderer Ratgeber als Philipp Eulenburg war. Weder

Caprivi noch Hohenlohe noch Bülow haben das persönliche Auftreten des Kaisers zum Anlaß von Ratschlägen an die allerhöchste Adresse genommen. Nur einmal sprach Bülow ohne jede Rücksichtnahme, da es sich um seine Stellung handelte, als er an der Spitze der Novemberrevolution dem Kaiser im Neuen Palais entgegentrat. Wenn man von dem 17. November 1908 absieht, so hat niemals irgendeiner der mehr als 80 Staatsminister und Staatssekretäre, die Wilhelm II. bis jetzt verbraucht hat, denselben Mut und dasselbe Rückgrat wie Kiderlen-Wächter bewiesen.

Der lustige Schnurrenerzähler der „Hohenzollern" zeigte sich plötzlich auf demselben Schiff als ein unerschrockener Patriot, als ein weitsichtiger Staatsmann, als ein pflichtbewußter Ratgeber. Wenn seinem Vorbilde nur noch einige Male ein Kanzler oder Minister gefolgt wäre, so wäre die auf Lug und Trug aufgebaute, aus dem Byzantinismus hervorgegangene, das Ansehen der Dynastie gefährdende Novemberrevolution unterblieben. —

Die Rückfahrt auf dem Kaiserschiff war für den mutigen Ratgeber weniger angenehm. Der Kaiser vermied es, mit Kiderlen-Wächter zu sprechen. Wenn dieser mißgestimmt an Bord des Schiffes einherschritt, sah er wohl manchmal die Verabschiedung als unvermeidlich oder doch einen unbedeutenden Gesandtschaftsposten in der Ferne als wahrscheinlich. Vielleicht war durch Philipp Eulenburg und Holstein wenigstens noch ein kleiner ruhiger Posten als Gesandter zu erlangen. An die Möglichkeit aber dachte Kiderlen sicher nicht auf dieser unglücklichen Rückfahrt, daß er einst als Staatssekretär der alleinige Leiter der auswär-

tigen Politik werden würde, zu einer Zeit, wo Holstein tot und Eulenburg von allen vergessen oder doch von niemandem beachtet sein würde.

Vorderhand blieb es ein Geheimnis der Intimen des Kaisers, daß Kiderlen nicht mehr in voller Gnade stand. Kiderlen dürfte dieses Geheimnis nur dem verschwiegenen Holstein anvertraut haben. Selbst Caprivi und Marschall von Bieberstein, die nächsten Vorgesetzten, scheinen erst ziemlich spät Kenntnis von der veränderten Situation erlangt zu haben.

Wie bei den meisten Menschen, so bedeutet auch bei Wilhelm II. eine Minderung der Freundschaft noch nicht einen vollen Bruch. Daher nahm Kiderlen-Wächter als Gesandter in Hamburg im Jahre 1894 mit Philipp Eulenburg an der Reise des Kaisers und der Kaiserin nach Norwegen teil. Und ebenso hat Kiderlen als Preußischer Gesandter in Hamburg Anfang Juli 1895 den Kaiser auf der Nordlandfahrt begleitet.

Ein Unglück kommt selten allein. In wenig angenehmer Stimmung war Geheimrat von Kiderlen im Herbst 1893 seinem Beruf nachgegangen. Die Ungnade des Kaisers lag drückend auf ihm. Sonst ging im Amt alles nach Wunsch. Das Verhältnis zu Holstein und Eulenburg blieb das alte.

Da begann plötzlich am 3., 10. und 17. Dezember 1893 der Kladderadatsch mit allerhand Anspielungen, die in den vier Januarnummern des Jahres 1894 verstärkten Fortgang fanden. In wenigen Wochen war das ganze Deutsche Reich und weit darüber hinaus die Welt in Spannung, zu welchem Ende die vom Kladderadatsch aufgenommene Kampagne füh-

ren würde. Anfangs verstanden nur wenige Sachkundige, gegen welche Personen sich die gereimten Pfeile des Kladderadatsch richteten. Auch war der Sinn der Beschuldigungen schwer zu verstehen.

Die nun beginnende Aufregung zieht sich hin bis zum 18. April 1894, dem Tag des Duells zwischen Kiderlen und Polstorff, und hat am Ende des Jahres durch die Verurteilung des Redakteurs Kleser wegen Beleidigung des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall noch ein Nachspiel.

Worin bestanden die Angriffe des Kladderadatsch? Ein großer Teil unserer Zeitgenossen erinnert sich noch jener Angriffe, aber kaum irgend jemand weiß genau anzugeben, um was es sich eigentlich handelte. Das Interesse, das die Öffentlichkeit ihnen entgegenbrachte, fußt auf der Entlassung des Fürsten Bismarck. Man sah in den Angriffen Pfeile aus dem Bismarckschen Lager, vielleicht den Beginn eines gewaltigen Rachefeldzuges.

Hätte man damals gewußt, woher diese Angriffe kamen, so würde man ihnen nicht eine so große Bedeutung beigelegt haben. Und doch hat der Angreifer eine feine historische Witterung gehabt, und die Geschichtschreibung wird dereinst seinen Namen nicht unerwähnt lassen können. Es ist das erste Vibrieren einer revolutionären Bewegung, das in den Angriffen des Unbekannten liegt. Der Angreifer ist ein Vorläufer der Novemberleute. Fürst Bülow darf sich rühmen, daß er in großem Stil das Werk jenes Unbekannten fortgesetzt hat. Und ist die Bewegung gegen die Eigenarten unseres Kaisers mit dem 17. No-

vember 1908 endgültig begraben oder wird sie dereinst zu hellodernder Flamme aufsteigen?

Der Unbekannte bekämpfte den unheilvollen Einfluß des Grafen Philipp Eulenburg auf den Kaiser. Vielleicht wußte er über Eulenburg weit mehr als das, was er durch den Kladderadatschredakteur Polstorff andeutete. Es ist sogar wahrscheinlich, daß er die perversen Neigungen Eulenburgs kannte. Als vorsichtiger Mann wird er über diese Dinge kaum dem Kladderadatschredakteur eine Andeutung gemacht haben, und es findet sich in der Tat nichts darüber im Kladderadatsch selbst.

Anfang 1894 wurde der deutsche Botschafter in Rom, von Radowitz, durch den Fürsten Radolin, der preußische Gesandte am Vatikan, von Schlözer, durch Otto von Bülow, der württembergische Gesandte in Berlin, von Moser durch Freiherrn Axel von Varnbüler und schließlich der deutsche Botschafter in Wien, Fürst Reuß, durch Graf Philipp Eulenburg ersetzt. Dieses Revirement machte der Kladderadatsch zum Gegenstand seiner Angriffe, indem er es zum Teil früher ankündigte, als die Presse davon wußte. In seiner abschließenden Erklärung zu der ganzen Affäre vom 2. Dezember 1894, also nachdem er sich von seiner schweren Wunde erholt hatte, bezeichnete der Kladderadatschredakteur W. Polstorff den Fall Moser als den wichtigsten.

Am 17. Dezember 1893 brachte der Kladderadatsch ein Gedicht, betitelt „Der zufriedene Geheimrat", das sich gegen Holstein richtet und worin es heißt:

„Warum Freund Moser uns verläßt,
Noch weiß es keiner zu sagen."

In Nummer 1 vom 7. Januar 1894 singt der Kladderadatsch an der Spitze des Blattes im Wochenkalender:

„Lachend will ich ferner auch
Aller Welt die Wahrheit sagen.
Und das Intrigantenvolk
Kräftig auf die Finger schlagen."

Dieselbe Nummer enthält daneben nicht weniger als vier Angriffe aus Anlaß des diplomatischen Revirements. Sodann folgt das nachstehende hübsche Gedicht:

Schwanengesang des Herrn v. Moser.

Ade Berlin, ich muß nun gehn!
Dein Klima vertreibt mich, es sausen
Die preußischen Winde; ich glaube, sie wehn
Aus dem Walde von Bebenhausen.

Mich Kränkelnden will Eulenburg,
Der Arzt vielfältiger Gaben,
Dabei Gemütsmensch durch und durch,
Nun gleich nach dem Süden haben.

Mein guter Philippus doktert jetzt
Sympathisch in hohen Häusern,
Auch ist sein Bariton geschätzt
Bei Königen und Kaisern.

Es hat beklopft mich und behorcht,
Mit Tränklein behandelt und Knetung;
Der biedere Philipp — man staune — sorgt
Sogar für meine Vertretung.

Sein Busenfreund, ein Knab' in Wien,
Varnbüler geheißen, wird morgen
Mein Haus beziehen; Gott segne ihn,
Er nimmt mir Amt und Sorgen.

Ade, Berlin, Voßstraße 10!,
Darfst mich nit mehr behausen.
Hu, diese Winde! ich glaube, sie wehn
Noch immer aus Bebenhausen.

Der König von Württemberg hatte die Gewohnheit, dem preußischen Gesandten in München, Graf Philipp Eulenburg, einige Male im Jahre zur Jagd nach seinem Schlosse in Bebenhausen einzuladen. Es ist überaus wahrscheinlich, daß Graf Philipp Eulenburg am württembergischen Hofe für die Abberufung des württembergischen Gesandten v. Moser aus Berlin tätig war, um diese Stelle für seinen Freund, Freiherrn Axel v. Varnbüler, freizumachen, da die württembergische Gesandtschaft in Wien aufgehoben und Varnbüler dadurch obdachlos wurde.

Wer möchte wohl aus diesem Akt der Freundschaft dem Grafen Philipp Eulenburg einen Vorwurf machen? Schon als Student in Leipzig war er mit Varnbüler befreundet. Er schätzte seinen Freund außerordentlich. Warum soll er nicht wirklich die Überzeugung gehabt haben, daß Varnbüler sich für Berlin ganz besonders eigne? Auch mußte Philipp Eulenburg darauf bedacht sein, seinen Einfluß in Berlin und ebenso an den süddeutschen Höfen zu stärken. Die Prozesse gegen Harden und gegen Philipp Eulenburg in den letzten Jahren haben der Welt den Beweis geliefert, mit welcher peinlichen Sorgfalt Phi-

lipp Eulenburg darauf bedacht war, den Kaiser mit seinen Freunden zu umgeben und förmlich zu isolieren. Und weiter hat man gesehen, welchen ungeheuren Einfluß die Liebenberger Tafelrunde ausübte, wie Caprivi in Liebenberg gestürzt wurde, wie Hohenlohe und Bülow mit den Liebenbergern rechnen mußten, bis es schließlich der einzigartigen Gewandtheit Bülows gelang, in gigantischem Kampfe mit seinem großen Gegner diesen vollständig matt zu setzen.

Der Kladderadatschredakteur Polstorff geht von der Voraussetzung aus, daß Kiderlen-Wächter dem Grafen Philipp Eulenburg bei der Abberufung Mosers behilflich war. Als Referent oder Dezernent für die Presse scheint sich Kiderlen nach den ersten Andeutungen des Kladderadatsch im Dezember 1893 durch Mittelspersonen nach dem Ursprung der Andeutungen im Kladderadatsch erkundigt zu haben. Wahrscheinlich hatte er mit der Recherche den Doktor Hammann beauftragt, der ihm für die Preßangelegenheiten beigegeben war.

In der Erklärung des Herrn Polstorff vom 2. Dezember 1894 wird erwähnt, daß Herr von Marschall durch die Herren Hammann und Wichert dem Chefredakteur des Kladderadatsch, Trojan, die Mitteilung zugehen ließ, daß die Angaben des Kladderadatsch über die Versetzung des Herrn von Radowitz und die Verabschiedung des Herrn v. Schlözer erfunden seien. Im Jahre 1892 war Rudolf Lindau, der bisherige Preßdezernent, aus dem Auswärtigen Amt ausgetreten und nach Konstantinopel verzogen. Kurze Zeit war Professor Constantin Rößler Vortragender Rat in der politischen Abteilung und Leiter des Preßdezernats. Aber noch

im Jahre 1893 übernahm nach dem Ausscheiden Rößlers Kiderlen-Wächter das Preßdezernat. Er wird während der Kladderadatschaffäre von den Zeitungen der verschiedensten Parteien wegen seiner Geschicklichkeit gelobt. Der Kladderadatsch scheint dasselbe Urteil gehabt zu haben.

In Nummer 1 des Kladderadatsch vom 7. Januar 1894 findet sich ein Gedicht:

An Herrn Geheimrat von Spätzle.

Du schüttelst dein sonst so kluges Haupt
Und sprichst zu dir beklommen:
„Die Sache ist — wer hätt' es geglaubt? —
Nun doch ans Licht gekommen.

Was wir gesponnen mit stillem Fleiß
In treu verschwiegenem Bunde,
Es liegt jetzt vor mir schwarz auf weiß
Und macht durch das Reich die Runde.

Die böse Presse schlägt kräftig zu
Und zeigt sich immer doloser —
O hätten wir lieber doch in Ruh
Gelassen den braven Moser!

Wie kam es heraus? so fragen wir
Mit sorgenvollen Mienen.
In meinem Leben bin ich mir
Noch nie so dumm erschienen."

Die Nationalspeise der Schwaben heißt Spätzle, daher der Name. Da Holstein, der als Mann von gutem Geschmack die Austern liebte, als Austernfreund bezeichnet wurde, war Polstorff von der Voraus-

setzung ausgegangen, daß Kiderlen eine besondere Vorliebe für das Nationalgericht haben müsse.

In derselben Nummer des Kladderadatsch fand sich noch folgende spaßhafte Unterhaltung:

Schultze: Wat mag denn unsen juten Reuß in Wien fehlen?

Müller: Se haben ihm 'ne jiftige Auster jejeben.

Schultze: Denn is et sicher 'ne Holsteinsche!

Müller: Natierlich, aus det bekannte Speditionsjeschäft Berlin W.

Schultze: Arbeetet denn des bis nach Wien hin?

Müller: Die Sendung wird über München jejangen sind. Da is ja die Firma durch'n musikalisch bejabten Reiseonkel vertreten.

Aus Nummer 3 des Kladderadatsch vom 21. Januar 1894 ist zu ersehen, daß das Ziel des Feldzugs die Abdankung Holsteins, Kiderlens und Eulenburgs war.

Am Mittwoch den 7. März 1894 veröffentlichte die Frankfurter Zeitung in einem Artikel unter dem Titel: „Ein wenig mehr Licht über die Affäre „Kladderadatsch kontra Holstein und Genossen" einen Brief des Kladderadatschredakteurs Polstorff an einen Schriftsteller Dr. Reiche in Leipzig vom 2. Februar 1894. Der Brief lautet:

„Mit Vergnügen beantworte ich Ihre durchaus berechtigte Anfrage. — Austernfreund — Wirkl. Geh. Legationsrat v. Holstein, Ältester Rat des Auswärtigen Amtes, hat sich schon im Arnimprozeß perfide benommen, ist dann vor vier Jahren gleich von Bismarck abgeschwenkt; wird als Träger der

„Tradition“ von Caprivi und Marschall, die ja keine Diplomaten von Fach, stets zu Rate gezogen und entscheidet meist. Intrigant aus Freude am Intrigieren, — leidenschaftlicher Austernesser.

v. Spätzle, Geh. Legationsrat v. Kiderlen-Wächter, Leiter des offiziösen Preßbureaus, dessen Einfluß unglaublich weit reicht und der durch geschickt ausgesuchte Vermittler auch anständige Leute beeinflußt, ohne daß oft der Chefredakteur eine Ahnung davon hat.

Graf Troubadour, Graf Philipp Eulenburg, preuß. Gesandter in München, geschickter Streber, dichtet, komponiert und trägt seine Lieder unter eigenhändiger Begleitung in hohen und höchsten Kreisen vor.

Holstein und Kiderlen haben die letzten Jahre stets den Riß zwischen Kaiser und Bismarck zu erweitern gesucht, namentlich auch durch verletzende Sachen, die geschickt in verschiedene Blätter lanciert und dann S. M. als Erzeugnisse der bismarckfreundlichen Presse vorgelegt sind. Außerdem haben sie die tüchtigen und selbständigen Gesandten hinausgedrängt oder in die Ecke geschoben, um unbedeutende und willfährige Leute zu placieren. So ist der treffliche Schlözer durch den unfähigen Otto von Bülow, der kluge Radowitz in dem wichtigen Konstantinopel durch den biederen Radolin ersetzt. Moser hat hier nur fortgemußt, weil Graf Eulenburg seinen Freund Varnbüler, der durch die Einziehung der württembergischen Gesandtschaft in Wien obdachlos wurde, hier placieren will. — Eulenburg selbst will nach dem fröhlichen Wien, deshalb muß Prinz Reuß von

dort weg. Die schlimmsten sind Holstein und Kiderlen, Eulenburg ist aber besonders gefährlich, weil er persona gratissima beim Kaiser ist, den er ja auch jeden Sommer auf der Fahrt nach Norwegen begleitet.

Als der Kaiser im Herbst nach Bebenhausen kam, war Eulenburg (aus München) schon da, während die preußische Gesandtschaft in Stuttgart (v. Holleben) erst kurz vor der Abfahrt Sr. M. hinbefohlen wurde.

Alle diese Sachen sind in dem Teile der Gesellschaft hier, der Beziehungen zu diplomatischen Kreisen hat, längst gesprächsweise bekannt, aber erst vor zwei Monaten erhielten wir so authentisches Material, daß wir entschieden vorgehen konnten. Nach Erscheinen der Nr. 53 des vorigen Jahrganges schickte Caprivi den Kammergerichtsrat und Dichter Wichert, Verfasser von „Aus eigenem Recht", zu uns und ließ bitten, mit Angriffen aufzuhören; er müsse seine Beamten schützen, und Holstein sei ein ehrenwerter Mann und Beamter. Wir ließen ihm antworten, wir seien leider besser instruiert als er selbst. Seitdem ist jede Nummer in Regierungskreisen und höher hinauf mit Spannung erwartet und genau studiert worden, aber geschehen ist nichts, weder gegen uns noch zum Schutze des ehrenwerten Beamten."

Der Kladderadatsch hatte übrigens bereits selbst am 2. März 1894 die Namen der beiden angegriffenen Geheimräte genannt, und zwar in einer Briefkastennotiz, die augenscheinlich an den in Kassel lebenden

pensionierten früheren Botschafter General v. Schweinitz gerichtet war. Die Briefkastennotiz lautete:

„Kassel, v. S. Nein, wir haben die Sache satt. Sechs Wochen hindurch haben wir in der schärfsten Form darauf hingewiesen, daß zwei hohe Reichsbeamte ihre einflußreiche Stellung zu allerlei gemeinschädlichen Intrigen mißbrauchen. Wie Sie als alter Kenner der Verhältnisse gleich herausgefunden haben, ist Herr v. Austernfreund der Wirkl. Geh. Legationsrat v. Holstein, v. Spätzle der Geh. Legationsrat v. Kiderlen-Wächter. Vom ersten Augenblicke an hat man in Regierungskreisen ganz genau gewußt, gegen welche Personen die Angriffe gerichtet waren; trotzdem haben die beiden Beamten weder Klage gegen uns erhoben, noch ihr Abschiedsgesuch eingereicht, sie haben alles ruhig eingesteckt. Es verliert schließlich jeden Reiz, sich mit so passiven Herren weiter zu beschäftigen."

In einer Zuschrift an die Nationalzeitung vom 9. März setzt Polstorff auseinander, daß der Brief an Dr. Reiche ohne sein Vorwissen in der Frankfurter Zeitung abgedruckt worden ist. Sodann schreibt er:

„Ich bin bei der Abfassung meines Schreibens unvorsichtig gewesen, wohl viel zu unvorsichtig für einen Mann, der seit 10 Jahren Gelegenheit gehabt hat, einen Einblick in die Verhältnisse unserer Presse zu gewinnen; das tut mir leid, ist aber nicht mehr zu ändern. Ein weiterer Vorwurf trifft mich bei der Sache nicht."

Die Zuschrift Polstorffs enthielt noch die Versicherung, daß er für die absolute Richtigkeit der Mit-

teilungen in jenem Brief an Dr. Reiche ohne jeden Rückhalt eintrete.

Die Frankfurter Zeitung hatte bei dem Abdruck des Briefes einige beleidigende Ausdrücke weggelassen, deutet sie aber durch Nennung der Ausdrücke an, ohne zu sagen, auf welche der angegriffenen Personen sich die einzelnen Ausdrücke beziehen. Vielleicht hat Herr v. Kiderlen in das Original des Briefes auf irgendeinem Wege Einsicht erhalten und sich durch diese scharfen Ausdrücke, die aber politisch ohne Interesse sind, beleidigt gefühlt.

Wenn man objektiv die gegen das Dreigestirn in dem Polstorffschen Briefe vom 2. Februar 1894 erhobenen Vorwürfe betrachtet, so bleibt schließlich etwas Greifbares nicht übrig. Der schwerste Vorwurf besteht darin, daß verletzende Sachen von Holstein und Kiderlen geschickt in verschiedene Blätter lanciert und dann dem Kaiser als Erzeugnisse der bismarckfreundlichen Presse vorgelegt worden sein sollen. Ein solcher Vorwurf muß spezifiziert werden. Was sind verletzende Sachen? Was ist die bismarckfreundliche Presse?

Wer die Geschichte jener Zeit kennt, weiß, daß dieser Vorwurf überhaupt haltlos ist. Die Hamburger Nachrichten und andere dem Fürsten Bismarck nahestehende Blätter enthielten fortgesetzt so scharfe Angriffe gegen den Kaiser und Kanzler, daß man wirklich nichts zu erfinden brauchte, wenn man dem Kaiser aus dem Bismarckschen Lager stammende Artikel vorlegen wollte. Auch war Fürst Bismarck und seine Familie so wenig zurückhaltend in ihren Äußerungen, daß es nicht notwendig war, irgend etwas zu erfinden,

wenn man den Riß zwischen dem Kaiser und dem Altreichskanzler erweitern wollte. Es ist nicht anzunehmen, daß ein gegen die Kladderadatsch-Redakteure angestrengter Prozeß positives Material in dieser Richtung zutage gefördert hätte. Würde Polstorff greifbares Material in Händen gehabt haben in Gestalt von solchen geschickt lancierten Zeitungsartikeln, so würde er es in seinen Angriffen im Kladderadatsch auch zur Verwendung gebracht haben.

Es ist nicht anzunehmen, daß Holstein und Kiderlen Anfang 1894 eine Rückkehr Bismarcks für möglich hielten. Der Fürst war schon viel zu sehr gealtert, und der Kaiser hat an eine Rückberufung niemals gedacht.

Für Caprivi wurde schon seit dem Sommer 1893 ein Nachfolger gesucht, aber Bismarck kam in keiner Weise in Frage. Philipp Eulenburg war überhaupt kein Freund von Caprivi, vielmehr nannte er am 14. September 1893 den Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg in einer Unterhaltung mit Hohenlohe als den geeigneten Nachfolger Caprivis. Phili war kein Gegner der Bismarcks und wurde auch von diesen niemals als ein Gegner betrachtet. Dies kann man schon daraus erkennen, daß Maximilian Harden in seiner Zukunft am 7. April 1894 bei Besprechung der Kladderadatsch-Affäre Philipp Eulenburg in Schutz nahm.

Über Phili schrieb Harden damals: „Dieser Herr hat mit der Sache ja eigentlich gar nichts zu tun; er ist ein ausgezeichneter Klavierspieler, ein nicht all zu unangenehm dilettierender Dichter, Komponist und Sänger, ein sehr amüsanter Gesellschafter, außerdem

Spiritist und, wie man behauptet, Freimaurer; auch die Gabe, über allerlei Hof- und Diplomatenklatsch höchst unterhaltende Briefchen schreiben zu können, wird ihm nachgerühmt, während er von der eignen diplomatischen Fähigkeit weder bei den Prüfungen noch als preußischer Gesandter in München deutlich erkennbare Proben ablegen konnte."

Nach Hohenlohes Aufzeichnungen wurde am 21. Januar 1894, dem Ordensfest, Herbert Bismarck nach Tisch durch seine Freunde am Hof, August Eulenburg, Pückler, Lehndorf, in die Nähe des Kaisers gebracht. Am 26. Januar 1894 frühstückte Fürst Bismarck allein mit den Majestäten im Schloß zu Berlin. Aus Hohenlohes Denkwürdigkeiten ergibt sich aber, daß die Aussöhnung nur eine äußerliche war.

Am 26. Oktober 1894 wurde Caprivi in Liebenberg durch die Eulenburgs zu Fall gebracht. Philipp Eulenburg hatte jedenfalls kein Interesse daran, daß seine Berliner Freunde Holstein und Kiderlen in der Presse gegen Bismarck tätig waren.

In seiner abschließenden Erklärung vom 2. Dezember 1894 erwähnt Polstorff die in die bismarckfreundliche Presse lancierten Artikel gar nicht. Im Kladderadatsch finden sich über diese Angelegenheit auch keinerlei Spitzen. Einst war Holstein mit Herbert Bismarck befreundet. Die Frage der Verlängerung des russischen Rückversicherungsvertrages Ende März 1890 entzweite die beiden. Als Fürst Bismarck abging, sollte sein Sohn Herbert noch die letzten Tage seines Amtslebens auf Wunsch des Vaters zur Erneuerung des russischen Rückversicherungsvertrages benutzen. Holstein war von jeher ein Gegner des russi-

schen Rückversicherungsvertrages gewesen und hatte den neuen Reichskanzler Caprivi bestimmt, bei dem Kaiser gegen die Verlängerung des Vertrages zu reden. Nach Hardens Darstellung („Köpfe", Seite 102) machte Herbert Bismarck Herrn von Holstein, der das Zimmer neben ihm bewohnte, eine Szene. Herbert sagte: „Sie konnten diese Dummheit doch verhindern. Aber Sie scheinen mich etwas früh für einen toten Mann zu halten." Holstein antwortete, er habe nicht die Macht, dem Kanzler die Ausführung seiner Absichten zu wehren. Herbert schied aus dem Amt ohne Abschied von Holstein, der fortan in dem Hause Bismarcks als Verräter betrachtet wurde.

Die Versetzung des Herrn von Radowitz und die Verabschiedung des Herrn von Schlözer werden im Kladderadatsch — wie Polstorff in seiner Erklärung vom 2. Dezember 1894 betont — nur zweimal erwähnt und zwar in ziemlich harmloser Weise. „Trotzdem ist" — schreibt Polstorff am 2. Dezember 1894 — „nachher immer nur davon die Rede, daß man unsere irrigen Anschauungen über die beiden letzten Vorgänge gern berichtigen möchte; der Fall Moser wird nicht erwähnt, obgleich man im Auswärtigen Amt seit Ende März weiß, daß dieser uns ganz erheblich wichtiger war als die beiden anderen."

Holstein betrachtete Radowitz als seinen Feind und Radolin als seinen Freund. Es steht außer Zweifel, daß Radowitz weit befähigter als Radolin war.

Mit Schlözer war Holstein von Beginn seiner diplomatischen Karriere an bekannt. Als jüngster Attaché arbeitete Holstein in Petersburg unter dem

Gesandten von Bismarck und dem Legationssekretär von Schlözer. Zwischen Holstein und Schlözer bestand in späteren Jahren Feindschaft. Schon 1889 wollte Holstein Schlözer von Rom abberufen. Aber Fürst Bismarck sagte zu seinem Sohn: „Ich bin an den alten Nußknacker nun mal gewöhnt" (Holsteins Brief an Harden in der Zukunft vom 18. August 1906). Bis dahin hatte Herbert die Ansichten Holsteins über Schlözer geteilt.

Als Schlözer schließlich im Jahre 1892 von Rom abberufen wurde, war er 70 Jahre alt. Die Abberufung ist also ebensowenig auffallend als die Ernennung des preußischen Diplomaten Otto von Bülow zum Nachfolger Schlözers am Vatikan. Otto von Bülow, von Hohenlohe auch Bülow II genannt, war als Gesandter jahrelang dem Kaiser Wilhelm I. attachiert und spielte unter Bismarck in der politischen Abteilung nicht die letzte Rolle. Nachdem der Staatssekretär von Bülow am 20. Oktober 1879 gestorben war, zählte Fürst Bismarck im Gespräch mit Hohenlohe die Kandidaten auf: Keudel, Schlözer, Radowitz, Otto Bülow. Wenn Bismarck daran gedacht hat, Otto von Bülow zum Staatssekretär des Auswärtigen zu machen, so war die Ernennung zum preußischen Gesandten am Vatikan wahrhaftig keine ungebührliche Bevorzugung.

Gegenüber den Angriffen des Kladderadatsch wurde Anfang März 1894 in offiziösen Korrespondenzen behauptet, man habe in Madrid eine Kraft ersten Ranges zur Durchführung der deutsch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen gebraucht, auch habe Herr von Radowitz selbst den Wunsch geäußert, aus

dem teuren Konstantinopel fortzukommen, wo selbst der reiche Grandseigneur Fürst Radolin jetzt auch äußerlich das Deutsche Reich würdig repräsentiere.

Ob Eulenburg an der Ersetzung des Botschafters Radowitz durch Radolin und des Gesandten von Schlözer durch Otto von Bülow irgendein Interesse gehabt hat, erscheint zweifelhaft. Daß er aber seinen Einfluß aufgeboten hat, um seinen Freund Varnbüler nach Berlin und sich selbst nach Wien zu bringen, steht außer jedem Zweifel. In den Fällen Schlözer und Radowitz hat Eulenburg vielleicht seinen Berliner Freunden seine Mitwirkung nach dem Grundsatze geliehen, daß eine Hand die andere wäscht.

Holstein verstand es auch meisterhaft, auf Umwegen zum Ziele zu gelangen. Es ist daher überaus wahrscheinlich, daß alle diese Vorgänge in den Akten des Auswärtigen Amts ein ganz anderes Aussehen haben als in der Wirklichkeit. Ein jeder Diplomat aus der Holsteinschen Zeit weiß, daß Holstein einen großen Teil der Geschäfte, wenn nicht den größten, durch seine Privatkorrespondenz erledigte. Wenn dereinst aus dem Holsteinschen Nachlaß die Briefe Philipp Eulenburgs veröffentlicht werden, wird auch diese letzte ziemlich unwichtige Frage der heute aufgeklärten Spätzleaffäre klargestellt sein. Angesichts der Holsteinschen und Eulenburgschen Arbeitsmethode hätte es für die Redakteure des Kladderadatsch keine Bedeutung gehabt, die Akten des Auswärtigen Amts einzusehen. Als Zeuge in dem Beleidigungsprozeß gegen den Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, Dr. Kleser, hat der Staatssekretär Freiherr von Marschall am 20. November 1894 in Köln aus-

gesagt, er habe Herrn Dr. Hammann ersucht, sich zu dem Chefredakteur des Kladderadatsch, Trojan, zu begeben, um ihm mitzuteilen, was da bezüglich der Versetzung der Herren von Radowitz und von Schlözer gesagt werde, sei vollkommen erfunden. „Wenn Herr Trojan die Güte haben wollte, mich auf dem Amte zu besuchen, so sei ich bereit, gegen Versicherung der Diskretion, ihm den Beweis zu liefern, daß er falsch unterrichtet, und daß das, was er behauptete, alles unwahr sei."

Und ebenso ist den Versicherungen des Grafen von Caprivi aus demselben Grunde keine Bedeutung beizumessen. Der Reichskanzler ließ nämlich durch den Kammergerichtsrat Dr. Wichert als Vorsitzenden des Vereins der Presse Herrn Trojan darauf aufmerksam machen, daß diese Angriffe unbegründet seien, daß insbesondere in dem einen Fall der Geheime Legationsrat von Holstein die direkt entgegengesetzte Haltung von der im Kladderadatsch mitgeteilten eingenommen habe (Zeugenaussage des Freiherrn von Marschall, Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 547 vom 22. November 1894). Auf diese Vermittlung hin antwortete Chefredakteur Trojan brieflich am 5. Januar 1894 Herrn Wichert, sie könnten ihre Angriffe nicht einstellen, weil sie fest davon überzeugt seien, eine gute Sache zu vertreten.

Am 8. März 1894 berichteten die Zeitungen, Geheimrat von Holstein habe zwei hochadlige Kartellträger zum Grafen Herbert Bismarck geschickt, mit der Aufforderung, zu erklären, ob er der Urheber jener Angriffe im Kladderadatsch sei, beziehungsweise ob er eine Forderung anzunehmen bereit sei. Graf

Herbert habe darauf erwidert, daß er mit der Sache nichts zu schaffen habe. (Frankfurter Zeitung Nr. 66 vom 7. März 1894 und Hildburghausner Dorfzeitung vom 8. März 1894.)

Und Anfang April erklärte Graf Guido Henckel von Donnersmarck in den Berliner Neusten Nachrichten, daß er mit den Angriffen gegen das Auswärtige Amt weder direkt noch indirekt in Zusammenhang stehe. Der Graf war bis dahin noch nirgends genannt worden. Wie kam er zu dieser Erklärung?

Graf Henckel von Donnersmarck war als intimer Freund des Bismarckschen Hauses bekannt. Und Holstein hatte sich nun einmal in die Idee verrannt, daß diese Angriffe aus dem Bismarckschen Lager kämen. Überdies wollte er gehört haben, daß Graf Henckel von Donnersmarck lachend und mit Vergnügen gelegentlich Kenntnis von den Kladderadatschangriffen genommen habe.

Holstein setzte sich hin und schrieb einen schwer beleidigenden Brief an den Grafen Guido. Und im Abfassen von Noten war er ein Meister. Selbst Bismarck, der Meister eines diplomatischen Stils, schätzte seine Fehler, und wie dieser große Meister, so konnte auch sein Schüler spitz und scharf schreiben.

Wollte er nur beleidigen oder wollte er gefordert sein? Zum Übersenden einer Forderung an den Grafen Guido langte der armselige Tatbestand in keiner Weise. Kein Ehrengericht hätte eine solche Forderung gebilligt. Augenscheinlich wollte Holstein, der übrigens selbst niemals des Königs Rock getragen hat, eine Forderung provozieren.

Trotz seiner 64 Jahre verzichtete Graf Guido

auf eine Privatklage und sandte ihm den jetzigen Oberstallmeister Freiherrn von Reischach als Kartellträger mit einer Duellforderung zu. Drei Tage lang übte sich der Fürst im Pistolenschießen. Schließlich aber wurde der Streitfall zwischen Reischach und dem Freiherrn von Bissing, dem Kartellträger Holsteins, gütlich beigelegt. Eine gewisse Spannung ist aber zwischen Holstein und dem Grafen Henckel dauernd zurückgeblieben. Diese Dissonanz hat sich im Jahre 1905 in der Behandlung der Marokko-Affäre bemerkbar gemacht, wie ich in meinem Buche „Deutsche Machthaber", Seite 232—234 dargelegt habe. Und der Verlauf der Marokko-Affäre im Jahre 1905 ist an der Ausscheidung Holsteins aus dem diplomatischen Dienst nicht unschuldig.

Auf der Suche nach dem unbekannten Inspirator des Kladderadatsch blieb im Jahre 1894 nicht nur die Presse, sondern auch das Auswärtige Amt vollständig auf dem Holzwege. Die abenteuerlichsten Kombinationen tauchten auf. Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung in Köln behauptete am 3. April und 29. Mai 1894 sogar, daß der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr Marschall von Bieberstein, die Angriffe des Kladderadatsch gegen die ihm unterstellten Geheimräte veranlaßt habe. Im Auftrag des Staatssekretärs erhob die Staatsanwaltschaft die Verleumdungsklage, und in der Hauptverhandlung am 20. November 1894 wurden die Redakteure Dr. Kleser und Nestler zu einer Gefängnisstrafe von je 2 Monaten verurteilt, da ihre Behauptung sich als vollkommen haltlos herausstellte.

Da der Reichskanzler es unterließ, die Verleumdungsklage gegen die Redakteure des Kladderadatsch

anzustellen, wurde der Kladderadatsch immer kühner und die öffentliche Meinung in steigendem Maße beunruhigt. Es verbreitete sich das Gefühl, daß den Angriffen des Kladderadatsch zum mindesten ein berechtigter Kern zugrunde liegen müsse, und alle Welt beschäftigte sich mit der Frage, wer der wohlunterrichtete Urheber dieser Angriffe sei.

Das Rätsel blieb im Jahre 1894 ungelöst, und mit der Erklärung Polstorffs vom 2. Dezember 1894 stellte der Kladderadatsch endgültig die Erörterungen dieser Angelegenheiten ein, nachdem er schon seit der Verwundung Polstorffs am 18. April 1894 von allen weiteren Angriffen abgesehen hatte.

Noch heute ist der Name des Urhebers der Angriffe nur drei Personen bekannt. Es besteht auch nicht die Absicht, das Geheimnis ganz zu entschleiern. Ich will über den mir bekannten Urheber der Angriffe nur folgendes mitteilen:

Er war ein Kollege des Herrn von Kiderlen-Wächter und, wie Herr von Kiderlen selbst, Vortragender Rat und Geheimer Legationsrat im Auswärtigen Amt, aber nicht in der politischen Abteilung. Er war von altem Adel. Heute ist er tot und hat keine Nachkommenschaft hinterlassen.

Niemand kann heute die Handlungsweise dieses Geheimen Legationsrats von X als eine unpatriotische bezeichnen. Im Gegenteil lag es im Interesse des Deutschen Reiches, daß der unheilvolle Einfluß des Grafen Philipp Eulenburg auf den Kaiser beizeiten beseitigt werde. Geheimrat von X war seit vie-

len Jahren persönlich mit Polstorff befreundet, ohne daß irgend jemand im Auswärtigen Amt davon Kenntnis hatte. Er verkehrte bei Polstorff im Hause und traf sich in der kritischen Zeit mit Polstorff in einem kleinen Hotel.

Die Tatsachen, welche der Geheime Legationsrat von X seinem Freunde, dem Kladderadatsch-Redakteur, mitteilte, waren für ihn keine Dienstgeheimnisse; jedenfalls hatte er dienstlich mit diesen Angelegenheiten nichts zu tun, zumal er der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts nicht angehörte. Es handelte sich überhaupt nicht um einen Tatbestand, der aus den Akten zu ersehen war. Der Geheime Legationsrat von X kannte aber durch seine gesellschaftlichen wie persönlichen Beziehungen den unheilvollen Einfluß des Grafen Philipp Eulenburg, und wußte vielleicht noch mehr über ihn, als Polstorff im Kladderadatsch mitgeteilt hat, oder als er seinem Freunde Polstorff anzudeuten für gut fand.

Gerade auf dem Gebiete der perversen Verirrungen oder Belastungen wird ein vorsichtiger und unterrichteter Beobachter und ein gewissenhafter Mann sehr zurückhaltend mit seinem Urteil und mit der Weitererzählung von Tatsachen sein. Es läßt sich nicht alles beweisen oder an die Öffentlichkeit ziehen. Was Philipp Eulenburg durch eidliche Zeugenaussagen in den letzten Jahren vorgeworfen worden ist, bezieht sich zum Teil gerade auf die Zeit seines Aufenthaltes als preußischer Gesandter in München. Alles spricht dafür, daß der Geheime Legationsrat von X ebenso wie

die Redakteure des Kladderadatsch von der Überzeugung durchdrungen war, daß er eine gute und patriotische Sache vertrete, indem er den Kampf gegen den Einfluß Philipp Eulenburgs aufnahm.

Polstorff war zu wenig Politiker, um sofort zu erkennen, daß die Versetzung des Botschafters von Radowitz und die Abberufung des Gesandten von Schlözer sich nicht zu einer politischen cause célèbre eigne. Wenn Polstorff in dem Brief an Dr. Reiche den beiden Berliner Geheimräten vorwirft, durch Lancierung von Artikeln in die bismarckfreundliche Presse den Riß zwischen Kaiser und Bismarck vergrößert zu haben, so hat er wahrscheinlich seinen Gewährsmann mißverstanden. Jedenfalls scheint es sicher zu sein, daß auch der Geheime Legationsrat von X keinerlei Beweismaterial für diese Behauptung besaß oder auch nur kannte.

Daß Polstorff nicht vorsichtig war, hat er selbst zugegeben und steht außer jedem Zweifel. Vielleicht ist auch sein Gewährsmann in seinen Angaben oder in seinen Zusicherungen etwas unbestimmt gewesen. Als Polstorff im Dezember 1893 den literarischen Feldzug eröffnete, hat er kaum die Absicht gehabt, eine etwaige Forderung anzunehmen. War alles richtig, was er behauptete, so konnte er eine Forderung mit dem Hinweis auf die Richtigkeit seiner Behauptungen und auf die Pflicht der öffentlichen Kritik zurückweisen, ohne daß ihm irgend jemand einen Vorwurf daraus gemacht haben würde.

Die Entstehung und die näheren Umstände des Duells zeigen, daß zwischen Polstorff und seinem Gewährsmann eine Unstimmigkeit stattgefunden hat, und

zum mindesten, daß Polstorff in der Detailausführung seines Feldzugs weit über das zulässige Maß hinausgegangen ist. In den ersten Wochen nach dem Duell hat man die wahre Ursache der Forderung Kiderlens überhaupt nicht gekannt. Weder die Kladderadatsch-Angriffe noch der von der Frankfurter Zeitung veröffentlichte Brief Polstorffs ist die eigentliche Grundlage des Duells. Erst elf Tage nach dem Duell, am 29. April 1894, bringt eine von Trojan verfaßte Briefkastennotiz des Kladderadatsch Aufklärung.

Es heißt in dieser Briefkastennotiz: „Der Privatbrief, auf den die Forderung sich stützte, war der Form nach an Herrn Rudolf Hoffmann adressiert, enthielt aber die ablehnende Antwort auf ein von der Regierung gemachtes Anerbieten, und war dazu bestimmt, durch den Generalmajor Spitz dem Auswärtigen Amt übergeben zu werden. Von dem Herrn von Kiderlen war nur in dem folgenden Passus die Rede: „Die Herren, deren Tätigkeit wir angreifen, wissen zur Erreichung ihrer Zwecke allerlei Vorgänge so geschickt zu benutzen und andere Vorgänge so geschickt herbeizuführen, daß bei dem Herrn Reichskanzler kaum ein Verdacht entstehen kann. Der Name des Herrn von Kiderlen ist überhaupt in dem Brief nicht genannt."

Würde Polstorff in der Lage gewesen sein, diese Behauptung, wegen deren Herr von Kiderlen ihm die Forderung übersandte, zu beweisen, so hätte er es wohl vorgezogen, das Duell nicht anzunehmen, sondern durch Vorlegung seines Beweismaterials zu beantworten. Wiederholt hatte der Kladderadatsch in den vorausgegangenen Monaten die Verabschiedung der beiden Geheimräte als das nächste Ziel seiner An-

griffe bezeichnet. Durch die Vorlegung des Beweismaterials würde dieses Ziel erreicht worden sein, und die öffentliche Meinung hätte die Angriffe des Kladderadatsch als gerechtfertigt betrachten müssen.

Polstorff nahm die Forderung des Herrn von Kiderlen an, bedang sich aber eine Frist von vier Wochen aus, weil er als das am besten instruierte Redaktionsmitglied für die Vertretung der Sache nicht zu entbehren war. Die Kölnische Zeitung meinte allerdings, Polstorff habe Zeit gewinnen bzw. versuchen wollen, seine Gewährsmänner heranzuziehen, die ihn aber im Stiche gelassen hätten. Es scheint, daß die Kölnische Zeitung nicht ganz unrecht hatte. Denn in der Zeit zwischen der Forderung am 18. März und dem Duell am 18. April 1894 setzte der Kladderadatsch seine Angriffe nicht fort und brachte keinerlei Beweismaterial für seine Behauptungen herbei. Augenscheinlich konnte der Geheime Legationsrat von X kein Material zur Unterstützung der sehr gewagten Behauptungen in dem Polstorffschen Privatbrief an Herrn Hoffmann liefern.

Wenn Herr von Kiderlen und wahrscheinlich doch auch Herr von Holstein sich durch den oben angegebenen Passus in dem Privatbrief Polstorffs an seinen Verleger, Herrn Hoffmann, beleidigt fühlten, so hätten sie bei dem Reichskanzler die Erhebung der öffentlichen Beleidigungsklage oder Verleumdungsklage beantragen können. Dies scheint nicht geschehen zu sein. Warum ist die Erhebung der Klage unterblieben?

In dem Prozeß Kleser zu Köln sagte Freiherr von Marschall am 20. November 1894 als Zeuge folgendes aus:

„Eine gerichtliche Klage wegen Beleidigung würde den Herren des Kladderadatsch die Möglichkeit und das Recht gegeben haben, nicht nur diese Versetzungen, sondern alle möglichen Veränderungen im Auswärtigen Amte, beziehungsweise die Gründe derselben vor das Forum des Gerichts zu ziehen. Es würden die Angeklagten in der Lage gewesen sein, über die Tätigkeit der beleidigten Beamten frei zu diskutieren, zu behaupten, das und das hätten sie getan, und zu prüfen, ob das nun Intrige sei oder nicht. Die Gründe, auf denen die Veränderungen und Versetzungen im diplomatischen Korps beruhen, gehören in der Regel zu den allergeheimsten Dingen des Auswärtigen Amtes, es kommen dabei die geheimsten politischen Fragen zur Erörterung. Diese Dinge können einer Gerichtsverhandlung unmöglich preisgegeben werden, auch nicht bei geschlossenen Türen. Denn auch bei geschlossenen Türen sind, abgesehen von den Beamten und Verteidigern, immer Leute da, die in der Lage wären, diese Geheimnisse auszuforschen. Ich würde also durch eine gerichtliche Verhandlung meine Beamten nicht geschützt haben, sondern sie im Gegenteil schutzlos preisgegeben haben."

Der juristische Teil der Ausführungen des früheren Ersten Staatsanwalts von Mannheim soll nicht bestritten werden. Aber der staatsmännische und diplomatische Teil kann nicht für hinreichend begründet anerkannt werden. Die Abberufung des Herrn von Schlözer und die Versetzung des Herrn von Radowitz waren, wie oben schon gezeigt worden ist, keineswegs politische Ereignisse von großer Bedeutung. Und die Ersetzung des Herrn von Moser durch Herrn von Varn-

büler, gegen die sich der Kladderadatsch in erster Linie gewandt hatte, war eine innere deutsche Angelegenheit, die man ohne Schaden für das Reich hätte zur Verhandlung bringen können. Bei fast jedem Landesverratsprozeß werden hinter verschlossenen Türen oder auch öffentlich Dinge zur Sprache gebracht, deren Geheimhaltung hundertmal wichtiger für das Deutsche Reich wäre. Caprivi und Marschall taten nichts ohne den Rat Holsteins, und Holstein wußte, welche Rolle Eulenburg bei der Ersetzung Mosers durch Varnbüler gespielt hatte. Indem Holstein gegen Herbert Bismarck und den Grafen Henckel von Donnersmarck vorging, liefert er den Beweis, daß er den Hintermann des Kladderadatsch für ausgezeichnet unterrichtet hält. Weil der Schuß ins Schwarze getroffen hatte, nahmen die Männer hinter der Scheibe an, daß ein erstklassiger Schütze ihn abgefeuert habe. Ex ungue leonem!

Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß der Hintermann Polstorffs, der Geheime Legationsrat von X, gelegentlich durch Unterhaltungen mit Herrn von Holstein oder Herrn von Kiderlen sein Tatsachenmaterial gesammelt hatte. Vielleicht also hatte Herr von Holstein selbst, ohne es zu ahnen, die Geschosse gegen sich selbst auf dem Umweg über den Geheimen Legationsrat von X und Polstorff losgefeuert.

Herr von Holstein war durch den Passus des Polstorffschen Privatbriefes an seinen Verleger genau ebenso beleidigt wie Herr von Kiderlen. Warum forderte Herr von Holstein nicht Herrn Polstorff? Herr von Holstein hatte doch soeben die ersten Schritte ge-

tan, um gegebenenfalls ein Duell mit dem Grafen Herbert Bismarck oder dem Grafen Henckel von Donnersmarck herbeizuführen.

Herr von Kiderlen-Wächter war aber Landwehroffizier, was Holstein nicht war. Und in seiner Eigenschaft als Landwehroffizier fühlte sich Herr von Kiderlen beleidigt. Die von ihm am 18. März 1894 Herrn Polstorff übersandte Forderung lautete: „Fünf Schritte Barriere und avancieren, und so oftmaliger Kugelwechsel, bis einer kampfunfähig geworden." Im Verlauf des zugestandenen vierwöchentlichen Aufschubs wurden von den Sekundanten die Bedingungen ein wenig gemildert und lauteten schließlich: „Fünf Schritte Barriere, fünfmaliger Kugelwechsel."

Der Passus, der zu der Forderung führte, enthält nicht mehr als höchstens den Vorwurf der Intrige. Wenn jeder Diplomat oder Politiker jeden fordern wollte, der ihm den Vorwurf der Intrige gemacht hat, so würde es zahllose Duelle geben. Es ist zu beachten, daß den Geheimräten durchaus nicht vorgeworfen wurde, zu ihrem eigenen Vorteil oder etwa zum finanziellen Vorteil anderer intrigiert zu haben.

Durch das Duell ist weder Polstorff noch irgendeines der ihm freundlichen Blätter zu einer anderen Auffassung bekehrt worden. Nach seiner Wiederherstellung schreibt Polstorff am 2. Dezember 1894 in seiner Schlußerklärung:

„Haben nun die von uns behaupteten Intrigen sich wirklich abgespielt, so ist es doch wohl klar, daß die Beteiligten sich auf das sorgfältigste hüteten, dem Reichskanzler und seinem Staatssekretär einen Einblick

in ihr Treiben zu gestatten. Intrigen suchen sich bekanntlich nicht leicht amtliche Wege aus."

Wie oft haben Staatssekretäre und Abteilungsdirektoren oder Vortragende Räte zur Erreichung ihrer Zwecke allerlei Vorgänge so geschickt benutzt oder herbeigeführt, daß bei dem Reichskanzler kaum ein Verdacht entstehen konnte. Holstein war hierfür geradezu berühmt. Und wie oft haben Reichskanzler oder Minister, insonderheit Bismarck, Bülow, Miquel, zur Erreichung ihrer Zwecke allerlei Vorgänge so geschickt benutzt, daß bei dem Kaiser kaum ein Verdacht entstehen konnte.

Dieser Vorwurf ist gegen Bismarck von Beginn seiner Ministertätigkeit in Preußen an bis zu seinem Tode tausendmal und mehr erhoben worden, ohne daß er auch nur ein einziges Mal wegen dieses Vorwurfs eine Forderung ergehen ließ. Aber viele erhoben viel schwerere Vorwürfe, die jedermann für schwer beleidigend halten wird, und Bismarck ließ auch in diesen Fällen keine Forderungen ergehen. Der bekannte Nationalökonom Rudolf Meyer hat niemals eine Forderung von dem Fürsten Bismarck erhalten, obgleich er ihn durch seine Schrift: „Politische Gründer und die Korruption in Deutschland" im Jahre 1877 so schwer beleidigt hatte, daß er zu Gefängnisstrafe verurteilt wurde und in das Ausland fliehen mußte. Wegen ähnlicher Beleidigungen Bismarcks wurde Otto von Diest-Daber im Jahre 1877 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, hat aber niemals eine Forderung des Fürsten Bismarck erhalten; und dabei war Diest-Daber ein echter Junker, konservativer Landtagsabgeordneter,

Landrat a. D. und hatte sich als Rittmeister im Jahre 1870 das Eiserne Kreuz erworben.

Und doch haben wir niemals einen mehr leidenschaftlichen Reserveoffizier und Landwehroffizier gehabt als den Fürsten Bismarck, der von Beginn seiner Ministertätigkeit an im Preußischen Abgeordnetenhaus in Uniform erschien, obgleich er niemals aktiver Offizier gewesen war und bis zum Jahre 1866 auch als Zivilist niemals einer Armee ins Feld gefolgt war. Fürst Bismarck hätte den Standpunkt einnehmen können, er müsse bei jeder Beleidigung fordern, da er die Uniform permanent trage. Bismarck forderte als preußischer Ministerpräsident Anfang der sechziger Jahre den freisinnigen Professor Virchow, von dem jedermann wußte, daß er das Duell nicht annehmen würde. Später aber hat er überhaupt nicht mehr gefordert. —

Als einige Wochen darauf dem Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherrn von Marschall, seitens des Chefredakteurs der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung gegen die Wahrheit nachgesagt wurde, er habe die Kladderadatschangriffe veranlaßt, ist es Freiherrn von Marschall gar nicht eingefallen, den Dr. Kleser zu fordern, sondern er hat die Beleidigungsklage erheben lassen; und wie oft haben in den letzten 50 Jahren Staatsminister und Staatssekretäre Beleidigungen ignoriert oder gerichtlich verfolgt, ohne daß sie eine Forderung ergehen ließen. Warum mußte gerade Herr Geheimrat von Kiderlen-Wächter bei einer so wenig schweren Beleidigung zu dem Mittel des Duelles greifen?

Man kann mit Sicherheit voraussagen, daß Herr

von Kiderlen künftig als Staatssekretär des Auswärtigen gar nicht daran denken wird, wegen ähnlicher Angriffe Journalisten oder Politiker zu fordern. Andernfalls müßte er außerordentlich wenig Wert auf sein Leben legen. In aufgeregten politischen Zeiten wird ein Staatsmann oder ein Publizist ähnliche Vorwürfe hundertmal in einem Jahr vernehmen oder lesen, ohne sich darüber auch nur aufzuregen.

In jedem Falle hat aber Herr von Kiderlen bewiesen, daß er gegebenenfalls bereit ist, sein Leben in die Schanze zu schlagen. Das Duell fand am 18. April 1894 früh gegen 5 Uhr im Grunewald bei dem Spandauer Bock statt. Beim dritten Gang erhielt Polstorff einen Schuß in den rechten Teil der Lunge und brach sofort blutüberströmt zusammen.

Der erste Assistenzarzt der Bergmannschen Klinik, Dr. Schlange, hatte mit einem zweiten Arzt und Krankenträger keine leichte Arbeit. Polstorff wurde in die Bergmannsche Klinik überführt, wo er mehr als einen Monat daniederlag. Es bedarf keiner Erörterung, daß die Wahrscheinlichkeit, das Geschoß Polstorffs werde Kiderlen treffen, bis zu dem Duell ebenso groß war. Denn Polstorff war ein stattlicher, schlanker, gewandter Mann in den besten Jahren.

Vielleicht unter dem Eindruck der Kladderadatschangriffe und des nachfolgenden Duells hat Kiderlen, der unmittelbar darauf als Gesandter nach Hamburg versetzt wurde, in dem Park der preußischen Gesandtschaft zu Hamburg während seines dortigen Aufenthalts fleißig Schießübungen getrieben. Und man sagt, daß ihre schließliche Einstellung auf sehr energische Schritte Hamburgischer Kreise hin geschehen ist.

Bereits Anfang März 1894 tauchte in der Presse das Gerücht auf, daß Kiderlen-Wächter beim Kaiser in Ungnade gefallen sei. Der Berliner Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung erwähnte in einem vielfach abgedruckten Artikel, daß Kiderlen-Wächter beim Kaiser früher sehr wohl gelitten war, und fuhr dann fort: „Jetzt soll er freilich etwas kühler behandelt werden, während er anfänglich von dem Kaiser überaus bevorzugt wurde, und zwar nicht nur wegen seiner Tätigkeit im Verkehr mit der Presse, sondern ebenso wegen seiner Talente als unterhaltender Gesellschafter und Anekdotenerzähler."

Der Berichterstatter in der Neuen Züricher Zeitung war nicht schlecht unterrichtet. Während der Segelregatta zu Cowes, Anfang August 1903, war Kiderlens Stellung beim Kaiser etwas ins Wanken gekommen, aber noch nicht endgültig erschüttert. Als der Kaiser Anfang Juli 1894 von Kiel aus auf die Nordlandreise ging, begleitete ihn neben Philipp Eulenburg der preußische Gesandte in Hamburg, von Kiderlen-Wächter, nach dem Hofbericht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Vielleicht wollte der Kaiser auch der Öffentlichkeit dartun, daß das Duell vom 18. April zwischen Kiderlen und Polstorff und die vorausgegangenen Angriffe des Kladderadatschs ihn nicht gegen Kiderlen eingenommen hätten.

Auf der Jacht „Hohenzollern" befand sich aber auch die Kaiserin, die ausnahmsweise im Jahre 1894 an der Nordlandreise teilnahm. Kiderlen unterhielt die kaiserliche Reisegesellschaft, wie er es seit Jahren gewohnt war. Aber die Scherze Kiderlens gefielen der Kaiserin wenig und vielleicht einmal gar nicht.

Harden behauptet in seinen „Köpfen", Philipp Eulenburg habe Kiderlen wegen allzu kräftiger Witze oben denunziert, so daß er in Ungnade aus dem engsten Zirkel verbannt wurde. Mag sein. Philipp war jetzt Botschafter in Wien und litt nicht an Dankbarkeit. Ihm mochte es notwendig erscheinen, den forschen, lebenslustigen Kiderlen etwas in den Hintergrund zu schieben. Vielleicht dachte Philipp auch: Divide et impera. War Kiderlen von Holstein entfernt und mehr in den Hintergrund geschoben, so war Holstein auf ihn angewiesen, wenn er etwas Schwieriges beim Kaiser durchsetzen wollte.

Seit 1895 hat Kiderlen an keiner Kaiserreise mehr teilgenommen. Im Jahre 1895 kam er als Gesandter nach Kopenhagen und 1900 nach Bukarest. Mit Holstein blieb Kiderlen dauernd befreundet. Auch der im Jahre 1902 beginnende Bruch zwischen Philipp Eulenburg und Holstein hat auf die Beziehungen zwischen Kiderlen und Holstein keinen Einfluß gehabt. Wahrscheinlich war Kiderlen seit dem Jahre 1894 davon überzeugt, daß Phili ein falscher Freund sei und ihm mehr geschadet als genutzt habe.

Philipp ist immer ein eigenartiger Vertreter gewesen. Seine diplomatische Mission in München hat er überaus merkwürdig aufgefaßt. Und aus Wien sandte er so abenteuerliche Berichte, daß sie auch der Kaiser schließlich in sarkastischen Randbemerkungen verspottete. Im Jahre 1902 nahm er seinen Abschied, um sich nach Liebenberg zurückzuziehen.

Jetzt erst begann die Glanzzeit der Liebenberger Tafelrunde. Nach Liebenberg kamen häufig die

Freunde Philipps aus dem nahen Berlin. Im Schloß zu Liebenberg etablierte sich eine Art Nebenregierung.

Phili, der erst im Jahre 1900 den Fürstentitel erhalten hatte, war auch als Privatmann und Staatspensionär in der vollen Gunst des Kaisers. Am 15. Januar 1903 weilte der Kaiser in Liebenberg und am 18. Januar 1907 wurde der Fürst zu Eulenburg und Hertefeld zugleich mit dem Botschafter Exzellenz von Radowitz als Ritter des Schwarzen Adlerordens investiert.

Seit Fürst Bülow nach den Schlachten von Mukden und Tsuschima im Frühjahr 1905 sich für Marokko zu interessieren begann, geriet er in einen schärferen Gegensatz zu Philipp Eulenburg, der dem Kaiser von der Einmischung in die marokkanischen Dinge abriet. Fürst Philipp war eine außerordentlich friedliche Natur, und sein Freund, der französische Botschaftsrat Lecomte, mag ihn in diesem Verhalten bestärkt haben.

Graf Unico Gröben, Radolins erster Sekretär, schrieb aus Paris an seinen Gönner, den Fürsten Philipp, solange Holstein mitwirke, sei an Frieden nicht zu denken. Der Fürst von Monako und Lecomte bestätigten diese Auffassung.

Philipp Eulenburg, der Bülow im Jahre 1897 nach Berlin gebracht hatte, kam seit Beginn der Marokkoaffäre mehr und mehr in Gegensatz zu ihm, obgleich Bülow mehr durch Holstein als durch eigenen Willen sich hatte in die marokkanische Affäre verwickeln lassen. Hammann fühlte allmählich, daß die Stunde herannahe, wo Holstein zu Fall gebracht werden könne.

Holstein fand im Herbst 1905, das Preßbureau lasse ihn im Stich und lanciere schon lange nichts Wirksames über Marokko. Hammann erwiderte ihm, die öffentliche Meinung scheine ihm für diese Sache noch nicht reif und vorsichtige Zurückhaltung deshalb nötig. Holstein schrieb ein Abschiedsgesuch. Die ganze politische Abteilung, einschließlich des Preßbureaus, wurde ihm nunmehr unterstellt. Im Ärger über den neuen Staatssekretär von Tschirschky und über Hammann bat Holstein am 2. April 1906 den Kanzler um Genehmigung seines Abschiedsgesuches. Nach Bülows Erkrankung erhielt Holstein Ostern 1906 den erbetenen Abschied.

Holstein hat nach Hardens Feststellung für seinen Sturz die Trias Eulenburg-Hammann-Tschirschky verantwortlich gemacht. Hammann ließ den Liebenberger stellen, der ihm auf Ehre versicherte, nicht gegen ihn gearbeitet zu haben. Holstein nannte ihn brieflich einen erbärmlichen Menschen.

Als Pensionär empfahl Holstein nach der Erkrankung Schoens, Ende Oktober 1908, seinen Freund Kiderlen dem Reichskanzler, der durch die Daily Telegraphaffäre und den Casablancavorfall in große Verlegenheit geraten war. Bülow sagte zu Schoen, der unmittelbar nach Veröffentlichung des Daily Telegraph-Interviews erkrankt war: „Wir werden Kiderlen berufen. Geht die Casablancaangelegenheit schief, so wird er die Verantwortung tragen. Hat sie ein glückliches Ende, so werden wir den Ruhm ernten."

Am 10. November 1908, dem ersten Tag der Daily Telegraph-Interpellation, verteidigte Bülow den Kaiser so matt, daß seine Verteidigung schlimmer als eine

Anklage war. Am zweiten Tage sagte der Kanzler kein Wort, beauftragte aber Herrn von Kiderlen, das Auswärtige Amt zu verteidigen.

Kiderlen verteidigte in längerer Rede das Auswärtige Amt. Solange der Deutsche Reichstag besteht, ist niemals ein Minister oder Staatssekretär derartig vom Reichstag verhöhnt worden. Die Zeitungsberichte erwähnen bei seiner Rede wiederholt den Lärm, die stürmische Heiterkeit, die schallende Heiterkeit oder das schallende Gelächter. Und Herr von Kiderlen war ruhig, würdig und ernst.

Er schloß seine Rede mit folgenden Worten:

„Wenn Sie sehen würden, mit welcher Gewissenhaftigkeit die einzelnen Beamten arbeiten, wie vortrefflich unsere Bureaus eingerichtet sind (schallende Heiterkeit), Sie würden unsere pflichttreuen Beamten ohne weiteres achten, die Pflichttreue, die zielbewußte Arbeit zahlreicher Beamter des Auswärtigen Amtes anerkennen. Ich bitte Sie, nehmen Sie ihnen nicht die Schaffensfreudigkeit." (Der Redner setzt sich unter anhaltender Heiterkeit und Bewegung des Hauses. Nach einer Weile bittet der Präsident, die Zwischenrufe zu unterlassen. Erneute Heiterkeit.)

Als am Tage zuvor Fürst Bülow sprach, verzeichnet der Parlamentsbericht wiederholt „Hört, hört!", zuweilen „Lebhaftes sehr richtig!" oder auch „Beifall rechts", und zum Schluß: „Lebhafter Beifall rechts." Fürst Bülow verschwieg dem Reichstag in seiner Rede den wahren Tatbestand der Daily Telegraph-Affäre und ließ den Reichstag in dem Glauben, daß sich die Dinge ganz anders als in Wirklichkeit zugetragen hätten. Er verschwieg vor allem, daß er selbst den

wesentlichen Inhalt des Daily Telegraph-Interviews bereits zweimal früher, nämlich in dem Januarheft des Londoner Strand Magazines und in dem Septemberheft der Deutschen Revue hatte veröffentlichen lassen. Auch nahm er keinen Anstand, vor dem leichtgläubigen Reichstag folgendes zu erklären: „Als der Artikel des Daily Telegraph erschienen war, dessen verhängnisvolle Wirkung mir nicht einen Augenblick zweifelhaft sein konnte, habe ich meine Entlassung eingereicht."

In Wirklichkeit genehmigte Fürst Bülow auf den Vortrag des Geheimrats Hammann nach Erscheinen des Daily Telegraph-Interviews am Mittag des 28. Oktober 1908 das ihm vorgelegte Telegramm aus London und dessen Verbreitung durch Wolffs Bureau und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die den Artikel unter der Überschrift brachte: „Eine Unterredung mit dem deutschen Kaiser." Und doch mußte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sich selbst schon am 1. November 1908 dahin berichtigen, daß die angebliche Unterredung des Kaisers mit dem früheren englischen Diplomaten, die jüngst stattgefunden haben sollte, niemals stattgefunden hat.

Herr von Kiderlen, der der Wahrheit gemäß sprach, wurde von allen Seiten des Reichstags ausgelacht. Fürst Bülow, der den gesamten Reichstag in einen Irrtum versetzte und ihm Märchen erzählte, wurde andächtig angehört und erntete teilweise sogar Beifall. Unsere wackeren Volksvertreter zeichnen sich nicht immer durch großen Scharfsinn aus, sondern lassen sich mitunter einen gehörigen Bären aufbinden. Vor der glänzenden Beredsamkeit des Fürsten Bülow

hatten die Führer der verschiedenen Parteien, die am 10. und 11. November zum Wort kamen, einen solchen Respekt, daß sie nicht einmal auf der Mitteilung des wahren Tatbestandes der Daily Telegraph-Affäre bestanden. Es gibt Leute, denen es am wohlsten ist, wenn man ihnen die Wahrheit vorenthält.

Herr von Kiderlen war natürlich gar nicht in der Lage, den wahren Tatbestand der Daily Telegraph-Affäre auch nur anzudeuten. Es erscheint mir sogar zweifelhaft, daß ihm am 11. November die Wahrheit über die Daily Telegraph-Affäre auch nur in den Grundzügen bekannt war. Denn Fürst Bülow und Geheimrat Hammann hüteten sich sorgfältig, ihr Geheimnis preiszugeben. Den Januarartikel des Londoner Strand Magazines kannte Herr von Kiderlen bestimmt nicht.

Kiderlen hätte als stellvertretender Staatssekretär des Auswärtigen es mit seiner Stellung für unvereinbar finden sollen, nur über ein engbegrenztes Thema, nämlich die Verteidigung des Auswärtigen Amtes unter Vermeidung des Eingehens auf die Daily Telegraph-Affäre, zu reden. Über die zunehmende Zahl der Registrandennummern im Auswärtigen Amt konnte am sachverständigsten ein Geheimer Kalkulator reden. Eine Erörterung dieser Art durfte dem erregten Reichstag überhaupt nicht geboten werden. Es war verkehrt von dem Fürsten Bülow, von dem stellvertretenden Staatssekretär eine Rede mit gebundener Marschroute zu verlangen. Es ist schwer zu verstehen, daß Kiderlen diese Aufgabe nicht ablehnte. Schweigen wäre hier Gold gewesen, aber Reden war noch nicht einmal Silber.

Die Rede Kiderlens am 11. November 1908 ist eine der bemerkenswertesten Erscheinungen unseres politischen Lebens. Der erregte Reichstag äußerte in unparlamentarischer Weise sein Mißfallen gegen den sich vollkommen korrekt Verhaltenden, während er sich an den Vorgesetzten, der der eigentliche Schuldige war, nicht recht herangetraute. Der Reichstag höhnte und lärmte, aber er forderte nicht die Wahrheit. Das Volk aber sendet die Reichsboten nach Berlin, um über dunkle, der Nation unheilvolle Tatsachen die Wahrheit zu fordern und auf Grund der Wahrheit Remedur zu verlangen. Wer die Wahrheit nicht kennt, der kann nicht richten. Und daher schossen am 10. und 11. November 1908 alle Reichstagsreden neben das Ziel.

Es ist nicht zu verwundern, daß die Urteile der Zeitungen über die rhetorische Begabung des Herrn von Kiderlen am 12. November 1908 weit auseinandergingen. Aber neben vielen mißgünstigen Stimmen fanden sich auch günstige. Die Kölnische Zeitung spricht von dem kräftigen Organ und der großen Redegewandtheit Kiderlens. Da Bethmann Hollweg von der auswärtigen Politik nichts versteht und kein hervorragender Redner ist, so wird der Staatssekretär von Kiderlen regelmäßig die auswärtige Politik im Reichstag vertreten.

Während seines Aufenthalts in Berlin im Winter 1908 auf 1909 dürfte Kiderlen den Kaiser höchstens einmal gesehen haben. Die Begrüßung war nur eine sehr flüchtige. Bis Ende Juni 1910 konnte der Kaiser sich nicht entschließen, Schoen durch Kiderlen-Wächter

zu ersetzen, obgleich ihm dies nicht weniger als dreimal vorgeschlagen worden war.

Die öffentliche Meinung kommt dem neuen Staatssekretär mit besonderem Vertrauen entgegen, da man in ihm einen Diplomaten aus der Bismarckschen Schule und einen Freund des erfahrenen Holstein erblickt.

Da Kiderlen wiederholt Marschall von Biberstein in Konstantinopel vertreten hat, dürfte er sich in den zehn Jahren seines Aufenthaltes auf der Balkanhalbinsel zu einem Spezialisten für den Orient ausgebildet haben. Ohne Zweifel wäre es besser gewesen, diese tüchtige Kraft nicht so lange in Bukarest zu lassen, sondern als Botschafter in Paris, London, Petersburg oder Washington zu verwenden. Aber man ist es gewöhnt, daß in unserer Diplomatie die wenigen Tüchtigen nicht an den wichtigsten Stellen stehen. Gerade weil der gegenwärtige Reichskanzler der auswärtigen Politik, für die er sich nie interessiert hat, vollkommen hilflos gegenübersteht, wäre es doppelt erwünscht, wenn Kiderlen die letzten Jahre in den Hauptzentren der internationalen Diplomatie zugebracht hätte. Da die langjährige Erfahrung Holsteins fehlt, ist die Aufgabe für Herrn von Kiderlen um so schwieriger.

Der Mitte März 1910 neuernannte Dirigent der politischen Abteilung 1a, Wirkliche Geheime Legationsrat Zimmermann, ist nicht aus der Diplomatie hervorgegangen und erst vor vier Jahren aus der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts in die politische Abteilung versetzt worden. Auch sonst fehlt es an älteren, erfahrenen Vortragenden Räten, die die Erfahrungen früherer Zeiten zu überliefern vermöch-

ten. Vor mehr als dreißig Jahren wurde die auswärtige Politik des Deutschen Reichs vom Fürsten Bismarck mit dem Staatssekretär von Bülow, der sogenannten „heiligen Kraft", den Vortragenden Räten Holstein, Bucher und Herbert Bismarck geleitet. Die gemeinsame Arbeit dieser erfahrenen Männer ist künftig von Kiderlen allein zu verrichten.

Von der ersten Rede an, die Bernhard von Bülow am 6. Dezember 1897 im Reichstage hielt, hatte alle Welt Vertrauen zu seiner Auswärtigen Politik, da er eine gewisse Schneidigkeit mit glänzender Beredsamkeit und Besonnenheit zu paaren wußte. Bülow aber war ein Blender, der die Hoffnungen Deutschlands getäuscht hat. Unter ihm wurde Deutschland eingekreist und kam mehrfach ohne zwingenden Grund in schwere Kriegsgefahr. Auch wenn Kiderlen anfangs weniger Beifall finden sollte, können wir die Hoffnung haben, daß er im Laufe der Zeit sich besser bewährt als Bülow, der über seinen größten Fehler auf dem Gebiete der Auswärtigen Politik, nämlich das Daily Telegraph-Interview, zu Falle kam.

Gerade diese Affäre hat gezeigt, daß es dem Fürsten Bülow an Voraussicht, Pflichttreue und Mut in erschreckender Weise fehlte. Nachdem er durch seine Veröffentlichungen im Januarheft des Strand-Magazin, im Septemberheft der Deutschen Revue und am 28. Oktober 1908 im Daily Telegraph den Kaiser in den Vordergrund der politischen Ereignisse geschoben hatte, wagte er es nicht einmal, seinen Fehler einzugestehen, sondern schob die Schuld dem Kaiser zu. Allerdings ist er in der gesamten Daily Telegraph-Affäre dem verhängnisvollen Rat des Geheimrats

Hammann gefolgt, der einen großen Teil der Schuld zu tragen hat. Durch die Daily Telegraph-Affäre wurde nicht nur das Ansehen des Kaisers, sondern auch des Deutschen Reiches in den Augen der ganzen Welt herabgesetzt.

Jeder, der Herrn von Kiderlen kennt, versichert, daß die Daily Telegraph-Affäre sich unter seiner Leitung nicht hätte ereignen können, insonderheit sei nicht anzunehmen, daß er sich vollständig dem Geheimrat Hammann anvertraue, wie Bülow es leider tat.

Kiderlen hat selbst in den Jahren 1893 bis 1894 mit anerkanntem Geschick das Pressedezernat verwaltet und Gelegenheit gehabt, die erste Tätigkeit des Herrn Dr. Hammann kennen zu lernen. Er hat bereits Anfang August 1893 zu Cowes den Mut gehabt, mit einer freimütigen Kritik dem Kaiser entgegenzutreten. Und er hat ferner am 18. März 1894 den Mut gehabt, durch die Forderung an Polstorff sein Leben in die Schanze zu schlagen.

Es wäre eine schwere und grundlose Beleidigung gegen Herrn von Kiderlen, wenn man die Befürchtung aussprechen wollte, er könne eine zweite Daily Telegraph-Affäre herbeiführen und dabei so handeln, wie Fürst Bülow gehandelt hat. Kiderlen wird nicht durch Geheimrat Hammann Lobeshymnen auf den Kaiser in Form von Interviews in die englische und amerikanische Presse lancieren. Er wird den Kaiser im voraus warnen, sich zu sehr zu exponieren. In den Fehler des Byzantinismus wird er nicht verfallen, wie Fürst Bülow.

Sollte ihm aber auf anderem Gebiet ein Fehler begegnen, so besitzt er den Mut und das Ehrgefühl, nicht

aus seinem eigenen Fehler durch Entstellung der Wahrheit den Fehler des Kaisers zu machen. Die auswärtige Politik ist also in den Händen Kiderlens besser aufgehoben, als in den Händen Bülows.

Graf Lerchenfeld-Köfering.

Seit dem November 1880 ist Graf Hugo Lerchenfeld bayerischer Gesandter am Berliner Hofe. In seiner dreißigjährigen Tätigkeit als Mitglied des Bundesrates hat er sich ein hohes Ansehen erworben. Wie im Reichstage so ist auch im Bundesrate nicht nur die Anzahl der Stimmen maßgebend. Gerade in sehr wichtigen Fragen spricht die Persönlichkeit des Vertreters ein Wesentliches mit. Besonders, wenn es sich um die Geschäftsordnung oder das Gewohnheitsrecht handelt, fällt die persönliche Erfahrung sehr ins Gewicht.

Unmittelbar bevor Bismarck am 18. März 1890 auf den durch Hahnke überbrachten direkten kaiserlichen Befehl sein Abschiedsgesuch schrieb, wandte er sich an den Grafen Lerchenfeld mit der Bitte, den Prinzregenten von Bayern zu einer Intervention beim Kaiser zu seinen Gunsten zu bewegen. Diese Bitte lehnte Graf Lerchenfeld höflich aber bestimmt ab. Fürst Bismarck hat dem bayerischen Gesandten diese Ablehnung niemals vergessen.

Als Fürst Bülow am 3. November 1908 sich durch die Daily Telegraph-Affäre in seiner Stellung bedroht fühlte, verständigte er sich mit dem Grafen

Lerchenfeld darüber, daß die Angelegenheit dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten unterbreitet werden sollte. Dieser Ausschuß trat am 12. November unter dem Vorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten von Podewils in Berlin zusammen, der in Begleitung des Grafen Lerchenfeld in der Sitzung erschien. Nach seiner Rückkehr erstattete Herr von Podewils dem Prinzregenten Bericht, und der Prinzregent wandte sich telegraphisch zugunsten Bülows an den Kaiser.

In der Abendausgabe der Kölnischen Zeitung vom 16. November 1908 findet sich ein Telegramm ihres Korrespondenten aus München mit der Nachricht, daß alle beteiligten Einzelstaaten, was in ihren Kräften stand, getan haben, um Bülows Stellung zu stärken.

Fürst Bülow hatte dem Bundesratsausschuß den wahren Tatbestand verschwiegen und ihn in den Glauben versetzt, der Kaiser habe in die amtliche Politik eingegriffen. Die Monarchen der größeren Einzelstaaten, welche an den Kaiser depeschierten, befanden sich in einem Irrtume. Heute kennen die Monarchen den wahren Sachverhalt. Der verschlagene, an Listen reiche Fürst Bülow hat im November 1908 die Intervention der größeren deutschen Einzelstaaten spielend erreicht, während der größte deutsche Staatsmann im März 1890 bei dem gleichen Versuch scheiterte.

Trotz seiner 67 Jahre ist Graf Lerchenfeld eine der wenigen Personen, die für den Posten des Reichskanzlers geeignet sind. Mit dem Kaiser steht sich Graf Lerchenfeld vielleicht nicht so freundschaftlich wie der frühere sächsische Gesandte Graf Hohenthal. Den Grafen Hohenthal nannte der Kaiser fast regelmäßig

Du. „Nimm deinen Bauch weg, du dicker Hohenthal,“ rief ihm der Kaiser in der sächsischen Gesandtschaft bei einem Diner im Vorbeigehen zu. Zum mindesten waren die Beziehungen des Grafen Lerchenfeld zum Kaiser nicht immer gleichmäßige. Zwischen München und Berlin hat sich eben im Laufe der letzten 22 Jahre mancherlei ereignet.

Neben den höfischen Mißverständnissen hat auch die Staatsmaschinerie mitunter kollidiert. Die Tätigkeit des Reiches dehnt sich allmählich aus und wird auch in Bayern mehr und mehr bemerkbar. Dies ist selbstverständlich und entspricht dem Geiste unserer Verfassung, die den Grundsatz aufgestellt hat: Reichsrecht bricht Landesrecht. Es liegt im dringenden Interesse eines jeden Fabrikanten und Kaufmanns in Bayern, daß er während der Beratung des Zolltarifs oder der Handelsverträge oder sonstiger Reichsgesetze direkt mit den Reichsämtern in Berlin verkehren kann. Und wenn der Reichskanzler und die Staatssekretäre nur das Interesse der Sache im Auge haben, so müssen sie unter Umständen sich direkt mit einer bayrischen Handelskammer oder einem bayrischen Bierbrauer in Verbindung setzen können. Vermeidung unnötigen Schreibwerks und Einschränkung der Bureaukratie ist ohnehin der Wunsch der gesamten deutschen Bevölkerung. Die bayerische Regierung ist aber sehr empfindlich.

Gleichwohl hat Graf Lerchenfeld in den dreißig Jahren seiner Berliner Tätigkeit noch nicht dreißig Störungen des Einvernehmens zwischen Bayern und

dem Reiche auszugleichen gehabt. Es sind Jahre vergangen, in denen sich überhaupt keine Disharmonie ereignet hat. Störungen ernster und unangenehmer Art zwischen München und Berlin dürften sich kaum fünf oder sechs in den letzten dreißig Jahren ereignet haben.

Über den Begriff einer ernsten und unangenehmen Störung dürfte zwischen Graf Lerchenfeld und den Berliner amtlichen Stellen Übereinstimmung vorhanden sein. Unangenehm ist es für den Grafen Lerchenfeld, wenn er persönlich sich zum Reichskanzler oder zum Stellvertreter des Reichskanzlers bemühen muß, um Verwahrung gegen eine Handlung der Reichsregierung einzulegen. Unangenehm ist es für den Stellvertreter des Reichskanzlers, wenn er am selben oder am folgenden Tage dem Grafen Lerchenfeld seinen Gegenbesuch machen muß, um die von Bayern gewünschte Erklärung oder eine ähnliche Erklärung der Beruhigung und Versöhnung abzugeben.

So oft Graf Lerchenfeld in handelspolitischen oder finanziellen Fragen dem Reichskanzler die Wünsche Bayerns persönlich vorträgt, erfahren diese Wünsche in ganz besonderem Maße Berücksichtigung. Überhaupt kann man in Deutschland die Erfahrung machen, daß ein Bayer oder Sachse oder Oldenburger beim Reiche mehr durchzusetzen vermag als ein Preuße.

Graf Lerchenfeld ist mehr als ein bloßer Diplomat. Er ist Politiker. Die Zahl der Artikel in der bayerischen Presse und besonders in der bayerischen Zen-

trumspresse dürfte nicht gering sein, die im Laufe der letzten Jahrzehnte von ihm inspiriert worden sind.

Graf Lerchenfeld hat den Sturz des Fürsten Bülow früher kommen sehen als die meisten Politiker in Berlin. Aber er ist nicht der erste gewesen, der den leitenden Stellen in München zuverlässige Kunde von dem wahren Tatbestande der Daily Telegraph-Affäre und der Novemberereignisse sowie von dem Zerwürfnis zwischen Kaiser und Kanzler gegeben hat. Als der bayerische Reichsrat von Soden meinen ersten Artikel der Gegenwart (Nr. 8) vom 20. Februar 1909 betitelt „Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II.“ in 20 Exemplaren Ende Februar 1909 unter den leitenden Politikern Münchens verbreitete, war von dem wahren Sachverhalt der Novemberereignisse und dem bevorstehenden Ausscheiden des Fürsten Bülow unter den bayerischen Ministern noch nichts bekannt. Bülow und seine Berliner Freunde haben es meisterhaft verstanden, in dem bayerischen Finanzminister Pfaff und den anderen zur Beratung über die Reichsfinanzreform in Berlin versammelten einzelstaatlichen Ministern den Glauben zu erwecken, als stehe er noch vollkommen fest in der Gunst des Kaisers. Nur langsam brach sich auf Grund der zuverlässigen Informationen des Freiherrn von Soden im Frühjahr 1909 in München die Überzeugung Bahn, daß die Stellung des Fürsten Bülow durch die von ihm begangene Unterdrückung des wahren Tatbestandes der Daily Telegraph-Affäre eine unhaltbare geworden sei.

Der bayerische Gesandte ist Junggeselle. Seine Familie wird aber auch in Zukunft in Bayern und im Reiche Rolle spielen. Ein Neffe des Gesandten, der

42jährige Graf Hugo Lerchenfeld, der vor etwa zehn Jahren im Reichsamt des Innern als Assessor tätig war, gehört zu den befähigsten jüngeren Verwaltungsbeamten Bayerns und wird ohne Zweifel als Minister in München oder Staatssekretär in Berlin noch in Zukunft hervortreten. Es ist überhaupt ein Fehler zu glauben, daß es nirgendwo tüchtige Leute zu den ersten Stellen im Reiche gibt. In fast allen Landesteilen Deutschlands befinden sich in der jüngeren Generation unter den bürgerlichen wie unter den adligen einzelne befähigte Männer mit umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Kenntnissen, die sich für die höchsten Staatsstellen nach jeder Richtung hin eignen.

Staatsminister Delbrück.

Seit der Kaiser im Jahre 1902 den Oberbürgermeister von Danzig, Klemens Delbrück, zum Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen machte, erfuhr man, daß der Kaiser in ihm einen zweiten Miquel sähe. Der Kaiser wollte ihm nur Zeit geben, die preußische Provinzialverwaltung an leitender Stelle kennen zu lernen, dann sollte er Minister werden. Schon der Name hat bei dem Kaiser, der am 18. Januar 1896 dem alten seit 20 Jahren pensionierten Staatsminister Delbrück den Schwarzen Adlerorden verlieh, guten Klang. Und der Berliner Bankier Delbrück, Mitglied des Aufsichtsrats der Firma Fried. Krupp, ist der einzige bürgerliche Berliner, auf dessen Rittergut der Kaiser zu jagen pflegt.

Wenn Bethmann Hollweg heute seinen Abschied

einreichen würde, so hat Klemens Delbrück wohl die meisten Chancen, Reichskanzler zu werden. In dieser Absicht dürfte der Kaiser ihn zum Stellvertreter des Reichskanzlers gemacht haben. Delbrück ist wesentlich klüger und geschickter als Bethmann. Er besitzt nicht die diplomatische Erfahrung und Verschlagenheit Bülows. Aber er ist von ungewöhnlicher Geschmeidigkeit und Schnelligkeit. Schwierigen Fragen geht er mit Vorliebe aus dem Wege. Er ist nicht mit der umständlichen Gründlichkeit Posadowskys behaftet. Seit seinem Eintritt in das Reichsamt des Innern hat dort die Zahl der kurzen und langen Exposés für den Chef wesentlich abgenommen. Aber er besitzt auch nicht die wissenschaftliche Bildung, die Kenntnisse, den staatsmännischen Weitblick und die Tatkraft eines Miquel.

Delbrück ist ein Mann von liebenswürdigen und gewandten Umgangsformen. In den Parlamenten ist er als vorzüglicher Redner geschätzt. Auf dem Sessel des Reichskanzlers dürfte er eine Figur bilden, die sich zwischen Bülow und Bethmann Hollweg ungefähr in der Mitte hält.

Hat Klemens Delbrück irgendwelche Aussichten, Reichskanzler zu werden? Bethmann-Hollweg kann jeden Tag stürzen, da der Kaiser ebenso wie die öffentliche Meinung von seiner vollkommenen Unfähigkeit überzeugt ist. Wenn der Kaiser sich genötigt sieht, Bethmann-Hollweg zu entlassen, bevor er einen geeigneten Ersatzmann hat, so bleibt ihm nichts anderes übrig, als abermals den Vizekanzler zum Reichskanzler zu machen. Der Kaiser wird nicht gern Klemens Delbrück zum Reichskanzler ernennen, aber er hat auch

Theobald v. Bethmann-Hollweg nur sehr ungern an die Spitze der Regierung gestellt. Auch Delbrück würde nicht als eine definitive Lösung der Frage anzusehen sein. Das Interregnum würde fortdauern, bis endlich wieder ein Mann kommt, der tatsächlich die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen vermag.

Delbrücks besondere Chancen wurzeln übrigens nicht nur in der besonderen Unfähigkeit Bethmanns, sondern auch in dem steigenden Einfluß des Bankier Delbrück, der dem Kaiser in Kiel die Ernennung des Oberbürgermeisters Lenze zum Finanzminister empfahl.

Ludwig Delbrück in Firma Delbrück, Leo & Co. will selbst nicht Minister werden. Wenigstens hat er gegenwärtig noch diesen Grundsatz. Da seine Firma eine offene Handelsgesellschaft ist und neben ihm nur noch einen persönlich haftenden Gesellschafter, nämlich den Herrn Carl Joerger, aufweist, so ist sein Austritt auch nicht so leicht zu bewirken und würde ihm persönlich voraussichtlich teuer zu stehen kommen. Auch müßte er die vielen Aufsichtsratsstellen verlieren. Und unter seinen 14 Aufsichtsratsstellen befinden sich mehrere der allerbesten, nämlich Fried. Krupp, Lipine und die A.E.G. Fried. Krupp wirft jedem der Mitglieder des Aufsichtsrats Jahr für Jahr M. 30000.— ab und dem Vorsitzenden M. 60000.—. Delbrück hat in guten Jahren jährlich M. 200000.— aus seinen Aufsichtsratsstellen. Wenn man annimmt, daß ihm der Austritt aus seiner Firma mindestens andere 200000 M., also insgesamt M. 400000, kosten würde, so begreift man, daß er sich nicht danach sehnt, der Nachfolger des Herrn v. Sydow zu werden.

Im allgemeinen eignen sich die Juden wohl am besten zum Bankgeschäft und zur Börse. Eine Großbank, die prinzipiell keine Juden als Direktor anstellen würde, hätte nur auf wenig Kredit in geschäftlichen Kreisen zu rechnen. Die Firma Delbrück, Leo & Co. ist eine Ausnahme von dieser Regel. Delbrück ist groß geworden, weil er kein Jude ist. Aus diesem Grunde gehört er zu den Gründern und Aufsichtsräten der Firma Fried. Krupp, für die sein Haus trotz seines geringen Umfanges schon lange neben den Großbanken tätig war. Ludwig Delbrück ist immer weit mehr estimiert worden, als dem Umfange seines Bankgeschäfts zukam.

Je weniger Ludwig Delbrück vom Kaiser erstrebt, desto größer ist sein Einfluß. Der Kaiser liebt es nicht, mit Leuten zusammen zu sein, die etwas von ihm begehren. In dem Mangel an eigenen Wünschen liegt auch die Stärke des Fürsten Fürstenberg.

Unterstaatssekretär Richter.

Als Klemens Delbrück Staatssekretär wurde, nahm er seinen Unterstaatssekretär im Preußischen Handelsministerium mit nach der Wilhelmstraße 74. Vielleicht, weil er sich an Richter gewöhnt hatte. Vielleicht, weil Richter früher Direktor und Vortragender Rat im Reichsamt des Innern gewesen war.

Max Richter war von 1891—1905 im Reichsamt des Innern tätig. Aber er hat auf Delbrück nicht entfernt den gleichen Einfluß wie früher Wermuth auf Bethmann Hollweg. Allerdings ist Wer-

muth seinem Nachfolger an Fähigkeiten nach jeder Richtung weit überlegen. Es ist nicht anzunehmen, daß Richter in die Reihe der Staatssekretäre oder Staatsminister vorrückt. Sicher ist, daß er keine Rolle von Bedeutung spielen wird, da ihm das erforderliche Verständnis und Interesse für die Politik abgeht.

Bernhard Dernburg erlernte nach seinem Abgang von der Obersekunda des Gymnasiums die Praxis des Handels als Lehrling bei einem Seifensieder auf der Naunynstraße zu Berlin. Max Richter war Lehrling in einem kaufmännischen Geschäft zu Königsberg, bevor er sich zum Studium entschloß und die Reifeprüfung auf dem Gymnasium ablegte. An kaufmännischem Überblick ist ihm aber Dernburg mehr als tausendfach überlegen. Und niemals hat irgend jemand an dem Vortragenden Rat, Ausstellungskommissar oder Unterstaatssekretär Max Richter irgendeinen Zug der Erinnerung an seine frühere kaufmännische Tätigkeit entdeckt.

Vom Juli 1893 bis Februar 1894 leitete Max Richter die Geschäfte des Deutschen Reichskommissars auf der Weltausstellung zu Chikago. Aber er leitete sie nicht besser als sie Wermuth vor ihm geleitet hatte. Im Juli 1896 wurde Richter zum Deutschen Reichskommissar für die Weltausstellung für Paris im Jahre 1900 ernannt. Aber weder in Chikago noch Paris zeigte er sich mit Handel und Industrie enger vertraut als irgend ein Bureaukrat.

Max Richter ist in Königsberg geboren, wo sein Vater Gesangslehrer war. Als Student hatte er die Umsicht, bei einem Korps einzutreten, und dadurch seine Karriere zu begründen. Im Jahre 1886 machte

der frühere Kaufmannslehrling das Regierungsassessorexamen und wurde sodann der Regierung in Posen zugeteilt.

Der Kaufmannslehrling Max Richter hat sich von dem Kaufmannslehrling Bernhard Dernburg, der acht Jahre jünger ist und acht Jahre später in die Lehre trat, weit überholen lassen. Aber Dernburg hat mehr arbeiten müssen und mehr Aufregung und Sorge gehabt. Dernburg ist der Reifeprüfung des Gymnasiums absichtlich aus dem Wege gegangen. Richter hat mit anerkennungswerter Energie als Kaufmannslehrling nach der Erreichung des Reifeexamens gestrebt, wohl weil er erkannt hatte, daß er im geschäftlichen Leben niemals Millionen oder Hunderttausende verdienen würde. Nachdem Max Richter den Fehler seiner Jugend verbessert hatte, verfuhr er um so vorsichtiger und wählte die gefahrloseste und erfolgreichste Linie in der Beamtenlaufbahn. Er ist der richtige Typ eines preußischen Bürokraten. Er ist es in noch stärkerem Maße als Wermuth, der von seinem Vater her gewisse Fähigkeiten ererbt hat, die in der preußischen Bureaukratie nicht vertreten sind.

Richter ist Junggeselle und liebt es, seinen grauen Zylinder, durch den er sich seit vielen Jahren von andern Menschen abhebt, in der Friedrichstraße und Leipziger Straße spazieren zu tragen. Hier und da hat Richter wohl seinen Einfluß geltend gemacht, um seinen Korpsbrüdern Eingang in die Reichsämter und Ministerien zu verschaffen. Aber nicht mehr, als nun einmal üblich ist. Eigentlichen Nepotismus kann man ihm nicht vorwerfen. Als Richter mit Delbrück von der Leipziger Straße nach der Wilhelmstraße über-

siedelte, glaubte man, er werde seinen Neffen, den Regierungsrat Leo, im Kaiserlichen Statistischen Amt, einen wirklich tüchtigen Volkswirt und Sozialpolitiker, in das Reichsamt des Innern übernehmen. Aber die Bildung einer Firma Delbrück, Leo & Co. ist im Reichsamt des Innern ebensowenig erfolgt wie während der vorausgegangenen Jahre im preußischen Handelsministerium. Obgleich Richter schon im Jahre 1905 Unterstaatssekretär im preußischen Handelsministerium wurde, hat er den kenntnisreichen und fleißigen Neffen, der im Juli 1910 starb, niemals übernommen.

Geldmenschen.

Wir stecken noch tief im Zeitalter des privaten oder individuellen Eigentums und Erbrechts. Von den gegenwärtig lebenden Menschen wird schwerlich irgendeiner irgendwo die Einführung des kollektivistischen oder sozialistischen Eigentums und die Abschaffung des privaten Erbrechts erleben. Und doch wäre es für die Menschheit sehr lehrreich wenn irgendein großes Land, wie etwa der Australische Staatenbund, einmal einen Versuch mit der Einführung des Kollektivismus machen würde. Ohne große praktische Versuche werden die sozialdemokratischen Arbeitermassen von ihrer Vorliebe für die Lehre des Karl Marx nicht abzubringen sein. Schon heute kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß solche kollektivistischen Versuche im großen Stil keineswegs ein rein negatives Resultat liefern werden. Vielmehr dürfte die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der

Menschheit durch solche kollektivistische Versuche zu einer höheren Kulturstufe geführt werden.

Mit der schnellen Zunahme des Kapitals und mit der schnellen Wertsteigerung des Grund und Bodens wächst die Zahl und die Macht der reichen Leute. Es interessiert die ganze Menschheit, wie groß das Vermögen eines Rockefeller ist. Rockefeller diktiert nicht nur den Amerikanern, sondern auch den Europäern und Ostasiaten die Preise des Petroleums. Und wir sollen nicht das Recht haben, uns mit seinen Vermögensverhältnissen und Einkommensverhältnissen zu beschäftigen? Das Vermögen und Einkommen der reichen Leute ist nicht ihre Privatangelegenheit, sondern es ist eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse.

In der ganzen Welt sind die reichen Leute bestrebt, über ihr Vermögen und ihr Einkommen einen dichten Schleier zu decken. Gibt es überhaupt irgendwo einen reichen Mann, der bereit wäre, über den Umfang und die Art seines Vermögens und Einkommens auch nur seinen besten Freunden oder gar der Öffentlichkeit zuverlässige Auskunft zu geben? Erst ganz allmählich haben einzelne fortgeschrittene Kulturländer in den letzten vierzig Jahren ihre Bürger zur Angabe ihres Einkommens und Vermögens gegenüber den Steuerbehörden gesetzlich gezwungen. In Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben die besitzenden Klassen der Selbstdeklaration bis in die Gegenwart den erbittertsten Widerstand entgegengesetzt. Mit sehr merkwürdigen und oft komischen Gründen haben sie die Einführung einer Einkommen-

steuer und in noch höherem Maße die Einführung einer Vermögenssteuer bekämpft.

Nach dem Gesetz ist der reiche Mann noch in sehr weitem Umfang unumschränkter Herr seines Vermögens. Er kann sein Gold in den Ozean werfen und seine Häuser und Fabriken dem Erdboden gleichmachen. Wenn aber in Wirklichkeit die Firma Rockefeller oder die Firma Fried. Krupp alle von ihr abhängigen Werke zu dauerndem Stillstand bringen wollte, so würde in Amerika wie in Deutschland der Staat sehr schnell eingreifen. Die modernen Nationalökonomen betrachten das Privateigentum längst als die Ausübung eines öffentlichen Amtes oder als die Verwaltung eines anvertrauten Gutes.

Die Macht der reichen Leute auf das soziale, wirtschaftliche und politische Leben ist in der Zunahme begriffen. Diese Macht hängt nicht nur ab von der Höhe des eignen Vermögens oder des eignen Einkommens. In jeder Nation bilden die besitzenden Kreise einen Ring. Im allgemeinen setzen sie nur einen der ihrigen an die Spitze der großen Banken oder Unternehmungen der Industrie und des Verkehrs. Und den größten Einfluß haben im allgemeinen wohl die Leiter der großen Aktiengesellschaften, also die Verwalter großer Massen fremden Vermögens. Die Auffassung, daß niemand das Recht hat, sich um das Einkommen und Vermögen des andern zu kümmern, ist veraltet. Sie steht in schreiendem Gegensatz zu den wirklichen Bedürfnissen des Lebens. Die Geldmenschen, die über eignes oder fremdes Kapital verfügen, haben eine so große Macht im Leben der

Gegenwart, daß die Öffentlichkeit das Recht und die Pflicht hat, sich mit ihnen zu beschäftigen.

Die Rothschilds.

Das größte Privatvermögen, das jemals in Deutschland vorhanden gewesen ist, war das Vermögen des im Jahre 1901 verstorbenen Freiherrn Wilhelm von Rothschild in Frankfurt a. M. Nach der preußischen Ergänzungssteuer oder Vermögenssteuer betrug sein Vermögen im Jahre 1899 bei der letzten Einschätzung vor seinem Tode 266 Millionen Mark. Er überragte zu jener Zeit den zweitreichsten Privatmann in Deutschland, Herrn Alfred Krupp, um 118 Millionen Mark, da dieser im Jahre 1899 nur 148 Millionen Mark besaß.

Schon heute, nach elf Jahren, sind wir verwundert, wie arm damals in Deutschland die Menschen waren. Außer Rothschild und Krupp existierte in den Städten Preußens und auch des übrigen Deutschlands im Jahre 1899, von den Monarchen abgesehen, niemand, der mehr als 40 Millionen Mark Vermögen besaß. Nur auf dem platten Lande lebten damals noch vier steinreiche Leute mit einem Vermögen von 48 bis 85 Millionen Mark, deren reichster Fürst Pleß war.

Bei der Einschätzung des Jahres 1896 betrug das Vermögen des Freiherrn Wilhelm von Rothschild nur 216 Millionen Mark, und bei der Einschätzung des Jahres 1897 hatte es sich noch nicht vergrößert, obgleich während desselben Jahres das Kruppsche Ver-

mögen um 7 Millionen gewachsen war. Freiherr Wilhelm von Rothschild deklarierte in dem Jahre 1896 ein Jahreseinkommen von 6 bis 7 Millionen Mark und in dem nächsten Jahre das gleiche. Das altehrwürdige Bankgeschäft M. A. Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M. war eben schon damals in vollkommene Stagnation versunken, so daß das Rothschildsche Vermögen in Höhe von 216 Millionen Mark sich nur mit 3% verzinste. Zur gleichen Zeit, nämlich im Jahre 1896, holte Herr Alfred Krupp aus seinem Vermögen eine Verzinsung von 7% oder 8 Millionen Mark heraus. Und da er bei seiner Bedürfnislosigkeit für seinen gesamten Haushalt kaum eine Million Mark brauchte, so konnte er 7 Millionen Mark auf die hohe Kante legen. Freiherr Willi von Rothschild war zu jener Zeit weniger glücklich in der Ausgestaltung seines Vermögens. Im Jahre 1896 wollte es ihm durchaus nicht gelingen, von den 6 Millionen Mark seines Jahreseinkommens etwas zu kapitalisieren. Es ist kaum anzunehmen, daß er sein ganzes Jahreseinkommen verbrauchte. Aber vielleicht hatte er Vermögensverluste, die er nur durch seine Ersparnisse wieder ausgleichen konnte. Sicher ist, daß er in seinen Vermögensverhältnissen nicht vorwärts kam.

Aber unverhofft kommt oft. In den letzten Jahren seines Lebens wurde Freiherr Wilhelm von Rothschild förmlich vom Glück verfolgt, obgleich er sich geschäftlich durchaus nicht mehr anstrengte. Schon im Jahre 1899 sah er sich genötigt, die Höhe seines Vermögens auf 266 Millionen Mark zu deklarieren. Er hatte also innerhalb von 2 Jahren einen Vermögenszuwachs von 50 Mill. Mark, trotz seines bescheidenen

Einkommens von 6 bis 7 Millionen Mark. Wahrscheinlich verdankte er diesen Vermögenszuwachs der Steigerung der Werte, und insonderheit der Aktien infolge der Hochkonjunktur des Jahres 1899.

Freiherr Wilhelm von Rothschild war der letzte der Frankfurter Linie, aber sicher war er auch der reichste in dieser Linie. Niemals hat in Frankfurt a. M. ein Rothschild ein Vermögen von ähnlicher Größe gehabt. Vielmehr ist auch das Frankfurter Vermögen der Rothschilds langsam aber stetig gewachsen. Allerdings war der letzte der Frankfurter Rothschilds nicht einmal so wohlhabend wie sein Vetter in Wien, und viel weniger vermögend als seine steinreichen Vettern in Paris und London.

Sehr große Vermögen werden regelmäßig überschätzt. Besonders gilt dies von den Vermögen der Pariser und Londoner Rothschilds. Allerdings sieht es Gustav Schmoller als erwiesen an, daß James Rothschild zu Paris bei seinem Tode im Jahre 1868 ein Vermögen von 800 Millionen Franks hinterließ. (Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung usw., 19. Jahrg., IV. Heft, S. 1069.)

Die verschiedenen Schätzungen des Vermögens der Rothschilds in Paris und London gehen weit auseinander. Selbst die Direktoren der größten Banken und andere hervorragende Sachverständige weichen bei solchen Schätzungen so weit voneinander ab, daß die Schätzungen ziemlich wertlos sind. Meist wird von einem Londoner oder Pariser Rothschild schlankweg gesagt, sein Vermögen betrage eine Milliarde Mark. Es liegt aber auf der Hand, daß nicht jeder der zahlreichen männlichen Mitglieder der Familie Rothschild

eine Milliarde Mark besitzen kann. Wohl alle Rothschilds in Paris wie in London haben einen Teil ihres Vermögens in den dortigen Rothschildschen Bankfirmen investiert. Die Bankfirma N. M. Rothschild & Sons in London mag eine Milliarde Mark Kapital umfassen, und ebenso viel die Pariser Firma.

Als absolut zuverlässig können nur die von mir oben mitgeteilten Zahlen über das Vermögen und Einkommen des letzten Frankfurter Rothschild gelten. Die amtliche preußische Einkommensteuer und Vermögenssteuer hat das Vermögen des Herrn Wilhelm von Rothschild bei den verschiedenen Einschätzungen in den neunziger Jahren mit Hilfe seiner Selbsteinschätzung genau festgestellt. Er war der einzige Inhaber der Frankfurter Firma. Seine Witwe, die im Jahre 1832 geborene Freifrau Mathilde von Rothschild in Frankfurt a. M., ist die Schwester des Wiener Freiherrn Albert von Rothschild. Es ist möglich, daß der eine oder der andere der Rothschilds in London, Paris oder Wien das Doppelte an Vermögen besitzt. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß irgendein Rothschild das Dreifache besitzt.

Das Frankfurter Haus hat aufgehört, das Wiener Haus hat seine Bedeutung verloren, und auch die Häuser in Paris und London sind durch das Aufkommen der großen Banken in den Hintergrund gedrängt worden. Die Vermögen der Rothschilds fangen an zahlreicher und kleiner zu werden. Der Wiener Freiherr Albert von Rothschild hat nicht weniger als sechs Kinder. Schwerlich werden dereinst mehr als

70 Millionen Mark auf einen jeden dieser Nachkommen entfallen.

Durch den Tod des Freiherrn Wilhelm von Rothschild im Jahre 1901 löste sich sein gewaltiges Vermögen von 266 Millionen Mark in mehrere Teile auf. Freiherr Wilhelm von Rothschild hinterließ außer seiner Witwe Freifrau Mathilde von Rothschild geb. von Rothschild, die in der Grüneburg in Frankfurt a. M. lebt, 2 Kinder, nämlich Adelheid und Minna. Merkwürdigerweise kennt das Gothaische Genealogische Taschenbuch der Freiherrlichen Häuser Jahrgang 1909 nur die ältere Tochter Adelheid und ignoriert die im Jahre 1903 verstorbene Tochter Minna, die mit dem Freiherrn von Goldschmidt Rothschild vermählt war. Die im Jahre 1853 geborene Tochter Adelheid hat sich im Jahre 1877 mit dem Freiherr Edmund von Rothschild in Paris verheiratet.

Das Vermögen des letzten Frankfurter Rothschild ging also in drei Teile, von denen 2 in Frankfurt blieben und der dritte nach Paris kam.

Sein Schwiegersohn Maximilian Benedikt Goldschmidt-Rothschild wurde im Jahre 1903 in den preußischen Adelsstand und 1907 in den Freiherrnstand erhoben, obgleich er und seine Familie sich nicht taufen ließen. Sein Sohn Freiherr Albert von Goldschmidt-Rothschild ist Attaché in der deutschen Botschaft in London, obgleich er als ungetaufter Jude es nicht einmal zum Reserveoffizier in Preußen gebracht hat. Aber Fürst Bülow, der sehr gute Beziehungen zur Familie Rothschild unterhielt, verschaffte ihm diese in Preußen und Deutschland überhaupt so sehr begehrte

Auszeichnung. Ein zweiter Sohn des Generalkonsuls Freiherr Rudolf von Goldschmidt-Rothschild ist Kunstmaler, während die ältere Tochter Lili mit dem Baron Schey von Koromla in Österreich verheiratet ist.

Die beiden jüngsten der 5 Kinder, die im Jahre 1891 geborene Lucy und der im Jahre 1894 geborene Erich, sind noch unmündig. Die Vermögensverhältnisse der Rothschildschen Erben in Frankfurt a. M. in der Gegenwart werden unten in dem Kapitel „Die reichen Frankfurter" ausführlich behandelt.

Nach diesen Erörterungen wird die nachfolgende Übersicht des Rothschildschen Vermögens und Einkommens verständlich. Von dem Tode Willi von Rothschilds am 25. Januar 1901 ab ist unter dem Rothschildschen Vermögen und Einkommen, also schon für das am 1. April 1901 beginnende Steuerjahr 1901, der Hauptzweig verstanden, nämlich das Vermögen und Einkommen des Freiherrn von Goldschmidt-Rothschild.

Aus dem Verwaltungsbericht oder den Jahresübersichten der Stadt Frankfurt a. M. ist keine nähere Aufklärung über das Rothschildsche Vermögen und seine gegenwärtige Verteilung zu finden. Ich glaube aber, aus vortrefflicher Quelle richtig informiert zu sein, wenn ich davon ausgehe, daß Freiherr von Goldschmidt Rothschild an Vermögen wie Einkommen seine noch in Frankfurt a. M. lebende Schwiegermutter Freifrau Mathilde von Rothschild bei Weitem überragt. Freiherr von Goldschmidt Rothschild hat frühzeitig mit den alten steifleinenen Traditionen des Rothschildschen Hauses gebrochen und sich modernen Geschäften zugewandt. In Sonderheit hat er in Ver-

bindung mit Werner, Beit & Co. sich mit großem Erfolge in südafrikanischen Goldshares betätigt.

Wenn der Tod der Freifrau Minna von Goldschmidt Rothschild geb. von Rothschild am 1. Mai 1903 sich in so geringem Maße in der Abnahme des Vermögens und Einkommens und erst später in etwas stärkerem Umfange zeigt, so ist dies darin begründet, daß Freiherr von Goldschmidt Rothschild teilweise das Einkommen seiner unmündigen Kinder deklariert und teilweise sein Vermögen vermehrt hat.

Das Rothschildsche

Jahr	Vermögen Mill. Mark	Einkommen Mill. Mark
1892		5,8 (genau 5860000 Mk.)
1893		5,8 („ 5845000 „)
1894		5,8 („ 5880000 „)
1895	204	7 („ 6—7)
1896	216	7 („ 6—7)
1897	216	7 („ 6—7)
1898		7 („ 6—7)
1899	266	7 („ 6—7)
1900		7 („ 6—7)
1901		5 („ 4—5)
1902	139	5 („ 4—5)
1903		5 („ 4—5)
1904		5 („ 4—5)
1905	113	5 („ 4—5)
1906		4 („ 3—4)
1907		4 („ 3—4)
1908	107	4 („ 3—4)
1909		5 („ 4—5)

(Im Jahre 1892 hatte der Zweite im Reg.-Bez. Wiesbaden und zwar in Städten ein Einkommen von 1,3 Millionen Mark und der Dritte ein Einkommen von 1 Million Mark und der Vierte ein Einkommen von 965000 Mk. Ferner hatte der Zweite 1895 20 Millionen Vermögen, und im Jahre 1896 20 Millionen Vermögen. Der Dritte und Vierte 1896 19 Millionen Mark Vermögen.)

Noch vor 30 Jahren erblickten manche Nationalökonomen von Ruf in den Rothschilds eine plutokratische Gefahr für die moderne Kulturwelt. Heute kann es als sicher gelten, daß die Macht der Rothschilds ihren Höhepunkt überschritten hat, und daß selbst das Pariser und Londoner Bankhaus mehr und mehr hinter den dortigen Großbanken zurückbleibt. Der Grundsatz, daß die Reichen immer reicher werden, trifft auf die Rothschilds nicht mehr zu. Weder in England, noch in Frankreich, noch in Deutschland, noch in Österreich-Ungarn fließt ein immer größerer Teil des Volksvermögens in die Taschen der Rothschilds oder ihrer Abkömmlinge. Vielmehr verteilt sich das Rothschildsche Vermögen mehr und mehr in zahlreiche hervorragende Familien der Judenschaft wie der Aristokratie, und zwar in immer kleineren Portionen. Eine Pariser Freiin von Rothschild ist mit einem Herrn Ephrussi, eine Tochter des Barons Gustav Rothschild in Paris ist mit Eduard Sassoon verheiratet. Nicht alle jungen Rothschilds widmen sich dem Geschäft.

Warum ist der wirtschaftliche Siegeslauf der Rothschilds zu einem Stillstand gekommen? Weil sie alles selbst machen wollen, sind sie von den großen Banken in Form von Aktiengesellschaften überflügelt worden.

Früher hatten die Rothschilds überhaupt keine Prokuristen, sondern unterzeichneten alles selbst. Als nach dem Tode des Freiherrn Maier Carl von Rothschild im Jahre 1886 das Frankfurter Stammhaus unter die Leitung seines Bruders Wilhelm kam, richtete dieser Kollektivprokuristen ein, da er nicht mehr mit den Unterschriften fertig werden konnte. Den anderen Häusern mißfiel diese Einrichtung sehr. Als nach Baron Wilhelms Tode im Jahre 1901 keiner der jüngeren Rothschilds das veraltete Frankfurter Haus übernehmen wollte, beschloß der Familienrat es zu schließen, da man Fremde dort nicht schalten lassen wollte.

Das Fernhalten fremder Einflüsse von ihren Geschäftshäusern entsprach dem Familiencharakter ihres Geschäftsbetriebes. Das schnelle Vorwärtskommen der fünf Söhne des im Jahre 1812 gestorbenen Mayer Anselm Rothschild beruhte in beträchtlichem Maße auf ihrem Zusammenhalt. Bereits im Jahre 1821 schrieb der Chef des Frankfurter Hauses Gebrüder Bethmann aus Wien, wo er Rothschild besucht hatte, nach Frankfurt über die Rothschilds: „Die Einigkeit der Brüder trägt viel zu ihrem Flor bei."

Anfangs nahmen die fünf Brüder alle Anleihen gemeinsam auf und machten überhaupt alle Geschäfte gemeinsam. Die erste Anleihe, die die Rothschilds vermittelten, war die preußische des Jahres 1818. In den letzten Jahren hat sich das Pariser Haus Rothschild an den russischen Anleihen beteiligt, aber nicht das Londoner Haus. Die Rothschilds sind nicht mehr einig, und diese Tatsache ist von sehr weittragender Bedeutung. Auch in der letzten Zeit, von Beginn

des Russisch-Japanischen Krieges 1904 bis zur Gegenwart, haben die westeuropäischen Bankiers des russischen Staates, das Haus Mendelssohn in Berlin wie die Rothschilds in Paris und andere französische Banken, viel Geld an den russischen Anleihen verdient. Aber es dürfte dereinst der Zeitpunkt kommen, wo der Kurs der russischen Anleihen fällt und neue russische Anleihen nicht mehr unterzubringen sind. Sobald Rußland in einen neuen Krieg mit irgendeiner Großmacht verwickelt wird, kann der russische Staatsbankrott sehr schnell eintreten und ein großer Vermögensverlust für die Bankiers des russischen Staates entstehen.

Der im Jahre 1743 geborene Mayer Amschel Rothschild machte seit dem Jahre 1779 Geschäfte mit dem Erbprinzen Wilhelm von Hessen in Hanau. In der kurzen Zeit von 1789 bis 1818 bildete sich die finanzielle Vorherrschaft der Rothschilds. Am 15. Dezember 1818 schrieb Friedrich Gentz an Adam Müller folgendes über die Rothschilds: „Ihr ungeheurer Reichtum (sie sind die Ersten in Europa) ist durchaus das Werk dieses Instinktes, welches die Menge Glück zu nennen pflegt."

Diesen ihren Reichtum hatten die Rothschilds in erster Linie durch Spekulationen verdient. Denn außer der preußisch-englischen Anleihe vom April 1818 hatten die Rothschilds bis Ende 1818 noch keine Anleihe emittiert.

Anfang 1822 schrieb der Chef des Frankfurter Bankhauses Gebr. Bethmann aus Wien nach Frankfurt: „Von guter Hand habe ich erfahren, daß Salomon

Rothschild sich geäußert hat, der fünf Brüder Bilanz habe einen reinen Gewinn von 6 Millionen Gulden abgeworfen. Hier trifft das englische Sprichwort zu: ‚Money makes money‘. Bei ihrer Tätigkeit und Vorsicht ist die Progression des Erwerbes zu erwarten, ja zu hoffen, denn der Umsturz dieses Kolosses wäre schrecklich.“ (Ehrenberg, Große Vermögen, II. Auflg. 1905, S. 106.)

Im Durchschnitt würde auf den einzelnen der fünf Brüder 1,2 Millionen Gulden oder etwa 2 Millionen Mark Reingewinn im Jahre 1821 entfallen. Wir haben oben gesehen, daß im Jahre 1896 das Einkommen des letzten Frankfurter Rothschilds nur etwa das Dreifache dieser Summe betrug.

Die Geschäfte der Rothschilds in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts waren vielfach sehr riskanter Art. Auch glückten nicht alle. Als im Dezember 1825 die große englische Krisis ausbrach, der so viele Banken und andere Geschäftshäuser zum Opfer fielen, blieb Nathan Rothschild in London unerschüttert und konnte sogar der Bank von England durch Rückzahlung von 300000 Pfund in Gold zu Hilfe kommen. Nach dem zutreffenden Urteil des erfahrenen Fürsten Metternich in einem vertraulichen Briefe aus dem Jahre 1845 an den Pariser Gesandten Grafen Apponyi wurzelte die Machtstellung des Hauses Rothschild in Paris in der Geschicklichkeit, mit der die Rothschilds die Regierung und die Parlamentarier durch Geld zu bestechen verstanden. Friedrich Gentz, der Freund Metternichs, hat in seinem Tagebuch getreulich die vielen großen Summen verzeichnet, die ihm von den Rothschilds als Beteiligung an den An-

leihen oder als Anerkennung seiner Verdienste gezahlt wurden.

Noch heute werden bei jeder russischen Anleihe in Paris die Verleger und Chefredakteure fast sämtlicher Zeitungen mit reichen Geldgeschenken bedacht. Bei der letzten großen russischen Anleihe versammelten sich die Verleger und Chefredakteure und faßten den Beschluß, sich nicht mit der in Aussicht genommenen Summe von einigen Millionen zu begnügen. Das einmütige Zusammenhalten der Presse hatte sofort den gewünschten Erfolg. Diese diskrete Nachricht verdanken wir niemand anders als — der Frankfurter Zeitung.

Seit nahezu hundert Jahren hat die Beteiligung von Zeitungsbesitzern oder Zeitungskorrespondenten an zweifelhaften Staatsanleihen zur Hebung des Kurses beigetragen. Nach der Darstellung des Professor Dr. Richard Ehrenberg (Große Vermögen, II. Auflg., S. 104) wurde im Jahre 1820 der Kurs der ersten österreichischen Lotterieanleihe, der sogenannten Rothschildlose, maßlos hinaufgetrieben und die Gewinnsucht des Publikums durch Börsenmanöver und Zeitungsartikel auf alle Weise angestachelt, wobei Gentz und andere Korrespondenten der Augsburger Allgemeinen Zeitung nach Kräften halfen.

Im Sommer 1821 empfing Gentz den Besuch Rothschilds und berichtet darüber in seinem Tagebuch: „Zugleich legte er mir Rechnung von meinem Anteil an einigen der letzten Finanzoperationen ab, und es ergab sich gegen alle meine Erwartungen, daß mir beinahe 5000 Gulden zugute kamen.“

Die publizistische und politische Wirksamkeit von

Friedrich Gentz muß den Rothschilds sehr nützlich gewesen sein, denn im Jahre 1821 beteiligten sie ihn sogar an der neapolitanischen Anleihe von 16 Millionen Dukaten. Im April 1822 sandte Rothschild an Gentz zu dessen nicht geringem Erstaunen 3000 Dukaten, und nach zwei weiteren Tagen noch 2000, die Gentz angeblich auf dessen Beteiligung bei der neapolitanischen Anleihe zukamen.

Die Geschäftsgrundsätze, durch welche die Rothschilds reich geworden sind, stehen in vollkommenem Gegensatz zu den Geschäftsgrundsätzen, durch welche Carnegie in dem kurzen Zeitraum seines Lebens mehr als eine Milliarde Mark ohne Kapital verdient hat.

In seiner Biographie der Rothschilds sagt Gentz, nächst der Einigkeit sei ihr Hauptgrundsatz: nicht alles auf einen Nagel hängen, sich beizeiten zurückziehen, rasch verkaufen, nötigenfalls auch mit Verlust. Nach diesen Grundsätzen handelten die Rothschilds in den kritischen Jahren seit 1806 und ebenso in der Spekulationsperiode 1825. Dank dieser für das Börsengeschäft maßgebenden Grundsätze gingen sie, wie Ehrenberg (S. 154) zutreffend ausführt, aus den zahlreichen schweren Krisen des 19. Jahrhunderts ungeschwächt hervor, während ihre Konkurrenten ringsumher verbluteten. Die Rothschilds waren selbst die größten und erfolgreichsten Börsenspekulanten in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts. In Deutschland gewann erst durch die Rothschilds das börsenmäßige Termingeschäft, namentlich auf der Linie Frankfurt, Augsburg, Wien, größere Verbreitung.

Aber wie denkt Carnegie über diese Grundsätze? Vor den Studenten der Handelshochschule zu Pitts-

burg hielt er im Jahre 1885 einen Vortrag, der auch in seinem Buche „Empire of buisiness“ erschienen ist. „Tue alle Eier in einen Korb und wache darüber, spekuliere nicht.“

Diese dringenden Mahnungen wiederholt Carnegie fortgesetzt und begründet sie eingehend. Nach Carnegies Behauptung gibt es kaum einen einzigen Mann, der durch Spekulation ein Vermögen erworben hätte und es dauernd behält. Als junger Telegraphenarbeiter habe er durch die Börsentelegramme nach Neuyork in Pittsburg zahlreiche Spekulanten kennen gelernt, die alle finanziell oder moralisch zugrunde gegangen seien. Carnegie wirft sogar die Frage auf: „Wie kann man einem Manne Kredit gewähren, dessen Vermögen in einer Stunde durch eine Panik der Börsenfixer weggeschwemmt werden kann?“

Wem von beiden soll man folgen? Rothschild oder Carnegie? Die Börse sagt: „Der Fixer ist von Gott verachtet, weil er nach fremder Leute Geld trachtet.“ Und in diesem scherzhaften Börsenliede liegt eine Bestätigung der Ansicht Carnegies.

Vor etwa neun Jahren frühstückte ich eines Tages im Essener Hof zu Essen mit dem Geheimen Finanzrat Jencke, dem Geheimen Kommerzienrat Barre und anderen Herren der Eisenindustrie. Das Gespräch kam auf die Börse. Jencke sagte: „Wenn ich fixen würde, so würde der gute Ruf Fried. Krupps leiden. Wenn ich auch nur ab und zu einen Posten Kreditaktien à la hausse kaufen oder à la baisse verkaufen würde, so würden sich die Leute fragen, ob die Leitung der Firma Fried. Krupp in zuverlässigen Händen liegt.“

Die Firma Fried. Krupp hält sich also zu demselben Prinzip wie Carnegie. Die größte Firma der Eisenindustrie in Deutschland hat dieselben Grundsätze wie die größte Firma der amerikanischen Eisenindustrie, der Carnegie vorstand, bis er sie in den Stahltrust umwandelte.

Wer als Eisenindustrieller oder als Bierbrauer oder als Warenhausbesitzer zu einem großen Vermögen gelangt, hat im allgemeinen keine Veranlassung, an der Börse zu fixen. Ein vernünftiger Geschäftsmann wird es vermeiden, sich unübersehbaren Verpflichtungen auszusetzen. In dem Urteil Carnegies wie Jenckes steckt ein sehr berechtigter Kern von Wahrheit und Vernunft. Und doch frage ich, wie der große Eisenindustrielle seine sichere Voraussicht des Ausbruchs eines Krieges oder einer wirtschaftlichen Krisis zu seinem Nutzen oder zu seiner Sicherung anders verwenden soll, als indem er fixt, das heißt irgendwelche Werte à la baisse per ultimo abgibt? Gerade der solideste und gewissenhafteste Geschäftsmann kann unter Umständen fixen, um sich seinen Besitz zu erhalten und ihn zu vermehren, weil er voraussieht, daß er sonst schweren Vermögensschaden leidet oder gar seine Zahlungsfähigkeit einbüßt. Das Fixen kann also auch der Aufrechterhaltung der Kreditfähigkeit und Zahlungsfähigkeit dienen. Während einer wirtschaftlichen Déroute oder während eines Krieges steht gerade der Fixer als der solideste und kreditfähigste Mann da. Wenn dann ein dem Börsenspiel abgeneigter Bankier oder Fabrikant den Fixer um ein Darlehn bittet, so wird ihm der Fixer vielleicht die Worte Carnegies entgegenhalten: „Wie kann man

einem Manne Kredit geben, dessen Wohlstand in einer Stunde der Panik hinweggeschwemmt wird?"

Wenn die Rothschilds auch von dem börsenmäßigsten Zeitgeschäft den umfassendsten Gebrauch machten, so waren sie doch keineswegs Spieler, wie Ehrenberg (S. 152) mit Recht hervorhebt. Vielmehr haben sie stets den größten Wert auf Informationen aus bester Quelle gelegt. Sie unterhielten Verbindungen an allen größeren Höfen Europas sowie einen eignen vorzüglich organisierten Kurierdienst, der ihnen vor dem Aufkommen des Telegraphen ausgezeichnete Dienste leistete.

Daher haben die Rothschilds auf die Dauer nicht die trüben Erfahrungen mit der Börsenspekulation gemacht, die Carnegie den Spekulanten nachsagt. Anders die Fugger. Anton Fugger zu Augsburg, dessen Vermögen im Jahre 1546 mit 4¾ Millionen Gulden oder 9½ Millionen Mark den höchsten Stand in der Entwicklung des Fuggerschen Hauses erreichte, hatte schwere Verluste an der Antwerpener Börse durch die unglückliche und leichtfertige Hand seines Antwerpener Faktors Örtel. Er entzog Örtel schließlich die Vollmacht, um ruhig schlafen zu können.

Bitter hatte Anton Fugger zu bereuen, daß er von dem bewährten Geschäftsgrundsatz seines genialen Onkels, des im Jahre 1525 verstorbenen Jacob Fugger, abgewichen war, der in der einheitlichen Leitung unter Ausschluß aller Fremden eine Voraussetzung für das Gedeihen des Hauses Fugger erblickte.

Die Rothschilds haben es weit besser verstanden als die Fuggers, sich im Besitze ihres Reichtums zu

erhalten. Die Rothschilds haben aber auch in Zeiten mit größerer Rechtssicherheit und Ordnung gelebt. Die Fuggers sahen sich genötigt, ihr Geld den Habsburgern und anderen Fürsten zu borgen, die es ihnen zum Teil nicht wiedergaben. Die Rothschilds konnten ihr Geld geordneten Staaten leihen, die schon eine Verfassung besaßen oder im Begriff waren, eine zu erhalten.

Da die Fuggers in weit stärkerem Maße die Fürsten persönlich zu ihren Schuldnern hatten, war auch ihre Macht größer als die der Rothschilds. Vier Jahre nach der Kaiserwahl des Jahres 1519, bei der die Fuggers durch ihren Kredit den Ausschlag gaben, schrieb Jakob Fugger an Kaiser Karl V.: „Es ist bekannt und liegt am Tage, daß Eure Kaiserliche Majestät die römische Krone ohne meine Hilfe nicht hätte erlangen können.“ König Franz I. von Frankreich hätte wahrscheinlich im Jahre 1519 die römische Krone erlangt, wenn es ihm gelungen wäre, die Fuggers für sich zu gewinnen.

Auch die Rothschilds, wie wohl alle finanziellen Machthaber, verdanken ihre Weltstellung einem glücklichen Zufall. Der begabteste der Söhne des alten Mayer Amschel Rothschild, Nathan, der im Jahre 1798 nach England ausgewandert war, erhielt im Herbst 1806 von seinem Vater den Staatsschatz des Kurfürsten von Hessen in Höhe von 600000 Pfund Sterling oder 12 Millionen Mark mit der Post als Depositum zur Verwaltung zugesandt. Mit diesen ungeheuren Massen baren Geldes verschaffte er sich bald in London eine dominierende Stellung. Bis etwa zum Jahre 1806 war das Bankhaus Gebrüder

Bethmann das größte in Frankfurt a. M., und wurde erst in der Folgezeit von den Rothschilds überflügelt.

Das Bankhaus Gebrüder Bethmann war schon im Jahre 1748 ein hervorragendes. Ein Urenkel des Johann Jacob Hollweg, der als Mitinhaber dieser Firma eine Bethmann heiratete, ist Theobald von Bethmann Hollweg, der fünfte Reichskanzler. Die Entwicklung des Vermögens dieser Familie im Laufe der Generationen beweist aber aufs neue, daß eine plutokratische Gefahr der Anhäufung von Riesenvermögen nicht besteht. Das Vermögen der einzelnen Mitglieder hat sich nämlich in absteigender und nicht in aufsteigender Weise bewegt, so daß der Reichskanzler neben seinem Gute Hohen-Finow ein Vermögen von Erheblichkeit nicht besitzt.

Krupp.

Seit dem Tode des letzten Rothschild im Jahre 1901 war Herr Alfred Krupp der reichste Mann im Königreiche Preußen und auch im Deutschen Reiche. Nach dem Tode Alfred Krupps im Jahre 1902 ist die ältere seiner beiden Töchter, Frau Bertha Krupp v. Bohlen und Halbach, bis auf den heutigen Tag die reichste Person in Deutschland.

Nach der amtlichen Statistik stellen sich die größten Vermögen Preußens im Jahre 1908 in folgende Reihe:

Frau Bertha von Krupp-Bohlen	187	Mill.	Mark
Fürst Henckel von Donnersmarck	177	„	„
Herzog von Ujest	151	„	„
Freiherr von Goldschmidt-Rothschild	107	„	„
Fürst Pleß	84	„	„

Frau Bertha Krupp hatte also nur einen ganz kleinen Vorsprung von 10 Millionen Mark vor dem Vermögen des Fürsten Henckel von Donnersmarck. Es ist nicht ausgeschlossen, daß schon die kommende Statistik das Vermögen des Fürsten Henckel an erste Stelle rückt. Wir werden weiter unten, in dem Kapitel über das Vermögen des Fürsten sehen, daß dieses Vermögen sich in den letzten zehn Jahren schneller vermehrt hat, wie irgendein anderes in Preußen oder Deutschland.

Das Vermögen dieser reichsten Leute wächst nicht nur durch Sparsamkeit, indem sie einen erheblichen Teil ihres Einkommens zurücklegen, sondern auch durch die Zunahme des Wertes ihrer Grundstücke, Kohlen, Mineralien oder ihrer Fabriken. Aber ein Blick auf die amtliche Statistik der Einkommensteuer gibt uns doch einen ungefähren Anhalt zur Beurteilung der Frage, ob Fürst Henckel imstande ist, die erste Staffel unter den preußischen Vermögen zu erreichen.

Die großen Jahreseinkommen in Preußen nahmen nach der amtlichen Statistik im Jahre 1908 die folgende Reihe ein:

Frau Bertha von Krupp-Bohlen	17	Mill.	Mark
Fürst Henckel von Donnersmarck	12	„	„
Herzog von Ujest	7	„	„

Graf Tiele Winkler	5—6	Mill. Mark
Freiherr von Goldschmidt Rothschild	3—4	„ „
Geh. Kommerzienrat Karl Henschel	3—4	„ „
Ernst von Mendelssohn	3,27	„ „

Es ist nicht anzunehmen, daß Fürst Henckel mehr als 2 Millionen Mark im Jahre verbraucht. Er würde also schon im Jahre 1909 bei einem Vermögen von 187 Millionen und im Jahre 1910 bei einem Vermögen von etwa 197 Millionen angelangt sein. Ist Frau Bertha Krupp von Bohlen in der Lage, ihm zuvorzukommen?

Während das Einkommen des Fürsten Henckel trotz der schlechten Geschäftszeiten im Jahre 1909 ebenso groß war, wie im Jahre 1908, nämlich 12 Millionen Mark, ist das Einkommen der Frau Bertha Krupp von Bohlen und Halbach infolge des schlechten Geschäftsganges von 17 Millionen Mark im Jahre 1908 auf 14 Millionen Mark im Jahre 1909 gesunken. Das sind keine angenehmen Erfahrungen.

In dem Jahre 1907 wie in dem Jahre 1908 hatte Frau Krupp von Bohlen und Halbach unentwegt 17 Millionen Mark Jahreseinkommen gehabt. Zweimal hintereinander hatte die Firma Fried. Krupp in den Geschäftsjahren von 1905 auf 1906 und von 1906 auf 1907 10% Dividende gegeben, während sie in den Jahren zuvor nur 7½ und 6% Dividende gab. In dem Geschäftsjahr 1907/1908 konnte aber nur eine Dividende von 8% verteilt werden und in dem folgenden Geschäftsjahr 1908/1909 ebenso. Es ist aber ein gewaltiger Unterschied, ob man 18 Millionen Mark oder nur 14,4 Millionen Mark ver-

einnahmt. Das Aktienkapital der Firma Fried. Krupp beträgt seit dem 31. Dezember 1906 180 Millionen Mark und zuvor 160 Millionen Mark.

Fürst Henckel wird von dem Rückgang der Konjunktur in der Eisen- und Kohlenindustrie nicht in dem gleichen Maße getroffen wie Frau Bertha Krupp von Bohlen, da er in starkem Maße an Unternehmungen anderer Art beteiligt ist und ungewöhnlich große Mengen baren Geldes besitzt, die er zu Grundstücksgeschäften verwendet oder an große Banken ausleiht. An seinen Terrain-Aktien oder Depositen-Zinsen kann der Fürst zu einer Zeit viel Geld verdienen, wo wegen Überproduktion die Eisen- und Kohlenindustrie beträchtlich geringere Gewinne abwirft wie sonst.

Da die Eisen- und Kohlenindustrie im Laufe des Jahres 1910 in eine bessere Konjunktur eingetreten ist, so dürfte die Firma Fried. Krupp in dem Jahre 1909/1910 vielleicht schon wieder eine höhere Dividende abwerfen.

Da die oberschlesische Kohlen- und Eisenindustrie gegenwärtig besonders unter der Ungunst der Verhältnisse leidet, dürfte sich die Zunahme des Vermögens des Fürsten Henckel in den nächsten Jahren weniger schnell vollziehen. Es ist also wenig wahrscheinlich, daß Fürst Henckel wesentlich die Frau Krupp von Bohlen an Vermögen und Einkommen überholen wird. Vielmehr ist anzunehmen, daß das Kruppsche Vermögen nach wie vor sich an erster Stelle behaupten wird.

Das Einkommen des Herrn Alfred Krupp betrug in dem Steuerjahr 1896/7 8 Millionen Mark, in dem

folgenden Jahre 1897/8 aber bereits 9 Millionen Mark. Durch die Hochkonjunktur der Jahre 1898/1900 vermehrte sich das Kruppsche Einkommen in ungeheurer Weise. Im Jahre 1901 betrug es bereits 21 Millionen Mark und im Jahre 1902 ebenso viel.

Durch den Tod des Herrn Alfred Krupp im November 1902 wurde ein Teil des Vermögens für die Witwe und jüngere Tochter abgesondert.

Das Einkommen der Haupterbin, Frau Bertha Krupp von Bohlen und Halbach, deckt sich seitdem so ziemlich mit der Dividende der ihr gehörigen Aktiengesellschaft Fried. Krupp. Das Geschäftsjahr der Firma Fried. Krupp endet am 30. Juni. Die Dividenden der Aktiengesellschaft Fried. Krupp betrugen:

Jahr	Prozent	Betrag
1903/4	6%	9600000 M.
1904/5	7½%	12000000 „
1905/6	10%	16000000 „
1906/7	10%	18000000 „
1907/8	8%	14400000 „
1908/9	8%	14400000 „

Es betrug das Einkommen der Frau Bertha Krupp v. Bohlen in dem Steuerjahr:

Jahr	Einkommen
1904	10000000 M.
1905	12000000 „
1906	12000000 „
1907	17000000 „
1908	17000000 „
1909	14000000 „

Das Vermögen des Herrn Alfred Krupp betrug in dem Steuerjahr 1896/7 122000000 Mark und in dem folgenden Jahr 1897/8 129000000 Mark. In dem Jahr 1899 war das Kruppsche Vermögen bereits auf 148000000 Mark angewachsen und stieg im Jahre 1902 weiter bis auf 187000000 Mark. Diesem stattlichen Vermögen entsprach ein Einkommen von 21 Millionen Mark.

Es betrug das Vermögen der Frau Bertha Krupp v. Bohlen und Halbach in dem Steuerjahr:

1905	214000000 M.
1908	187000000 „

Bei der Begründung und Eintragung der Aktiengesellschaft Fried. Krupp im Sommer 1903 wurde der Wert des Gesamtunternehmens auf 273 Millionen Mark bewertet. Das Aktienkapital betrug 160 Millionen und die übernommenen Schulden 113 Millionen. Die Aktien werden wohl niemals an die Börse gebracht werden. Bei einer Dividende von 8—10% dürften sie bei aufsteigender Konjunktur annähernd den Kursstand der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, also etwas über 200 haben.

Bei dem Tode Friedrich Krupps, der die Firma Fried. Krupp im Jahre 1810 begründete und im Jahre 1826 starb, hatte seine Gußstahlfabrik noch den denkbar geringsten Umfang. Sein 14jähriger Sohn Alfred, der am Ende seines Lebens der größte Eisenindustrielle Europas war, begann seine Laufbahn im Jahre 1826 mit 4 Arbeitern. Die nachfolgenden Zahlen sind zum Teil meinem Buche „Die Eisenindustrie

in ihrem Kampfe um den Absatzmarkt" (Duncker & Humblot 1904) entnommen.

Die Firma Fried. Krupp beschäftigte:

Jahr	Arbeiter und Angestellte:
1826	4
1843	99
1880	13000
1900	46679
1905	55816
1910	68191

Die von der Firma Fried. Krupp an sämtliche Arbeiter und Angestellte gezahlten Löhne werden sich im Jahre 1910 auf über 100 Millionen Mark belaufen, wie sich aus den vorausgegangenen Jahren berechnen läßt. Würde Frau Bertha Krupp von Bohlen sich ihres gesamten Besitzes entledigen und die Firma Fried. Krupp ihren Angestellten und Arbeitern schenken, so würde sich das Jahreseinkommen des einzelnen Arbeiters oder Angestellten nur um 14% in gewöhnlichen Jahren und 18% in den besten Jahren erhöhen.

Der durchschnittliche jährliche Arbeitslohn in der Firma Fried. Krupp beträgt rund 1500 Mark. Bei einem mittelmäßigen Geschäftsgang, wie er im Jahre 1909 war, würde sich der durchschnittliche jährliche Arbeitslohn von 1500 Mark auf 1716 Mark, nämlich um 14,4% erhöhen, wenn die Angestellten Eigentümer der Firma würden.

Diese Erhöhung kann nicht als eine sehr bedeutende bezeichnet werden. Wenn die Angestellten sich selbst zu regieren hätten, so würden sie höchstwahr-

scheinlich ein weniger tüchtiges Direktorium und weniger tüchtige Ingenieure an die Spitze stellen. Sehr geringe Fehler in der Leitung des Unternehmens genügen aber, um den bisherigen Reingewinn der bisherigen Eigentümerin ganz wegfallen zu lassen und vielleicht sogar ein großes Defizit herbeizuführen.

Der verstorbene Vorsitzende des Direktoriums der Firma Fried. Krupp, Geheimer Finanzrat Jencke, sagte mir einmal in Essen: „Sie glauben nicht, wie wenig dazu gehört, um die Finanzen einer solchen Firma zu derangieren. Ein paar unüberlegte Dispositionen, vielleicht eine einzige in einer kritischen Geschäftslage, und man findet kaum noch einen Weg, um aus dem Dilemma herauszukommen."

Selbst in schlechten Geschäftszeiten ist die Firma Fried. Krupp bestrebt, ihre Arbeiter nicht zu entlassen und die Löhne möglichst wenig zu verringern. In Deutschland haben auch die meisten anderen großen Firmen der Eisen- und Kohlenindustrie in weit stärkerem Maße dieses Bestreben als ihre Konkurrenten in Amerika und anderswo. Der erste, der unter einer schlechten Konjunktur leidet, ist der Eigentümer selbst oder die Menge der Aktionäre.

Ich stehe durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß die kollektivistische Produktionsweise oder ihr Vorläufer, der Staatsbetrieb, dauernd unmöglich ist. Ohne Zweifel wird der Staatsbetrieb sich ausdehnen, während gleichzeitig die Staaten demokratischer verwaltet werden und mehr und mehr unter die Kontrolle des Volkes kommen. Auch die deutsche Eisenindustrie kann noch ansehnliche Ersparnisse erzielen, wenn sie zu einem Trust zusammengeschweist und von einer Hand

planmäßig geleitet wird, denn die Arbeitsteilung läßt sich noch wesentlich ausdehnen und manche unnötige Kosten der Konkurrenz lassen sich vermeiden.

Aber die weitverbreitete Vorstellung, daß die Arbeiter in erster Linie für den Arbeitgeber arbeiten, ist grundfalsch. Bei einem so vielseitigen und in mancher Hinsicht riskanten Geschäftsunternehmen wie das der Firma Fried. Krupp darf der Reingewinn nicht weniger als 8% betragen. In dem Reingewinn muß eine Prämie für das hohe Risiko liegen, das durch das Aufkommen neuer Verfahren oder Patente durch eine Änderung der Kriegstechnik oder durch eine wirtschaftliche Depression jeden Augenblick sich fühlbar machen kann.

Die vorstehenden Zahlen zeigen auch auf das deutlichste, wie eng begrenzt die Möglichkeit einer Erhöhung der Löhne ist. Würden die Arbeiter und Angestellten der Firma Fried. Krupp während der beiden letzten Jahre plötzlich eine Erhöhung der Löhne um 15% gefordert haben, so würden sie mehr gefordert haben, als die Eigentümerin ihnen bieten kann, selbst wenn sie auf jede Einnahme und jede Verzinsung verzichtet. Bei einer Lohnerhöhung um 10% würde die Eigentümerin nur noch rund 2¼% Dividende oder Verzinsung ihres Aktienkapitals gehabt haben.

Die Gesamtsumme der Löhne, nämlich 100 Millionen Mark, ist zu groß im Verhältnis zur Dividende, nämlich 14,4 Millionen Mark, um einen Lohnkampf als aussichtsvoll erscheinen zu lassen. Solche ungeheuren Lohnsummen können nur durch das Aufblühen und Fortschreiten des Geschäfts vermehrt werden. Schon ein verhältnismäßig kurzer Ausstand

würde dem Eigentümer die verhältnismäßig kleine Dividende und den Arbeitern einen erheblichen Teil der Riesenlohnsumme kosten. Denn solche Riesensummen für den Arbeitslohn und für den Betrieb müssen rechtzeitig und mit vieler Sorgfalt beschafft werden. Sonst kommen die falschen Dispositionen, von denen Geheimrat Jencke sprach.

In der ganzen Welt dürfte es kein Fabrikunternehmen von solcher Ausdehnung geben, das nur einer Person gehört. Carnegie als Eisenindustrieller war weit größer als Friedrich Krupp. Aber Carnegie hat seine sämtlichen Werke in den Stahltrust übertragen. Und die Aktien des Stahltrust sind heute in Amerika wie in Europa in ungezählten Händen. Aber in Deutschland gibt es einen Mann, der als Eisen- und Kohlenindustrieller nahe an die Firma Fried. Krupp heranreicht: August Thyssen. Man darf ihn nicht lediglich nach seinem wesentlich niedrigerem Einkommen beurteilen, sondern nach der Größe seiner Produktion und nach der Ausdehnung seiner Fabriken, zu deren Betrieb er in erheblichem Maße fremde Gelder herangezogen hat.

Die größten Aktiengesellschaften auf dem Gebiete der Eisen- und Kohlenindustrie bleiben nicht unerheblich hinter Fried. Krupp zurück. Trotz ihrer Vereinigung mit dem Aachener Hütten-Verein und der A.-G. Schalker-Gruben bleibt die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. mit ihren 156 Millionen Aktienkapital und 44589 Arbeitern und 11,7 Millionen Dividende im Jahre 1909 noch wesentlich hinter Fried. Krupp zurück. Und die Gelsenkirchener ist nach Krupp die größte von allen Aktiengesellschaften auf dem Ge-

biete der Eisen- und Kohlenindustrie. Der Phönix, der an dritter Stelle steht, bleibt mit 100 Millionen Mark Aktienkapital, 33127 Arbeitern und einer Dividende von 9 Millionen im Jahre 1909 noch weiter zurück. Allerdings geben diese beiden Gesellschaften noch mehr Prozente als Dividende. In den letzten 6 Jahren gab die Gelsenkirchener von 1904—1909 10, 11, 11, 12, 9% Dividende. Und der Phönix gab von 1904—1909: 8, 10, 15, 17, 11, 9% Dividende.

Die Rombacher Hüttenwerke mit einem A.K. von 50 Millionen, die Dortmunder Union mit einem A.K. von 42 Millionen, die Vereinigte Königs- und Laura-Hütte mit einem A.K. von 36 Millionen, der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation mit einem A.K. von 30 Millionen zählen danach zu den größten.

Die Aktionäre der Gelsenkirchener oder des Phönix zählen nicht nach Hunderten, sondern nach Tausenden. Wenn man annimmt, daß im Durchschnitt ein Aktionär der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft 10000 Mark Aktien besitzt, so würden 15600 Aktionäre die Eigentümer dieses zweitgrößten Werkes der Eisen- und Kohlenindustrie in Deutschland sein.

Ist es nun ein wirtschaftlicher und sozialer Übelstand, daß sämtliche Aktien der Firma Fried. Krupp einer Person gehören? Nachteile wirtschaftlicher Art haben sich bis jetzt noch nicht gezeigt und dürften sich wohl auch nicht zeigen. Im Gegenteil, die Firma Fried. Krupp verdankt ihre schnelle Ausdehnung in den letzten Jahrzehnten ohne Zweifel zum Teil dem

Umstand, daß der Eigentümer alle seine Ersparnisse jedes Jahr aufs neue zur Erweiterung des Geschäfts benutzte.

Soziale Nachteile würden sich wahrscheinlich fühlbar gemacht haben, wenn die Firma nicht in sozialem Sinne geleitet worden wäre. Es ist bekannt, daß die Firma Fried. Krupp in großem Umfange Wohnungen für ihre aktiven und pensionierten Arbeiter geschaffen hat und eine Reihe von ähnlichen Wohlfahrtseinrichtungen besitzt. Weniger bekannt ist, welche gewaltigen Summen die Firma alljährlich freiwillig oder auf Grund von Stiftungen ihrer Inhaber den Arbeitern zuwendet, und diese Summen fallen um so mehr ins Gewicht, als die Firma auf Grund der Reichsgesetze schon ganz ungewöhnliche Beiträge zu der Versicherung der Arbeiter zahlen muß.

Auf Grund der Reichsversicherungsgesetze zahlte die Firma Fried. Krupp im Jahre 1907 für Krankenversicherung 1,4, für Unfallversicherung 1,6 und für Invalidenversicherung 0,5 Millionen Mark, zusammen also 3,5 Millionen Mark. Die Firma hat nun, außer den gesetzlichen Kassen, noch eine Reihe von Hilfskassen, sowie ähnliche Unterstützungseinrichtungen. Ihre statutarischen Leistungen zu den gesetzlich nicht vorgeschriebenen Kassen betrugen in demselben Jahre 1,7 Millionen Mark. Die aus den besonderen Stiftungen und Fonds der Firma geleisteten Unterstützungen, einschließlich der Zuschüsse zu verschiedenen Werkkassen und der Aufwendungen zur Förderung allgemeiner Wohlfahrtseinrichtungen und Interessen, betrugen im Jahre 1907 insgesamt 3,6 Millionen Mark. Die gesamte Jahresleistung der Firma Fried. Krupp

an Versicherungs- und Kassenbeiträgen, Unterstützungen und Zuschüssen belief sich somit im Jahre 1907 auf 8,8 Millionen Mark.

Wenn man diese Summe mit den 18 Millionen Mark Dividende des Jahres 1907 vergleicht, so erscheint sie schon recht erheblich. Im Jahre 1909 betrugen aber die Zuwendungen an die Arbeiterversicherung 3,9 und die freiwilligen Wohlfahrtsausgaben 5,3 Millionen Mark, zusammen also 9,2 Millionen Mark. Wenn man erwägt, daß in dem gleichen Jahre die Dividende nur 14,4 Millionen Mark betrug, so springt die Höhe der obligatorischen und freiwilligen Leistung für die Arbeiter in die Augen. Würde die Firma nur den Anforderungen der Reichsversicherungsgesetze entsprochen haben, so würde die Dividende im Jahre 1909 19,7 Millionen statt 14,4 Millionen Mark betragen haben.

Bei verschiedenen Gelegenheiten pflegen aber die Inhaber der Firma neue Stiftungen zu machen oder die alten zu erhöhen, so daß schon aus diesem Grunde die zur Verfügung stehenden Zinsen anschwellen.

Wenn die Aktien der Firma Fried. Krupp in zehntausend und mehr Händen wären, so würde die Generalversammlung und der Aufsichtsrat sicher nicht diese großen Ausgaben für Wohlfahrtszwecke bewilligt haben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Firma Fried. Krupp im Laufe der letzten 50 Jahre so viel für ihre Arbeiter getan hat, daß sie schlechterdings nicht mehr tun konnte. Wenn ihre Stiftungen und freiwilligen Zuwendungen in den letzten Jahrzehnten noch wesentlich größer gewesen wären, so hätte sie eben das Werk nicht ausdehnen und daher die

Zahl der Arbeiter nicht vermehren und ihre Löhne nicht erhöhen können. Kein vernünftiger Mensch wird glauben, daß das Werk heute dieselbe Ausdehnung und Bedeutung hätte, wenn vor 30 Jahren der Inhaber zugunsten der Arbeiter und Angestellten auf sein Besitztum verzichtet hätte.

Die dauernde Konzentration des Kruppschen Vermögens und Unternehmens in einer Hand beruhen auf dem Umstand, daß der im Jahre 1887 verstorbene Begründer der Firma nur einen Sohn hatte, und dieser wiederum nur zwei Töchter, und daß angesichts der geringen Kinderzahl der Begründer eine Art Fideikommiß durch sein Testament aus dem ganzen Unternehmen gemacht hat.

Während König Stumm fast bis zu seinem Tode das Fortschreiten der sozialen Reform bekämpfte, hat Herr Krupp von Bohlen und Halbach seine Machtstellung noch niemals in antisozialem Sinne ausgenützt. Der frühere Legationsrat hält sich von den politischen Kämpfen ziemlich zurück, ist aber mit seiner Firma dem Hansabund beigetreten, der die weitgehenden agrarischen Forderungen bekämpft und für eine Ausdehnung der Reichserbschaftssteuer sowie überhaupt der direkten Steuern und Besitzsteuern eintritt. Eine Eigentümlichkeit der Firma Fried. Krupp besteht darin, daß die Angestellten und Arbeiter einen Teil ihres Lohnes beziehungsweise ihrer Tantieme in der Firma zu lassen pflegen. Selbst die Mitglieder des Direktoriums lassen einen Teil ihrer Bezüge in dem Geschäft. Als ich vor etwa zehn Jahren von einem der Direktoren gelegentlich das erstemal von dieser Einrichtung hörte, glaubte ich nicht richtig verstanden

zu haben. Inzwischen hat diese Institution einen riesenhaften Umfang angenommen.

In der Bilanz Ende Juni 1909 steht unter den Passiven: Depositen von Werksangehörigen bei der Firma 29377557, do. bei der Spareinrichtung 4433607. Zusammen beträgt dieser Posten also 33810164. Dafür hat die Firma unter ihren Aktiven 35,8 Millionen festverzinste Wertpapiere, 17,7 Millionen Mark andere Wertpapiere und Beteiligungen neben einem Bankguthaben von 17,8 und anderen Debitoren von 46,8 Millionen Mark.

Wäre es nun aber zu wünschen, daß mehrere Personen von solchem Reichtum in unserer Eisen- und Kohlenindustrie vorhanden wären? Durchaus nicht! Aus sozialen wie aus politischen Gründen muß man wünschen, daß Industrielle von ähnlichem Vermögen eine Seltenheit bleiben. Sehr leicht können Personen von solcher Macht den sozialen und politischen Fortschritt geflissentlich aufhalten und den großen Mengen ihrer Arbeiter und Angestellten das Leben verbittern.

Hat eine große Industrieunternehmung die Form der Aktiengesellschaft, wie es heute regelmäßig der Fall ist, und sind die Aktien in zehntausend oder zwanzigtausend Händen, so kommt bei der Wahl der Direktoren und Aufsichtsräte der Wille einer großen Gruppe gebildeter und besitzender Personen, nämlich der Aktionäre, zur Geltung. Überdies wirkt die Verteilung eines so großen Aktienkapitals in zehntausend oder mehr kleineren Portionen ausgleichend und schafft kleine mehr oder weniger unabhängige Kapitalbesitzer. Die soziale und politische Unabhängigkeit ist aber für den Fortschritt auf technischem, wirtschaftlichem und

politischem Gebiet von großer Bedeutung. Das Automobil und der Aeroplan können eine große Verbreitung nur finden, wenn es eine große Anzahl wohlhabender Leute gibt.

Bis zum Frühjahr 1910 betrug die preußische Zivilliste nur 15,7 Millionen Mark jährlich, während das Einkommen der Frau Berta Krupp von Bohlen nach der Steuerstatistik in den Jahren 1907 wie 1908 sich auf 17 Millionen Mark jährlich bezifferte. Die Erhöhung der Zivilliste um 2 Millionen Mark neben einer jährlichen Theatersubvention von 1½ Millionen Mark durch das Gesetz vom Frühjahr 1910 ist in erheblichem Umfange eine Folge des Anwachsens der sehr großen Vermögen und Einkommen in Preußen. Auch durch diese Erhöhung der Zivilliste auf 17,7 Millionen Mark wird es auf die Dauer nicht ausgeschlossen, daß Herr von Krupp-Bohlen und Frau mehr im Jahre zu verzehren haben, als der Kaiser mit seinen verheirateten Söhnen zusammen. Den meisten anderen Firmen der Eisenindustrie würde es nicht so gut bekommen sein, wenn nur eine Person der Inhaber der Firma ist. Im allgemeinen gedeiht die schwere Industrie am besten in der Form der Aktiengesellschaft. Anders bei der Firma Fried. Krupp. Ihr war das persönliche Regiment des einen Inhabers wie auf den Leib zugeschnitten.

Und zwar aus mehreren Gründen. Die Firma Fried. Krupp hat mehr als irgendeine andere der Eisenindustrie seit hundert Jahren neue Verfahren erfunden und fortgebildet. Und dann stellt sie in sehr erheblichem Umfange Kriegsmaterial her. Erfindungen und Kriegsmaterialien sind wenig geeignet,

einer Generalversammlung oder auch nur einem Aufsichtsrat zur Beschlußfassung unterbreitet zu werden.

Bis 1844 hatte sich Alfred Krupp in die Leitung der Fabrik mit zwei Brüdern zu teilen, und bis 1848 noch mit einem Bruder. Im Jahre 1844 übernahm sein jüngerer Bruder Herrmann die Leitung der von ihm in Berndorf bei Wien begründeten Metallfabrik. Am 24. Februar 1848 übernahm Alfred Krupp die Essener Fabrik auf alleinige Rechnung. Er hat selbst 25 Jahre später diesen Tag als den wichtigsten Wendepunkt in der Entwicklung seiner Fabrik bezeichnet. Jetzt konnte er seinen eigenen Ideen folgen.

Schon sein Vater Friedrich hatte sich in der Zeit von 1810 bis 1826 auf das Emsigste bemüht, Gußstahl herzustellen. Im Jahre 1811 hatte der vierundzwanzigjährige Friedrich Krupp auf der Walkmühle bei Essen ein Schmelz- und Zementiergebäude errichtet. 1812 konnte er anzeigen, er werde vom Ende des Jahres an alle Sorten feinen Stahl, auch Gußstahl, liefern. (Vgl. mein Buch „Die Eiseninduſtrie", Seite 19.)

Im Jahre 1740 hatte ein englischer Stahlkonsument, der Uhrmacher Benjamin Huntsman in Doncaster, die Kunst erfunden, einen guten Gußstahl durch kleine Tiegel von bestem feuerfesten Material herzustellen. Durch seine Erfindung wurde Sheffield, wo er bald danach seinen Wohnsitz aufschlug, weltberühmt. Die Einwohnerzahl der Stadt stieg in dem Jahrhundert 1740—1840 von 10000 auf 110000. Noch 1846 galt die Marke Huntsman als die beste Sorte.

Im Jahre 1844 stellte Krupp auf der in Berlin veranstalteten deutschen Gewerbeausstellung zwei Ge-

wehrläufe aus Gußstahl aus, die er eigenhändig geschmiedet hatte. Seit 1847 richtete er sein Hauptaugenmerk auf die Herstellung von Geschützen aus Gußstahl.

Aber nicht die Kriegsmaterialien, sondern die Friedensmaterialien haben zuerst die Firma Fried. Krupp groß gemacht. In dem Jahrzehnt 1849 bis 1858 verzehnfachte sich die Zahl der Kruppschen Arbeiter infolge der Herstellung von Achsen und Federn für Eisenbahnwagen, namentlich aber durch die Herstellung von Radbeschlägen für den Eisenbahnbetrieb.

Die erste große Bestellung auf Feldgeschütze aus Gußstahl verdankte Alfred Krupp dem Prinzregenten Wilhelm von Preußen. Der Regent bestellte im Jahre 1859 300 Feldgeschütze bei ihm. Bis dahin hatte man in dem Glauben gelebt, daß die Geschütze aus Bronze die besten seien. Nach dem Kriege von 1866 nahm Krupp diese 300 Geschütze freiwillig zurück, da in dem Feldzuge mehrere Rohre gesprungen waren, und lieferte ohne Kosten für den Staat neue Geschütze. Im Feldzug 1870 aber sprang nicht ein einziges Rohr. Noch 1872 hatte Krupp schwere Kämpfe mit der preußischen Artillerie-Prüfungskommission.

Im allgemeinen neigt die öffentliche Meinung zu der Auffassung, daß bei der Firma Krupp die Geschütze und anderen Kriegsmaterialien bei weitem den größten Teil der Jahresproduktion bilden. Diese Auffassung ist für die Gegenwart eine irrige und hat auch in früheren Zeiten sich mit der Wirklichkeit nicht gedeckt.

Im Jahre 1877/78 überwog allerdings an Wert das Kriegsmaterial in nicht unerheblichem Maße das

Friedensmaterial Aber an Gewicht war schon damals das Friedensmaterial mehr als zehnmal so groß.

Die Firma Fried. Krupp produzierte nämlich im Jahre 1877/78:

Gewicht Tonnen	Wert Mark	
107800	20800000	Friedensmaterial
9000	27256000	Kriegsmaterial

Heute dürften unter den Fertigfabrikaten der Firma Fried. Krupp die Friedensmaterialien das Übergewicht an Wert haben. Die Gewichte und Werte der Fertigfabrikate in Friedensmaterialien wie in Kriegsmaterialien haben sich bedeutend vermehrt. Es würde aber verkehrt sein zu glauben, daß sie im Verhältnis der Arbeiterzahl sich vermehrt haben. Die Zahl der Arbeiter ist seit dem Jahre 1878 auf mehr als das Fünffache gestiegen. Dies beruht aber zu einem erheblichen Teil darauf, daß die Firma Fried. Krupp mehr und mehr die Vorstadien des Produktionsprozesses selbst in die Hand genommen hat. Insonderheit hat sie die Förderung von Kohlen und Eisenerzen sowie die Herstellung von Roheisen ausgedehnt. Fast jedes Fabrikat der Firma Fried. Krupp, einerlei ob es Kriegs- oder Friedensmaterial ist, entstammt den Kohlen- und Eisenerzen der Firma Fried. Krupp und hat in ihr alle Produktionsprozesse durchgemacht.

Wenn man sich von der Produktion der Firma Krupp oder irgendeines anderen gemischten Werkes der Eisenindustrie einen Begriff machen und den ungefähren Wert der Produktion ermitteln will, so muß man sich davor hüten, nur den Wert der verkauften

Fertigfabrikate ins Auge zu fassen. Dieser Wert kann nicht größer sein, als bei einem reinen Walzwerk, das sich die Stahlblöcke oder Platinen bei einem Stahlwerk kauft. Vielmehr muß man zugleich die Produktionswerte des Bergbaues und der Hochöfen und Stahlwerke ins Auge fassen. Selbstverständlich darf man bei Vergleichen mit anderen Firmen nicht übersehen, daß ein Produktionswert immer in demjenigen des nachfolgenden Produktionsprozesses enthalten ist.

Zählt man den Wert der Produktion des Bergbaues, der Hochöfen, der Walzwerke, Eisengießereien, Eisenkonstruktionen, Maschinenfabriken oder Waggonfabriken oder Lokomotivenfabriken, der Schiffswerften und der Fabrikation von Kleineisen (Kleineisenindustrie) sowie der Produktion an Kriegsmaterial aller Art bei einem gemischten Werke der Eisen- und Kohlenindustrie zusammen, so erhält man annähernd die eine Seite der Bilanz. Also der Produktionswert ist ungefähr gleich der Summe der Aktiva! Es bedarf keiner Erörterungen, daß dieses Exempel nicht genau und nicht in jedem Falle in derselben Weise zutreffen kann. Aber es gibt dem Kenner der Industrie einen ungefähren Anhalt.

Bei den gemischten Werken genügt es für den Sachkenner, wenn er die Zahl der Arbeiter weiß, um sofort die Gesamtsumme der Löhne, die Gesamtsumme der Produktion und die Summe der Aktiven der Bilanz ungefähr angeben zu können. Selbstverständlich sind Abweichungen von 25 oder 30% in den Kauf zu nehmen. Aber jedenfalls ist die Unterlage der Rechnung genügend, um ein ungefähres Bild der Ziffern zu gewinnen, um die es sich handelt.

Es ist eine alte Erfahrung, daß niemals Damen, und selbst sehr gebildete Offiziere oder berühmte Professoren aller Fakultäten große Vermögen und Einkommen oder die wichtigeren Zahlen der Volkswirtschaft schätzen können. Erwachsene unterscheiden sich in dem Unvermögen, die Welt richtig einzuschätzen, kaum von Kindern. Selbst die Unwissenheit der höchsten Beamten und Minister ist in solchen wirtschaftlichen Fragen staunenerregend. Im allgemeinen haben die Menschen der Gegenwart die Gewohnheit, jedes Vermögen und Einkommen von Erheblichkeit um das Zehnfache bis Hundertfache zu überschätzen.

In meinem Buch „Die Eisenindustrie in ihrem Kampf um den Absatzmarkt" (Leipzig 1904, Seite 315) habe ich gezeigt, daß damals (1904) in zehntausend Tonnen Schienen, die einen Wert von mehr als 1 Million Mark darstellen, an Arbeitslohn 338150 Mark, einschließlich des in den Kohlen und Erzen steckenden Arbeitslohnes, enthalten sind. Der Anteil der Gehälter und Löhne an den Produktionskosten des amerikanischen Stahltrusts betrug im Jahre 1902 (nach dem eben genannten Buche Seite 214) 27,84%. Es ist ein alter Erfahrungssatz in der deutschen Eisenindustrie, daß bei gemischten Werken der gesamte Arbeitslohn rund 33% des Umsatzes, d. h. des Wertes der verkauften Ware ausmacht.

Innerhalb des Wertes der Jahresproduktion der Firma Fried. Krupp nimmt das Friedensmaterial heute einen viel größeren Teil ein, als das Kriegsmaterial. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Masse der geförderten Erze und Kohlen, des hergestellten Roheisens und Stahls friedlichen und nicht

kriegerischen Zwecken dient. An Gewicht wiegt das ganze Kriegsmaterial leicht gegenüber dem Friedensmaterial.

Indessen lassen sich bei dem Kriegsmaterial viel leichter hohe Verkaufspreise erzielen. Die Firma Fried. Krupp ist hier fast in einer Monopolstellung. Daher ist der Reingewinn am Kriegsmaterial im Laufe des Jahres zu gewissen Zeiten vielleicht größer als am Friedensmaterial.

Die zunehmenden Kriegsrüstungen in der ganzen Welt und der Eintritt der südamerikanischen und ostasiatischen Staaten in die Reihe der großen Militärmächte sichert der Kriegsabteilung der Firma Fried. Krupp und der Germania-Werft auf unabsehbare Zeit starke und sehr lohnende Beschäftigung.

Die reichen Berliner.

In dem Jahre 1908 gab es 19 Berliner, die ein jährliches Einkommen von mehr als 1 Million Mark besaßen, und daher jährlich 40000 Mark Steuern und darüber zahlten. In dem folgenden Jahr 1909 war diese Zahl nicht gestiegen, sondern auf 17 gesunken. Ein rapides Zunehmen der reichen Leute in Berlin kann niemand erwarten, denn reiche Leute wohnen nicht gern in Berlin, sondern sie ziehen es vor, in die Vororte, insonderheit nach Charlottenburg, Wilmersdorf oder die Kolonie Grunewald überzusiedeln.

Aber auch im ganzen Königreich Preußen hat

von 1908 auf 1909 die Zahl der sehr reichen Leute nur sehr wenig zugenommen. Die Zahl der Personen mit mehr als 1 Million Einkommen stieg nämlich nur von 77 auf 78. Die Geschäftszeiten waren in den letzten Jahren nicht besonders erfreulich. Rund der vierte Teil der sehr reichen Leute wohnt also in Berlin. In Preußen haben übrigens die reichen Leute die Gewohnheit, lieber in der Stadt als auf dem Lande zu wohnen. Von den 78 Preußen, die mehr als 1 Million Mark als jährliches Einkommen im Jahre 1909 hatten, wohnten 57 in Städten und nur 21 auf dem platten Lande.

In welchen Teilen Berlins wohnen hauptsächlich die Leute mit dem riesenhaften Einkommen? Im Tiergartenviertel, wie wohl jedermann in Berlin weiß. Damit ist nicht gesagt, daß auch der reichste unter diesen Nabobs im Tiergartenviertel sein Domizil aufgeschlagen hat. Im Jahre 1908 war der reichste Mann Berlins der inzwischen verstorbene Geh. Kommerzienrat Ernst v. Mendelsohn-Bartholdy, der in seinem eigenen Hause in der Jägerstraße Nr. 53 lebte. Er hatte ein jährliches Einkommen von rund 3 Millionen Mark im Jahre 1908. Der gesamte Jahresbetrag an Steuern, den er 1908 zahlte, bezifferte sich auf 291831 Mark nach Ausweis der für die Landtagswahl aufgestellten Steuerlisten. Bekanntlich umfassen die Steuerbeträge dieser Listen in derselben Summe sämtliche Steuern, also die Einkommensteuer des Staates in der Gemeinde, die Vermögenssteuer und die Kirchensteuer, so daß der gesamte Steuerbetrag meist rund 10% des jährlichen Einkommens ausmacht. Zu der je 4% des Einkommens betragen-

den staatlichen und städtischen Einkommensteuer, also zusammen 8%, kommt nämlich noch 0,526 pro Mille des Vermögens. Dies pflegt rund 1% des Einkommens bei den meisten Menschen zu sein. Hierzu noch die Kirchensteuer ergibt an Steuern insgesamt rund 10% des Einkommens.

In dem Tiergartenviertel gab es im Jahre 1908 nicht weniger als 25 Personen, die ein Einkommen von mehr als 500000 Mark jährlich hatten. Hierzu gehörten in der Bellevuestraße: der Geh. Kommerzienrat J. Löwe, Kommerzienrat Konrad von Borsig, Bankier Aschrott. Ferner gehörten hierzu in der Tiergartenstraße: Arnold von Siemens, der Geh. Kommerzienrat Dr. von Caro, der Geh. Kommerzienrat J. Pintsch, der Geh. Kommerzienrat R. Pintsch, Fabrikbesitzer O. Pintsch, Kaufmann James Simon; in der Rauchstraße: der Geh. Kommerzienrat Konsul Eugen Guttmann; Margaretenstraße: der Geh. Kommerzienrat Louis Ravené; Viktoriastraße: Dr. jur. Eduard Simon; ferner in der Regentenstraße: der Geh. Kommerzienrat Eduard Arnhold; in der Matthäi-Kirchstraße: Oskar Huldschinsky und in der Bendlerstraße: Freiherr Hans von Bleichröder.

In dem Wahlbezirk, der durch den Anfang der Tiergartenstraße und durch die Viktoriastraße gebildet wird, schließt die erste und höchste Steuerklasse mit einem Steuerbetrage von mindestens 210000 Mark. Wer weniger Steuern zahlt, gehört schon zu der niederen zweiten Steuerklasse. Ein Steuerbetrag von 210000 Mark bedeutet aber ein Einkommen von weit mehr als 2 Millionen Mark im Jahre 1908. Zu

diesem exklusiven Wahlbezirk gehören Herr Dr. Eduard Simon, der Geh. Kommerzienrat Louis Ravené und die Herren Pintsch.

In dem benachbarten Wahlbezirk, der sich aus der Regentenstraße und Matthäi-Kirchstraße zusammensetzt, muß man mindestens 202000 Mark Steuern zahlen oder also mehr als 2 Millionen Mark jährliches Einkommen haben (immer nach der Aufstellung des Jahres 1908), um zur ersten Klasse gerechnet zu werden. Die Reichsten in der ersten Klasse dieses Bezirks sind die Herren Arnhold und Oskar Huldschinsky.

Ebenso liegen die Verhältnisse in dem Bezirk, der sich aus der Mitte der Tiergartenstraße und der Bendlerstraße zusammensetzt. Hier sind gleichfalls 202000 Mark für die erste Abteilung der Wähler erforderlich. Die reichsten Leute in der ersten Abteilung sind Herr James Simon und Herr Hans von Bleichröder.

Wer nicht mindestens 2 Millionen Mark jährliches Einkommen hat, soll nicht in den besseren Teilen des Tiergartenviertels wohnen wollen. Oder er setzt sich der Gefahr aus, daß er als Bürger zweiter Klasse betrachtet wird und nicht mit den besseren Leuten zusammen wählen darf. Das Tiergartenviertel ist unter den vielen Kuriositäten, die das preußische Dreiklassenwahlrecht geschaffen hat, ein ganz besonderes Genre. Ein Doppelmillionär ist hier nicht mehr wie ein Millionär oder ein anderer Habenichts. Nicht der Besitz, sondern das Einkommen von jährlich 2 Millionen Mark bedeutet hier nach den weisen Anord-

nungen des Staates das Recht, als besserer Bürger oder Wähler betrachtet zu werden.

Es gibt in Berlin aber auch versprengte Reiche. Zu diesen gehört der Generalkonsul Dr. jur. Paul von Schwabach, Mauerstraße 35, der im Jahre 1908 170545 Mark Steuern zahlte und dadurch ein Einkommen von rund 1,7 Millionen Mark im Jahre bewies. Auch in seiner Nachbarschaft, in der Voßstraße und Wilhelmstraße sowie am Wilhelmplatz, wohnen schwerreiche Leute, wenngleich die Voßstraße in den letzten zehn Jahren durch den Tod des Geh. Kommerzienrat Veit, früher in Firma Robert Warschauer & Co., und des Bankier Julius von Bleichröder, eines Verwandten des verstorbenen Gerson von Bleichröder, schwere Einbußen am Vermögen gelitten hat. In der Wilhelmstraße ist in den Wahlbezirk Ecke Voßstraße in der ersten Klasse einer der Reichsten seit Jahrzehnten der Bankier von Krause, in Firma F. W. Krause & Co. Während der Reichskanzler Fürst Hohenlohe und sein Nachfolger Fürst Bülow und ebenso Bethmann Hollweg stets zusammen mit ihrem eigenen Portier in der dritten Klasse wählten, stand der Bankier Wilhelm von Krause, Wilhelmstraße 66, immer so ziemlich an erster Stelle der ersten Klasse desselben Wahlbezirks.

Zu den versprengt wohnenden reichen Leuten gehören insonderheit Julius Bötzow, Geheimrat Plaut, Geheimrat Rathenau und Kommerzienrat Bolle. Kommerzienrat Julius Bötzow, der früher auf seinem Fabrikgrundstück in der Prenzlauer Allee wohnte, zahlte im Jahre 1908 111594 Mark Steuern, hatte also mehr als 1 Million Mark Einkommen, und

rechnete daher zu den 19 reichsten Steuerzahlern der Stadt Berlin, und zwar schon zu den weniger bemittelten unter diesen auserwählten 19.

Der Geh. Kommerzienrat Plaut auf der Oberwallstraße Nr. 4, zahlte im Jahre 1908 74953 Mark Steuern, hatte also ein Einkommen von rund dreiviertel Millionen Mark. Der Geh. Dr. J. Rathenau, Schiffbauerdamm 22, zahlte in demselben Jahre 65631 Mark Steuern. Und der Kommerzienrat Bolle in Altmoabit zahlte im Jahre 1908 annähernd ebensoviel, nämlich 65232 Mark Steuern. Ein jeder der beiden Herren dürfte also rund 650000 Mark jährliches Einkommen haben.

Welches sind die größten Einkommen in Berlin? Von den 19 Personen (ohne Aktiengesellschaften und andere juristische Personen), die im Jahre 1908 über eine Million Mark Einkommen hatten, war nur eine, die mehr als 3 Millionen Mark jährliches Einkommen besaß. Es gab nicht eine einzige lebende Person, die mehr als 3270000 Mark Einkommen hatte. Die allgemeine Ansicht pflegt weiter zu gehen. Man hört in der Unterhaltung mit verständigen wie unverständigen Personen nicht selten von Einkommen von 10 Millionen Mark oder gar 15 Millionen Mark in Berlin reden. Solche reiche Leute gibt es in Berlin nicht und hat es in Berlin niemals gegeben! Anders würde es sein, wenn plötzlich Herr Krupp von Bohlen und Halbach mit seiner Gemahlin, oder wenn der Fürst Henckel von Donnersmarck nach Berlin zöge. In Berlin wird viel Geld verdient, aber so viel wie im Ruhrgebiet oder in Oberschlesien doch nicht. Die Berliner sind sehr fleißig und tüchtig, aber sie haben

keine Kohlen und Eisenerze. Und nach der bisherigen Erfahrung beruhen nun einmal die größten Vermögen und Einkommen in Deutschland in der Hauptsache auf der Kohlen- und Eisenindustrie.

Diese reichste Person Berlins war, wie aus der riesenhaften Jahressteuer von 291831 Mark hervorgeht, der Geheime Kommerzienrat Ernst von Mendelssohn-Bartholdy, der am Ende des Jahres 1909 gestorben ist. Ernst von Mendelssohn-Bartholdy war der Seniorchef des Bankhauses Mendelssohn & Co. in der Jägerstraße. Dieses Bankhaus hat in den letzten 20 Jahren sogar das Bankhaus S. Bleichröder überholt, und steht jetzt an der Spitze der Berliner Privatbanken. Vor etwa 40 Jahren hatte die Firma Mendelssohn & Co. noch nicht annähernd das geschäftliche Renommee wie in der Gegenwart, obgleich damals noch nicht einmal die Deutsche Bank und Dresdner Bank als Konkurrenz existierten. Heute gilt in den Augen der Börse die marokkanische Anleihe für ein besonders gutes Papier, weil Mendelssohn & Co. neben unseren Großbanken als Emittent der Anleihe aufgetreten ist.

Als Ernst von Mendelssohn-Bartholdy sich im Jahre 1875 mit Marie Warschauer, der Tochter des Inhabers von Warschauer & Co., verheiratete, waren die Warschauers noch reicher als die Mendelssohns. Daher stieg das Ansehen des Hauses Mendelssohn & Co. seitdem erheblich. Immerhin war aber Mendelssohn & Co. in Ermangelung von Großbanken, abgesehen von der Diskonto-Gesellschaft, bereits zehn Jahre früher ein weit und breit bekanntes und sehr angesehenes Bankhaus. Ein historischer Beleg hier-

für findet sich in den Erinnerungen Robert von Keudells: „Fürst und Fürstin Bismarck", Seite 111. Keudell erzählt:

„Im Juni 1865 lud Bismarck Herrn Paul Mendelssohn-Bartholdy zu einer Besprechung ein, um dessen Ansicht darüber zu hören, wie die kaufmännische Welt einen Krieg mit Österreich auffassen würde. Er überraschte Herrn Mendelssohn — wie dieser mir bald darauf erzählt hat — durch die Darlegung seiner Überzeugung, daß der Krieg, wenn er wirklich ausbräche, binnen vier Wochen beendigt sein würde, da unsere Armee der österreichischen durch Zahl und Ausbildung der Truppen, sowie durch schnellere Mobilmachungsfähigkeit weit überlegen sei."

Diese Überzeugung hat Bismarck nach Keudells Darstellung sonst niemals in so bestimmter Weise vor dem Kriege ausgesprochen. Bismarck legte also bereits im Jahre 1865 großen Wert auf die Ansicht des Hauses Mendelssohn & Co. Allerdings stand Gerson Bleichröder und sein Bankhaus dem Fürsten Bismarck viel näher. Bleichröder war der Berliner Vertreter des Frankfurter Hauses Rothschild. Zu den Rothschilds aber hatte Bismarck schon als Gesandter in Frankfurt a. M. vortreffliche Beziehungen unterhalten. Schon im Jahre 1864 hatte Bismarck sein Kapitalvermögen bei dem Bankhaus S. Bleichröder deponiert. Gerson Bleichröder hat es meisterhaft verstanden, sehr früh, schon vor dem Krieg von 1866, zum Freunde und Vertrauensmann Bismarcks zu werden, der wohl auch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik kaum ein Geheimnis vor Bleichröder gehabt hat. Dieser Verkehr war beiden Teilen gleich nützlich.

Augenscheinlich ist es durch den Fürsten Bismarck traditionell geworden, daß der Reichskanzler freundschaftliche und überaus vertrauliche Beziehungen zu den reichen getauften oder ungetauften Juden unterhält.

Caprivi wurde als Freihändler nicht nur von den großen Juden, sondern von der ganzen Börse über alle Maßen gelobt. Zu Max Goldberger und anderen Berliner Juden unterhielt er die ausgezeichnetsten Beziehungen. Hohenlohe hat stets enge Fühlung mit den großen Juden gehalten. Als er im Mai 1864 Botschafter in Paris wurde, nahm er in Berlin mit Bleichröder Fühlung, der ihm durch einen Brief an Alphons Rothschild das Terrain in Paris ebnete, und ihm die Pariser Juden günstig stimmte. Bleichröder versprach ihm auch, daß sein Londoner Vertrauensmann Schlesinger dem Fürsten künftig Berichte nach Paris senden werde. Bleichröder erbot sich sogar freundschaftlichst, den Fürsten persönlich mit Berichten über die Berliner Zustände versehen zu wollen. Nicht nur Fürst Hohenlohe, sondern auch seine Söhne haben immer mit einem gewissen Kreise sehr reicher Juden in Berlin und anderwärts enge Beziehungen unterhalten.

Fürst Bülow ließ sich von seinem Leibbankier, dem Geheimen Kommerzienrat Helft, sogar zum Diner einladen, sagte aber einige Minuten vor Beginn des Diners ab. Helft, der früher eine starke Mecklenburgische Kundschaft hatte, arbeitete schon für den Vater des Fürsten Bülow. Seit Bülow Staatssekretär des Auswärtigen wurde, hat er sich mit den Mendelssohns, Rathenaus, Karl Fürstenberg sehr angefreundet.

Besonders ist er auch mit James Simon in Verkehr getreten. Es war durchaus nicht auffallend, daß Bülow bei seiner Durchreise durch Berlin im Juli 1910 den Herrn von Mendelssohn-Bartholdy zu einem längeren Besuch im Hotel Adlon empfing. Auch hat sich niemand darüber gewundert, daß Kommerzienrat Selberg den Fürsten und die Fürstin bei ihrem Eintreffen in Berlin bei diesem Besuch auf dem Bahnhof empfing.

Bethmann Hollweg hat schon als Oberpräsident von Brandenburg im Hause des Herrn Aron Hirsch, des bekannten Metallindustriellen und Metallhändlers, verkehrt. Schon hundert Jahre früher hat einer seiner Vorfahren gute Beziehungen zu den Rothschilds aufgenommen. Allerdings haben die Bethmanns in Frankfurt am Main sich gesellschaftlich noch zwei Generationen hindurch ablehnend gegen die Juden verhalten. Als Bethmann Hollweg Reichskanzler wurde, behaupteten die Blätter wohl aller Parteien mehrere Tage hindurch, er sei jüdischer Abstammung. Erst nach einigen Tagen erschien die offiziöse Berichtigung, die seinen germanischen Stammbaum festlegte und für mehrere Jahrhunderte aufstellte.

Im Jahre 1794 überragten die christlichen Frankfurter Bankiers Gebr. Bethmann, Rüppell & Harnier, Metzler, Gontard noch immer das Geschäft des im Jahre 1743 geborenen alten Meyer Amschel Rothschild. Mit dem Jahre 1806 tritt der Glanz des Hauses Bethmann, des größten in Frankfurt a. M., hinter dem des Hauses Rothschild zurück. Aus einem Briefe Simon Moritz von Bethmanns aus dem Jahre 1821 über die Rothschilds geht hervor, daß er in keiner Weise

Antisemit war. Auch sein Urenkel, der gegenwärtige Reichskanzler, ist weit mehr von Antisemitismus frei als sonst die preußischen Bureaukraten. Am Anfang des Sommers 1910 brachte der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg einen Tag als Gast des Dr. Walter Rathenau auf dem Königlichen Schloß Freienwalde zu. Er unterhält also freundschaftlichen und gesellschaftlichen Verkehr nicht nur mit den für das geschäftliche und industrielle Leben maßgebenden großen Juden, sondern auch mit solchen, die sich vom geschäftlichen Leben zurückgezogen haben. Er folgt darin dem Zuge der Zeit und geht einen Schritt weiter als die vier Reichskanzler vor ihm. Es ist nicht die Schuld Theobald v. Bethmanns, sondern seiner geringeren Befähigung im Vergleich zu seinen vier Vorgängern, daß er aus solchem Verkehr keinerlei Gewinn zugunsten der Leitung der Reichsgeschäfte zu ziehen vermag. Für Bismarck war Bleichröder wohl die wichtigste Informationsquelle, die ihm in der auswärtigen wie in der inneren Politik von größtem Nutzen war. Bleichröder war ihm aber nicht nur ein Freund und Berater, sondern auch ein bedeutsames Werkzeug zur Ausübung der Macht.

Damit soll aber nicht gesagt sein, daß alles, was Bismarck mit Bleichröder zusammen plante und vorbereitete, dem Reiche zum Nutzen gereicht haben würde. Vielmehr scheint mir die Zeit nicht fern zu sein, wo die Welt auch von weittragenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Absichten beider Männer hören wird, die eine solche Umgestaltung unseres Geldwesens bedeutet hätten, daß sie weder den Beifall der Nationalökonomen noch der Börse gefunden haben würden. —

Aus der Statistik der preußischen Einkommensteuer sind die größten Einkommen in Berlin über 30 Millionen Mark nicht mehr einzeln zu ersehen. Die Statistik verrät uns nicht mehr, als daß 19 Personen im Jahre 1908 mehr als eine Million Mark Einkommen hatten, und daß die Summe ihres Steuerbetrages 1396000 Mark betrug. Aber der Verwaltungsbericht des Magistrats zu Berlin für das Etatjahr 1908 S. 22 und 23 nennt uns jedes einzelne dieser großen Einkommen der Reichshauptstadt genau, aber selbstverständlich ohne Namen.

Aus der oben genannten Gesamtsumme der verschiedenen Steuern, welche Ernst von Mendelsohn-Bartholdy im Jahre 1908 zahlte in Höhe von 291831 Mark geht schon hervor, daß nur er für das größte Einkommen in Betracht kommt. Keiner der übrigen 18 Berliner Herren hat also mehr als 2580000 Mark Einkommen.

Das größte Einkommen in der Stadt Berlin im Jahre 1908 hatte:

	Mark
Ernst von Mendelsohn-Bartholdy	3270000

Wer mehr als M. 100000 jährlich zu verzehren hat, befindet sich in einer sehr bevorzugten Lage. Von diesen Glücklichen beherbergte Berlin nach Ausweis der Einkommensteuerstatistik im Jahre 1908 nicht weniger als 746. Wenn die Zahl dieser Bevorzugten im Jahre 1909 nur 732 betrug, so liegt dies in dem Wegzug der reichen Leute in die Vororte begründet. Die Zahl der schwerreichen Berliner, die mehr als eine halbe Million jährlich zu verzehren haben, sank

von 64 im Jahre 1908 auf 57 im Jahre 1909. In immer steigendem Maße ziehen sich die großen Einkommen nach dem äußeren Kurfürstendamm zwischen der Gedächtniskirche und Halensee, der zu Charlottenburg und Wilmersdorf gehört. An dem äußeren Kurfürstendamm sind mehr Depositenkassen als auf irgendeiner anderen Straße Deutschlands oder ganz Europas. Unter diesen durchweg vortrefflich eingerichteten Depositenkassen der Berliner Großbanken befinden sich auch solche, deren glanzvolle und praktische Einrichtung von keiner anderen Depositenkasse Europas erreicht wird.

Nicht nur am Kurfürstendamm sondern auch in den angrenzenden Straßen überwiegt das jüdische Element vollständig, und fast in jedem Hause sind diejenigen Bewohner, die nicht jüdischer Abstammung sind, in der Minderheit. An jedem Sonntag mittags zwischen 12 und 2 Uhr kann man auf dem Kurfürstendamm, der um diese Zeit von Menschen wimmelt, feststellen, daß mehr als drei Viertel der großen Einkommen der westlichen Teile Groß-Berlins der jüdischen Bevölkerung zufallen. Das Merkwürdigste aber an diesem Problem des Kurfürstendamms ist, daß die Juden nicht nur am meisten sparen, sondern auch am meisten ausgeben.

Selbst ohne die Vororte, in denen vielleicht die meisten Millionäre wohnen, könnte die Stadt Berlin die Millionäre bataillonsweise aufmarschieren lassen. Denn im Jahre 1908 hatte sie nach der Vermögenssteuerstatistik nicht weniger als 1284 Steuerzahler, die mehr als eine Million Mark Vermögen besaßen. Allerdings waren hiervon 718 solcher kleinen Mil-

lionäre, die noch nicht einmal 2 Millionen Mark ihr Eigen nennen können. Aber dafür hatten 41 mehr als 10 und 6 mehr als 30 Millionen Mark Vermögen. In der Vermögensklasse zwischen 25 und 30 Millionen Mark sind die Berliner sehr dünn gesät, denn nur ein einziger befindet sich in dieser Klasse. Aber nicht weniger als 7 Berliner hatten über 20 Millionen bis 25 Millionen Mark Vermögen.

Die 16 größten Vermögen Preußens, welche lebenden Privatpersonen gehören, sind nicht in Berlin zu suchen. Im Jahre 1896/7 waren die sehr reichen Leute in Berlin noch sehr dünn gesät. Der Reichste hatte 27 Millionen Mark im Vermögen, der Zweitreichste 26 Millionen, der dritte 25 Millionen, der vierte 23 Millionen. Schon in dem folgenden Jahr verschob sich das Bild gehörig. Der Reichste hatte jetzt 33 Millionen, der zweite 29 Millionen, der dritte 27 Millionen, der vierte 26 Millionen.

Im Jahre 1898 war nicht nur das Vermögen von Rothschild, Krupp, Henckel von Donnersmark, Pleß, Ujest, Tiele-Winkler wesentlich größer als irgendeines in Berlin, sondern selbst in einer Stadt des Regierungsbezirks Münster wohnte ein Steuerzahler mit 33 Millionen Mark Vermögen, auf dem platten Lande des Regierungsbezirks Magdeburg sogar einer mit 34 Millionen Mark Vermögen.. Und Herr Henschel, der Besitzer der bekannten Lokomotivenfabrik in Kassel, hatte im Jahre 1898 nicht weniger als 28 Millionen Mark Vermögen, und der Freiherr v. Stumm-Halberg genau das gleiche. Selbst auf dem platten Lande in Posen lebte damals in der Person

des Herrn Ökonomierat Kennemann der Besitzer eines Vermögens von 23 Millionen Mark.

In den letzten 12 Jahren sind aber alle wirtschaftlichen Verhältnisse großartiger geworden. Auch die Zahl und Schwere der Millionäre hat beträchtlich zugenommen. Damals hatte Berlin nicht eine Person, die mehr als 30 Millionen Mark Vermögen hat, im Jahre 1899 waren 2 Personen, 1902 3, 1905 schon 5 und 1908 6 Personen, die über 30 Millionen Mark Vermögen haben.

Die nachfolgende Übersicht der 19 größten Vermögen Berlins im Jahre 1908 enthält die amtlichen Zahlen, wie sie sich in dem Verwaltungsbericht des Magistrats zu Berlin für das Etatjahr 1908 Nr. 3 (Bericht der Steuerdeputation) Seite 30 finden. Diese genauen Zahlen für Berlin sind ebenso wie die oben genannten Zahlen der höchsten Berliner Einkommen von größtem Werte als Mittel, um die Angaben der preußischen Statistik zu verstehen und für ganz Preußen die reichen Leute festzustellen.

Das größte Vermögen in der Stadt Berlin im Jahre 1908 hatte:

	Mark
Ernst von Mendelsohn-Bartholdy	43000000

Als sicher glaube ich mitteilen zu können, daß der Geh. Kommerzienrat Ernst von Mendelsohn-Bartholdy im Jahre 1908 das größte Vermögen in Berlin besaß.

Wenn Ernst von Mendelsohn-Bartholdy das größte Vermögen besaß, so ist sicher, daß weder der Geh. Kommerzienrat von Friedländer-Fuld noch irgend ein anderer Berliner mehr als 40300000 Mark Ver-

mögen im Jahre 1908 gehabt hat. Ein gewisser Maßstab wird ohne Zweifel durch diese Übersicht gewonnen. Indem man die reichsten Leute Berlins auf die durch die Statistik gegebenen Plätze zu plazieren sucht, zeigt sich erst, wie verbreitet das Übel der Überschätzung ist. Wenn nur 3 Plätze über 40 Millionen Mark und 6 Plätze über 30 Millionen Mark vorhanden sind, so müssen die übrigen eben mit bescheideneren Plätzen Vorlieb nehmen.

Die Provinz überragt die Reichshauptstadt aber noch immer an Größe der Vermögen. Im Jahre 1908 lebten auf dem platten Lande nicht weniger als 8 Personen und in den anderen preußischen Städten 8 weitere Personen, die mehr als 43 Millionen Mark Vermögen hatten und daher den reichsten Berliner überragten. In der Provinz sind ebenso wie in Berlin die großen Vermögen nach Zahl und Umfang in rascher Zunahme begriffen. Und doch wird in der Gegenwart dem großen Vermögen und Einkommen teils durch die soziale Gesetzgebung, teils durch den Verkehr mit dem Hofe und mit der Gesellschaft eine Last nach der andern auferlegt. Ganz gewaltig sind die Summen, die für Zwecke des Sports oder der Wohltätigkeit oder der Kunst, vielfach auch auf eine Anregung des Kaisers hin ausgegeben worden sind.

Wodurch verdienen die reichsten Berliner ihr Riesenvermögen? Das Bankgeschäft, der Kohlenhandel, der Vertrieb von Webwaren, die Beteiligung an der Eisen- und Kohlenindustrie, das Grundstücksgeschäft oder die Bodenspekulation, die Brauerei und der Milchhandel und die elektrotechnische Industrie sind wohl

die wichtigsten Grundlagen des Reichtums der Großstädter.

Die Entstehung des Vermögens des Herrn Fritz von Friedländer-Fuld habe ich in meinem Buch „Deutsche Machthaber" geschildert. In der Hauptsache ist dieses Vermögen ebenso wie das Arnholdsche durch den Handel mit Steinkohlen entstanden. Die Firma Emanuel Friedländer & Co. Unter den Linden 8 und die Herren Arnhold gehörige Firma Cäsar Wollheim in der Französischenstraße sind aus oberschlesischen Anfängen hervorgegangen und betreiben noch jetzt in der Hauptsache den Handel mit oberschlesischer Steinkohle. Beide Firmen haben auf der Oder ihre eigenen Schiffe.

Das Mendelssohnsche, Bleichrödersche und Koppelsche Vermögen wurzelt in der Hauptsache im privaten Bankgeschäft. Das Haus Mendelssohn & Co. hat einen sehr großen Teil seines Vermögens bis in die Gegenwart an den Anleihen des russischen Staates, der russischen Eisenbahngesellschaften und der russischen Städte oder Landschaften verdient. Bis heute ist alles gut gegangen. Sehr leicht kann aber Rußland plötzlich in einen Krieg oder in eine Revolution verwickelt werden, und dann dürfte schnell ein schrecklicher Zusammenbruch der russischen Finanzen erfolgen. Wenn das Haus Mendelssohn kurz vor einer solchen Katastrophe sich an der Übernahme einer russischen Milliardenanleihe beteiligt hat, so kann es leicht mit in die Katastrophe hineingezogen werden.

Der Geh. Kommerzienrat Koppel hat in den letzten Jahren erst an dem Zentralhotel, sodann an der Hotelbetriebsgesellschaft und der von ihm begrün-

deten Gasglühlichtgesellschaft (Auer) viel Geld verdient. Leopold Koppel ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Gasglühlichtgesellschaft, in dem neben ihm 2 Generale und 1 Wiener Advokat sitzen. Die im Jahre 1892 begründete Auer-Gesellschaft hat allerdings ungewöhnliche Dividenden gegeben, nämlich 2mal 1894 und 1895 130%, und nach einem erheblichen Rückgang der Dividende bis auf 7% im Jahre 1909 abermals 50%, dementsprechend hat der Kursstand im Jahre 1896 die Höhe von 753 und im Jahre 1909 die Höhe von 658% erreicht.

Das in amerikanischer Weise angewachsene Vermögen Koppels hat ihm zu dem Wilhelmsorden verholfen. In immer steigendem Maße bürgert sich in Preußen und besonders in Berlin die Sitte ein, daß die Hingabe einer größeren Summe für Zwecke der öffentlichen Wohlfahrt die Verleihung der höchsten Orden zur Folge hat. Der Wilhelmsorden ist für soziale Dienste von Kaiser Wilhelm II. gestiftet worden. Damals nahm man in der Öffentlichkeit nicht an, daß ein so umfassender Gebrauch von seiner Verleihung gemacht werden würde.

James Simon und sein Neffe Dr. Eduard Simon sind die Inhaber der Engroshandlung in baumwollenen Geweben Gebr. Simon, Klostergasse. Dieses Geschäft ist die größte Gewebehandlung im Deutschen Reich und wohl überhaupt auf dem Kontinent. Die größten Baumwollwebereien Deutschlands verkaufen einen erheblichen Teil ihrer Jahresproduktion an Gebr. Simon, die die Webware an Händler und Detaillisten weiter veräußern und auch exportieren. Ihr Hauptabsatz liegt in Deutschland. Für unsere großen Baum-

wollwebereien und Halbwollwebereien ist es von hoher Bedeutung, wie sie im voraus für eine Saison oder für ein Jahr mit Gebr. Simon abschließen. Der Umsatz der Firma Gebr. Simon in Höhe von rund 72 Millionen Mark jährlich überragt noch denjenigen von A. Wertheim, der etwa 68 Millionen Mark beträgt. Den Reingewinn der Firma Gebr. Simon kann man auf rund 4 Millionen Mark schätzen. Selbstverständlich verschieben sich solche Zahlen im Laufe der Jahre. Sie geben aber einen ungefähren Anhalt.

Arnold von Siemens ist Vorsitzender und der Geh. Regierungsrat Dr. Wilhelm von Siemens stellvertretender Vorsitzender der Aktiengesellschaft Siemens & Halske, und ebenso ist Wilhelm von Siemens Vorsitzender des Aufsichtsrats der Siemens-Schuckert-Werke, sowie der Aktiengesellschaft Siemens Elektrische Betriebe.

Das Aktienkapital von Siemens & Halske, der Stammfirma, beträgt 63 Millionen Mark und betrug ursprünglich bei der Begründung im Jahre 1897 35 Millionen Mark. Die beiden Herren von Siemens gehören zu den reichsten Industriellen von Berlin. Ein jeder von ihnen dürfte ungefähr 20 Millionen Mark Vermögen besitzen.

Als die moderne preußische Einkommensteuer im Jahre 1892 ihren Anfang nahm, lebte Gerson v. Bleichröder, der Inhaber des Bankhauses S. Bleichröder, noch. Das Einkommen Gerson v. Bleichröders betrug im Jahre 1892 3340000 Mark, und der dafür zu entrichtende Steuerbetrag 133400 Mark.

Gerson v. Bleichröder war im Jahre 1892 bei weitem der reichste Mann in Berlin. Der zweitreichste

Berliner hatte im Jahre 1892 ein Einkommen von 2 Millionen Mark, der dritte ein Einkommen von 1,8 Millionen Mark, der vierte ein Einkommen von 1275000 Mark.

Nach Bleichröder waren die reichsten Leute: Adolf v. Hansemann, Mitinhaber der Diskonto-Gesellschaft, der am 6. Dezember 1892 verstorbene Werner v. Siemens, der im Jahre 1898 verstorbene Mitinhaber des Hauses S. Bleichröder Julius Leopold Schwabach und Ernst v. Mendelssohn.

Durch den Tod Gerson v. Bleichröders am 19. Februar 1893 sank das höchste Einkommen in Berlin im nächsten Steuerjahre schon bedeutend. Im Jahre 1893 betrug das größte Einkommen Berlins nur 2,4 Millionen Mark und das zweitgrößte Einkommen 1,8 Millionen Mark.

Nach dem Tode Bleichröders traten seine Söhne, Hans v. Bleichröder und Georg v. Bleichröder, die schon zu seinen Lebzeiten Mitinhaber der Firma waren, in die erste Reihe der reichen Berliner. Aber durch die Teilung verlor das Vermögen seine Überlegenheit. Mit seinen 3,3 Millionen Mark Einkommen hatte Gerson v. Bleichröder im Jahre 1892 im preußischen Staate nur 3 Vormänner gehabt, nämlich Henckel v. Donnersmark mit 4,3, Rothschild mit 5,8 und Krupp mit 6,8 Millionen Mark Einkommen.

Das Vermögen Gerson v. Bleichröders ist niemals nach dem neuen Vermögenssteuergesetz zur Einschätzung gelangt. Von gutunterrichteter Seite verlautet, daß die Hinterlassenschaft auf 36 Millionen Mark geschätzt wurde. Diese Schätzung würde jedenfalls dem deklarierten Einkommen entsprechen.

Die nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die größten Vermögen von Berlin und deren Höhe in den verschiedenen Einschätzungsjahren seit Beginn der Ergänzungssteuer im Jahre 1895.

Das größte Vermögen Berlins.

1895		25	Mill. Mark
1896		27	" "
1897		30	" "
1899	ungefähr	35	" "
1902	"	36	" "
1905	"	40	" "
1908	"	43	" "

Von dem Jahr 1899 ab gibt die Vermögenssteuerstatistik für die einzelnen Regierungsbezirke oder Städte die großen Vermögen über 30 Millionen Mark nicht im besonderen an. Sie begnügt sich damit, für den Stadtkreis Berlin mitzuteilen, wie viel Vermögen über 30 Millionen Mark in Berlin vorhanden war. Die steigende Zahl dieser Nabobs mit mehr als 30 Millionen Mark Vermögen ist überaus bemerkenswert für den wirtschaftlichen Aufschwung der Hauptstadt.

Es hatten über 30 Millionen Mark Vermögen in Berlin:

Jahr	physische Personen
1899	2
1902	3
1905	5
1908	6

In diese Tabelle sind diejenigen nicht eingeschlossen, die nur gerade 30 Millionen Mark Vermögen

haben. Im Jahre 1908 waren in der Klasse über 29 bis 30 Millionen Mark Vermögen zwei Berliner. Voraussichtlich werden sie schon bei der nächsten Einschätzung zur Ergänzungssteuer über 30 Millionen Mark Vermögen haben.

Die Statistik nennt uns einzeln alle großen Vermögen in Preußen, nach Stadt und Land geordnet, über 30 Millionen Mark. Aber sie sagt uns nicht, ob etwa ein Vermögen von 76 Millionen Mark nach Berlin fällt oder nach Frankfurt a. M. Diese Einschränkung der statistischen Veröffentlichung wurde vor etwa 10 Jahren in Rücksicht auf sehr reiche Leute angeordnet, denen es unangenehm war, daß die Höhe ihres Vermögens bekannt wurde.

Unter Zuhilfenahme des statistischen Jahrbuchs und des Verwaltungsberichts der Stadt Berlin läßt sich das größte Einkommen in Berlin bis in die Gegenwart feststellen.

Die nachfolgende Übersicht gibt das größte Einkommen in der Stadt Berlin von Beginn der modernen Einkommensteuer ab.

Das größte Einkommen Berlins.

Jahr	Millionen Mark	
1892	3,3	
1893	2,4	
1894	2,4	
1895	3	
1896	2	
1897	2	
1898	2,2	
1899	2,5	(Genau: 2490000 Mark)

1900	2,3	(Genau: 2335000 Mark)
1901	2,6	(Genau: 2630000 Mark)
1902	2,2	(Genau: 2965000 Mark)
1903	2,9	(Genau: 2,970000 Mark)
1904	3,2	(Genau: 3225000 Mark)
1905	3,1	(Genau: 3110000 Mark)
1906	3,0	(Genau: 3040000 Mark)
1907	3,0	(Genau: 3080000 Mark)
1908	3,2	(Genau: 3270000 Mark)

Es darf nicht verschwiegen werden, daß im Jahre 1906 nicht weniger als zwei Personen in Berlin 3 bis 3,04 Millionen Mark Einkommen hatten. Natürlich handelt es sich ja immer nur um physische oder lebende Personen. An sehr reichen nicht physischen oder juristischen Personen, die in gewaltigem Maße zur Einkommensteuer herangezogen werden, wimmelt es in Berlin, wo so viele Aktiengesellschaften sind.

Aus der vorstehenden Übersicht des größten Einkommens in Berlin geht hervor, daß das Einkommen Gerson von Bleichröders im Jahre 1892 in Höhe von 3340000 Mark seitdem bis zum Jahre 1908 nicht wieder erreicht worden ist. Der Geheime Kommerzienrat Ernst von Mendelsohn-Bartholdy blieb im Jahre 1908 mit seinem Einkommen in Höhe von 3270000 Mark noch immer um 130000 Mark hinter dem Einkommen Gerson von Bleichröders im Jahre 1892 zurück.

Ernst von Mendelsohn hat trotz der großen Gewinne aus den russischen Anleihen es nicht ganz so weit gebracht wie Gerson von Bleichröder in der Ära des Fürsten Bismarck. Das Haus S. Bleichröder ist

viel später entstanden als das Haus Mendelsohn & Co. Und trotzdem hat Gerson von Bleichröder teils durch seine Verbindung mit Rothschild, teils durch seine Freundschaft mit Bismarck das Haus Mendelsohn in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts weit überflügelt.

Daß die reichsten Berliner auch zu den reichsten Leuten in Preußen gehören, ersieht man schon daraus, daß sowohl im Jahre 1907 wie im Jahre 1908 in den Städten Preußens niemand mehr als 3—4 Millionen Mark Einkommen hatte, wenn man von Frau Bertha Krupp von Bohlen mit ihren 17 Millionen Mark Einkommen absieht. In den preußischen Städten waren im Jahre 1907 vier und im Jahre 1908 drei Personen, die 3—4 Millionen Mark Einkommen hatten.

Freiherr von Goldschmidt-Rothschild bezifferte beispielsweise im Jahre 1905 sein Vermögen auf 113 Millionen Mark und sein Einkommen auf 4—5 Millionen Mark, und im Jahre 1908 sein Vermögen auf 107 Millionen Mark und sein Einkommen auf 3 bis 4 Millionen Mark.

Zwei städtische Bürger in Preußen hatten im Jahre 1908 ein Vermögen von 75—76 Millionen Mark, und doch nur ein Einkommen von höchstens 3—4 Millionen Mark. Es ist nach den obigen Angaben nicht möglich, daß diese beiden sehr reichen Leute Berliner sind.

Die Zahl der großen städtischen Einkommen über 3 Millionen Mark in Preußen hat auch im Jahre 1909 nicht zugenommen. Neben dem Kruppschen und Rothschildschen Einkommen sind die beiden größten

städtischen Einkommen zwei über 3—4 Millionen Mark.

In der Provinz, in Schlesien oder Bayern, unterscheidet man nicht zwischen einem Berliner, einem Charlottenburger und Wilmersdorfer. Und mit vollem Rechte. Denn wer von dem Kurfürstendamme kommt, ist eben ein Berliner. Es gibt nichts verkehrteres, als den Kurfürstendamm in drei oder vier Städte aufzulösen.

„Die reichen Leute ziehen von Berlin fort," pflegt jedermann zu sagen. In Wirklichkeit gibt es sehr große Vermögen in den Vorstädten von Berlin überhaupt nicht, sondern nur in einzelnen nichtstädtischen Vororten, insonderheit in der Kolonie Grunewald.

Das durch seinen Reichtum berühmte Charlottenburg hatte weder im Jahre 1905 noch im Jahre 1908 ein einziges Vermögen über 30 Millionen Mark, während Berlin im Jahre 1905 nicht weniger als fünf und im Jahre 1908 sogar sechs solcher großen Vermögen besaß. Das größte Vermögen in Charlottenburg im Jahre 1905 mag annähernd 15 Millionen betragen haben. In der Klasse über 10—15 Millionen Mark steckten nämlich vier Vermögen in Charlottenburg. Vor dem Jahre 1908 aber muß eine sehr reiche Person nach Charlottenburg gezogen sein, denn plötzlich hat Charlottenburg ein Vermögen über 25 bis 30 Millionen Mark.

Allerdings wächst die Zahl der Millionäre rapid in Charlottenburg. Von den gewöhnlichen Millionären, die nur gerade 1 Million Mark haben, soll hier ganz abgesehen werden. Aber über 1 Million Mark hatten in Charlottenburg im Jahre 1905 nicht

weniger als 378 und im Jahre 1908 bereits 501 Personen. Allein in der Klasse über 1 Million bis 2 Millionen Mark, also in der breiten Klasse der Vollmillionäre, stieg die Zahl von 272 auf 352 in diesen drei Jahren.

Das höchste Einkommen in Charlottenburg betrug

Jahr	Mark
1906	1250000
1907	1030000
1908	1205000

Die reichste Person Charlottenburgs, die im Jahre Jahre 1908 ein Vermögen von 25 bis 30 Millionen Mark hatte, kann demnach kein höheres Einkommen als 1205000 Mark gehabt haben. Übrigens hatten im Jahre 1908 nur 2 Charlottenburger über 1 Million Mark Einkommen und im Jahre 1907 sogar nur eine Person.

Es muß dahingestellt bleiben, wer der reichste Mann in Charlottenburg ist. Zu den reichsten Leuten in Charlottenburg gehören der Geheime Regierungsrat Wilhelms von Siemens, der Geheime Kommerzienrat Engelbrecht Hardt in Firma Hardt & Co., der Direktor der Deutschen Bank Kommerzienrat Max Steinthal.

In Schöneberg bei Berlin war das größte Vermögen im Jahre 1905 wie im Jahre 1908 über 15—20 Millionen Mark.

Die Zahl der Personen mit mehr als 1 Million Mark Vermögen betrug im Jahre 1905 47 und im Jahre 1908 gleichfalls 47. Leute, die mehr als 1 Million Mark Vermögen haben, ziehen augenscheinlich

nicht gern nach Schöneberg, während sie nach Charlottenburg von Berlin rottenweise auswandern.

Auch Deutsch-Wilmersdorf, wie es früher hieß, oder Wilmersdorf bei Berlin, wie man es jetzt bezeichnet, wird sehr überschätzt. Im Jahre 1908 gab es in Wilmersdorf noch kein Vermögen über 10 Millionen Mark. Im ganzen gab es in Wilmersdorf im Jahre 1908 115 Personen, die über 1 Million Mark Vermögen hatten. Aber Wilmersdorf ist in schnellem Vorwärtsschreiten und die Zahl und Stärke der Millionäre vermehrt sich hier sehr schnell.

Obgleich mancher Sandbauer in Rixdorf Millionär geworden ist, ist die Zahl der Millionäre dort gegenwärtig nur sehr gering. Sehr reiche Leute gibt es überhaupt nicht. Im Jahre 1908 lagen die drei größten Vermögen von Rixdorf in der Klasse über 2—5 Millionen Mark. Insgesamt hatten nur zehn Personen über 1 Million Mark. Ein Zuzug von Millionären hat seit dem Jahre 1905 nicht stattgefunden.

In Potsdam nimmt die Zahl der reichen Leute zu. Dies kann aber darauf beruhen, daß mit dem steigenden Reichtum der Nation auch unter den Offizieren sich immer reichere Leute finden. Weil der Offizier nur ein bescheidenes Gehalt hat, und weil sein Beruf nicht auf den Gelderwerb gerichtet ist, glaubt man vielfach, daß es unter den Offizieren keine sehr reichen Leute gäbe. Nichts ist falscher. Die meisten großen Vermögen in Preußen und in Deutschland überhaupt lösen sich nach einiger Zeit in Vermögen der Offiziere und Beamte auf. Offiziere und Beamte erben schließlich die im Handel und in der Industrie sauer verdienten Vermögen. Selbst die gro-

ßen jüdischen Vermögen fallen ganz oder teilweise der Armee oder der Verwaltung zu.

Daher ist es nicht zu verwundern, daß in der Militärstadt Potsdam, wo es keine Großindustriellen gibt, im Jahre 1905 32 Personen und im Jahre 1908 36 Personen über 1 Million Mark Vermögen hatten. Die beiden reichsten Potsdamer hatten im Jahre 1908 über 10—15 Millionen Mark Vermögen. Die Zahl der Personen, die 900000 bis 1 Million Mark Vermögen haben, war in den 3 Jahren von 1905 bis 1908 von 3 auf 14 in Potsdam gestiegen. So ziemlich eine Million scheint eine ganze Anzahl Offiziere in Potsdam zu besitzen.

In Spandau hatte im Jahre 1905 wie im Jahre 1908 niemand mehr als 5 Millionen Mark. Überhaupt gab es im Jahre 1908 nur 5 Personen in Spandau, die über 1 Million Mark Vermögen hatten.

Die schlesischen Magnaten.

Auch die schlesischen Magnaten gehören zu den reichsten Leuten in Preußen. Die reichsten unter ihnen überragen selbst die reichsten Berliner bei weitem. Auch im Westen Preußens, im Ruhrgebiet wie in Frankfurt a. M., gibt es nur ganz wenig Personen, die es an Vermögen mit den schlesischen Magnaten aufnehmen können.

Besonders in Oberschlesien sind alle Bedingungen vorhanden, um großen Magnaten das Leben angenehm zu gestalten. Schlesien überhaupt, und ganz besonders Oberschlesien, scheint von der Natur zum

Eldorado deutscher Magnaten vorgesehen zu sein. Fruchtbarer Boden und gute Jagdgelegenheit findet sich in dem größten Teile von Schlesien. Die Wälder und die Jagd in Oberschlesien suchen aber ihresgleichen in Mitteleuropa. In den Wäldern Oberschlesiens birgt sich das schönste Hochwild, und auf den Feldern werden die meisten Hasen geschossen.

Bei der Fruchtbarkeit des Bodens und dem Reichtum des Holzbestandes geht den schlesischen Magnaten nicht leicht das Geld aus. Schon vor Jahrhunderten befanden sich ihre Vorfahren in sehr glücklicher Lage. Aber die Ansprüche an das Leben wachsen, insonderheit da man mit dem aufstrebenden Reichtum in den Städten und auf Reisen mit den reichen Engländern und Amerikanern zu konkurrieren hat. Trotz der Größe und Güte ihres Grundbesitzes wären daher die schlesischen Magnaten während der letzten Jahrzehnte in Verlegenheit gekommen, wenn nicht der wohlwollende Himmel Fürsorge getroffen hätte, daß sich unter ihren Feldern und Wäldern geradezu unermeßliche Kohlenschätze vorfänden.

Gerade zu der Zeit, als durch das Aufkommen der Maschinen und der modernen Großindustrie einzelne unter den Bürgerlichen dem alten Adel an Reichtum überlegen wurden, öffnete sich auch den schlesischen Magnaten in den schwarzen Diamanten eine Einnahmequelle. Im Jahre 1788 bereits hatte man mit Versuchen, die schlesische Steinkohle zu verkoken, begonnen. Um die Mitte des Jahres 1789 wurde die erste Schmelzung mit Koks in dem Hochofen zu Malapane in Oberschlesien gemacht. Die Königshütte zu Oberschlesien besaß im Jahre 1818 bereits vier Hoch-

öfen und galt als die großartigste Hochofenanlage nicht nur Schlesiens, sondern des ganzen Kontinents.

Mit dem Aufkommen der oberschlesischen Kohlen- und Eisenindustrie wurde der Bestand der schlesischen Magnatenfamilien und ihr zunehmender Reichtum für unabsehbare Zeiten äre perennius gesichert. Da ein großer Teil ihrer Besitzungen fideikommissarisch gebunden ist und stets dem Erstgebornen der Familie zufällt, so können diese Adelsfamilien so leicht nicht in Vermögensverfall geraten. Auch an Sekundogenituren fehlt es nicht. Und die oberschlesische Steinkohle wird in großen Mengen länger andauern, als irgendein Vorkommen an Kohle in dem mittleren und westlichen Europa. Man schätzt die oberschlesischen Steinkohlenvorräte noch für eine Zeitdauer von mehr als 1000 Jahren. Nur die Eisenerze beginnen in ernstlicher Weise an Menge abzunehmen. Indessen finden die oberschlesischen Hochofenwerke immer noch Quantitäten von Eisenerzen in Österreich und Ungarn. Im übrigen muß man sich eben mit den Eisenerzen der Skandinavischen Halbinsel, Nordafrikas und des Kaukasus in Zukunft in steigendem Maße behelfen. In der Gegenwart ist die finanzielle Lage der schlesischen Kohlen- und Eisenindustrie in Ermangelung geeigneter Absatzgebiete weniger erfreulich als kurz zuvor. Dies ist indessen nur ein vorübergehender Zustand von einigen Jahren und höchstens Jahrzehnten. Angesichts der Zunahme der Bevölkerung, der Industrie und des Reichtums in ganz Europa muß die schlesische Steinkohle auf die Dauer wieder erheblich im Preise steigen. Und dann werden die Magnaten für einige magere Jahre durch endlose Reihen

fetter Jahre überreichlich entschädigt werden. Und sollte dereinst in Jahren oder Jahrzehnten der Tag kommen, wo der preußische Staat oder das Reich den Kohlenbergbau zum Staatsmonopol erklärt, so werden die finanziellen Entschädigungen für die schlesischen Magnaten so riesenhafte sein, daß sie durch Errichtung von Geldfideikommissen in größtem Stile die standesgemäße Lebenshaltung ihrer Familien trotz der steigenden Ansprüche für alle Zeiten sicherstellen können.

Wahrscheinlich werden die schlesischen Magnaten sich der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues mit allen Kräften widersetzen, und sie haben allen Grund dazu, denn je länger sie ihren Besitzstand halten, um so größer schwillt ihre Macht und ihr Vermögen an. In einigen Jahrzehnten wird die Kohlenförderung Oberschlesiens diejenige des Ruhrgebiets, die heute eine viel größere ist, vielleicht schon erreichen, und nach einigen Generationen werden die Steinkohlen im Ruhrgebiet immer knapper werden, bis sie schließlich im Laufe der nächsten Jahrhunderte fast ganz ausgehen. Je länger die oberschlesischen Magnaten ihren Besitz an Kohlen festhalten können, um so mehr werden die Kohlen im Preise steigen und um so größer wird die Abfindungssumme sein.

Aber werden sie ihren Besitz noch 30 oder 40 Jahre halten können? Unsere Zeit ist eine sehr schnelle und demokratische. Heute würden vielleicht noch die guten Beziehungen der schlesischen Magnaten zur Krone, sowie ihr Einfluß im Herrenhause eine Verstaatlichungsbewegung wirkungslos machen. Aber schon die kommenden Reichstagswahlen können die

Machtverteilung im Reiche gewaltig zugunsten der sozialen und demokratischen Strömungen verschieben. Obgleich ein Teil der schlesischen Magnaten, insonderheit die Hohenlohe, Graf Ballestrem, Graf Oppersdorf, Fürst Lichnowsky katholisch sind, können sie mit Sicherheit nicht auf die Unterstützung des Zentrums rechnen. Das Zentrum wird mehr und mehr zu einer sozialen und demokratischen Partei. Und auch in der polnischen Fraktion gewinnt die soziale und demokratische Richtung die Oberhand. Wenn die Sozialdemokratie im kommenden Reichstage auch nur 120 Sitze bekommt, so ist eine gewaltige Mehrheit für ein rasches Tempo auf dem Gebiete der Sozialreform vorhanden. Die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Polen, die kleine Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei und ein erheblicher Teil der Nationalliberalen, insonderheit die sogenannten Jungliberalen, werden mehr als je zuvor beflissen sein, soziale und demokratische Gesetze einzubringen und die Regierung in diesem Sinne zu beeinflussen. Reichsrecht bringt Landesrecht. Die gesetzgebenden Faktoren des Reichs werden in Zukunft mehr und mehr Preußen in sozialem und demokratischem Sinne beeinflussen.

Nicht nur in Preußen, sondern auch im Reiche ist man stets geneigt gewesen, der Sozialreform einen möglichst offiziellen Charakter zu geben. Durch den Fürsten Bismarck und die deutschen Universitätsprofessoren ist der Gedanke der Verstaatlichung mächtig gefördert worden. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen hat sich glänzend bewährt. Und jedermann bedauert heute, daß Fürst Bismarcks ursprünglicher Plan, die deutschen Eisenbahnen zugunsten des Reichs

zu verstaatlichen, sich nicht verwirklicht hat. Die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues liegt schon seit Jahren in der Luft. Und sie kann von Preußen ebenso wie vom Reiche durchgeführt werden.

Durch seinen großen Besitz an Kohlengruben und noch unbebauten Kohlenfeldern, sowie durch die Einrichtung der Oberbergämter ist der preußische Staat für die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues vielleicht besser vorbereitet, als in den siebziger Jahren für die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Allerdings werden die meisten Kohlenwerke des Ruhrgebiets und insonderheit die großen gemischten Werke der Eisenindustrie im Ruhrgebiet wie in Oberschlesien sich mit den schlesischen Magnaten zu einer Liga der Abwehr vereinigen. Das beste Argument, das wir anführen können, liegt in der Vorzüglichkeit der gegenwärtigen Verwaltung und in dem Aufblühen der deutschen Eisenindustrie, insonderheit der gemischten Werke, die von dem Kohlenbergbau bis zu den Walzwerken, Maschinenfabriken und Waggonfabriken alle Stadien des Produktionsprozesses in sich vereinigen.

Der Kampf der gegenwärtigen Kohlenbesitzer wird sich aber ungünstiger gestalten, wenn die Syndikate und insonderheit das Kohlensyndikat und das Kokssyndikat nicht mehr bestehen, wenn große Ausstände oder Aussperrungen stattgefunden haben, wenn die Unzufriedenheit der breiten Massen wie bisher unter einem schwachen Reichskanzler und durch das Unterbleiben von politischen Formen zugenommen hat. Sobald in solchen Zeiten sozial und demokratisch gesinnte Parteiführer, einerlei ob sie der freikonservativen oder sozialdemokratischen Partei angehören, auf ein

großes, den Massen sympatisches Ziel mutig und energisch zusteuern, haben sie bereits gewonnenes Spiel, besonders in unserer Zeit, wo ein tatkräftiger, zielbewußter Mann alles durchsetzen kann. Und wer möchte wohl dafür garantieren, daß die Regierung nicht die Verstaatlichung des Bergbaues gewissermaßen als eine Abschlagszahlung zuläßt?

Die oberschlesischen Magnaten sind eine Klasse für sich. In den übrigen Teilen Deutschlands gibt es, von den Monarchen und ihren Familienangehörigen abgesehen, nur wenige Magnaten, die es mit den oberschlesischen aufnehmen können. Als Konkurrenten kommen eigentlich nur der Fürst von Fürstenberg in Donau-Eschingen, der Fürst von Thurn und Taxis, der Herzog von Arenberg und einige andere in Betracht. In ihrer entlegenen Ecke leben die oberschlesischen Magnaten wie Monarchen. Begünstigt wurde die Ausübung ihrer Herrschaftsrechte bis jetzt durch die Rückständigkeit der oberschlesischen Bevölkerung. Seit aber in jenen zwischen Österreich-Schlesien und Russisch-Polen eingeengten Landstrichen mit vorwiegend polnischer Bevölkerung die sozialdemokratische und die polnisch-demokratische Agitation eingesetzt hat, und seit die Presse und Aufklärungen sich mehr und mehr auch über diese Gegenden verbreitet, nimmt das Vergnügen des Regierens wesentlich ab. Wenn auch die Landräte sich nicht in Widerspruch zu den großen Herren setzen, so dehnt sich doch infolge der vielen Gesetze und Verordnungen die staatliche Macht und Einflußsphäre immer weiter aus.

Noch im Jahre 1909 verfügten 248 Großgrundbesitzer in den 15 ländlichen Kreisen Oberschlesiens

über fast 5000 Hektar, d. h. über die Hälfte der Gesamtfläche dieser Kreise.

Die größten Besitzer waren:

1. Herzog von Ujest	42001,0	Hektar
2. Fürst von Pleß	40437,0	„
3. Herzog von Ratibor	33394,5	„
4. Fürst zu Stolberg-Wernigerode .	26517,2	„
5. Prinz Hohenlohe-Ingelfingen .	25486,2	„
6. Graf Henckel Fürst von Donnersmarck	21942,2	„

Insgesamt besaßen diese sechs Besitzer 200000 Hektar Fläche. Da eine deutsche Quadratmeile rund 5600 Hektar ausmacht, so kann man sich einen Begriff von der wahrhaft fürstlichen Stellung dieser Magnaten machen.

Im Juli 1910 sind die oberschlesischen Besitzungen des Fürsten zu Stolberg-Wernigerode, der gewöhnlich in Wernigerode residiert und auch im Harz große Besitzungen hat, für 17 Millionen Mark in die Hände des Grafen von Tiele-Winckler übergegangen. Graf von Tiele-Winckler besaß im Jahre 1909 Güter im Umfange von 14380 Hektar. Auf Grund des neuen Erwerbes besitzt er jetzt eine Fläche von 40897 Hektar, also mehr als 7 Quadratmeilen.

Von der Gesamtfläche des deutschen Großgrundbesitzes in Oberschlesien waren im Jahre 1909 fideikommissarisch 258128,45 Hektar gebunden, was 24,33 Prozent der Gesamtfläche der 15 Kreise ausmachte.

Von der Gesamtzahl von 248 Großgrundbesitzern waren im Jahre 1909 64 „gewöhnliche" Adelige, 14 Barone und Freiherren, 32 Grafen, 7 Fürsten

und Herzöge und 3 Könige (von Preußen, Sachsen und Württemberg).

Gewöhnliche Adelige	70520,77	Hektar
Barone und Freiherren	11458,25	„
Grafen	117707,56	„
Fürsten und Herzöge	198616,60	„
Könige	21635,89	„

Das macht im ganzen „nur“ 419939,07 Hektar. Beinahe die Hälfte von Oberschlesien war also im Jahre 1909 im Besitze von nur 120 Adels- und Magnatenfamilien.

Außer den Vorgenannten sind die größten adeligen Großgrundbesitzer Oberschlesiens: Graf Schaffgotsch, Graf Ballestrem, Fürst Lichnowsky, Graf Oppersdorf.

Der Reichtum der oberschlesischen Magnaten richtet sich nicht genau nach der Größe des Grundbesitzes. Allerdings ist dieser riesenhafte Grundbesitz der verschiedenen Magnaten ein sehr wertvolles Objekt. Denn er ist zum größten Teil mit Wald bedeckt, und die Holzpreise sind in der Gegenwart schon sehr hohe. Auch ist ein sehr beträchtlicher Teil dieses riesenhaften Areals mit Steinkohlen unterminiert. Also geben die Zahlen doch dem Sachkenner einen ungefähren Anhalt dafür, daß diese Magnaten zu den reichsten Leuten Deutschlands gehören müssen.

Wenn man die Oberschlesier nach der Größe ihres Vermögens ordnet, so wird die Reihe eine wesentlich andere, als sie die vorstehende Übersicht des Grundbesitzes bietet. Und heute ist die Reihe wiederum anders, als sie vor zwölf Jahren war.

Gegenwärtig ist Fürst Henckel v. Donnersmarck der reichste Mann Oberschlesiens, während es vor 12 Jahren noch Fürst Pleß war. Im Steuerjahr 1896/7 versteuerte Fürst Pleß ein Vermögen von 86 Millionen Mark und im folgenden Jahre 1897/8 etwas weniger, nämlich 84 Millionen Mark. Fürst Henckel v. Donnersmarck war umgekehrt von 62 Millionen Mark im Jahre 1896/7 auf 65 Millionen Mark im folgenden Jahre gestiegen. Beide Magnaten versteuern ihr Vermögen auf dem Lande, Fürst Pleß auf Schloß Fürstenstein und Fürst Henckel v. Donnersmarck auf Schloß Neudeck.

Fürst Pleß war damals bei weitem der reichste Mann des Regierungsbezirks Breslau. In dem Regierungsbezirk Oppeln, wo das Henckelsche Schloß Neudeck liegt, gab es aber schon damals schwerreiche Magnaten, die ziemlich dasselbe Vermögen wie Fürst Henckel besaßen. Der Herzog von Ujest auf Slawentzitz versteuerte im Steuerjahr 1896/7 ein Vermögen von 58 Millionen und im folgenden Jahr von 60 Millionen Mark. Der Herzog von Ratibor auf Schloß Rauden bei Ratibor versteuerte im Jahre 1897/8 ein Vermögen von 29 Millionen Mark.

Neben dem Fürsten Pleß lebte auf dem Lande im Regierungsbezirk Breslau ein Steuerzahler, nämlich der Fürst Hatzfeld-Trachenberg, der im Jahre 1896/7 22 Millionen Mark und im folgenden Jahre 1897/8 25 Millionen Mark Vermögen hatte. Graf Tiele-Winkler hatte zu jener Zeit, nämlich im Jahre 1898, ein Vermögen von 22 Millionen Mark, während er noch im Jahre zuvor nur 18 Millionen Mark versteuert hatte. Prinz Hohenlohe-Ingelfingen versteuerte

im Jahre 1897 18 Millionen und im folgenden Jahre 17 Millionen Mark Vermögen. Graf Ballestrem und Fürst Lichnowsky hatten im Jahre 1897 rund 10 Millionen Mark und Graf Oppersdorf etwa 9 Millionen Mark Vermögen.

Auf dem platten Lande im Regierungsbezirk Breslau gab es im Jahre 1897 neben den beiden oben genannten Magnaten noch 6 kleinere Magnaten, die zwischen 13 und 17 Millionen Mark Vermögen besaßen. Auch in dem Regierungsbezirk Liegnitz war auf dem platten Lande im Jahre 1898 ein Vermögen auf 13 Millionen Mark gestiegen.

Was ist aus diesen Vermögen bis zur Gegenwart geworden? Die Statistik des Jahres 1908 in Verbindung mit privaten Informationen gibt uns sicheren Aufschluß.

Es besaßen im Jahre 1908 an Vermögen:

Fürst Henckel von Donnersmarck	177	Mill.	Mark
der Herzog von Ujest	151	"	"
Fürst Pleß	84	"	"
Graf Tiele-Winckler	74	"	"
Prinz Hohenlohe-Ingelfingen	40	"	"
Graf Schaffgotsch	20	"	"
Graf Ballestrem	18	"	"

Nach der Vermögenssteuer-Statistik gab es in dem Regierungsbezirk Oppeln, und zwar auf dem platten Lande, sowohl im Jahre 1905 als im Jahre 1908 nicht weniger als 5 Personen, die über 30 Millionen Mark Vermögen besaßen. Im Regierungsbezirk Bres-

lau gab es deren im Jahre 1905 nur zwei, und 1908 bereits 3. Aber der Regierungsbezirk Liegnitz besaß nicht eine Person von solchem Vermögen. Vielmehr hatte der größte Steuerzahler auf dem platten Lande des Regierungsbezirks Liegnitz nur 25 bis 30 Millionen Mark Vermögen.

Die Stadt Berlin hatte im Jahre 1905 auch nur 5 Personen, die über 30 Millionen Vermögen besaßen, und im Jahre 1908 erst 6 Personen dieser Art. In der ganzen Provinz Schlesien wohnten im Jahre 1908 nicht weniger als 8 solcher schwerreichen Personen mit mehr als 30 Millionen Mark Vermögen, während Berlin nur 6 besaß. Leute von solchem Vermögen gab es im Jahre 1908 in ganz Preußen nur 31 und im Jahre 1905 sogar nur 23. Die schlesischen Magnaten spielen also unter den reichen Leuten eine große Rolle. Auch die Ansicht ist nicht richtig, daß in den Rheinlanden, die die schwarzen Diamantenfelder des Ruhrgebiets umfassen, noch mehr reiche Leute wohnen als in Schlesien. Im Jahre 1905 hatte die Rheinprovinz nur 3 und im Jahre 1908 6 solcher Nabobs.

In den meisten preußischen Provinzen finden sich Leute von solchem Reichtum überhaupt nicht, so in Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Provinz Sachsen, in Schleswig-Holstein, in Hannover und in den Hohenzollernschen Landen. Selbst Westpreußen und Westfalen hatten im Jahre 1908 nur je eine einzige Person mit mehr als 30 Millionen Mark Vermögen.

Aber es gibt eine Provinz in Preußen, die mehr reiche Leute hat als selbst Schlesien, und erheblich

mehr als Berlin oder die Rheinprovinz. Diese Provinz der reichen Leute ist Hessen-Nassau. Nicht weniger als 9 Personen, von denen nicht einer auf dem Lande wohnt, hatten im Jahre 1908 in Hessen-Nassau über 30 Millionen Mark Vermögen. Noch im Jahre 1905 waren es nur 7.

Das Vermögen des Fürsten Henckel von Donnersmarck.

Wir haben in dem Kapitel „Die schlesischen Magnaten" bereits gesehen, daß Fürst Henckel von Donnersmarck von allen schlesischen Magnaten gegenwärtig der reichste ist, und daß sein Vermögen und Einkommen in Deutschland von keiner Privatperson außer von der Frau Berta Krupp von Bohlen und Halbach überragt wird. Wenn Fürst Henckel, der allerdings bereits 80 Jahre alt ist, das Alter seiner Vorfahren mit mehr als 90 Jahren erreichen sollte, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er an Vermögen wie an Einkommen die erste Stelle im Deutschen Reiche einnimmt.

Der größte Teil des Henckelschen Grundbesitzes, dessen Gesamtausdehnung 21942 Hektar beträgt und nach der oben mitgeteilten Übersicht die sechste Stelle in Oberschlesien einnimmt, ist von ihm durch zwei Fideikommisse gebunden worden. Das im Jahre 1867 bestätigte Fideikommiß Klein-Zyglin in den Kreisen Tarnowitz und Lublinitz hat 12697 Hektar und verfügt seit dem Jahre 1887 über einen erblichen Sitz im preußischen Herrenhaus. Das im Jahre 1891 bestätigte zweite Fideikommiß Repten hat 4034 Hek-

tar und liegt im Kreise Tarnowitz. Das größere Fideikommiß ist für den älteren Sohn, dem Grafen Guido-Otto, der am 23. Mai 1888 geboren ist, und das kleinere ist für den jüngeren Grafen Kraft, der am 12. März 1890 geboren ist, bestimmt. Die beiden Fideikommisse zusammen stellen nur einen Wert von rund 11 Millionen Mark dar, wie aus dem Verkaufspreis des 16517 Hektar umfassenden oberschlesischen Besitzes des Fürsten zu Stolberg-Wernigerode in Höhe von 17 Millionen Mark im Juli 1910 hervorgeht.

Der Wert der beiden Fideikommisse beträgt nur etwa den sechzehnten Teil des Henckelschen Vermögens, das sich im Jahre 1908 auf 177 Millionen Mark bezifferte, wie wir oben in dem Kapitel über das Kruppsche Vermögen festgestellt haben.

Seit dem Jahre 1908, über das die letzte Vermögenssteuerstatistik vorliegt, ist das Vermögen des Fürsten Henckel wahrscheinlich gestiegen. Sein Vermögen dürfte nach unserer oben bei dem Vergleich mit dem Kruppschen Vermögen angestellten Berechnungen im Jahre 1909 bereits auf 187 Millionen und im Jahre 1910 auf etwa 197 Millionen angeschwollen sein. Die nächste Vermögenssteuerstatistik wird hierüber genauen Aufschluß bringen.

Die Lage der oberschlesischen Kohlen- und Eisenindustrie ist gegenwärtig wenig günstig. Die dem Fürsten Henckel in der Hauptsache gehörende Aktiengesellschaft Niederrheinische Hütte in Duisburg hat seit einer Reihe von Jahren keine Dividende gegeben und viele Millionen zum Zwecke der Modernisierung verschlungen. Die von dem Fürsten Henckel begründete und schließlich mit seinem Gelde betriebene

Kunstseidenfabrik in Sydowsaue bei Stettin hat viele Millionen verschlungen, ohne daß sie einen Ertrag abgeworfen hat.

Der Fürst betreibt die Eisenindustrie seit einigen Jahren nicht mehr selbst direkt. Vielmehr hat er im Jahre 1906 die ihm gehörige Bethlen-Falva-Hütte in Oberschlesien an die benachbarte Bismarckhütte für 2800000 Mark verkauft. Auch das Eisenwerk Kraft an der Mündung der Oder gehört ihm nicht mehr allein. Vielmehr ist schon ein erheblicher Teil der Aktien des Eisenwerks Kraft im Publikum untergebracht.

Der schlechte Geschäftsgang der Bismarckhütte in Oberschlesien, während der letzten beiden Jahre und insonderheit im Jahre 1909, berührt den Fürsten aber erheblich. Die Dividende der Bismarckhütte, die in dem ausgezeichneten exzeptionellen Jahre 1907 die Höhe von 25% erreicht hatte, sank im Jahre 1908 auf 18 und im Jahre 1909 auf 9%. Trotz großer Preisherabsetzungen war es der Bismarckhütte nicht möglich, im Jahre 1909 eine regelmäßige Beschäftigung in den einzelnen Abteilungen herbeizuführen. Der Kurs der Aktien der Bismarckhütte, der Ende 1907 278% und in den Jahren vordem sogar zeitweilig mehr als 200% betragen hatte, sank Anfang August 1910 auf 187.

Noch immer betreibt der Fürst auf eigene Rechnung den Bergbau. Auf der Deutschlandgrube und Schlesiengrube sind mehrere tausend Arbeiter beschäftigt. Die Bismarckhütte bezieht ihren Kohlenbedarf zu angemessenen Preisen aus der Deutschlandgrube, die unmittelbar an die Bethlen-Falva-Hütte angrenzt,

und hat dadurch einen dauernden großen Vorteil, der sich in einigen Jahren oder Jahrzehnten nach Beendigung der gegenwärtigen Depression der oberschlesischen Kohlenindustrie erneut geltend machen dürfte.

Trotz der Ungunst der Verhältnisse ist das Einkommen des Fürsten im Jahre 1909 nicht gesunken, sondern hat wie im Jahre 1908 12 Millionen betragen. Das Eisenwerk Kraft zu Kratzwieck bei Stettin, das ein Aktienkapital von 7 Millionen Mark hat, hat auch im Jahre 1909, wie in den vier vorhergehenden Jahren, 11% Dividende gegeben. Der Ertrag der Fideikommisse und des landwirtschaftlichen Besitzes ist im Steigen gewesen. Die Dividende der schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb in Lipine hat sich gut gehalten. Sie sank allerdings von 21% im Jahre 1907 auf 14% im Jahre 1908, hob sich dann aber wieder auf 16% im Jahre 1909, so daß der Kursstand meist rund 400 blieb. Auch diese ausgezeichnete Gesellschaft ist im Jahre 1853 aus dem fürstlichen Besitzstande hervorgegangen, und noch heute ist der Fürst Vorsitzender des Aufsichtsrats, in dem neben dem Fürsten und seinen Vertrauensmännern der französische Herzog von Gramont, Prinz Schönaich-Carolath und der Herzog von Ujest sitzen. Die Dividende dieser Gesellschaft betrug im Jahre 1909 3964640 Mark und die Tantieme des Aufsichtsrats 223169 Mark. Von der Dividende wie Tantieme fließt ein nicht unerheblicher Teil in die Kasse des Fürsten.

Fürst Henckel zieht in steigendem Maße erhebliche Summen aus dem Terraingeschäft. Ansehnliche Teile im Westen von Berlin sind schon in früheren

Jahren von ihm erschlossen worden, und weitere Terrains im Westen und Norden von Berlin kommen im Laufe der Jahre zur Verwertung. Der Fürst ist der Eigentümer der Terraingesellschaft Zehlendorf-West G. m. b. H., und er schließt auch in Stuttgart große Terrains in der Gegend des alten Bahnhofs im Laufe der kommenden Jahre und Jahrzehnte.

In ganz Deutschland gibt es keinen Privatmann, der so viel flüssiges Geld hat, wie Fürst Henckel von Donnersmarck. Ein Dutzend Millionen Mark oder 1½ Dutzend hat er regelmäßig bei den Großbanken liegen. Das Henckelsche Geld und das Mendelssohnsche Geld spielt zu gewissen geldknappen Zeiten eine sehr bedeutungsvolle Rolle für unsere Großbanken. In geldflüssigen Zeiten ist daher die Macht des Fürsten nicht annähernd so groß wie in geldknappen Zeiten. Sicher gibt es keine Person in Deutschland, auf die in dem gleichen Maße das Sprichwort paßt: Er hat Geld wie Heu.

Der Fürst ist nicht nur Vorsitzender des Aufsichtsrats von Kraft und Lipine, sondern auch Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin. Er ist in hervorragendem Maße beteiligt an der Union, Fabrik chemischer Produkte in Stettin, an den Kaliwerken Salzdetfurth A.-G., an industriellen Unternehmungen auf dem Gebiet der Eisen- und Kohlenindustrie in Rußland und an Petroleumwerken in Rumänien.

Bei der Verschiedenartigkeit seiner wirtschaftlichen Unternehmungen würde es ihm nicht so leicht wie den großen Firmen der Eisenindustrie zustoßen, daß sein Einkommen nachläßt. In hervorragendem Maße ist

der Fürst auch Aktionär einiger unserer Großbanken, wie schon daraus hervorgeht, daß seine Vertrauensleute im Aufsichtsrat des Schaffhausenschen Bankvereins und der Dresdener Bank sitzen. Auch in der Mansfeldschen Kupferschieferbauenden Gewerkschaft, in der Deutschen Grundkreditbank zu Gotha und in der Schantung Bergbau- sowie Eisenbahn-Gesellschaft sitzt gewissermaßen als sein Vertrauensmann der Obergrat Dr. jur. Paul Wachler, der vor einigen Jahrzehnten sein Generalbevollmächtigter war.

Das Vermögen des Fürsten Henckel von Donnersmarck und ebenso das Vermögen der verschiedenen gräflichen Linien seines Hauses würde niemals die gegenwärtige Bedeutung erlangt haben, wenn nicht in den letzten hundert Jahren die Kohlen- und Eisenindustrie Oberschlesiens einen solchen riesenhaften Aufschwung genommen hätte. Graf Lazarus Henckel von Donnersmarck, der Vater des Fürsten, hat bereits im dritten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts eine Kokshochofenanlage bei Schwientochlowitz errichtet und besaß bereits 1845 zwei Hochöfen. Die Steinkohlen wurden in nächster Nähe aus der ihm gehörigen Fausta-Grube gewonnen.

Fürst Henckel würde heute in der oberschlesischen Kohlen- und Eisenindustrie eine noch viel größere Rolle spielen und ein viel größeres Vermögen besitzen, wenn er nicht sich eines großen Teiles seines Besitzes an Kohlen- und Hüttenwerken zu früh entäußert hätte. Die Aktiengesellschaft Donnersmark-Hütte hat nach ihm seinen Namen. Für einen Preis von 21750000 Mark verkaufte er im Jahre 1872 die Donnersmark-Hütte an die Aktiengesellschaft, zu deren Gründern er ge-

hörte. Die siebziger und achtziger Jahre waren keine günstigen für die Donnersmark-Hütte, aber nachdem im Jahre 1889 die Aktien von 4 zu 3 zusammengelegt waren, hat die Donnersmark-Hütte in steigendem Maße gute Dividende gemacht, in den letzten 11 Jahren nicht unter 14%. Der Fürst dürfte heute bedauern, daß er sich bald nach Begründung ganz von der Aktiengesellschaft zurückgezogen hat.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung des Vermögens und Einkommens des Fürsten Henckel von Donnersmarck:

Jahr	Vermögen Millionen Mark	Einkommen Millionen Mark genau
1894/95		1,8 (1855000 Mk.)
1895/96	71	2,9 (2955000 „)
1896/97	62	3
1897/98	65	4
1899	85	5
1900		5
1901		6
1902	96	6
1903		7
1904		7
1905	120	8
1906		9
1907		11
1908	177	12
1909		12

Das Steuerjahr 1895/96 ist für die Vermögenssteuer in Preußen das erste, da das Gesetz vom 14. Juli

1893 über die Ergänzungssteuer erst mit dem 1. April in Kraft trat. Die erstmalige Veranlagung des Fürsten Henckel auf 71 Millionen Mark im Jahre 1895/96 scheint eine ungenaue gewesen zu sein, die im nächsten Jahre ihre Korrektur erfahren hat.

Die Steigerung des Vermögens von 62 Millionen in elf Jahren auf 177 Millionen und des Einkommens in dreizehn Jahren von 1,8 Millionen auf 12 Millionen ist das erste staunenerregende Ergebnis dieser Klarlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der zweitreichsten Person im Deutschen Reiche. Das Vermögen ist fast auf das Dreifache und das Einkommen fast auf das Siebenfache gestiegen.

Niemals zuvor ist es gelungen, das Einkommen und Vermögen eines der größten Industriellen und Kapitalisten eines Landes auf so lange Zeit durch amtliche Zahlen in seiner Entwicklung klarzulegen. Dieses Ergebnis ist von historischer, nationalökonomischer und kulturhistorischer Bedeutung. Niemand im römischen Weltreich zu den Zeiten des Julius Cäsar, niemand in dem Fünfhundertmillionenreich der Chinesen, niemand in dem modernen steinreichen England vermochte mit Sicherheit zu sagen, wie das Einkommen und Vermögen des reichsten Geschäftsmannes unter seinen Landsleuten und Zeitgenossen sich Jahr für Jahr durch Jahrzehnte gestaltet hat.

Neuerdings, nach Jahrhunderten, hat die Wissenschaft aus den Geschäftsbüchern der Fugger das Geheimnis ihres Einkommens und Vermögens entschleiert. Für die Gebildetesten ihrer Zeitgenossen wie für die Massen der Ungebildeten war diese wichtige Frage, die über den Kredit des Hauses der Fugger und daher über

die Kaiserkrone zugunsten Karls des Fünften und gegen Franz den Zweiten von Frankreich entschied, ein Märchen aus Tausendundeiner Nacht.

Wer die realen Zahlen des wirtschaftlichen Lebens nicht kennen will, der soll auch seine Hände vom sozialen und politischen Leben lassen. Der Einfluß des Fürsten Henckel von Donnersmarck oder der Frau Berta Krupp von Bohlen und Halbach auf unser politisches Leben ist nicht entfernt so groß wie der Einfluß der Fugger auf die politische Gestaltung Deutschlands und Europas. Aber auch in der Gegenwart haben die reichsten Leute großen Einfluß, und sie können noch größeren haben, wenn sie den Willen dazu haben und durch ihre Kapitalien Einfluß auf die Presse der verschiedenen Parteien zu gewinnen suchen.

Wenn in der vorstehenden Übersicht des Henckelschen Vermögens einzelne Jahre ausgelassen sind, so beruht dies darin, daß für diese Jahre eine amtliche Feststellung durch Steuerdeklaration nicht erfolgt ist. Die Einschätzung des Vermögens findet in Preußen seit elf Jahren nur im dritten Jahre statt.

Aber sind die vorstehenden Zahlen die richtigen? So fragt vielleicht mancher, der mit den Geheimnissen der Statistik nicht vertraut ist. Sie sind ebenso richtig als die in dem vorstehenden Kapitel über Krupp angegebenen Zahlen des Kruppschen Vermögens und Einkommens. Ist es für den Laien möglich, irgendwo diese Zahlen auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen? Wer sich nicht besonders ungeschickt anstellt und einige Vorkenntnisse besitzt, kann ohne Schwierigkeiten die Entwickelung dieser größten Vermögen in der amtlichen Statistik Jahr für Jahr verfolgen. Es bedarf keiner

Erwähnung, daß in der amtlichen Statistik die Namen nicht genannt sind. Daher muß der Leser der Statistik wissen, daß der Höchstbesteuerte im Regierungsbezirk Düsseldorf Krupp und im Regierungsbezirk Oppeln Fürst Henckel von Donnersmarck ist und von Beginn der Vermögenssteuer an war. Wer so unerfahren ist, daß ihm diese Tatsachen nicht geläufig sind, der soll sich mit Recherchen dieser Art nicht befassen. Ganz ohne Kenntnisse darf der Staatsbürger überhaupt nicht sein.

Nach Regierungsbezirken sind die einzelnen Höchstbesteuerten aber nur in den ersten Jahren durch eine gewisse Übereilung amtlich in der Statistik der Welt offenbart und zwar besonders für das Jahr 1897/98. Man beginne also die Untersuchung mit der Einsichtnahme in die „Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern im preußischen Staate“. (Statistik der preußischen Einkommen- und Ergänzungssteuer-Veranlagung für das Jahr 1897/98, Berlin 1897, Verlag des Königlichen, Statistischen Büros.) Mit den dort gewonnenen erweiterten Kenntnissen findet man sich in den späteren Jahrgängen bei der Aufzählung der größten Einkommen und Vermögen im preußischen Staate immer wieder zurecht. Tauchen Zweifel auf, so benutze man das statistische Handbuch der Stadt Berlin und anderer Städte. Bei weiterem Eindringen in die Materie hilft die Einsichtnahme der Steuerliste an Ort und Stelle und eine Unterhaltung mit geeigneten Personen über etwa auftauchende Schwierigkeiten.

Wenn nun die amtliche Statistik feststellt, daß im Jahre 1896/97 im Regierungsbezirke Oppeln das größte Vermögen 62 und das größte Einkommen 3 Millionen

Mark betrug, so ist jedenfalls erwiesen, daß Fürst Henckel in diesem Jahre nicht höher eingeschätzt war. Und wenn im Jahre 1908 das zweitgrößte Vermögen in Preußen und zwar auf dem platten Lande befindlich 177 Millionen Mark und das zweitgrößte Einkommen, wiederum auf dem platten Lande befindlich, 12 Millionen Mark beträgt, so ist jedenfalls erwiesen, daß Fürst Henckel nicht ein größeres Vermögen deklariert hat.

Das Vermögen und Einkommen der reichsten Personen im Königreich Preußen, nämlich der Frau Berta Krupp von Bohlen und Halbach, kontrolliert sich aber Jahr für Jahr durch die Bilanz und Dividende der Aktiengesellschaft Fried. Krupp in Essen. Wer in dem vorstehenden Kapitel über Krupp einen Blick auf die Übersichten des Vermögens, des Einkommens und der Dividende wirft, gewinnt die Überzeugung, daß diese Übersichten richtig sind und daß daher Frau Berta Krupp von Bohlen und nicht der Fürst Henckel von Donnersmarck das größte Vermögen und Einkommen in Preußen versteuert.

Wer die vorstehende Übersicht des Henckelschen Einkommens und Vermögens betrachtet, wird vielerlei daraus entnehmen können. Der jetzt 80jährige Fürst Henckel dürfte seine Lebensweise in den letzten 13 Jahren kaum wesentlich luxuriöser gestaltet haben. Er kam im Jahre 1897 mit einem Einkommen von 3 Millionen Mark ohne Sorgen durch und konnte ohne Zweifel noch erhebliche Ersparnisse machen. Wahrscheinlich hat er die Hälfte seines Einkommens von 3 Millionen Mark ausgegeben und die Hälfte zurückgelegt.

Sein Vermögen ist also schon in dem Jahre von 1896 auf 1897 nicht nur durch Ersparnisse, sondern auch durch Wertvermehrung gestiegen. Denn es hob sich von 62 auf 65 Millionen Mark. Dann kam der große Ruck nach vorwärts, indem das Vermögen in zwei Jahren, nämlich bis zum Jahre 1899 um 20 Millionen Mark anschwoll, während das Einkommen im Jahre 1898 nur 4 Millionen betrug. Trotz seiner sparsamen Lebensweise hätte Fürst Henckel nur 2½ Millionen Mark zurücklegen können. Denn 1½ Millionen Mark kostet der Unterhalt so vieler Schlösser und Wohnungen wie Neudeck, Repten, Egern am Tegernsee und im Blücherschen Palais auf dem Pariser Platz zu Berlin, der großen vortrefflich geschulten Dienerschaft, der ausgezeichneten Küchen und Kellereien, des tadellosen Marstalls.

Der Grund der großen Wertsteigerung des fürstlichen Henckelschen Vermögens im Jahre 1899 um 20 Millionen Mark ist also in der Hochkonjunktur des Jahres 1899 zu suchen. Die Aktien der Schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb in Lipine waren von 210% Ende 1897 auf 354% Ende 1899 gestiegen. In ähnlicher Weise waren die Aktien der Laurahütte, von denen der Fürst auch einen anständigen Posten besitzt, und fast alle oberschlesischen Werke gestiegen.

Wenn das Henckelsche Vermögen sich von 85 Millionen im Jahre 1899 nur auf 96 Millionen im Jahre 1902 vermehrte, so ist der Grund in der wirtschaftlichen Depression, die im Sommer 1900 einsetzte und noch während des ganzen Jahres 1902 fort dauerte, zu suchen. Während dieser 3 Jahre überschritt die Ver-

mögensvermehrung nicht einmal die Summe der Ersparnisse.

Aber dann kamen wieder bessere Zeiten und die Vermögenssteigerung vom Jahre 1902 bis zum Jahre 1905 um 24 Millionen übersteigt die wahrscheinlichen Ersparnisse bei weitem. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Vermögenssteigerung ist auf die glänzenden Erfolge des mit Henckelschen Kapital begründeten Eisenwerk Kraft durchzuführen. Bereits im ersten Betriebsjahre, dem Jahre 1900, gab diese Aktiengesellschaft 10% Dividende, im Jahre 1904 8%. Das Aktienkapital des Eisenwerk Kraft betrug 7 Millionen Mark und war anfangs lediglich im Henckelschen Besitz.

In der Zeit von 1905 auf 1908 stieg nun aber das Henckelsche Vermögen von 120 auf 177, also um 57 Millionen Mark, während die Ersparnisse bei dem Steigen der Preise und dem Heranwachsen der beiden Söhne schwerlich mehr als 20 Millionen Mark betragen haben. Man darf wohl annehmen, daß Fürst Henckel in den letzten 5 Jahren rund 2 Millionen Mark jährlich ausgegeben hat.

Woher kommt der größere Teil der gewaltigen Vermögensvermehrung von 57 Millionen Mark in drei Jahren? Am 8. Mai 1905 waren die Aktien des Eisenwerks Kraft zum ersten Mal an der Börse zugelassen, und sie notierten 163%. Am Ende des Jahres 1905 standen sie bereits 215%, ein Kurs, den sie seitdem kaum wieder erreicht haben. Aber auch Ende 1909 erlangten sie einen Kurs von 208%. Seit der Begründung der Aktiengesellschaft Eisenwerk Kraft im Jahre 1898 bis zum Jahre 1909 hat der Fürst die in das Unternehmen hineingesteckten 6 bis 7 Millionen

Mark, wenn auch nicht gerade verdoppelt, so doch um mindestens 80 % vermehrt. Der Verkauf der Bethlen-Falva-Hütte im Jahre 1906 für 2,8 Millionen Mark an die Bismarck-Hütte bedeutete ein weiteres ausgezeichnetes Geschäft. Der riesenhafte landwirtschaftliche Besitz, sowie die Kohlengruben erfuhren mit dem volkswirtschaftlichen Aufschwung eine bedeutende Wertsteigerung. Das meiste Geld aber dürfte der Fürst am Terraingeschäft verdient haben. Auch aus seinen großen Mengen baren Geldes dürfte Fürst Henckel in den Zeiten der Geldknappheit ungewöhnliche Gewinne gezogen haben.

Da das Henckelsche Vermögen die verschiedenartigste Anlage hat und zu einem kleinen Teil auch im Auslande, insonderheit in Rußland und Österreich-Ungarn angelegt ist, so ähnelt das Henckelsche Vermögen dem der Fugger viel mehr als das Kruppsche Vermögen. Fürst Henckel gleicht mehr dem John Rockefeller als dem Andrew Carnegie, wenngleich das Henckelsche Vermögen noch nicht den fünften Teil des Vermögens dieser amerikanischen Milliardäre ausmacht. Es dürfte nicht ohne Interesse sein, an der Hand der amtlichen preußischen Statistik die Entwicklung des Kruppschen Vermögens mit der Entwickelung des Henckelschen Vermögens seit Einführung der Vermögenssteuer zu vergleichen. Bei der nachfolgenden Übersicht wolle man im Auge behalten, daß Herr Alfred Krupp im November 1902 gestorben ist, und daß ein kleiner Teil seines Vermögens, ungefähr in Höhe des Pflichtteils, für die zweite Tochter Barbara Krupp sowie für die Witwe ausgezahlt werden mußte, als die ältere Tochter die Firma übernahm.

Rothschilds, Krupps und Henckels

Jahr	Vermögen Millionen Mark			Einkommen Millionen Mark		
	Rothschild	Krupp	Henckel	Rothschild	Krupp	Henckel
1892				5,8	6,8	4,3
1893				5,8	7,2	4,1
1894				5,9	6,6	2,9
1895	204	119	71	6,1	7,1	2,7
1896	216	122	62	7	8	3
1897	216	129	65	7	9	4
1898				7	10	4
1899	266	148	85	7	13	5
1900				7	16	5
1901				5	21	6
1902	139	187	96	5	21	6
1903				5	14	7
1904				5	10	7
1905	113	214	120	5	12	8
1906				4	12	9
1907				4	17	11
1908	107	187	177	4	17	12
1909				5	14	12

Der letzte Freiherr von Rothschild zu Frankfurt a. M. starb im Jahre 1901 und Krupp im November 1902.

In der Zeit von 1895 bis 1899 sind diese drei großen Vermögen ziemlich gleichmäßig um rund 1/4 gestiegen.

Die Gleichmäßigkeit des Rothschildschen Einkommens, welches 5 Jahre hintereinander 7 Millionen Mark beträgt, sticht lebhaft ab gegen die rasche Zu-

nahme des Kruppschen und Henckelschen Einkommens, welches sich in ziemlich der gleichen Zeit so ungefähr verdoppelt.

Den größten Fortschritt hat das Einkommen des Herrn Alfred Krupp in den neun Jahren von 1892 bis 1901 zu verzeichnen, in denen es auf etwas mehr als das dreifache stieg. Während sich durch den Tod des Herrn Alfred Krupp ein nicht unbeträchtlicher Teil des Einkommens absplittert, steigt das Henckelsche Einkommen von 2,7 Millionen Mark im Jahre 1895 mit wunderbarer, schließlich gewaltig zunehmender Stetigkeit auf 12 Millionen im Jahre 1908.

In allen drei Familien beruht das ursprüngliche erhebliche Vermögen, wie es sich an der Schwelle der preußischen Vermögenssteuerstatistik zeigt, im erheblichen Umfange auf der geringen Kinderzahl der vorhergehenden Generation. Nach dem Tode seines Bruders war der letzte Rothschild, ebenso wie der letzte Krupp und Fürst Henckel, der einzige männliche Erbe seines Vaters. Fideikommisse oder fideikommißartige Bestimmungen haben in den drei Familien wesentlich dazu beigetragen das Vermögen zusammenzuhalten.

Gegen die Größe dieser Vermögen erscheint das Vermögen der Fugger in ihrer glänzendsten Zeit nur sehr klein. Das Fuggersche Vermögen gehörte immer mehreren männlichen Mitgliedern der Familie gemeinsam und erreichte Ende des Jahres 1527, etwa 2 Jahre nach dem Tode des bedeutenden Jakob Fugger, 2 Millionen Gulden = 14 Millionen Mark und im Jahre 1546 sogar 4¾ Millionen Gulden = 33 Millionen Mark als seinen höchsten Stand. (Ehrenberg, Große Vermögen, Seite 20.) Man rechnete damals

nach Goldgulden zu etwa 7 heutigen Mark (Schmoller, Die Einkommensverteilung in alter und neuer Zeit, Jahrbuch XIX. Jahrgang, 4. Heft, Seite 1069).

Das Vermögen Kaiser Karls V. wurde auf 4,5 Millionen Dukaten oder 31 Millionen Mark geschätzt (Schmoller a. a. O.). Luther schätzte das Einkommen eines mächtigen Königs auf 400000 Gulden oder 2,8 Millionen Mark. Die reichsten Leute im alten Rom sollen nach Schmoller ein Vermögen im Betrage von 15 bis 40 Millionen heutiger Mark gehabt haben. Crassus wird auf 39 Millionen Mark heutigen Geldes geschätzt (Schmoller, Grundriß II, Seite 452).

Man konnte sich zu den Zeiten der Fugger für 100000 Mark heutigen Geldes mehr Nahrungsmittel oder Grundstücke kaufen und auch mehr Diener halten. Aber die Kleidung und alle Luxusartikel, wie Uhren, Möbel, Papier, ferner viele Delikatessen, die Werkzeuge, die Waffen, die Wagen, und das Reisen kamen eben doch viel teurer.

In den vierundzwanzig Jahren vom Beginn der selbständigen Tätigkeit Jakob Fuggers, vom Jahre 1487 an bis zum Jahre 1511, soll sich das Vermögen der Fugger ungefähr verzehnfacht haben. Im Jahre 1511 betrug es nach Ehrenbergs Ermittelungen rund 250000 Gulden und nach Abzug der Austeilungen an die einzelnen Mitglieder der Familie rund 200000 Gulden oder 1,4 Millionen Mark heutigen Geldes. In den nächsten 16 Jahren hat es sich abermals verzehnfacht. Durch rund 40 Jahre zeigt es im Durchschnitt eine jährliche Verzinsung von 40—50 %. In der weiteren Periode des Aufsteigens vom Jahre 1527 bis zum Jahre 1546 warf es aber nur einen jährlichen

Durchschnittsgewinn von 10 % ab. Nun aber begann die Periode des Verfalls, die mit dem Bankrotte des Hauses und einem Verluste von 8 Millionen Gulden oder 56 Millionen Mark in der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts endete.

Das Vermögen Rothschilds, Krupps und des Fürsten Henckel hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten um vieles ruhiger entwickelt und ruht auf einer weit mehr soliden Grundlage, als es jemals bei den Fuggers der Fall war. Daher sind auch ähnliche Rückschläge nicht zu befürchten. Wahrscheinlich hat sich das Henckelsche Vermögen in den letzten vierzehn Jahren mehr als verdreifacht. Dies ist aber ein wesentlich langsamerer Prozeß als die Verzehnfachung des Fuggerschen Vermögens in 16 Jahren.

Immerhin wäre es verkehrt, zu meinen, daß eine jährliche Verzinsung von 40—50 % durch etwa 40 Jahre sich in der Gegenwart nicht mehr ereigne. Die Riesenvermögen eines John Rockefeller oder Andrew Carnegie sind mindestens in demselben Tempo, wahrscheinlich in einem noch schnelleren, angewachsen.

Das Vermögen Rothschilds, Krupps, des Fürsten Henckel dürfte das Privatvermögen und Hausvermögen des Kaisers und aller deutschen Fürsten überragen. Auch zu den Zeiten der Fugger dürften nur wenige Fürsten in Deutschland existiert haben, deren Vermögen es mit demjenigen der Fugger annähernd aufnahm. Immerhin haben die Fugger hauptsächlich mit dem Gelde der vielen deutschen Fürsten gearbeitet, die in der Hauptsache nur zu den Fuggers geschäftliches Vertrauen hatten.

Obgleich gegenwärtig das Kruppsche wie das Hen-

ckelsche Vermögen etwa sechsmal so groß ist, wie das der Fugger in ihrer Glanzzeit, so hat dennoch weder der Name Krupp noch der Name Henckel eine solche Bedeutung in unserem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben. Auf dem Gebiete der Kohlen- und Eisenindustrie wie auf dem Gebiete des Bankwesens sind eben riesenhafte Aktiengesellschaften vorhanden, deren Aktien in der Nation verstreut sind. Die Macht der Deutschen Bank allein mit ihren 200 Millionen Mark Aktienkapital und ihren 100 Millionen Mark Reserven überragt bei weitem den durch seine Geldflüssigkeit so starken Fürsten Henckel.

Auch die Fuggers ließen sich im Jahre 1514 adeln und schließlich im Jahre 1530 in den Grafenstand erheben. Auch sie kauften sich einige Herrschaften auf dem Lande, insonderheit Babenhausen und Weißenhorn. Aber ihr Grundbesitz war nicht annähernd so groß wie etwa derjenige des Grafen Tiele-Winckler oder auch nur des Fürsten Henckel. Obgleich die Güter wohl auch nicht den zehnten Teil wie heute kosteten, überlegten sie es sich augenscheinlich sehr genau, bevor sie sich zu einem Ankauf entschlossen.

Während Fürst Henckel groß wurde und sein Vermögen verdreifachte, wurde dicht neben ihm die Laurahütte und die Bismarckhütte und in Berlin die Deutsche Bank und die Dresdner Bank auch immer größer. Selbst seine Nachbarn, Graf Tiele-Winckler oder der Herzog von Ujest vermehrten ihr Vermögen mit unheimlicher Schnelligkeit. In allen Teilen Deutschlands und vielleicht Europas wuchsen die Industriellen und die Kapitalisten, während auch die mittleren Stände sich fortgesetzt verbesserten.

Und ebenso verschwindet die rasche Vorwärtsbewegung der Firma Friedrich Krupp in der gewaltigen Vorwärtsbewegung unserer Eisen- und Kohlenindustrie zu einem guten Teil. Daher spricht auch niemand von einem Zeitalter Krupps, Henckels, oder auch nur Rothschilds. Unsere reichen Zeitgenossen sind eben für die Rohstoffgewinnung, die Industrie, den Handel, das Bankwesen nicht entfernt das, was das Haus der Fugger ohne Konkurrenz war. Gegen die Fugger eiferte Luther mit gewaltiger Stimme. Gegen Krupp oder Henckel, die sechsmal reicher sind, eifert niemand, nicht einmal in den Reihen der Sozialdemokratie.

Die Fugger sind kaum in der kurzen besten Zeit ohne schwere Sorgen und Aufregungen gewesen. Heute werden die Vermögen von Krupp und Henckel ohne Sorgen und Aufregung verwaltet und vermehrt. In erster Linie ist diese günstige Lage der Rechtssicherheit und dem inneren wie äußeren Frieden zu verdanken, in zweiter Linie den Fortschritten in der Technik des Handels und Verkehrs, oder richtiger, den Fortschritten der Kultur. Niemand kann aber dafür Bürgschaft leisten, daß der innere und äußere Friede auf Jahrzehnte hinaus erhalten bleibt.

Das Bild von Sais ist entschleiert. Haben wir recht gehandelt? Der Staat selbst verschweigt die Namen der Höchstbesteuerten wie aller Steuerzahler. Auch haben die Höchstbesteuerten selbst nicht den Wunsch ausgesprochen, daß eine Übersicht ihres Einkommens und Vermögens veröffentlicht werde.

Wie die fürstliche und geistliche Gewalt, so beruht auch die finanzielle Gewalt in einem gewissen Umfange in dem Geheimnisvollen. Je mehr der Kaiser von

China, der Dalai Lama von Tibet oder Jakob Fugger sich zurückhalten und den profanen Augen entziehen, umso größer ist die ihnen dargebrachte Verehrung. Die Veröffentlichung der Einkommen und Vermögen der reichsten Großkapitalisten bedeutet Aufklärungsarbeit und daher einen Fortschritt der Kultur. Im Zeitalter der Aufklärung leben aber auch die Inhaber der finanziellen, fürstlichen und geistlichen Gewalt sicherer als je zuvor. Fürst Henckel und Frau Krupp von Bohlen haben nicht die Sorgen eines Jakob Fugger und seiner Erben. Die Macht der Öffentlichkeit schützt die heutigen Geldmagnaten. Das Haus Fugger ging zugrunde, weil die Fürsten die Darlehne nicht zurückzahlten, welche sie aufnahmen. Heute würde die öffentliche Meinung die Fürsten zwingen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Öffentlichkeit würde ihnen aber auch die Möglichkeit zu einer geordneten Finanzverwaltung und daher zur Verzinsung der erhaltenen Darlehne oder Anleihen bieten. Die Macht der Öffentlichkeit bewahrt uns vor Kabinettskriegen, Palastrevolutionen, Religionskriegen, Revolutionen und sichert den inneren und äußeren Frieden.

Niemand hat in dem Jahre 1530 in Augsburg daran gedacht, das Einkommen und Vermögen der Fugger während der letzten 20 Jahre in einem Buche zu veröffentlichen. Die Fugger waren bekannt als Bücherliebhaber. Schon Jakob Fugger legte eine bedeutende Bibliothek an. Und Hans Jakob Fugger verfaßte im Jahre 1547 selbst eine Familienchronik, die bis in die neueste Zeit als Grundlage für die Geschichte des Hauses Fugger gedient hat. Aber ein Buch mit Zahlen über ihr Einkommen und Vermögen

würde sie wenig erfreut haben. Es war ihr Geschäftsgeheimnis, daß sich das Familienvermögen vom Jahre 1475 bis zum Jahre 1500 um 37 % vermehrt hatte. Besonders in der Blütezeit der Fugger, bevor sie den Höhepunkt erreicht hatten, war ihr eigenes Vermögen nur ein kleiner Teil ihres Geschäftskapitals. Im Jahre 1509 verschaffte Jakob Fugger dem Kaiser Max für den Krieg gegen Venedig 170000 Dukaten in Wechseln, obgleich er ihm kurz zuvor gegen Verpfändung der Grafschaften Kirchberg und Weißenhorn 70000 Gulden vorgeschossen hatte. Er lieh dem Kaiser also 1,7 Millionen Mark zu einer Zeit, wo das Fuggersche Familienvermögen noch nicht 1,4 Millionen Mark heutigen Geldes betrug. Dank dem Genie Jakob Fuggers verfügten sie in großem Maße über große Geldkapitalien. Bevor sie sich selbst ein sehr großes Vermögen verdient hatten, beruhte ihre Vornehmheit auf dem unbeschränkten Kredite, dessen sie sich „in der ganzen Christenheit" und darüber hinaus erfreuten.

Aber die Fugger wären besser gefahren, wenn die Aufklärungen auf allen Gebieten damals schon größere Fortschritte gemacht hätten. Die Fugger bekamen viel Geld geborgt und liehen viel Geld aus. Aber die Deutsche Bank allein erhält 100 Mal mehr und zu billigeren Bedingungen. Und wenn sie das Geld ausleiht, hat sie nicht den hundertsten Teil des Risikos, unter dem die Fugger so schwer zu leiden hatten. Jedermann kennt das Einkommen und Vermögen der Deutschen Bank. Und die Deutsche Bank kennt das Einkommen und Vermögen derjenigen Gesellschaften oder Personen, denen sie Darlehne gibt

oder in irgendwelcher Form Kredit gewährt. Öffentlichkeit und Sachkenntnis, gerade auch auf dem Gebiete des Einkommens und Vermögens, ist die Grundlage des modernen Kreditverkehrs.

Das Vermögen des Fürsten Pleß.

Fürst Pleß hat einen Grundbesitz von 40437 Hektar allein in Oberschlesien und ist nach dem Herzog von Ujest dort der größte Besitzer. Aber der Fürst von Pleß residiert nicht in Oberschlesien, sondern auf seinem Schlosse Fürstenstein im Kreise Waldenburg, Regierungsbezirk Breslau. Auch der Waldenburgsche Grundbesitz des Fürsten ist sehr bedeutend.

Die Standesherrschaft Pleß in Oberschlesien besitzt das Bergregal über ein privilegiertes Bergbaugebiet von 68043 Hektar. Nicht weniger als 5 Gruben sind gegenwärtig im Betrieb. Bereits im Jahre 1891 hatten sie eine Gesamtbelegschaft von 1042 Köpfen und eine jährliche Förderung von 247572 Tonnen.

Auch der fürstliche Kohlenbergbau im Waldenburgschen ist sehr bedeutend, insgesamt dürfte der Fürst im Waldenburgschen und Oberschlesischen zusammen mehrere tausend Bergarbeiter beschäftigen.

Fürst von Pleß gehört dem Hause der Grafen von Hochberg an, die nicht zum hohen Adel zählen. Die Hochbergs gehören aber zum schlesischen Uradel. Sie besitzen das Schloß Rohnstock seit dem Jahre 1497 und Fürstenstein seit dem Jahre 1509. Erst im Jahre 1847 erwarben sie das Fürstentum Pleß vom Herzog Heinrich von Anhalt-Köthen und erst seit dem

Jahre 1861 führt der Fürst von Pleß mit preußischer Genehmigung den Titel Durchlaucht.

Der gegenwärtige Fürst von Pleß, Hans Heinrich VI., Graf von Hochberg, Freiherr zu Fürstenstein, wurde im Jahre 1861 zu Pleß geboren und verheiratete sich im Jahre 1891 zu London mit Mary West aus dem Hause der Earls Delawarr, geboren zu Ruthin Castle im Jahre 1873. Als sein Vater am 14. August 1907 starb, fiel ein Teil des Vermögens an seine fünf Geschwister und Halbgeschwister sowie an seine Stiefmutter.

Da die jüngste Halbschwester des jungen Fürsten, die Gräfin Anna Hochberg, erst am 24. Februar 1888 geboren war, so mußte ihr ein Vormund bestellt und der Nachlaß gerichtlich festgestellt werden. Die Steuereinschätzungen nach dieser gerichtlichen Feststellung erheischen besondere Beachtung.

Regelmäßig werden gerichtliche Nachlaßverhandlungen einen solchen Nachlaß höher einschätzen, als dies bisher der Fall war. Vermögen, in denen die schwarzen Diamanten eine große Rolle spielen, sind überhaupt sehr schwer zu schätzen. Welcher Sachverständige kann den Fürsten Pleß oder August Thyssen oder Hugo Stinnes oder die Haniels richtig einschätzen? Von Wichtigkeit ist immer, ob der Sachverständige an eine kommende Kohlenknappheit und Kohlenteuerung in dem betreffenden Landesteil oder gar in ganz Europa glaubt. Wenn es richtig ist, daß die Kohlen schon in hundert Jahren in Europa knapp werden und in manchen bisherigen Revieren ganz verschwinden, so wird man einen starken unterirdischen Kohlenbesitz sehr hoch einschätzen. Aber der Umfang

der unterirdischen Schätze und die künftigen Kosten des Abbaues müssen auch richtig geschätzt werden. Selbstverständlich darf die Schätzung des Wertes der Kohlenvorräte nicht ganz von der gegenwärtigen Jahresproduktion und deren Wert abhängig sein. Denn sonst könnte es leicht vorkommen, daß ein großer Kohlenmagnat mehr Vermögenssteuer zahlen muß, als er überhaupt jährliche Einnahmen hat.

Verschiedene Methoden der Schätzung, besonders bei verschiedenen Gelegenheiten, erklären manche auffallende Erhöhungen oder Abnahmen in den Vermögensübersichten dieses Buches.

Des Fürsten Pleß

Jahr	Vermögen Millionen Mark	Einkommen Millionen Mark	
1892		1,7	
1893		1,9	
1894		2,1	(genau 2125000)
1895	84	2,1	(„ 2085000)
1896	86	2,2	(„ 2—3)
1897	84	2,8	(„ 2—3)
1898		2,8	(„ 2—3)
1899	85	2,8	(„ 2—3)
		Steuerbetrag 112000 Mk.	
1900		2,8	(„ 2—3)
		Steuerbetrag 112400 Mk.	
1901		2,8	(„ 2—3)
1902	92	4	(„ 3—4)
1903		4	(„ 3—4)
1904		3,8	(„ 3—4)
1905	91	2,5	(„ 2—3)

Jahr	Millionen Mark	Millionen Mark
1906		2,5
1907		2
1908	84	2
1909		2

Das Vermögen des Fürsten Pleß hat noch im Jahre 1899 das Vermögen des Fürsten Henckel um 13 Millionen Mark überragt, 3 Jahre zuvor besaß Fürst Pleß sogar 24 Millionen Mark mehr als Fürst Henckel. Erst im Jahre 1902 überflügelte Fürst Henckel den Fürsten Pleß.

Bis zum Jahr 1897 gibt die amtliche Statistik das größte Vermögen und Einkommen für den Regierungsbezirk Breslau gesondert an. Es ist eine Person auf dem platten Lande, und diese Person ist Fürst Pleß. Der alte Fürst kann also im Jahre 1892 kein größeres Einkommen deklariert haben als 1,7 Millionen Mark und im Jahre 1897 kein größeres Einkommen als 3 Millionen Mark und kein größeres Vermögen als 84 Millionen Mark. Erst von demselben Jahre ab bereitet es Schwierigkeit, die weitere Entwicklung des Vermögens festzustellen.

Noch im Jahre 1902 war der alte Fürst Pleß der viertreichste Mann im Königreiche Preußen, da nur Krupp, Freiherr von Goldschmidt-Rothschild und der Fürst Henckel ein größeres Vermögen besaßen.

Das Vermögen des Herzogs von Ujest.

Christian Kraft, 5. Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, 2. Herzog von Ujest, ist in Oehringen in Württem-

berg am 21. März 1841 geboren, wohnt jetzt im Schloß Slawentzitz in Oberschlesien und war niemals verheiratet. Er ist erbliches Mitglied der Kammer der Standesherren im Königreiche Württemberg und des preußischen Herrenhauses. Im Reichstage vertritt er den Wahlkreis Oppeln I, Kreuzburg-Rosenberg, gehört der Deutsch-konservativen Partei an, redet aber niemals.

Er ist bei weitem der reichste unter allen Mitgliedern der weitverzweigten Familie Hohenlohe. In Oberschlesien ist er der größte Grundbesitzer und besitzt eine Fläche von 42000 Hektar. Bei der nachfolgenden Vermögensübersicht ist zu beachten, daß der Vater des Herzogs am 23. August 1897 starb und ein Teil seines Vermögens an die sieben Geschwister des gegenwärtigen Herzogs fiel. Der jüngere Bruder des gegenwärtigen Herzogs Prinz Friedrich Karl von Hohenlohe ist mit Marie Gräfin von Hatzfeldt, einer Tochter des verstorbenen Botschafters in London, verheiratet. Ein anderer Bruder, Prinz Johann, preußischer Gesandter in Dresden, ein dritter Bruder, Prinz Max, Major bei den 2. Garde-Ulanen, und ein vierter Bruder, Hugo, führt gegenwärtig den Namen eines Grafen von Hermersberg.

Keiner der deutschen Magnaten ist derartig vom Glück begünstigt worden wie der Herzog von Ujest. Fürst Henckel hat sein gewaltiges Vermögen durch eine aufreibende kaufmännische Tätigkeit und unter manchen Mißerfolgen und Sorgen erworben. Dem Herzog von Ujest sind riesenhafte Wertsteigerungen einfach in den Schoß gefallen.

Die nachfolgende Vermögensübersicht zeigt, daß

das Vermögen durch die Erbteilung nach dem Tode seines Vaters im Jahre 1897 von 60 Millionen auf 54 Millionen im Jahre 1899 zurückging und noch im Jahre 1902 nur 59 Millionen Mark betrug. Dann aber kam ein unerhörter Aufschwung.

	Vermögen	Einkommen	
Jahr	Millionen Mark	Millionen Mark	
1892		1,8	(genau 1785000)
1893		1,8	(„ 1800000)
1894		1,9	(„ 1855000)
1895	45	2,7	(„ 2680000)
1896	58	3	(„ 2—3)
1897	60	3	(„ 2—3)
1898		3	(„ 2—3)
1899	54	3	(„ 2—3)
1900		4	(„ 3—4)
1901		4	(„ 3—4)
1902	59	5	(„ 4—5)
1903		7	(„ 6—7)
1904		7	(„ 6—7)
1905	100	7	(„ 6—7)
1906		7	(„ 6—7)
1907		6	
1908	151	7	
1909		7	

Ist es möglich, daß das Vermögen des Herzogs von Ujest von 59 Millionen Mark im Jahre 1902 auf 100 Millionen Mark im Jahre 1905 und auf 151 Millionen Mark im Jahre 1908 angeschwollen ist? Die Steigerung würde bei Fortsetzung in dem=

selben Tempo im Jahre 1910 schon den dreifachen Betrag des Jahres 1902 erreicht haben.

Ich stelle fest, daß ich von der Richtigkeit dieser Zahlen eine Gewähr nicht übernehme. Ist aber der Herzog von Ujest nicht der Glückliche der das Hundertfache des Großen Loses mehrmals gewonnen zu haben scheint, so ist's eben ein anderer. Die enorme plötzliche Vermögensteigerung, und zwar auf dem platten Lande, ist durch die amtliche Statistik für die Jahre 1905 und 1908 festgestellt. Aber die größte Wahrscheinlichkeit spricht für den Herzog von Ujest.

Durch einen Blick in die „Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern im preußischen Staate", Berlin 1908. Verlag des Königlichen Statistischen Landesamts, Seite XX, kann sich jedermann davon überzeugen, daß eine Person auf dem platten Lande, die im Jahre 1905 nur 100 Millionen Mark Vermögen besaß, bereits im Jahre 1908 über ein Vermögen von 151 Millionen Mark verfügt. Wem bekannt ist, daß Fürst Henckel mit 177 Millionen Mark Vermögen im Jahre 1908 die reichste Person auf dem platten Lande war, der kann die Rolle des Zweitreichsten mit 155 Millionen Mark im Jahre 1908 nur entweder dem Herzog von Ujest oder dem Fürsten Pleß zuweisen. Da der alte Fürst Pleß am 14. August 1907 gestorben ist und eine Witwe und 6 Kinder hinterlassen hat, so ist nicht anzunehmen, daß das Vermögen seines ältesten Sohnes und Hauptherben bei der Einschätzung im folgenden Jahre sich gegenüber der letzten Einschätzung im Jahre 1905 in so riesenhafter Weise vergrößert hat.

Auch sonst hat man nicht gehört, daß wie ein Meteorstein ein Krösus vom Himmel plötzlich auf das platte Land in Preußen gefallen ist. Die Lösung des Rätsels kann nur eine natürliche sein. Und eine in seltenem Maße glückliche Vermögensvermehrung ist nur von dem Herzog von Ujest bekannt.

Der Glücksumstand liegt in der Begründung der Hohenlohewerke. Diese Aktiengesellschaft wurde am 3. April 1905 gegründet, und zwar zunächst mit einem Kapital von 40 Millionen, welches erst durch die Generalversammlung vom 29. Juli 1909 auf 48 Millionen Mark erhöht wurde.

Den weitaus größten Teil der Bergwerksanteile, Bergwerke, Grubenfelder und Anlagen hat die Aktiengesellschaft von dem Herzog von Ujest erworben. Die in dem Vertrage bedungene Gesamtgegenleistung hat in 44 Millionen Mark bar und in dem Versprechen auf eine jährliche, mit 3 Millionen Mark bar zahlbare, ewige, vererbliche, nach bestimmten Grundsätzen ablösbare Rente bestanden. Diese Rente war durch Verpfändung von Kuxen und Eintragung einer Sicherheitshypothek sichergestellt. Sie wird jetzt durch bare Zahlung von 32 Millionen Mark abgelöst.

Es ist sicher, daß der Herzog von Ujest noch heut einen sehr großen Teil der Aktien der Hohenlohewerke besitzt, denn er hat erst neulich den Aufsichtsrat nach seinem Belieben umgestaltet. Als die Aktien der Hohenlohewerke am 2. Juli 1906 zum erstenmal notiert wurden, betrug der Kurs 201% und Ende 1906 206%, Ende 1909 sogar 227%. Nimmt man an, daß Fürst Christian Kraft, wie sich der Herzog gewöhn-

lich nennt, 25 Millionen Mark an Aktien besitzt, so repräsentierten dieselben sehr bald nach der Gründung den Wert von 50 Millionen Mark. Die Steuerbehörde dürfte den Fürsten Christian Kraft darauf aufmerksam gemacht haben, daß sie die ewige Rente als ein Kapital von vielleicht 70 Millionen Mark betrachtet. Zusammen würden diese beiden Beträge schon 125 Millionen Mark Vermögen ergeben. Der oberschlesische Grundbesitz des Herzogs von Ujest ist allein auf etwa 28 Millionen Mark Wert zu veranschlagen. Daneben besitzt der Fürst noch andere Grundstücke und Vermögenobjekte. Es ist also sehr gut möglich, daß eine ähnliche Aufmachung zu einer Vermögenschätzung von 151 Millionen Mark geführt hat. Niemand wird bestreiten können, daß eine ewige vererbliche Rente von 3 Millionen Mark jährlich, die überdies vollkommen sichergestellt ist, mit 70 Millionen Mark nicht zu hoch veranschlagt wurde.

Diejenige Person auf dem platten Lande, die plötzlich zu einem Vermögen von 151 Millionen Mark gelangt, muß in den Jahren vorher und nachher auch über ein gutes Einkommen verfügen. Von dem Fürsten Henckel, der über das größte Einkommen auf dem platten Lande verfügt, abgesehen, war das größte Einkommen auf dem Lande in Preußen in den Jahren 1909 und 1908 je 7 Millionen, in dem Jahre 1907 6 Millionen und in den 4 vorhergehenden Jahren je 7 Millionen. In dem Jahre 1907 hatte der dritte auf dem platten Lande in Preußen nicht mehr als 3 bis 4 Millionen Mark Einkommen. Und dieser dritte kann nicht der Herzog von Ujest sein. Denn die Rente aus den

Hohenlohewerken beträgt allein 3 Millionen Mark jährlich. Dazu kam die hohe Dividende seines großen Besitzstandes an Aktien der Hohenlohewerke. Die Dividende betrug in den am 1. April eines Jahres beginnenden Geschäftsjahren 1905/06—1909/10 nicht weniger als 10, 11, 9, 8, 9%. Rund 2—2½ Millionen Mark dürften dem Herzog von Ujest allein als Dividende jährlich zugeflossen sein. Hierzu kommt ein Einkommen von 1—2 Millionen Mark aus Grundbesitz. Der Herzog kann also im Jahre 1907 nicht weniger als 6 Millionen Mark gehabt haben. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß das Einkommen des Fürsten Pleß sich durch den Tod des alten Fürsten am 14. August 1907 zum mindesten für das Jahr 1907 verringern mußte.

Aber kann nicht der große Steuerzahler, der im Jahre 1908 plötzlich mit 151 Millionen Mark Vermögen in der Statistik des platten Landes erscheint, aus der Stadt auf das Land gezogen sein? Nein; dies ist nicht möglich. Denn bei der Veranlagung zur Vermögenssteuer im Jahre 1905 gab es außer der Frau Krupp von Bohlen mit 214 Millionen Mark Vermögen nur noch eine Person in den preußischen Städten, die mehr als 58 Millionen Mark Vermögen besaß. Und diese Person wohnt seit langer Zeit in derselben Stadt und ist seit dem Jahre 1908 und später dem platten Lande fern geblieben. Es ist der Freiherr von Goldschmidt-Rothschild mit einem Vermögen von 113 Millionen Mark im Jahre 1907.

Wenn wir mit unserm Scheinwerfer auch das

ganze platte Land Preußens absuchen, so können wir doch das Phänomen der 151 Millionen Mark Vermögen nicht anders aufklären, als es bereits geschehen ist. Die 151 Millionen Mark bleiben auf dem Herzog von Ujest sitzen.

Gibt es in der Vermögens- oder Einkommensteuer öfters ein solches Phänomen wie das plötzliche Auftauchen der 151 Millionen Mark? Wir haben die Entstehung dieses Phänomens durch die beiden Übersichten über das Vermögen des Fürsten Pleß und des Herzogs von Ujest genügend aufgeklärt. Das Riesenvermögen ist nicht vom Himmel gefallen, sondern es hat sich in unglaublich kurzer Zeit aus einem andern großen ländlichen Vermögen entwickelt.

Solche Phänomene tauchen um so öfter auf, je mehr die Öffentlichkeit sich mit der Entwicklung der Vermögen und Einkommen beschäftigt. Diejenigen, welche die Ausdehnung der Reichserbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten auf das äußerste bekämpfen, wissen sehr wohl, was sie damit bezwecken. Im Dunkeln ist gut Munkeln! Das gleichzeitige Bestehen und Ineinandergreifen von Erbschafts-, Einkommen- und Vermögenssteuer erschwert die Steuerhinterziehung.

Zu den Zeiten des Fürsten Bismarck und der von ihm mit aller Energie festgehaltenen Klassensteuer zahlten die Besitzenden nur ganz ausnahmsweise ehrlich ihre Steuern. Die Steuerhinterziehungen waren damals ungeheuer.

Es kommt nicht selten vor, daß das Eingreifen der Öffentlichkeit wie eine Zauberrute wirkt. Eine öffentliche Nachlaßregulierung oder die Umwandlung

eines Geschäfts in eine Aktiengesellschaft zeigen den erstaunten Blicken der Zeitgenossen mitunter eine Goldquelle. Mitunter mag der Besitzer eines Werkes erst durch die Unterhaltungen mit Sachverständigen aus Anlaß der Umwandlung einer Aktiengesellschaft den wahren Wert seines Werkes kennen lernen.

Dem Herzog von Ujest scheint es ähnlich ergangen zu sein. Als er mit der Berliner Handelsgesellschaft zwecks Begründung einer Aktiengesellschaft vor fünf Jahren in Unterhandlungen trat, stellte sich heraus, daß er bis dahin überhaupt keine Buchführung gehabt hatte, die den kaufmännischen Grundsätzen entsprach. Daher mußte der Wert seiner Liegenschaften und Unternehmungen durch besondere Sachverständige geschätzt werden. Fürst Christian Kraft hatte eine stattliche jährliche Steinkohlenproduktion. Aber seine Spezialität und Stärke lag in dem Zinkvorkommen, welches ihm das meiste Geld einbrachte. Das Steigen der Zinkpreise und die Ausdehnung der Zinkförderung haben das Einkommen des Fürsten schon in den letzten Jahren vor Begründung der Aktiengesellschaft gewaltig gesteigert. Der Doppelzentner gutes schlesisches Zink kostete in Breslau im Jahre 1898 nur 39,5 Mark, im Jahre 1903 40,4 Mark, und stieg allmählich auf 49,8 Mark im Jahr 1905 und 53,3 Mark im Jahre 1906.

In den letzten drei Jahren vor Begründung der Aktiengesellschaft Hohenlohewerke betrugen die Bruttoerträge der Unternehmungen nach Absetzung der Betriebsunkosten 9,1 Millionen Mark im Geschäftsjahr 1902/03, 8,2 Millionen Mark 1903/04 und 9,7

Millionen Mark 1904/05. In voller Übereinstimmung hiermit betrug das Einkommen des Fürsten nach der Steuerstatistik in den Jahren 1903, 1904 und 1905 einige Millionen Mark weniger, und zwar 6—7 Millionen Mark jährlich.

Das Einkommen des Fürsten Christian Kraft hat sich durch die Begründung der Aktiengesellschaft trotz der 3 Millionen Rente nicht erhöht. Aber seine Zinkerzbergwerke und Hütten sind bei dieser Gelegenheit geprüft und neu bewertet worden. Erst der Verkauf zeigt, was eine Sache wert ist. Man kann dem Fürsten durchaus keinen Vorwurf machen, wenn er sein Vermögen im Jahre 1902 nur auf 59 Millionen Mark deklarierte. Wären die Zinkpreise nicht gestiegen, sondern gefallen, wäre die Zunahme seines Vermögens nicht eingetreten. Immerhin dürfte der Fall ein typischer Beweis dafür sein, daß private Besitzer großer Liegenschaften, besonders solcher, die von alters her ererbt sind, regelmäßig in der Statistik der Vermögenssteuer zu niedrig angegeben sind.

Geh. Kommerzienrat Karl Henschel.

Die größte Lokomotivenfabrik, nicht nur Preußens, sondern auch Deutschlands, ist die Firma Henschel & Sohn in Kassel. Mitte August 1910 vollendete diese renommierte Maschinenfabrik die zehntausendste Lokomotive. Der Hauptinhaber Karl Henschel, der aus

diesem Anlaß Geheimer Kommerzienrat wurde, ist am 3. Oktober 1873 in Kassel geboren und hat im Jahre 1896, 2 Jahre nach dem Tode seines Vaters Oskar Henschel im Jahre 1894, die Leitung der alten und bedeutenden Firma übernommen. Neben Karl Henschel ist die Witwe seines Vaters Frau Geheime Kommerzienrat Sophie Henschel, Inhaberin der Firma, die also zwei Personen gehört. Im Jahre 1904 erwarb die Firma Henschel & Sohn die Henrichshütte zu Hattingen an der Ruhr. Auf diesem großen Eisenwerke mit Hochofen, Stahlwerk, Rohr- und Blechwalzwerk sind gegenwärtig 3500 Arbeiter beschäftigt. In Kassel beschäftigt die Firma gegen 6000 Arbeiter und Angestellte, so daß die Gesamtzahl ihrer Arbeiter regelmäßig mehr als 9000 beträgt.

Die Entwicklung des Einkommens und Vermögens des Geheimen Kommerzienrats Karl Henschel ist aus der nachfolgenden Tabelle zu ersehen, die für die Jahre 1900—1907 sogar den ganz genauen Steuerbetrag der von ihm gezahlten Einkommensteuer angibt. Auffallend ist der Rückgang des Steuerbetrages und dementsprechend des Einkommens in den Jahren 1904 bis 1906. Aber jedermann kann sich aus den Mitteilungen über die Verwaltung der direkten Steuern im preußischen Staate aus jenen Jahren davon überzeugen, daß der höchste Steuerbetrag in der Stadt Kassel und im ganzen Regierungsbezirk Kassel in diesen Jahren nicht höher war. Wahrscheinlich schmälerte die soeben im Jahre 1904 übernommene Henrichshütte für mehrere Jahre in erheblicher Weise das Einkommen des Mitinhabers der Firma Henschel & Sohn.

Des Lokomotivfabrikanten Henschel in Kassel

Jahr	Vermögen Mill. Mark	Einkommen Mill. Mark	
1892		1,1	
1893		1,9	(genau 1930000)
1894		2,3	
1895	25	3	(„ 3090000)
1896	27	3	
1897	28	3	
1898		3	
1899	33 (32—33)	3—4	
1900		3—4	(Steuerbetrag 155440 Mk.)
1901		3—4	(Steuerbetrag 186000 Mk.)
1902	40 (39—40)	4—5	(Steuerbetrag 187000 Mk.)
1903		4—5	(Steuerbetrag 191200 Mk.)
1904	wurde die Henrichshütte in Hattingen erworben	3—4	(Steuerbetrag 150600 Mk.)
1905	40 (39—40)	2—3	(Steuerbetrag 112400 Mk.)
1906		2—3	(Steuerbetrag 99400 Mk.)
1907		2—3	(Steuerbetrag 106000 Mk.)
1908	46 (45—46)	3—4	(Steuerbetrag rund 140000 Mark)
1909		3—4	

Bei dem Vermögen Karl Henschels in Höhe von 25 Millionen Mark im Jahre 1895 ist zu bedenken, daß sein Vater schon damals gestorben war, daß Karl Henschel aber nicht der einzige Inhaber der Firma ist. Das Vermögen Karl Henschels hat sich beständig vermehrt, wenn auch das Einkommen in den Jahren 1904—1906 nicht unerheblich zurückgegangen war.

Im Jahre 1899 war das Vermögen Karl Henschels das zehntgrößte im preußischen Staat und das sechstgrößte in den Städten Preußens. Allerdings bedeuteten die 33 Millionen Mark Karl Henschels nicht viel im Vergleich zu den 266 Millionen Mark Rothschilds in Frankfurt am Main, oder den 148 Millionen Mark Alfred Krupps. Indessen hatte schon damals der Fürst Henckel von Donnersmarck nur etwas mehr als das Doppelte, nämlich 72 Millionen Mark.

Während aber das Henckelsche Vermögen bis zum Jahre 1908 auf 177 Millionen Mark, also auf das Zweieinhalbfache stieg, wuchs das Henschelsche Vermögen nur um ein reichliches Drittel, nämlich bis auf 46 Millionen Mark.

Immerhin würde Karl Henschel im Jahre 1908 mit seinem Vermögen noch an der Spitze der reichen Berliner gestanden haben, wenn er in der Hauptstadt seinen Wohnsitz genommen hätte. Denn Ernst von Mendelssohn-Bartholdy, der reichste Mann Berlins, hatte im Jahre 1908 nur 43 Millionen Mark Vermögen und Fritz von Friedländer-Fuld und Eduard Arnhold nur 40 Millionen Mark. Aber während Karl Henschel aus einer alten Gießerfamilie des 16. Jahrhunderts stammt, aus der schließlich im Jahre 1817

die heutige Maschinenfabrik Henschel & Sohn hervorging, haben Friedländer und Arnhold sich ihr riesenhaftes Vermögen selbst in verhältnismäßig kurzer Zeit mit dem Kohlengeschäft verdient.

Das Stumm'sche Vermögen.

Freiherr Carl Ferdinand v. Stumm-Halberg starb im Alter von 65 Jahren am 8. März 1901 auf Schloß Halberg bei Saarbrücken. Seit dem Jahre 1858 hatte er die Leitung der schon zum Teil von seinen Vorfahren betriebenen Eisenhüttenwerke an der Saar, besonders in Neunkirchen, und wurde 1875 auch Teilhaber an der Halberger Hütte. Stumm war auch Vorsitzender des Aufsichtsrats und Hauptaktionär der Dillinger Werke in Dillingen a. d. Saar. Neben Fried. Krupp sind die Dillinger Werke die größten Fabrikanten von Panzerplatten. Sie stehen mit Fried. Krupp im Kartell. Die Konkurrenz ist also eine nur äußerliche. Das Panzerplattenwerk in Dillingen ist fast ebenso eingerichtet wie das Panzerplattenwerk in Essen. Das ursprüngliche Verfahren zur Herstellung der Panzerplatten stammt von Fried. Krupp. Seit Begründung des Panzerplattenwerks in Dillingen tauschen aber die beiden Monopol-Firmen ihre wichtigsten Erfahrungen gegenseitig aus.

Die Fabrikation von Panzerplatten ist in der Hauptsache eine empirische Wissenschaft. Irgend ein Werkmeister der Firma Fried. Krupp kam einst auf die Idee, die glühende Platte vollständig in Öl zu tauchen, um sie dadurch zu härten. Seitdem ist dieses

16*

Verfahren derartig ausgebildet, daß aus diesem Grunde die Panzerplattenfabrikation in einem zweckentsprechend gebauten hohen Gebäude mit gewaltiger Badevorrichtung stattfinden muß. Die riesenhaften Panzerplatten für unsere Dreadnoughts oder Festungswerke werden in vollständig glühendem Zustande von starken fahrenden Krähnen erfaßt und in das Ölbad versenkt, wo sie eine bestimmte Anzahl von Minuten untertauchen müssen.

Es gibt kaum irgendeinen Zweig der Eisenindustrie, an dem soviel Geld verdient worden ist, wie an der Panzerplattenfabrikation zu Dillingen und Essen. „Es ist eine Sünde, was an der Panzerplattenfabrikation verdient wird," sagte vor etwa 11 Jahren der verstorbene Freiherr v. Stumm-Halberg selbst gelegentlich in Berlin zu einem preußischen Staatsminister.

Die Firma Gebr. Stumm gehörte dem König Stumm, wie der Freiherr v. Stumm-Halberg im Volksmunde genannt wurde, nicht allein, sondern in Gemeinsamkeit mit seinen Brüdern, aber er besaß den Hauptanteil der offenen Handelsgesellschaft. Sein jüngerer Bruder Ferdinand nahm als Offizier an den Feldzügen von 1864, 1866 und 1870 teil, trat 1869 zur diplomatischen Laufbahn über und war in der Zeit von 1879—1890 Botschafter in Madrid. In dem Jahre 1888 wurde er in den Freiherrnstand erhoben. Er führt aber als Freiherr nicht den Zusatz Halberg, der seinem älteren Bruder als Besitzer des von ihm gekauften Schlosses Halberg zustand. Das Vermögen und Einkommen des verstorbenen Königs Stumm, wie es in der nachfolgenden Übersicht dargestellt worden ist,

überragte bei weitem das Vermögen und Einkommen seiner drei Brüder bzw. deren Kinder.

Jahr	Das Freiherrlich Stummsche Vermögen Mill. Mark	Einkommen Mill. Mark	
1892		1,9	(1895000 genau)
1893		1,9	(1945000 „)
1894		2	(2005000 „)
1895	25	2	(2070000 „)
1896	26	2—3	
1897	28	2—3	
1898		2—3	
1899	32 (31—32)	2—3	
1900		2—3	

Im Jahre 1897 war König Stumm mit einem Vermögen von 28 Millionen Mark der zehntreichste Mann im Königreiche Preußen, und auf dem platten Lande stand er sogar an fünfter Stelle.

Im Jahre 1899 stand er mit einem Vermögen von 32 Millionen Mark an elfter Stelle in Preußen und an fünfter Stelle auf dem platten Lande. Aber die schlesischen Magnaten, die reicher waren als er, genierten ihn wenig, denn er traf höchstens gelegentlich in Berlin mit ihnen zusammen. Auch Rothschild in Frankfurt a. M. konnte ihm gleichgültig sein. Seine Konkurrenz saß auf dem Hügel bei Essen. Wenngleich König Stumm den Hügel ebenso zu umgehen wußte, wie Krupp den Halberg, so mußte doch schon in Rücksicht auf das Panzerplattenwerk der Dillinger Werke und manche andere Preisverabredung äußerlich für Aufrechterhaltung der guten Beziehungen gesorgt wer-

den. Alfred Krupp war wie Stumm Mitglied des Herrenhauses und des Staatsrats und in der Zeit von 1893—1898 auch Mitglied des Reichstags, wo er gleichfalls der unter dem Einflusse Stumms stehenden Reichspartei angehörte. In Berlin trafen sich die beiden größten Eisenindustriellen des Westens also häufig und verkehrten auch miteinander.

Aber Stumm hatte immer das Gefühl, als wenn Krupp beim Kaiser und bei den Ministern seinen Einfluß zugunsten der Firma Fried. Krupp und des Ruhrgebiets geltend machte. Während Stumm als Handelskammerpräsident von Saarbrücken und als ungekrönter König des Saarreviers sich zur Vertretung der Saarinteressen berufen fühlte. Und was Stumm in die Hand nahm, das wurde durchgebogen nach der Art der alten Kesselschmiede. Ihm war es fast unbekannt, daß der Mensch nicht alles erreichen kann, was er gern möchte.

Es gab eine Zeit, wo kein preußischer Minister es wagte, dem Freiherrn von Stumm rundweg etwas abzulehnen. War es unmöglich, seinen Wünschen zu entsprechen, so suchte man ihn durch allerhand Vorwände hinzuhalten.

In der Zeit vom 25. April 1892, wo der Kaiser bei dem Könige Stumm auf dem Schlosse Halberg abgestiegen war, bis zum Jahre 1899 waren die Beziehungen zwischen dem Kaiser und Stumm vortreffliche. Nicht selten ging der Kaiser mit Stumm im Tiergarten spazieren. Erst im Jahre 1899 trat eine Erkaltung der Beziehungen plötzlich ein. Seitdem sah Stumm den Kaiser nicht wieder und verlor jeden Einfluß auf ihn. Als der Reichstag bei der zweiten

Lesung des Arbeitswilligengesetzes, der sogenannten Zuchthausvorlage, am 20. November 1899, den Beschluß faßte, den Antrag des Freiherrn v. Stumm-Halberg auf Überweisung der Vorlage an eine Kommission abzulehnen, sagte Posadowsky, die Ablehnung selbst einer Kommissionsüberweisung sei ein bedenkliches Zeichen. Wenn damals König Stumm nicht schon in Ungnade gewesen wäre, so würde vielleicht der Reichstag aufgelöst worden sein. Das Fortschreiten der sozialen Reform und das Unterbleiben reaktionärer Maßnahmen wurde durch den Bruch zwischen König Stumm und dem Kaiser wesentlich befördert, wie ich in meinem Buche „Deutsche Machthaber" Seite 160—170 gezeigt habe.

Selbst die Behörden im Saargebiet behandelten den Halberger fast wie einen wirklichen König. Ein Verwaltungsbeamter, der es nicht verstanden hätte, mit Stumm die besten Beziehungen zu unterhalten, war unhaltbar. Aber wie das Klappern der Mühle von Sanssouci die Ruhe Friedrichs des Großen störte, so ärgerte sich Stumm täglich über das Aufblühen der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke in Völklingen. Er konnte nun einmal den alten Röchling nicht leiden und seine zahlreichen Söhne ärgerten ihn noch mehr. Als König Stumm hörte, daß ein Infanterieoberst es wagte, im Hause seiner Feinde, der Röchlings, zu verkehren, betrieb er sofort seine Versetzung aus dem Saargebiet.

Niemand kann bestreiten, daß König Stumm außerordentlich viel für seine Arbeiter getan hat. Er sorgte für sie von der Geburt bis zum Grabe. In Stummschen Kindergärten und Schulen wurden die

Kinder der Arbeiter vortrefflich erzogen, aber in Dankbarkeit und Verehrung zum Hause Stumm. Wenn die Arbeiter heiraten wollten, mußten sie seinen persönlichen Konsens haben. Ihre Zeitungslektüre wurde kontrolliert. Aber in Not und Elend konnte ein rechter Stummscher Arbeiter in keiner Weise kommen. Die Summen, die Stumm freiwillig jährlich auf das geistige und materielle Wohlbefinden seiner Arbeiter verwandte, sind sehr bedeutende. Stumm war das Gegenteil eines kleinlichen geizigen Egoisten.

König Stumm war ein ganzer Mann. Er war eine Herrschernatur durch und durch. Eine merkwürdige Mischung von amerikanischem und preußischem Industriellen. Ein Typ für sich. Aber ein Mann, der keine Furcht kannte, und der seinen Zielen unentwegt nachging. Ein Mann, der Geld erwerben wollte, um zu herrschen. Nichts hätte ihm ferner gelegen, als sein Werk um einen hohen Preis zu verkaufen und sich in Paris oder sonstwo zu amüsieren. Er wollte lieber weniger Einkommen aus seiner Fabrik haben, aber auf Grund der Wohltätigkeitseinrichtungen und der straffen Disziplin Herr in der Fabrik sein. Und nicht nur in der Fabrik, sondern überall ringsherum. Sein patriarchalisches System der Arbeiterfürsorge findet nicht den Beifall unserer demokratischen und sozialen Zeit.

Während das Einkommen Alfred Krupps von 6,8 Millionen Mark im Jahre 1892 auf 16 Millionen Mark im Jahre 1900 stieg, vermehrte sich das Einkommen Stumms in der gleichen Zeit nur von 1,9 auf 2—3 Millionen Mark. Augenscheinlich hat Stumm nicht mehr als 1 Million Mark im Jahr

verbraucht und den Rest kapitalisiert. Daher stieg sein Vermögen genau nach Maßgabe seiner Ersparnisse in ruhiger Weise. Wie das Kruppsche Vermögen, so nahm auch das Stummsche in den 4 Jahren von 1895 bis 1899 um etwa 25 % zu. Mit dem Tode des Freiherrn von Stumm-Halberg, der keinen Sohn aber vier Töchter und seine Witwe hinterließ, verschwindet dieses große Einkommen im Regierungsbezirk Trier vollkommen aus der Statistik. Schon im Jahr 1902 gibt es niemand mehr im Regierungsbezirk Trier, der über 1 Million Mark Einkommen hat, vielmehr hat der Höchstbesteuerte im Jahre 1902, also wohl die Witwe des verstorbenen Königs Stumm, nur noch ein Einkommen von wenig über 200000 Mark mit einem jährlichen Steuerbetrag von 8400 Mark, und im folgenden Jahr ist dieses Einkommen sogar noch unter 200000 Mark gesunken.

Zu den Eigentümlichkeiten, die König Stumm mit dem Fürsten Henckel gemein hat, gehört die Freundschaft zu französischen Kapitalisten. Im Aufsichtsrat der Dillinger Werke wie im Aufsichtsrat der schlesischen Zinkhütte zu Lipine war ein ansehnlicher Teil der Aufsichtsratsmitglieder Franzosen. Auf den Dillinger Werken wurden sogar die Aufsichtsratssitzungen in französischer Sprache abgehalten. Es ist überaus merkwürdig, daß französische Kapitalisten infolge der historischen Entwickelung des Saargebiets alljährlich ein tüchtiges Stück Geld durch die Verfertigung von Panzerplatten für die deutsche Marine verdienen.

Die Höchstbesteuerten Westfalens und Rheinlands.

Wie in der ganzen Welt, so werden auch in den Provinzen Westfalen und Rheinland gewohnheitsmäßig die reichen Leute überschätzt. Jeder Mann überschätzt sie und sie überschätzen sich selbst, d. h. einer immer den anderen. Wenn man genau an der Hand der Steuerstatistik zusieht, so erkennt man bald, daß die Vermögen und Einkommen viel kleiner sind, als gewöhnlich angenommen wird.

Als der reichste Mann in der Provinz Westfalen galt in gut unterrichteten Kreisen der dortigen Industrie der im Jahr 1909 verstorbene Geheimrat Selve in Firma Basse & Selve, in Altena, im Regierungsbezirk Arnsberg. Das Vermögen des Geheimen Kommerzienrats Selve ist mir gegenüber wiederholt von sachkundiger Seite auf rund 40 Millionen Mark geschätzt worden.

Es hat aber niemals im Regierungsbezirk Arnsberg, also auch nicht in der Stadt Altena, einen Mann gegeben, der ein Vermögen in ähnlicher Höhe besessen hat. Bei Einführung der preußischen Vermögenssteuer im Jahre 1895 war das größte Vermögen des Regierungsbezirkes Arnsberg 15—16 Millionen Mark. Dieses Vermögen war ein städtisches und sank im nächsten Jahre 1896 auf 13—14 Millionen Mark, und im Jahre 1897 sogar auf 11—12 Millionen Mark. Auch im Jahre 1899 wollte es nicht wieder steigen und erst im Jahre 1902 betrug es über 15—20 Millionen Mark. Im Jahre 1905 gibt es im Regierungsbezirk Arnsberg in den Städten überhaupt kein

Vermögen mehr, welches über 10 Millionen Mark beträgt. Auch in dem Jahre 1908 findet sich in den Städten des Regierungsbezirks Arnsberg kein Vermögen, welches höher ist als 10 Millionen Mark.

Nun wohnte allerdings der Geheime Kommerzienrat Selve schon seit mehr als einem Jahrzehnt persönlich in der Stadt Bonn im Regierungsbezirk Köln. Aber der Regierungsbezirk Köln hat erst in neuerer Zeit Leute mit ähnlichen Vermögen und stand früher noch mehr als jetzt hinter den Regierungsbezirken Düsseldorf und Trier zurück. Im Jahre 1895 gab es in dem Regierungsbezirk Köln überhaupt noch niemand, der mehr als 20 Millionen Mark Vermögen hatte. Dasselbe gilt vom Jahre 1896. Im Jahre 1895 aber hatte der Regierungsbezirk Düsseldorf neben Krupp noch eine zweite Person von wirklich bedeutendem Reichtum, der 24—25 Millionen Mark besaß. Der Regierungsbezirk Trier hatte auf dem Halberge den Freiherrn von Stumm, und der Regierungsbezirk Aachen hatte in einer Stadt ein Vermögen von 22—23 Millionen Mark, welches im nächsten Jahre sogar 23—24 Millionen Mark betrug.

Im Jahre 1897 hat der reichste Mann des Regierungsbezirks Köln ein Vermögen von 20—21 Millionen Mark. Allerdings haben im Jahre 1897 in den Städten des Regierungsbezirks Köln bereits 4 Personen ein jährliches Einkommen von 1—2 Millionen Mark. Selbst im Jahre 1905 haben die beiden reichsten Einwohner des Regierungsbezirks Köln, die in Städten wohnen, nicht mehr als 20—25 Millionen Mark Vermögen. Dann folgen zwei mit 15—20 Millionen Mark Vermögen.

Im Jahre 1908 endlich finden sich zwei städtische Einwohner des Regierungsbezirks Köln mit über 25 bis 30 Millionen Mark Vermögen, und drei mit über 20—25 Millionen Mark Vermögen. Hiervon wohnen in der Stadt Köln einer mit 25—30 Millionen und zwei mit 20—25 Millionen Mark, und drei mit 15 bis 20 Millionen Mark.

Bekanntlich sind die reichsten Leute in Köln die Freiherrn Albert, Emil und Simon von Oppenheim, die Kommerzienräte Max von Guilleaume, Theodor von Guilleaume, Arnold von Guilleaume, die Herren Wilhelm Theodor von Deichmann, Karl Theodor Deichmann, Kommerzienrat Louis Hagen, Geheimer Kommerzienrat Emil vom Rath.

Das größte Vermögen in der Stadt Bonn betrug im Jahre 1905 nicht mehr als 20—25 Millionen Mark und im Jahre 1908 25—30 Millionen Mark. Geheimrat Selve hat also bei seinem Tode im Jahre 1909 höchstens 30 Millionen Mark besessen.

In Düsseldorf gibt es reichere Leute als in Köln. In der Stadt Düsseldorf wohnten im Jahre 1908 eine Person mit mehr als 30 Millionen Mark Vermögen, drei Personen mit über 20—25 Millionen Mark Vermögen, drei Personen mit über 15—20 Millionen Mark Vermögen und 11 Personen mit 10—15 Millionen Mark Vermögen. Unter ihnen befinden sich der Geheime Kommerzienrat Franz Haniel in Firma Haniel & Lueg in Düsseldorf, der Geheime Kommerzienrat Karl Lueg in Düsseldorf, der Geheime Kommerzienrat Heinrich Lueg in Firma Haniel & Lueg, Mitglied des preußischen Herrenhauses, der Geheime Kommerzienrat Ernst Schieß, Vorsitzender des Aufsichts-

rats der Werkzeugmaschinenfabrik Ernst Schieß, Aktiengesellschaft in Düsseldorf, der Geheime Kommerzienrat Gustav Poensgen, Kommerzienrat Karl Rudolf Poensgen, Fabrikbesitzer August von Waldthausen.

Zu dem Regierungsbezirk Düsseldorf gehört die Stadt Mülheim a./Ruhr mit nur 94000 Einwohnern, aber einer ungewöhnlichen Zahl sehr reicher Leute. Im Jahre 1908 gab es in dieser mittleren Stadt nicht weniger als 27 Millionäre, und darunter vier Personen, die über 10 Millionen Mark Vermögen haben.

Von den vier Personen, die in den Städten des Regierungsbezirks Düsseldorf im Jahre 1908 über 30 Millionen Mark Vermögen hatten, wohnte eine in der Stadt Düsseldorf, eine in der Stadt Essen, eine in Duisburg, eine in Mülheim a.. Ruhr.

Die Vermögen der reichen Leute, die neben Krupp in Essen wohnen, werden also auch überschätzt. Nach Frau Bertha Krupp von Bohlen-Halbach sind die größten Vermögen in Essen zwei über 15—20 Millionen Mark, und vier über 5—10 Millionen Mark. Neben der verwitweten Frau Krupp geb. Freiin am Ende kommen drei Herren von Waldthausen hier in Frage.

In Duisburg standen in zweiter Linie im Jahre 1908 fünf Personen, die über 5—10 Millionen Mark Vermögen hatten.

Der reichste Mann in der Stadt Aachen verfügte im Jahre 1908 über ein Vermögen von 10—15 Millionen Mark, während nicht weniger als zwölf Personen ein Vermögen von 5—10 Millionen Mark besaßen. Der reichste städtische Bürger des Regierungsbezirks Aachen wohnte nicht in der Stadt Aachen,

sondern in einer anderen Stadt des Regierungsbezirkes. Er hatte 15—20 Millionen Mark Vermögen.

Die reichsten Männer in Aachen sind der Geheime Kommerzienrat Karl Delius, Mitglied des Herrenhauses, und Hermann von Waldthausen.

August Thyssen und Hugo Stinnes

Es gibt wenig Personen im Deutschen Reiche, über deren Vermögen noch unklarere Vorstellungen existieren, wie über das Vermögen dieser beiden großen rheinischen Geschäftsmänner. Die ungeheuren Erfolge, welche beide in dem letzten Jahrzehnt gehabt haben, nahmen selbst ruhigen Beurteilern jeden Maßstab. Besonders August Thyssen wird nicht selten als der reichste Mann von Preußen bezeichnet, aber mit Unrecht. Die Thyssenschen Werke sind ausgezeichnet und haben noch größere Aussichten für die Zukunft. Es ist heute unbegreiflich, wie die alten reichen Familien der Rheinlande und des Ruhrgebietes es zulassen konnten, daß Thyssen sich der größten Kohlenschätze und der besten Produktionsstätten bemächtigte. Die Haniels und Krupps sitzen seit mehr als 100 Jahren auf ihren heutigen Arbeitsstätten, während August Thyssen sich erst vor zwei Jahrzehnten von Mülheim a. Ruhr aus in ungeheurer Weise ausdehnte. Sein größter Wurf war, daß er sich der Gewerkschaft Deutscher Kaiser zu Bruckhausen am Rhein dicht neben der Gute-Hoffnungs-Hütte, in der Nähe von Duisburg bemächtigte. Die von Thyssen gebauten Hochöfen und Stahlwerke des „Deutschen Kaiser“ liegen auf den eigenen Kohlen

unmittelbar am Rhein, der die Erze zuführt und einen Teil der Produkte fortführt.

Das Hauptkontor blieb auf seinem Stahlwerke Thyssen & Co. in Mülheim a. Ruhr, welches er gleichfalls fortgesetzt vergrößert hat. Mitinhaber der Firma Thyssen & Co. ist neben seinem Bruder Josef Thyssen seit einer Reihe von Jahren der älteste seiner drei Söhne, Fritz Thyssen. Josef Thyssen und Fritz Thyssen sind auch Mitglieder des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Deutscher Kaiser, dessen Vorsitzender August Thyssen ist.

Seit etwa sieben Jahren lebt August Thyssen, dessen Frau von ihm geschieden ist, regelmäßig auf seinem Schlosse Landsberg bei Kettwig, welches er einem Freiherrn von Landsberg abgekauft hat. August Thyssen hat das auf einem Berge inmitten von großen Wäldern romantisch gelegene Schloß restaurieren lassen.

Ein Geschäftsfreund von August Thyssen ist der Kaufmann Hugo Stinnes in Mülheim a. Ruhr, der der Vorsitzende des Mülheimer Bergwerks-Vereins ist, dem auch August Thyssen angehört. Wie Thyssen, hat auch Hugo Stinnes eine sehr vielseitige Tätigkeit, insonderheit auf dem Gebiete der Kohlen- und Eisenindustrie. Unter anderem ist Hugo Stinnes Vorsitzender der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft in Bochum und Mitglied des Aufsichtsrats der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft. Im ganzen gehört Hugo Stinnes 16 Aufsichtsräten, sowie 5 Grubenvorständen von Zechen an.

Denselben Zechen, unter denen sich auch die Zeche Matthias Stinnes in Carnap befindet, gehört Gustav

Stinnes in Mülheim a. Ruhr als Mitglied des Grubenvorstandes an.

In dem Jahre 1904 ist zum ersten Male die Stadt Mülheim a./Ruhr in der Statistik besonders hervorgehoben. Der reichste Mann in Mülheim a./Ruhr hatte einen Steuerbetrag von 51000 Mark an Einkommensteuer zu bezahlen, was einem Einkommen von genau 1260000 Mark entspricht. Dies ist August Thyssen.

Er besaß im Jahre 1904 allerdings schon sein Schloß Landsberg bei Kettwig. Aber in dem Jahre 1904 gab es auf dem platten Lande im ganzen Regierungsbezirk Düsseldorf niemand, der mehr als 700000 Mark jährliches Einkommen hatte. Es steht also außer Zweifel, das Thyssen in Mülheim a. Ruhr damals sein Einkommen versteuerte.

Zugleich ersehen wir aus den „Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern für das Jahr 1904", S. 65, daß in den Städten des Regierungsbezirks Düsseldorf nur vier Personen leben, die über 1 Million Mark Einkommen haben. Sie zahlten zusammen im Jahre 1904 552800 Mark Einkommensteuer. Da Frau Bertha Krupp von Bohlen im Jahre 1904 10 Millionen Mark Einkommen hatte, so betrug die von ihr zu entrichtende Steuer allein 400000 Mark. Auf die drei anderen entfallen also nur 152800 Mark. Wir sehen nun auf Seite 81 derselben „Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern", daß eine dieser drei reichen Personen mit über 1 Million Mark Einkommen in der Stadt Düsseldorf wohnt und 65400 Mark Einkommensteuer zahlen muß. Diese Düsseldorfer Person hat also ein Einkommen

von rund 1,6 Millionen Mark, ist also wesentlich reicher als August Thyssen. Der dritte dieser drei reichen Personen wohnt ebenso wie Frau Krupp von Bohlen in Essen. Wir wissen jetzt also ganz genau, daß August Thyssen im Jahre 1904 in Mülheim a. Ruhr und nirgendwo anders sein Einkommen in Höhe von 1260000 Mark mit 51000 Mark versteuerte.

Ist August Thyssen der Höchstbesteuerte, so kann Hugo Stinnes nur der zweitreichste Mann zu Mülheim a. Ruhr sein. Hugo Stinnes hatte im Jahre 1904 ein Einkommen von 400000—500000 Mark und zahlte dafür 16000—19800 Mark Steuern.

In dem Jahre 1905 finden sich in den Städten des Regierungsbezirks Düsseldorf abermals vier Personen, die über 1 Million Mark Einkommen haben, während auf dem platten Lande niemand von solchem Einkommen vorhanden ist. Unter diesen vier ist wiederum August Thyssen, aber immer noch nicht Hugo Stinnes.

Die Statistik, die nun einmal ihre Launen hat, ist plötzlich im Jahre 1906 wieder so liebenswürdig, die Steuerverhältnisse zu Mülheim a. Ruhr in besonderer Weise zu beleuchten. Nach Seite 96 der „Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern“ (Berlin 1906) zahlte der reichste Mann in Mülheim a. Ruhr im Jahre 1905 54400 Mark und im Jahre 1906 61000 Mark Steuern, was einem Einkommen von etwas mehr als 1½ Millionen Mark entspricht. Denn 60000 Mark Einkommensteuern entspricht genau einem Einkommen von 1½ Millionen Mark. Dieser reichste Mann Mülheims ist August Thyssen.

Der zweite Steuerzahler Mülheims, Hugo Stinnes, hat im Jahre 1905 nur ein Einkommen von

700000—800000 Mark. Im nächsten Jahr 1906 war sein Einkommen aber schon auf 900000 Mark bis 1 Million Mark gestiegen und er entrichtet nunmehr einen Steuerbetrag von 37400 Mark.

Auf Seite 62 und 63 der „Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern für das Jahr 1908" wird uns verraten, daß der reichste Mann in Mülheim a. Ruhr im Jahre 1907 einen Steuerbetrag von 82800 Mark und im Jahre 1908 einen Steuerbetrag von 107600 Mark zu entrichten hatte. Sein Einkommen bezifferte sich also im Jahre 1907 etwa auf 2050000 Mark und im Jahre 1908 etwa auf 2650000 Mark. August Thyssen kommt also in erfreulicher Weise vorwärts.

Hugo Stinnes macht nicht so gute Geschäfte. Während er im Jahre 1906 in seinem Einkommen schon beinahe 1 Million erreichte, hatte er im Jahre 1907 nur ein Einkommen von 600000—700000 Mark und im Jahre 1908 ein Einkommen von 800000 bes 900000 Mark, wofür er einen Steuerbetrag von 32000 Mark entrichtete.

Unter diesen Verhältnissen ist es nicht zu verwundern, daß auch die Vermögensbildung bei Hugo Stinnes nur langsam vorwärts geht. Im Jahre 1908 ist August Thyssen noch immer der einzige Mann in Mülheim a. Ruhr, der über 30 Millionen Mark Vermögen besitzt. Wie hoch sein Vermögen in Wirklichkeit ist, verrät uns die Statistik nicht. Aber von Hugo Stinnes erzählt sie uns Genaueres auf Seite 294 der „Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern für das Jahr 1908". Sein Vermögen, welches im Jahre 1905 15—20 Millionen Mark

betragen hatte, bezifferte sich im Jahre 1908 auf 25—30 Millionen Mark.

Die sehr reichen Leute im Regierungsbezirk Düsseldorf nehmen zu. Personen, die über 30 Millionen Mark Vermögen besitzen, gab es im Jahre 1902 dort nur zwei, im Jahre 1905 bereits drei und im Jahre 1908 sogar fünf. Von diesen fünf lebt aber eine auf dem Lande, während in den Jahren 1902—1905 eine so reiche Person auf dem Lande nicht vorhanden war. Aus den obigen Zahlen ist aber zu ersehen, daß es August Thyssen nicht sein kann.

Die Klarstellung des Vermögens und Einkommens der Herren August Thyssen und Hugo Stinnes macht größere Schwierigkeiten als bei irgendeinem anderen der in diesem Buche behandelten Höchstbesteuerten Preußens. Wenn die Statistik nicht zufällig seit dem Jahre 1904 die Stadt Mülheim a. Ruhr herausgeschält hätte, so würden wir nur in ungefähren Umrissen eine Übersicht geben können.

Das Einkommen von August Thyssen wie Hugo Stinnes in der nachfolgenden Übersicht ist seit dem Jahre 1904 auf das genaueste und sicherste ermittelt. Die beiden reichsten Bürger von Mülheim a. Ruhr

August Thyssen und Hugo Stinnes.

Jahr	Vermögen Millionen Mark		Einkommen Mark	
	Thyssen	Stinnes	Thyssen	Stinnes
1897	18	9 wahrscheinlich		
1899	25			
1902				
1904			1260000	500000

August Thyssen und Hugo Stinnes.

Jahr		Vermögen Millionen Mark		Einkommen Mark	
		Thyssen	Stinnes	Thyssen	Stinnes
1905	ungefähr	35	15—20	1350000	800000
1906				1500000	1000000
1907				2050000	700000
1908	ungefähr	45	25—30	2650000	900000
1909				2900000	950000

Das Einkommen von August Thyssen ist in der Zeit von 1904 bis 1909 ununterbrochen gestiegen. Schon dieser Umstand spricht dafür, daß er der Höchstbesteuerte in Mülheim a. Ruhr ist. Er kann nicht die reiche Person sein, welche seit dem Jahre 1908 auf dem Lande aufgetaucht ist. Denn es ist klar, daß das hohe Einkommen zu Mülheim im Jahre 1909 in Höhe von 2,9 Millionen Mark und im Jahre 1908 in Höhe von 2,6 Millionen Mark nur die organische Fortentwickelung des höchsten Einkommens im Jahre 1907 und den früheren Jahren ist.

Sicher ist, daß das Vermögen von Hugo Stinnes in den Jahren 1905 und 1908 nicht höher als 20 bzw. 30 Millionen Mark gewesen sein kann.

Wir wissen nicht, wie hoch das Vermögen von Thyssen oder von Stinnes im Jahre 1897 war. Aber wir wissen genau, daß es nicht höher als 18 Millionen Mark gewesen sein kann. In dem ganzen Regierungsbezirk Düsseldorf gab es nämlich im Jahre 1897 außer Krupp keine Person, die mehr als 18 Millionen Mark Vermögen hatte. In der Klasse von 17 bis 18 Millionen Mark Vermögen steckten aber damals drei

Personen, die in Städten wohnten. Ich halte es für wahrscheinlich, daß Thyssen eine dieser drei Personen war, während Stinnes im Jahre 1897 schwerlich mehr als 9 Millionen Mark Vermögen hatte.

Auch das Einkommen von August Thyssen wie Hugo Stinnes war im Jahre 1897 nicht so groß, daß man annehmen konnte, sie würden innerhalb von wenigen Jahren ihr Vermögen verdoppeln. Nach Krupp betrug das größte Einkommen im Regierungsbezirk Düsseldorf im Jahre 1897 nicht mehr als nahezu 1 Million Mark. Im Jahre 1896 hatte es bloß 900000 Mark betragen.

Bei August Thyssen wie Hugo Stinnes ist zu bedenken, daß keiner von beiden alleiniger Inhaber seiner Firma ist, sondern daß beide sich mit Familienmitgliedern teilen.

Nach seinem Einkommen gehört August Thyssen vielleicht an die fünfzehnte Stelle. Im Jahre 1908 hatten nämlich zehn Personen in Preußen über 3 Millionen Mark Einkommen und nicht weniger als achtzehn über 2 bis 3 Millionen Mark Einkommen. Mit seinen 2,9 Millionen Mark Einkommen gehörte August Thyssen jedenfalls noch nicht zu den reichsten.

Nehmen wir an, daß es sich mit dem Vermögen ebenso verhält, so kann August Thyssen nicht mehr als 56 Millionen Mark Vermögen gehabt haben; denn nur zehn Personen hatten in Preußen ein größeres Vermögen. Wahrscheinlich hat er etwa 45 Millionen Mark deklariert. Gegenüber allen Überschätzungen sei nochmals festgestellt, daß er unmöglich mehr als 76 Millionen Mark Vermögen gehabt haben kann. Denn nur Frau Krupp von Bohlen mit 187 Mil-

lionen Mark und Freiherr von Goldschmidt-Rothschild mit 107 Millionen Mark überragen in der Statistik der städtischen Vermögen den dritten und vierten, die beide 76 Millionen Mark Vermögen im Jahre 1908 hatten.

Die ungeheuren Reichtümer der Herren August Thyssen und Hugo Stinnes gehören also der Fabel an. Das Handelsgesetzbuch und die Berggesetzgebung schreiben genau vor, wie die Kohlenschätze unter der Erde zu bewerten sind. Und diese Vorschriften sind im großen ganzen sehr vernünftig. Unsere Einschätzungskommissionen in den Städten und Industriebezirken stehen nicht in dem Rufe, daß sie besonders nachsichtig sind. Überdies gleicht die Zeit alles aus. Schließlich müssen die Gewinne oder Dividenden der verschiedenen Unternehmungen doch einmal zum Vorschein kommen.

Es ist durchaus nicht zu verwundern, daß August Thyssen nicht mehr Einkommen und Vermögen hat. Wer seine Unternehmungen in so rapider Weise ausdehnt und mit einem nur bescheidenen Vermögen angefangen hat, muß in sehr erheblichem Umfange mit fremdem Kapital arbeiten. Es ist bekannt, wie eng August Thyssen beispielsweise mit den Berliner Großbanken, insonderheit mit der Deutschen Bank, liiert ist.

Zur Beruhigung derjenigen, die glauben könnten, daß Thyssen auf Schloß Landsberg vielleicht ungeheure Summen versteuere, sei noch folgendes festgestellt: Der im Jahre 1908 aufgetauchte Landbewohner des Düsseldorfer Regierungsbezirks zahlte einen Steuerbetrag von 131600 Mark, was einem Einkommen von 3¼ Millionen Mark entspricht. Er hatte also nur eine reichliche Viertelmillion mehr Einkommen als der Höchstbesteuerte in Mülheim. Würde Thyssen plötzlich auf

Schloß Landsberg versteuern, so müßte der Höchstbesteuerte in Mülheim wegfallen oder erheblich sinken. In Wirklichkeit hat er aber seine Vorwärtsbewegung rüstig fortgesetzt.

Die reichen Frankfurter.

Wir haben oben schon eine vollständige Übersicht der Entwicklung des Rothschildschen Vermögens und Einkommens während der letzten beiden Jahrzehnte gegeben. Das Rothschildsche Vermögen, welches bis zum Tode des letzten Rothschild im Jahre 1901 das größte in Deutschland war, überragte alle anderen Vermögen der reichen Frankfurter um ein sehr beträchtliches.

Im Jahre 1892 hatte Rothschild ein Einkommen von 5,8 Millionen Mark, während nach ihm der reichste Frankfurter ein jährliches Einkommen von 1360000 Mark hatte und der dritte Frankfurter ein Einkommen von 1010000 Mark. Frankfurt a. M. hatte also bereits im Jahre 1892 3 Personen, die über 1 Million Mark jährliches Einkommen hatten.

17 Jahre später, im Jahre 1909, waren in Frankfurt nicht weniger als 10 Personen, die über 1 Million Mark Einkommen hatten. Diese 10 Personen hatten zusammen ein Einkommen von nahezu 21 Millionen Mark und zahlten davon 832200 Mark jährliche Einkommensteuer. Im Jahre 1892 hatten die drei reichsten Frankfurter mit mehr als 1 Million Mark Einkommen nur 8,1 Million Mark jährliches Einkommen zusammen gehabt. Trotz des Todes des

letzten Rothschild im Jahre 1901 und trotz der Auflösung des Welthauses M. A. Rothschild & Söhne haben also die großen Einkommen in Frankfurt a. M. gewaltig zugenommen. Die Frankfurter Börse hat in derselben Zeit ihre Bedeutung in zunehmendem Maße an die Berliner Börse abtreten müssen. Aber die Frankfurter Großkapitalisten haben ihre Bedeutung nicht verloren und werden von den Berlinern nicht in den Schatten gestellt.

Ein Frankfurter Millionär ist ein ganz anderes Kaliber als ein Berliner Millionär. Ich meine hier ausnahmsweise die Leute, welche über 1 Million Mark Einkommen haben. Die deutsche Sprache kennt noch nicht den Namen „Einkommensmillionäre", aber man sollte ihn einführen. Mit 1 Million Mark Vermögen ist heutzutage so wenig anzufangen, daß man den Massen dieser Millionäre keine weitere Beachtung zuwenden sollte. Wer aber über 1 Million Einkommen jährlich hat, der hat Geld genug, um nach allen Richtungen hin sich in unserem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben bemerkbar zu machen.

Berlin hatte 17 solcher Einkommensmillionäre, während Frankfurt nur 10 hatte. Die 17 Berliner Einkommensmillionäre zahlten im Jahre 1909 zusammen einen Steuerbetrag von 1168000 Mark, hatten also zusammen ein Einkommen von 29,2 Millionen Mark. Im Durchschnitt hat also ein Berliner Einkommensmillionär 1,7 Millionen Mark jährlich zu verzehren, während ein Frankfurter Einkommensmillionär durchschnittlich 2,1 Millionen Mark zu verzehren hat.

Unter diesen Umständen kann man sich nicht wun-

dern, daß das Berliner Tiergartenviertel den reichen Frankfurtern keinen Respekt einzuflößen vermag, und fast durchweg ist das Frankfurter Geld viel älter als das Berliner. Nicht nur das Haus Rothschild, sondern auch die oben schon erwähnten Metzlers, Keßlers, Bethmanns und Haucks sind sehr alte Frankfurter Geldaristokraten. Daneben kommen im Jahre 1908 die von Speyer, Merton, von Grunelius, von Brünning, vom Rath, Leopold Sonnemann, die Mumm v. Schwarzenstein, Gans, Andreae, Passavant, Neufville.

Sobald man das Vermögen selbst und nicht nur das Einkommen ins Auge faßt, springt die Bedeutung Frankfurts noch mehr in die Augen. Das Einkommen des Berliners beruht zum guten Teil auf fleißiger Arbeit. Das Einkommen des reichen Frankfurters beruht auf seinem Vermögen. Sowohl im Jahre 1905 als im Jahre 1908 hatte Berlin nur genau ebensoviel Personen mit über 30 Millionen Mark Vermögen wie Frankfurt a. M. Im Jahre 1905 waren es 5 und im Jahre 1908 waren es 6, die in Frankfurt a. M. über 30 Millionen Mark Vermögen hatten, und in Köln fand sich von diesen schwer reichen Leuten nicht ein einziger vor und in Breslau, Hannover, Magdeburg, Stettin, Königsberg, Elberfeld, Danzig, Barmen, Aachen ebensowenig. Es gibt überhaupt nur einige wenige Städte in Preußen, wo sich Vermögen über 30 Millionen Mark finden. Das Volk glaubt natürlich überall, daß dieser oder jener geheime Kommerzienrat 50 oder 100 Millionen Mark besitze. Und im allgemeinen unterscheiden sich die Vorstellungen unserer Generale oder Fabrikanten oder Landgerichtspräsidenten und selbst der meisten Bör-

senbesucher wenig von der verschwommenen Vorstellung des gemeinen Mannes. Auch das Eldorado Berlins, Charlottenburg und Wilmersdorf, hat keine reichen Leute mit mehr als 30 Millionen Mark Vermögen und kann daher mit Frankfurt a. M. nicht wetteifern.

Die Reihe der großen Vermögen in Frankfurt a. M. dürfte demnach ungefähr im Jahre 1908 folgende sein:

Millionen Mark	
107	Freiherr von Goldschmidt-Rothschild
76	Freifrau verw. von Rothschild
76	
55	
38	
37	

Abgesehen von dem Goldschmidt-Rothschildschen Vermögen in Höhe von 107 Millionen Mark, ist es nicht sicher, daß ein jedes der vorgenannten großen Vermögen, die auf Seite XX der Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern für das Jahr 1908 den preußischen Städten zugeschrieben werden, auch wirklich auf Frankfurt a. M. entfällt. Die Möglichkeit bleibt offen, daß das eine oder andere anderswo seinen Sitz hat. Der Wert der vorstehenden Zahlen liegt in der sicheren Abgrenzung nach oben. Höher können die Frankfurter Vermögen auf keinen Fall sein.

Die erste Stufe auf der vorstehenden Zahlenleiter der großen Frankfurter Vermögen im Jahre

1908 dürfte Freiherr von Goldschmidt-Rothschild und die zweite Stufe Freifrau Mathilde, verwitwete Willy von Rothschild, geb. Freiin von Rothschild einnehmen:

Ihre mit dem österreich-ungarischen Generalkonsul verheiratet gewesene Tochter Minna starb am 1. Mai 1903 und hinterließ fünf Kinder. Die beiden ältesten dieser fünf Kinder sind der im Jahre 1879 geborene Freiherr Albert von Goldschmidt-Rothschild, der durch den Fürsten Bülow Attaché an der deutschen Botschaft in London wurde, und der im Jahre 1881 geborene Freiherr Rudolf von Goldschmidt-Rothschild, der als Kunstmaler in Frankfurt a. M. lebt. Beide versteuern ihr Vermögen und Einkommen in Frankfurt a. M. Die im Jahre 1883 geborene Freiin Lilly von Goldschmidt-Rothschild ist nach Österreich an den Baron Schey von Koromla verheiratet. Die beiden jüngsten Kinder, die im Jahre 1891 geborene Freiin Lucie und der im Jahre 1894 geborene Freiherr Erich von Goldschmidt-Rothschild leben bei ihrem Vater.

Das Einkommen dieser beiden unmündigen Kinder von ihrem ererbten Vermögen dürfte dem Vater zustehen und von ihm versteuert werden. Aber ihr nicht unerhebliches Vermögen wird doch in der Statistik sichtbar, nämlich in der Rubrik der Vermögen, die kein Einkommen haben. Nach Seite 289 der Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern für das Jahr 1908 gab es im Jahre 1905 merkwürdigerweise in den Städten des preußischen Staates ein Vermögen über 20—25 Millionen Mark und ein zweites Vermögen über 25—30 Millionen Mark, die beide kein Einkommen abwarfen oder jedenfalls nicht

mehr als 3000 Mark. Diese Vermögen gehörten nach Frankfurt a. M. In ganz Preußen, auch auf dem platten Lande, fand sich etwas so Merkwürdiges nicht. Diese beiden Vermögen dürften den beiden unmündigen Kindern des Freiherrn von Goldschmidt-Rothschild gehören. Man kann sie etwas zu hoch finden, wenn man aber bedenkt, daß seit dem Tode der Mutter am 1. Mai 1903 die Zinsen jährlich zugeschlagen worden sind, so können die Vermögen sich vielleicht zu dieser Höhe entwickelt haben. Auch ist nicht auffallend, daß im Jahre 1908 das größere dieser beiden Vermögen in Höhe von rund 26 Millionen Mark aus der Rubrik der einkommenlosen Vermögen verschwindet (Seite XIX der genannten Mitteilungen). Dies kann in einer Bestimmung des Testaments oder ähnlichen Umständen seinen Grund haben.

Wahrscheinlich besitzt der Generalkonsul Freiherr von Goldschmidt-Rothschild ein größeres Vermögen, als das einzelne seiner Kinder. Zu dem von seiner Frau geerbten, erheblichen Vermögen kommt noch sein eigenes hinzu. Er wird daher auf der ersten Stufe der vorstehenden Leiter zu suchen sein und ein Vermögen von 107 Millionen Mark besitzen. Ein jeder seiner beiden ältesten Söhne dürfte vielleicht 37 bis 38 Millionen Mark im Jahre 1908 besessen haben.

Sicher ist, daß im Jahre 1908 in Frankfurt a. M. die genannten 4 Rothschildschen Vermögen zur Versteuerung gelangten. Man muß sich aber davor hüten, den Gesamtbetrag zu hoch anzunehmen. Da das Vermögen des verstorbenen Freiherrn Willy von Rothschild im Jahre 1899 266 Millionen Mark betrug,

so hatte es vielleicht bei seinem Tode im Jahre 1901 276 Millionen Mark betragen. Mindestens der dritte Teil hiervon dürfte seiner im Jahre 1853 geborenen älteren Tochter Adelheid zugefallen sein, die sich im Jahre 1877 mit dem Freiherrn Edmund von Rothschild in Paris verheiratete. Da aus dieser Ehe 3 Kinder hervorgegangen sind, ist nicht anzunehmen, daß die ältere Tochter weniger geerbt hat, als die jüngere. Augenscheinlich hat jede Tochter, die Pariser wie die Frankfurter, etwa 120 Millionen Mark von dem Baron Willy von Rothschild im Jahre 1901 geerbt. Bei ihrem Alter hat sich die Witwe mit dem Notwendigsten begnügt.

Freifrau von Goldschmidt-Rothschild mag daher im Jahre 1902 139 Millionen Mark besessen und an zweiter Stelle unter den Höchstbesteuerten Preußens gestanden haben. Die verwitwete Freifrau Mathilde von Rothschild aber dürfte an dritter Stelle zu suchen sein, die im Jahre 1902 nur 44 Millionen Mark Vermögen besaß.

Die reichen Wiesbadener.

Im Jahre 1905 wohnte in Wiesbaden eine Person mit mehr als 30 Millionen Mark Vermögen, im Jahre 1908 bereits zwei. Es gibt in Preußen nur 8 Städte, in denen Personen mit mehr als 30 Millionen Mark Vermögen wohnen. Aus den vorhergehenden Kapiteln sind dem Leser diese 8 Städte be-

reits bekannt: Berlin, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Essen, Duisburg, Cassel, Wiesbaden, Mülheim a. Ruhr. So war es 1906 und so war es 1908. Nach Berlin und Frankfurt wohnten in Wiesbaden im Jahre 1908 die meisten sehr reichen Leute, nämlich zwei. In den übrigen 5 Städten wohnte nur je eine Person mit über 30 Millionen Mark Vermögen.

An kleineren Millionären ist Wiesbaden besonders reich. Nicht weniger als 230 Wiesbadener hatten im Jahre 1908 über 1 Million Mark Vermögen. Der Reichtum von Wiesbaden hat sich erst in neuerer Zeit entwickelt. Bei Einrichtung der modernen preußischen Einkommensteuer im Jahre 1892 zeichnete sich Wiesbaden noch nicht durch besonderen Reichtum aus. Das größte Einkommen in Wiesbaden betrug im Jahre 1892 350000 Mark, und das zweite 295000 Mark. Dann folgten zwei Personen mit einem Einkommen von 165000 Mark.

Dieses Einkommen entstammte ohne Zweifel einem gesicherten Vermögen, einem Kapital oder Grundbesitz. Einzelne reiche Rentiers von 4—9 Millionen Mark Vermögen durfte es also damals schon gegeben haben. Aber Wiesbaden ist im stärkeren Maße der Zufluchtsort der Rentiers und Pensionäre geworden. Allerdings gab es im Jahre 1901 in Wiesbaden noch niemand, der über $^1/_2$ Million Mark Einkommen hatte. Auch in den früheren Jahren war eine so reiche Person nicht bekannt geworden.

Erst im Jahre 1902 taucht in Wiesbaden plötzlich eine Person auf, die 900000 bis 1 Million Mark

jährliches Einkommen hat. Im Jahre 1903 gibt es zwei Personen, die über 1 Million Mark Einkommen haben. Es folgen dann 3 Personen, deren Einkommen zwischen 300000 und 400000 Mark schwankt.

Das Einkommen der beiden reichsten Wiesbadener betrug im Jahre 1903 zusammen noch nicht 3 Millionen Mark, denn sie zahlten zusammen einen Steuerbetrag von 119800 Mark. Diese beiden Nabobs sind aber von Jahr zu Jahr reicher geworden. Im Jahre 1909 haben sie zusammen bereits mehr als 5 Millionen Mark Einkommen gehabt, denn sie zahlten zusammen einen Steuerbetrag von 209000 Mark.

Im Jahre 1908 hatte ein jeder dieser beiden Nobobs über 30 Millionen Mark Vermögen. Da sie zusammen 197800 Mark Steuern zahlten, so kann man annehmen, daß ein jeder ein jährliches Einkommen von rund $2^1/_2$ Millionen Mark gehabt hat. Im Jahre 1905 besaß der eine von ihnen noch nicht ganz 25 Millionen Mark Vermögen, während der andere schon mehr als 30 Millionen Mark besaß. Diese beiden Vermögen wachsen augenscheinlich nur durch Ersparnisse, indem ein jeder der Besitzer etwa 2 Millionen Mark seines Einkommens jährlich zurücklegt. Der ärmere von diesen beiden Personen dürfte also im Jahre 1908 ein Vermögen von 31 Millionen Mark und die reichere ein Vermögen von rund 40 Millionen Mark besitzen.

Die reichen Elberfelder.

In Elberfeld besaß im Jahre 1908 niemand ein Vermögen über 15 Millionen Mark. Nach der amtlichen Statistik (S. 294 der Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern für das Jahr 1908) fielen die drei reichsten Elberfelder in die Klasse über 10—15 Millionen Mark. Und dieser Reichtum war ein ganz neuer in Elberfeld, denn im Jahre 1905 fielen die neun reichsten Elberfelder in die Klasse über 5—10 Millionen Mark. Die Elberfelder sparen und sind fleißig. Aber die Vermögensbildung schreitet nur in gemäßigtem Tempo vorwärts. Im ganzen fanden sich im Jahre 1908 104 Elberfelder, die über 1 Million Mark Vermögen besaßen.

Bei Beginn der modernen Einkommensteuer hatte der reichste Elberfelder im Jahre 1892 ein jährliches Einkommen von 290000 Mark und der zweite ein solches von 260000 Mark. Im Jahre 1900 belief sich das Einkommen des reichsten Elberfelders auf 800000—900000 Mark. Im Jahre 1908 hatte gleichfalls der reichste Elberfelder nicht mehr als 800000 bis 900000 Mark jährliches Einkommen, der zweite aber hatte 700000—800000 Mark jährlich zu verzehren. Endlich im Jahre 1909 sind diese beiden Höchstbesteuerten eine erhebliche Stufe heraufgerückt und haben nun über 1 Million Mark jährliches Einkommen. Zusammen zahlen sie einen Steuerbetrag von 103000 Mark. Im Durchschnitt hat also jeder von beiden ein Einkommen von $1^1/_4$ Millionen Mark. Die nächste Vermögenseinschätzung dürfte also auch wesentlich höhere Elberfelder Vermögen ergeben.

Die Tatsache, daß im Jahre 1908 die drei größten Elberfelder Vermögen zwischen 10 und 15 Millionen Mark lagen, beweist in deutlicher Weise die alte Erfahrung, daß gewöhnlich die Vermögen überschätzt werden und insonderheit die Vermögen von Großindustriellen, die viele Arbeiter beschäftigen und große Umsätze haben. Unwillkürlich wird das Auge der kritiklosen Menge geblendet durch die Macht der großen Fabrikanten und Fabrikdirektoren. Wenn Hunderte von Ingenieuren und Chemikern und Tausende von Arbeitern von einem Industriegewaltigen abhängen, so hält man sein Einkommen und Vermögen leicht für riesenhaft, obgleich es regelmäßig enge Grenzen hat.

Die Statistik lehrt uns also, daß die Direktoren der Elberfelder Farbenfabriken, Kommerzienrat Friedrich Bayer oder Geheimrat Professor Dr. Karl Duisberg, oder der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Geheimer Regierungsrat Dr. H. von Böttinger, im Jahre 1908 auf keinen Fall mehr als 15 Millionen Mark Vermögen besaßen. Dasselbe gilt von den Besitzern der größten Webereien, insonderheit von Herrn Schniewind, von den Herren Boeddinghaus, Frohwein, von dem Bankier Kommerzienrat von der Heydt oder von den großen Appreteuren und Färbern in Elberfeld.

Es steht außer jedem Zweifel, daß Kommerzienrat Friedrich Bayer und Geheimrat von Boettinger die Höchstbesteuerten in Elberfeld sind.

Die Motorluftschiffahrt.

Wir haben soeben die Schwelle des Zeitalters der Motorluftschiffahrt überschritten. Die Menschheit befindet sich in ihrer Entwickelung an dem wichtigsten Wendepunkte. Bisher konnte der Mensch von der Erdoberfläche nicht loskommen. Von jetzt ab kann er sich von ihr loslösen und wird von dieser Fähigkeit in steigendem Maße Gebrauch machen.

Der Mensch wird sich körperlich und geistig ändern. Und die Erdkugel mit ihm. Oder sollte die Motorluftschiffahrt auf die Zivilisierung Afrikas oder das Aussehen der europäischen Großstädte ohne jeden Einfluß bleiben?

Wer die Drachenflieger oder Riesenluftschiffe im Luftozean fliegen sieht, beschäftigt sich heutzutage unwillkürlich mit der Frage nach den Veränderungen, die sie mit sich bringen. Selbst einem von der Kultur wenig berührten Landbewohner werden sich solche Betrachtungen aufdrängen. Auch der nackte Wilde in den Urwäldern von Brasilien und Bolivien, der noch niemals einen Weißen zu Gesicht bekommen hat, wird das Herannahen einer neuen Zeit fühlen, wenn er zum ersten Male ein Motorluftfahrzeug mit seinen Augen und Ohren wahrnimmt.

Wir lesen in den Zeitungen jeden Tag morgens, mittags und abends von neuen Fortschritten auf dem Gebiete der Motorluftschiffahrt. Aber wir lesen auch oft von Katastrophen und Unglücksfällen. Man kann es dem Zeitungsleser nicht verdenken, wenn er in seiner Beurteilung der verschiedenen Systeme und ihren Aussichten schwankt.

Wer die Bedeutung der Motorluftschiffahrt in der Gegenwart schildern will, der muß einen Grundsatz an die Spitze seiner Ausführung stellen:

Die Motorluftfahrzeuge von heut taugen nur für gutes Wetter.

Alles andere ist Zukunftmusik. Vielleicht werden wir die Zeit noch erleben, wo ein Motorluftfahrzeug auch bei stürmischem und regnerischem Wetter sich bewährt und die ihm gestellte Aufgabe erfüllen kann. Aber die Sicherheit, welche die Dampfschiffe bei stürmischer See heute bereits erlangt haben, werden die Motorluftfahrzeuge in den nächsten Jahren und wahrscheinlich in den nächsten Jahrzehnten noch nicht erlangen.

Die Entwickelung der Motorluftschiffahrt ist eine sehr schnelle und die Erfindungen jagen sich. Gleichwohl wird der Verkehr wie die Kriegführung mit einer erfolgreichen Anwendung der Motorluftfahrzeuge in den nächsten fünf Jahren nur bei windstillem oder wenig windigem Wetter rechnen können.

Nicht nur die Stärke der Winde, sondern besonders ihre Unregelmäßigkeit wird den Motorluftfahrzeugen gefährlich. Wenn heut ein Zeppelinsches Aluminiumluftschiff gegen einen Wind von 15 m in der Sekunde oder 50 km in der Stunde vorwärts kommt, so wird diese Leistung schon bewundert. Aber schon bei einem Winde von 16 m in der Sekunde oder 54 km in der Stunde scheint den Zeppelinen ein Vorwärtskommen zur Zeit unmöglich zu sein. Tritt noch eine Unregelmäßigkeit des Windes hinzu, oder ereignet sich durch den Kampf mit dem Winde die gewohnte Störung des Höhensteuers oder Motors oder sonst irgendeines

Teiles von Bedeutung, so tritt die gewohnte Katastrophe ein.

In Amerika wie in Europa steigt der Aviatiker nur bei bestem Wetter auf. Die Flugwochen werden von vornherein so eingerichtet, daß die Stunden des Aufstiegs auf die Zeit des windstillen Wetters zwischen 5 Uhr und 8 Uhr abends zu liegen kommen. Nur selten wagt ein Aviatiker, bei einem Winde von 10 m in der Sekunde oder darüber aufzusteigen. Man hat niemals gehört, daß ein Drachenflieger gegen einen Wind von 16 m in der Sekunde oder 54 km in der Stunde längere Zeit anzukämpfen gewagt hat.

Die Abhängigkeit aller Motorluftfahrzeuge hindert ihre Verwendbarkeit im Frieden wie im Kriege. Hierdurch aber wird die Ausbreitung und Vermehrung begrenzt. Die militärischen Behörden haben Bedenken, größere Mengen von Motorluftfahrzeugen anzuschaffen, solange ihre Abhängigkeit von Wind und Wetter eine so große ist. Und die Kapitalisten finden sich auch nicht leicht bereit, ansehnliche Summen zur Einrichtung von Verkehrsluftlinien und Herstellung von Luftschiffhäfen herzugeben. Auch die Ausbreitung der Drachenflieger für Sportzwecke würde eine weit schnellere sein, wenn die Benutzung nicht durch das Wetter so eng begrenzt wäre.

Mit diesen durch Wind und Wetter gegebenen Verhältnissen muß gerechnet werden. Je klarer man sich aber über den Verwendungsbereich der Motorluftfahrzeuge aller Art wird, mit um so größeren Erfolge werden sie innerhalb dieser Grenzen verwandt werden können. Auch die Leistungsfähigkeit eines Pferdes oder eines Geschützes der schweren Schiffsartillerie hat enge

Grenzen, die beachtet sein wollen, sonst wird das Pferd oder das Geschütz vollkommen unbrauchbar. Die wenigsten Menschen, die auf der Eisenbahn fahren, sind sich bewußt, daß ihre Sicherheit gefährdet sein würde, wenn die Lokomotive länger als 8 oder gar 10 Stunden in Dienst gelassen werden dürfte. Auf der sorgfältigen Innehaltung und Beachtung der Grenzen der Leistungsfähigkeit ruht bei der Verwendung von Tieren wie Maschinen und vieler anderen Mittel der Produktion und des Verkehrs der ganze Erfolg.

Im Frieden wie im Kriege können Motorluftfahrzeuge nur innerhalb der Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit verwendet werden, wenn ein Erfolg erzielt werden soll. Wer die Motorluftschiffahrt fördern will, der muß auf Beachtung der Grenzen ihrer Verwendbarkeit dringen. Sonst wird die Zahl der Unfälle und Katastrophen sich derartig vermehren, daß der Staat und das Großkapital noch mehr zurückhaltend wird, als es schon der Fall ist. Die Motorluftschiffahrt bedarf wirklich großzügiger Förderung durch den Staat und das Großkapital. Von Deutschland gilt dies in erhöhtem Maße.

Bei stürmischem oder regnerischem Wetter hält sich niemand gern im Hochgebirge oder an der See auf. Bei schönem ruhigen Wetter ist also eine Luftreise nicht nur am sichersten, sondern auch am angenehmsten. Der Verwendungsbereich der Motorluftfahrzeuge für Vergnügungsreisen ist daher weit größer, als es auf den ersten Blick erscheint. An den Tagen, wo die Großstädter wegen des schönen Wetters einen Ausflug machen würden, ist der Aufenthalt in der Luft auch am sichersten.

Wer eine Verkehrsluftlinie mit Riesenluftschiffen einrichten und zu Ansehen bringen will, der muß auf das sorgsamste bedacht sein, Unfälle oder gar Katastrophen zu vermeiden. Bei der letzten Fahrt des Zeppelinschen Motorluftschiffes Nr. 7, der „Deutschland", ist diese Pflicht von den Direktoren Colsmann und Dr. Eckener, sowie dem Ingenieur Dürr außer acht gelassen worden. Die Herren hätten schon um 10 Uhr vormittags von dem meteorologischen Observatorium in Aachen die Sammlung ungünstiger Wetterberichte telephonisch in Düsseldorf erhalten können, stiegen aber trotz zweifelhaften und sogar ungünstigen Wetters schon einige Stunden zuvor mit den Pressevertretern in Düsseldorf auf. Über den ungünstigen Ausgang der Fahrt war man sich schon am Morgen selbst in Berlin klar, da an jenem Morgen wie am Tage zuvor über Berlin wie großen Teilen von Norddeutschland unruhige Winde gingen.

Der Untergang dieses ersten Passagierluftschiffes großen Stiles ist lediglich die Folge des Hinwegsehens über die Ungunst der Wetterlage. Durch die Feststellungen des Direktors des Meteorologischen Observatoriums zu Aachen Dr. P. Polis in der Deutschen Zeitschrift für Motorluftschiffahrt vom 18. Juli 1910 ist der von den Direktoren Colsmann und Eckener und dem Ingenieur Dürr begangene Fehler vollkommen klar gestellt. Die am Montag den 27. Juni 1910 von dem Observatorium zu Aachen veröffentlichte Vorhersage lautete: „Veränderlich, windig, Regenschauer und kühl". Die Wetterlage am Dienstag, den 28. Juni 1910, dem Tage der Katastrophe, muß als höchst ungünstig

bezeichnet werden, wie Dr. Polis betont. Bereits zwischen 8 und 9 Uhr vormittags erreichte zu Aachen die Luftbewegung aus Südwesten in 500 m Höhe eine Geschwindigkeit von 16 m in der Sekunde und in einer Höhe von 1000 m sogar eine Geschwindigkeit von 18 m in der Sekunde. In Düsseldorf selbst war um die Zeit des Aufstieges die Luftbewegung eine geringe. Die Eigengeschwindigkeit des Luftschiffes „Deutschland" betrug 16 m in der Sekunde. Dies ist aber naturgemäß nur die Maximalleistung.

Um $8^1/_2$ Uhr morgens stieg die „Deutschland" mit 20 geladenen Vertretern der in- und ausländischen Presse, die es sich in den Sesseln der eleganten Passagierkabine bequem gemacht hatten, zu einer Spazierfahrt auf, die nur auf $2—2^1/_2$ Stunden berechnet war. Schon bald nach dem Aufstieg machte sich ein Gegenwind von 8—10 m pro Sekunde bemerkbar, der aber zunächst bei der bedeutenden Eigenbewegung der „Deutschland" zu Besorgnissen keinen Anlaß gab. In wunderbarer Fahrt wurde Düsseldorf in einer Höhe von 150 m überflogen. Das Schiff flog in der Richtung nach Elberfeld. Inzwischen nahm der Wind an Stärke wenig zu.

In der Nähe von Barmen geriet einer der hinteren Motore ins Stocken. Aber das Luftschiff besaß im ganzen 3 Vierzylinder-Mercedesmotoren von Daimler. Während die Mannschaft der hinteren Gondel noch mit der Reparatur des Motores beschäftigt war, erhob sich plötzlich starker Sturmwind, der von Minute zu Minute anwuchs und bald eine Stärke von 18 m in der Sekunde erreichte.

Gegen 11 Uhr wurde der Entschluß gefaßt, eine

Zwischenlandung vorzunehmen, und zwar möglichst einen Ort zu wählen, wo Truppen zur Landung zur Verfügung waren. In dieser Absicht steuerte man auf Münster zu. Infolge eines starken Regens nahm das Luftschiff bedeutende Wassermassen auf, die es herniederdrückten. Ogleich gegen $1^1/_2$ Uhr der defekt gewordene Motor wieder mitarbeiten konnte, konnte man die Fahrtrichtung nach Münster nicht innehalten.

Gegen $4^1/_2$ Uhr hob ein wilder Wirbelwind das Luftschiff in wenigen Augenblicken bis auf eine Höhe von 1100 m. In der Höhe trat ein bedeutender Gasverlust ein und auch die starke Abkühlung, sowie die Regenmassen brachten das Luftschiff zu schnellem Falle. Etwa 400 m über dem Erdboden gelang es, den weiteren Fall durch die Höhensteuer aufzuhalten. Kurz nach 5 Uhr faßte eine Böe das Schiff, warf es etwas herum, und ehe es gelingen konnte, das Fahrzeug wieder gegen den Wind zu zwingen, streiften die ersten Tannenwipfel des Teutoburger Waldes den Boden der hinteren Maschinengondel. Im nächsten Augenblick saß es schwer beschädigt auf den Bäumen fest.

Alle Wettererscheinungen dieses Tages kamen für den aufmerksamen Beobachter des Observatoriums zu Aachen nicht überraschend, sondern ließen sich erwarten. Dr. Polis schreibt:

„Bei derartigen veränderlichen Wetterlagen, wie sie in der Zeit vom 26. bis 28. Juni herrschten, dürfen keine Motorluftschiffahrten gemacht werden, bevor nicht sowohl die Windmessungen vom Tage selbst vorliegen, als auch die Wetterlage auf Grund der neuen Wetterkarte vom gleichen Tage bekannt ist.“

Während der Luftschiffmanöver zu Köln im Oktober und November 1909, sowie im April 1910 ist man wesentlich vorsichtiger gewesen. Für diesen Zweck wurde eine besondere ärologisch-meteorologische Station seitens des Aachener Observatoriums am Luftschiffhafen zu Köln errichtet. Während der ganzen Zeit wurden nicht allein Wetterkarten von 8 Uhr vormittags, wie beim öffentlichen Wetterdienst, sondern auch eine Mittags- und vielfach auch Abendwetterkarte entworfen. Vor jeder Fahrt wurde erst die Wetterlage genau ermittelt und zwar auf Grund der neuesten Beobachtungen. Dieses System hätte man sich nach dem Urteil des Dr. Polis auch bei den zu beginnenden Passagierfahrten in Düsseldorf zunutze machen können. Erst um 10 Uhr morgens, nachdem das gesamte meteorologische Material bei der Sammelstelle, dem Observatorium zu Aachen, vorliegt, ist dieses imstande, die Wetterlage zu übersehen. Um 9 Uhr vormittags können von dem Observatorium noch keine Nachrichten abgegeben werden, weil erst nach dieser Zeit das Material der Stationen auf telegraphischem Wege eintrifft. Bei veränderlicher Wetterlage darf also ein Luftschiff vor 10 Uhr vormittags nicht aufsteigen.

Die Schuld der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft, deren Direktor Dr. Eckener persönlich an der Unglücksfahrt teilnahm, wird dadurch besonders vermehrt, daß sie vor der Fahrt am Dienstag morgen und am Montag nachmittag überhaupt keine Erkundigungen bei dem Observatorium in Aachen einzog. Würde der eine oder andere der 20 Passagiere das Leben eingebüßt haben, so würde den Herrn Dr. Eckener

die schwerste strafrechtlche Verantwortung wegen dieser unbegreiflichen Leichtfertigkeit treffen.

Solange Dr. Eckener an der Spitze der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft Aktien=Gesellschaft steht, wird das Publikum zu dieser Verkehrsluftlinie nur sehr beschränktes Vertrauen haben können. Denn er hat eben nicht nur in einem Augenblicke ein schweres Versehen begangen, sondern der seit vielen Tagen bestehenden Wetterlage nicht Rechnung getragen und sich daher als unfähig erwiesen, die Leistungsfähigkeit der Motorluftschiffahrt richtig einzuschätzen. Auf die Innehaltung der Grenzen der Leistungsfähigkeit aber kommt alles an.

Man braucht nicht Jurist zu sein, um zu wissen, daß die Außerachtlassung so selbstverständlicher Vorsichtsmaßnahmen die volle zivilrechtliche und strafliche Haftung zur Folge hat. Herr Dr. Eckener mußte sich als Direktor der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft aussprechen, daß er nicht nur die Verantwortung für das Luftschiff und die Passagiere, sondern auch für die Gefährdung der Personen und Vermögenswerte auf der Erde im Falle durch eine Katastrophe oder auch nur schwere Landung übernimmt.

Wenn dem Herrn Dr. Eckener die Fortschritte des Wetterdienstes vollständig unbekannt gewesen wären, als er seine Stellung an der Spitze der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft antrat, so hätte er doch wenigstens die Pflicht gehabt, sich vor Beginn der Passagierfahrten der „Deutschland“ nach der Möglichkeit der Erkundung des Wetters umzutun. Sein pflichtwidriges Verhalten ist aber um so weniger zu begreifen, als er seit einer Reihe von Jahren sich einen Teil des

Jahres in Friedrichshafen aufhält und die dortige Drachenstation genau kennt, die neben Aachen und Lindenberg die wichtigste ärologische Station in Deutschland ist. Als Direktor der Deutschen Luftschiff-fahrtsgesellschaft durfte er sich nicht dem Urteile des Führers des Luftschiffes fügen, sondern mußte erkären: „Es wird unter keinen Umständen gefahren, bevor nicht das Observatorium die Wetterlage als günstig und vollkommen gefahrlos meldet."

Das Ausland empfindet selbstverständlich eine gewisse Schadenfreude über das fortgesetzte Versagen des Zeppelinschen Systems. Aber das System selbst ist besser als sein gegenwärtiger Ruf, der durch die unbegreifliche Außerachtlassung der notwendigen Vorsicht untergraben ist. Nur eine scharfe und aufrichtige Kritik seitens der öffentlichen Meinung kann endlich die schier unverbesserliche Leichtfertigkeit der Leiter des Zeppelinschen Unternehmens heilen. Der Zeppelinfonds, auf dem die Zeppelinschen Unternehmungen ruhen, ist von der deutschen Nation gesammelt und verdankt seine Entstehung nicht zum wenigsten dem Eintreten der Publizistik für die Zeppelinsche Sache. Die Nation darf erwarten, daß nunmehr endlich die Regeln des gesunden Menschenverstandes beachtet werden.

Es ist ein wahrer Segen, daß die Entwickelung der Motorluftschiffahrt nicht gleichbedeutend mit der Entwickelung des Zeppelinschen Systems ist. Denn sonst würde die Menschheit und das deutsche Vaterland insbesondere noch unendlich lange auf flotte brauchbare Luftfahrzeuge warten müssen. Sobald ein Zeppelinsches Motorluftschiff nach langer mühseliger Bauarbeit fertig ist, fragt sich unwillkürlich jeder Mann: „Wie-

viel Tage wird es nur seinen Dienst tun, bis die unvermeidliche Katastrophe eintrifft?"

Und doch ist nur der Mangel an Vorsicht die Ursache des frühen Endes dieser schönen Luftschiffe. Um die „Deutschland" war es wirklich schade! Sie durfte ihren stolzen Namen mit Recht tragen. Die „Deutschland" war das größte aller bisherigen Luftschiffe. Bei 148 m Länge und 14 m Durchmesser faßte sie 19100 cbm Gas, die zwischen den Betriebsgondeln eingebaute Passagierluxuskabine war für 16 Fahrgäste und einen Kellner berechnet. Die Fahrt von Friedrichshafen nach Düsseldorf war vortrefflich verlaufen.

Dieses wunderbare Luftschiff war bei der Unglücksfahrt am 28. Juni 1910 übrigens nicht nur durch das Wetter gefährdet, sondern noch durch andere Sorglosigkeiten der Leitung. Im allgemeinen soll Betriebsstoff für etwa 15 Stunden mitgenommen werden. Man hatte aber die mitgeführte Benzinmenge um etwa $1/3$, nämlich nur für die Dauer von $10^1/_2$ Fahrtstunden, vermindert. Die Zahl der geladenen Pressevertreter war nämlich zu groß für die verminderte Tragkraft der aus dem Zeppelin III entnommen Gasfüllung des Zeppelin VII. Es war also bei der Katastrophe nachmittags 5 Uhr nur noch ein kleiner Benzinvorrat vorhanden, der ein mehrstündiges Aushalten in der Luft nicht mehr gestattete.

Die Bäume des Teutoburger Waldes haben das schöne Luftschiff zerstört, aber den 32 Insassen das Leben gerettet. Eine Strandung auf freiem Felde hätte nach dem Urteil der deutschen Zeitschrift der Luftschiffahrt bei den herrschenden Gewitterböen und bei

dem Fehlen von ausreichender Hilfe zur vollständigen Katastrophe führen können.

Die Strandung im Teutoburger Walde fand in der Nähe der Bahnstation Wellendorf statt und daher wird dieser Ort regelmäßig neben Echterdingen und Weilburg als Strandungsort eines Zeppelinschen Luftschiffes genannt. Alle diese Katastrophen, die ein nagelneues Riesenluftschiff vernichteten, ließen sich vermeiden.

Früher waren es Fernfahrten und Dauerfahrten und jetzt war es eine kurze aber leichtsinnige Spazierfahrt bei zweifelhaftem Wetter, was zur Katastrophe führte. Solange die Luftschiffhäfen fehlten, konnten Luftschiffe auf Dauerfahrten und Fernfahrten sehr schnell das Opfer eines Gewitters oder sonstigen Wetterumschlages werden.

Das Aluminiumluftschiff Nr. 4 ging am 5. August 1908 bei Echterdingen durch eine Gasexplosion zugrunde. Am Ende einer Fernfahrt nach Mainz mußte das Luftschiff zum zweiten Male und zwar bei Echterdingen niedergehen, wurde nach einigen Stunden von einem plötzlich auftretendem Gewittersturm aus der Verankerung gerissen und nach einer kurzen Fahrt beim Aufschlagen gegen Bäume zur Explosion gebracht.

Die Bedingung einer 24stündigen Dauerfahrt nach Mainz und zurück war die erste der Bedingungen, an welche das Reich die käufliche Abnahme des Aluminiumluftschiffes Nr. 4 gebunden hatte. Obgleich das Aluminiumluftschiff Nr. 4 am 1. Juni 1908 eine großartige Fahrt nach dem Vierwaldstädter See zurückgelegt hatte, wurde es unerklärlicherweise nicht abgenommen. Graf Zeppelin war jeden Tag bereit, sein

Luftschiff der Reichsregierung zu verkaufen, aber das Reich kaufte es nicht.

Es wäre die Aufgabe des Vorsitzenden der Kommission des Geh. Regierungsrats Lewald gewesen, für einen Verzicht auf die 24stündige Dauerfahrt einzutreten. Wahrscheinlich hat sich Geheimrat Lewald nicht ein eigenes Urteil gegenüber den der Kommission angehörigen Fachmännern zugetraut. Die Äußerung des Geheimrats Lewald bald nach der Katastrophe von Echterdingen gegenüber dem Vertreter der Berliner Morgenpost, daß er dem Luftschiff ursprünglich 4 Tage Zeit für die Zurücklegung der Fahrt nach Mainz hätte gewähren wollen, läßt darauf schließen, daß er die Situation nicht zu überschauen vermochte. Würde Graf Zeppelin seinem Rate gefolgt sein, so mußte er noch mit größerer Sicherheit zugrunde gehen. Je länger die Luftreise dauerte, um so größer war die Gefahr, daß ein bedeutender Gasverlust eintrat und schließlich ein Sturm, Regen oder Gewitter zum Untergange des Luftschiffs führte. Es war dem Geheimrat Lewald augenscheinlich nicht klar geworden, daß eine solche Dauerfahrt nicht eher angetreten werden durfte, als bis die erforderlichen Luftschiffhäfen auf der beabsichtigten Strecke errichtet waren. Die Verantwortung für die Katastrophe in Echterdingen trägt in erster Linie Geheimrat Lewald, der eine sehr wenig glückliche Hand besitzt. Hoffentlich ist seine Mitwirkung nicht ein unglückliches Vorzeichen für das Zeppelinsche Polarunternehmen, dessen Arbeitsausschuß er angehört.

Vor der Katastrophe von Wellendorf ließ man jede Vorsicht außer acht und stieg trotz des zweifel-

haften Wetters auf, weil man sich vor den 20 Pressevertretern nicht ängstlich zeigen wollte.

Vor der Katastrophe von Echterdingen wagte niemand, die Abnahmebedingungen des Reiches zu ändern. Und wie waren sie entstanden? Als Erfinder hatte sich Graf Zeppelin bereit erklärt, 700 km mit dem neuen Aluminiumluftschiff Nr. 4 zu fahren. Eine solche Fahrt konnte in 14—16 Stunden zustande gebracht werden. Nachträglich war aus dieser Fernfahrt eine nach der Zeit berechnete Dauerfahrt geworden. Graf Zeppelin hatte sich gelegentlich bereit erklärt, 24 Stunden ohne Unterbrechung in der Luft zu bleiben, und man hatte ihn beim Worte genommen.

Die Reichskommission, an deren Spitze Geheimrat Lewald stand, scheint ganz vergessen zu haben, daß sie die Interessen des Reiches wahrzunehmen hatte. Das Augenmerk des Reiches aber mußte sich auf schnelle Übernahme und sorgsame Erhaltung des Aluminiumluftschiffes Nr. 4 richten. Das Interesse des dem Deutschen Reiche feindlichen Auslandes war anderer Art. Frankreich und England hatten ein starkes Interesse daran, daß das neue Aluminiumluftschiff Nr. 4 niemals abgenommen werden würde und daß es womöglich durch die Länge der Probefahrt zugrunde gehe. Auch Oberstleutnant Möbebeck bezeichnete die Bedingung für die staatliche Abnahme, eine vierundzwanzigstündige Dauerfahrt nach Mainz zurückzulegen, als eine recht schwere.

Da Paris nur 280 km von Metz entfernt liegt, so war die äußerste Leistung, die im Laufe des Krieges jemals verlangt werden konnte, die Zurücklegung dieser Strecke, also eine Fahrt von insgesamt 560 km. Für

die ersten Wochen und Monate des Krieges war die Fähigkeit zur Aufklärung über eine Strecke von 350 km in 7 Stunden schon eine sehr dankenswerte. Und diese Fähigkeit hatte am 30. September 1907 schon das Aluminiumluftschiff Nr. 3 an den Tag gelegt.

Wenn zwischen Deutschland und Frankreich eine gewaltige Wüste läge, zu deren Durchquerung man 12—20 Stunden braucht, da wäre es sehr erklärlich, daß die deutsche Heeresverwaltung vor der Abnahme eines Luftschiffes des starren Systems die Zurücklegung einer vierundzwanzigstündigen Dauerfahrt verlangt. Immerhin bliebe es schwer verständlich, warum die deutsche Regierung ein Luftschiff von geringerem Aktionsradius nicht für den Fall eines Krieges mit England oder Rußland käuflich übernimmt. Die strategisch wichtigste Entfernung auf dem Gebiete der Motorluftschiffahrt ist ohne Zweifel der Kanal an seiner schmalsten Stelle bei Calais und Dover, welche nur 35 km beträgt und in einer halben Stunde zurückgelegt werden kann. Es ist ganz unverständlich, warum die Reichsverwaltung für Aluminiumluftschiffe, die nicht ausgerechnet 24 Stunden in der Luft bleiben können, in einem Seekriege keine Verwendung hat.

Je mehr Luftschiffhäfen Deutschland an der französischen Grenze baut, um so kleiner können die Abschnitte des französischen Grenzlandes sein, welche dem einzelnen Luftschiff für die Aufklärung oder den Angriff überwiesen werden. Man darf den Luftkrieg über dem Lande wie über dem Wasser nicht mit einem einzigen Luftschiff führen wollen, sondern man muß mehrere Exemplare anschaffen. Es ist richtig, daß die Markgrafen von Brandenburg die Macht der Junker

mit nur einer Kanone, der sogenannten „faulen Grete" gebrochen haben. Heute aber nimmt der König von Preußen Tausende von Geschützen mit in den Feldzug. Weil er nun aber über so viele Geschütze verfügt und weil er mit seiner Armee die Geschütze nahe an den Feind heranträgt, so verlangt er nicht, daß das einzelne Geschütz über Tausende von Kilometern wegschießen kann. Er verlangt auch nicht, daß das einzelne Geschütz ohne Unterbrechung ganze Tage hindurch feuern kann.

Wenn der König von Preußen ein Geschütz kauft, so erwartet er nicht, daß es von Metz bis Paris über eine Strecke von 280 km zu schießen vermag. Warum soll denn das Luftschiff nicht nur bis Paris, sondern fast doppelt so weit fliegen und wieder umkehren können. Die Entfernung von Friedrichshafen über Basel bis Mainz beträgt nämlich rund 465 km.

Wenn dem Geheimrat Lewald auch die Fähigkeit fehlte, sich in strategische Dinge hineinzudenken, so hätte doch Major Groß vom Luftschifferbataillon das Übertriebene in den Abnahmebedingungen des Reichs erkennen sollen. Major Groß hatte nur das Interesse der Landesverteidigung zu vertreten. Es war aber ein vitales Interesse der Landesverteidigung, daß das Aluminiumluftschiff Nr. 4 nicht durch übertriebene Abnahmebedingungen vorzeitig zugrunde ging.

Die Zusammensetzung der Reichskommission war keine glückliche. Würden auf allen Gebieten der Landesverteidigung ähnliche Reichskommissionen zu entscheiden haben, so würde es ein Echterdingen nach dem anderen geben. Beamte und Offiziere, die sich so wenig bewährt haben und die vitalen Interessen des Reiches

gefährdet haben, sollte man möglichst bald dem Ruhestande zuführen. Sie sollen ihre Pension und ihren Diensttitel behalten, aber der Möglichkeit beraubt werden, unheilvolle Entschließungen zu treffen.

Man wird mir entgegenhalten, es sei leicht, nachträglich Kritik anzulegen. Wenn man vom Rathause kommt, ist man klüger, als wenn man hingeht.

Auf mich trifft dieser Vorwurf nicht zu. Ich habe vor der Katastrophe von Echterdingen laut und vernehmlich meine Stimme erhoben. In der Zeit vom 15. Juli bis zum 4. August 1908, wo Zeppelin zu jener vierundzwanzigstündigen Dauerfahrt aufbrach, die mit Echterdingen endigte, habe ich in einer Reihe von Artikeln gegen das Festhalten der Reichsverwaltung an ihren Annahmeforderungen protestiert und die sofortige käufliche Übernahme des Zeppelinschen Aluminiumluftschiffes durch das Reich gefordert.

In einem Artikel, betitelt „Das Mißgeschick des Grafen Zeppelin“, der im Dresdner Anzeiger am 19. Juli 1908 erschien, schrieb ich aus Friedrichshafen: „War denn die vierundzwanzigstündige Dauerfahrt für die Übernahme der beiden Aluminiumluftschiffe durch das Reich überhaupt nötig? Nein, keineswegs. Die Vereinbarung über die vierundzwanzigstündige Dauerfahrt lag nicht in dem Interesse der nationalen Verteidigung und der Fortentwicklung der Motorluftschiffahrt. Wenn alle Beteiligten von dem Wunsche beseelt waren, das Fortschreiten der Motorluftschiffahrt aufzuhalten und eine erhebliche Verzögerung in der Fortbildung dieses wichtigen Zweiges der nationalen Verteidigung hervorzubringen, so konnte diese Absicht nicht besser verwirklicht werden, als durch

die Bedingung einer vierundzwanzigstündigen Dauerfahrt. Vielleicht wird die kommende Dauerfahrt des Grafen Zeppelin nur 21 Stunden dauern, dann ist der Erfolg wieder eine Verzögerung von 2—3 Wochen. Wenn die glänzende zwölfstündige Fahrt über den Vierwaldstättersee unter den größten Schwierigkeiten nicht genügt, so will man keine schnelle Erledigung dieser nationalen Angelegenheit und keine schnelle Verstärkung der nationalen Wehrkraft."

In ähnlichem Sinne habe ich mich in dem Artikel „Die unterbliebene Dauerfahrt" im Hamburger Fremdenblatt vom 21. Juli 1908 ausgesprochen. In der Wochenschrift „Die Gegenwart" vom 1. August 1908 habe ich unter der Überschrift „Graf Zeppelin und der Kaiser" nochmals alle meine Bedenken gegen die Dauerfahrt zusammengefaßt.

Der Wert von einer halben Million Mark bar muß erst zerstört werden, um die Begeisterung zur Sammlung des Zeppelinfonds von 6 Millionen Mark zu wecken. Und auch dann muß abermals Luftschiff auf Luftschiff im Werte von je einer halben Million Mark geopfert werden, um nur allmählich die notwendigste Vorsicht zu erzeugen. Ich finde, daß dieser Prozeß ein sehr kostspieliger ist.

Es handelt sich aber durchaus nicht nur um die Kosten, sondern darum, daß im Ernstfalle brauchbare Luftschiffe nicht in genügender Zahl vorhanden sind, und darum, daß bei dem fortwährenden Fehlen von Luftschiffen die Schulung der Mannschaften nicht zunehmen kann. Unsere Flotte von Riesenluftschiffen ist bei Echterdingen, Weilburg, Wellendorf und Oos begraben. Wir haben Erfahrungen gesammelt, die jeder

vernünftige Laie sich vorher gesammelt hatte. Wir haben nach den Katastrophen aber lange Zeit hindurch keine Gelegenheit gehabt, oder nur unvollkommene Gelegenheit gehabt, Mannschaften im Luftschiffdienst auszubilden und wirklich wertvolle Erfahrungen zu sammeln.

Inzwischen aber hat die Aviatik in Frankreich, in England, in Amerika und anderwärts enorme Fortschritte gemacht. Es ist ein Glück für die Franzosen, daß ihre Aviatik sich unabhängig von einer französischen Reichskommission mit einem französischen Lewald oder Groß oder einer französischen Luftschiffahrtsgesellschaft mit einem Eckener entwickeln konnte.

Unsere Hoffnung muß sich mehr und mehr der deutschen Aviatik zuwenden. Die Stärke der Aviatik beruht darin, daß viele sie betreiben können, ohne vom Staate abhängig zu sein.

Zur Herstellung eines Riesenluftschiffes und einer Riesenhalle gehört ein Kapital von mindestens einer Million Mark und womöglich zwei Millionen Mark. Aber ohne Genehmigung der Behörden ist im allgemeinen auch mit einem großen Kapital nichts anzufangen. Schon ein geeignetes Terrain ist ohne Entgegenkommen der Behörden in der Nähe der Großstädte und auch sonst nicht leicht zu finden.

Einen Drachenflieger kann sich jedermann anschaffen, der die Mittel zum Ankauf eines Automobils besitzt. Gegenwärtig kostet ein Drachenflieger noch 8000 bis 20000 Mk. ohne den Hangar oder Schuppen und bald wird der Preis auf 5000—10000 Mark oder noch tiefer gesunken sein.

Nur ganz langsam vermehrt sich im Laufe der

Zeit die Zahl der Motorballons in Europa wie in Amerika. Durch schwere Katastrophen wie die des französischen Militärluftschiffes Republique oder des Motorballons des verstorbenen Oskar Erbslöh in Elberfeld wird ihre Zahl ab und zu aufs neue vermindert. Die noch zahlreicheren Strandungen oder Explosionen, die das Motorluftschiff ganz oder teilweise vernichten oder schwer beschädigen, wie Echterdingen, Weilburg, Wellendorf und Oos halten die Entwicklung „der Leichter als die Luft“ gewaltig auf. Zuweilen entflieht ein Motorballon auf Nimmerwiedersehen, wie der französische Militärballon Patrie am 1. Dezember 1907.

Nur ein sehr kleiner Teil der bisher in Europa und in Amerika gebauten Motorballons dürfte ohne schwere Strandung geblieben sein. Der Neubau wie die Reparatur der Motorballons erfordert aber in der Gegenwart noch viel Zeit.

Und mit welcher Schnelligkeit vermehren sich die Drachenflieger! Würden wir heute eine Statistik der vorhandenen Drachenflieger in Europa und Amerika veranstalten, so ist sie morgen schon nicht mehr richtig und bei dem Erscheinen der Statistik in 14 Tagen direkt irreführend.

Es ist schon eine Aufgabe, die Zahl der Fabriken von Drachenfliegern und der Verfertiger festzustellen. Denn sie wächst von Woche zu Woche. Aber fast jede von diesen Fabriken vermehrt ihre Produktion ununterbrochen. Die Zahl der in den Aeroplanfabriken beschäftigten Arbeiter, Ingenieure und Betriebsleiter dürfte die Zahl der Angestellten der Motorballonfabriken und Werkstätten schon bei weitem überragen.

Wenn ein Aeroplan abstürzt oder zertrümmert wird, so bedeutet das für die Entwickelung der Aviatik in der Gegenwart keinerlei Verzögerung. Die Beschädigungen der Drachenflieger werden mit staunenswerter Schnelligkeit repariert. Und die Aeroplanfabriken bringen jeden Tag neue Ware an den Markt. Je mehr die Fabriken sich vergrößern und denselben Typ fabrizieren, um so schneller und billiger können sie arbeiten.

Wie gering ist die Zahl der wirklich geglückten Fernfahrten und Dauerfahrten von Motorballons! Ganz ohne unfreiwillige Zwischenlandungen ist noch selten eine Fernfahrt oder Dauerfahrt geglückt. Die Fernfahrt der „Deutschland" von Friedrichshafen nach Düsseldorf im Juni 1910 ist vielleicht die schönste aller bisherigen Leistungen der Leichter als die Luft. Aber sie war eben sehr von dem Winde begünstigt. Da den Motorballons aller Systeme und aller Länder zu häufig Unfälle zustoßen, die Reparaturen oder Neubauten erfordern, so ist die Zahl der größeren Fahrten eine sehr geringe.

Heut sind schon viel mehr Personen auf Aeroplanen durch die Luft gefahren als auf Motorballons. Die Zahl der von Aeroplanen zurückgelegten Kilometer ist nicht nur in der ganzen Welt, sondern selbst in Deutschland eine größere als die Zahl der von den Motorballons zurückgelegten Kilometer. Wie es eine Statistik des von den Luftballons verbrauchten Gases in den verschiedenen Ländern gibt so sollte eine Statistik der in der Luft fahrenden Personen nach Kilometern sowohl für die Drachenflieger wie für die Motorballons geführt werden. Wahrscheinlich würde

schon im Jahre 1911 die Zahl der äroplanfahrenden Personen und der von ihnen zurückgelegten Kilometer das Zehnfache der Zahl der Motorballonfahrer und ihrer Kilometer betragen. Nur die Passagierfahrten, wie sie die „Deutschland" schon in Düsseldorf aufgenommen hatte, und wie sie jetzt von den in Frankreich gebauten Motorballons Luzern I und Luzern II über den Vierwaldstädter See ausgeführt werden, können überhaupt in nächster Zeit eine Benutzung der Motorballons herbeiführen, die sich mit derjenigen der Aeroplane vergleichen läßt.

Die Zahl der Privatpersonen, welche sich Motorballons anschaffen, will nicht zunehmen. Selbst Deutsch de la Meurthe, Santos Dumond und Conte de la Vaux scheinen das Interesse für die Motorballons verloren zu haben. Außerhalb Frankreichs aber sind Privatpersonen, die brauchbare Motorballons besitzen und benutzen, überhaupt nicht bekannt.

Ein reicher Privatmann, der sich an der Motorluftschiffahrt beteiligen will, kauft sich gegenwärtig einen Aeroplan. Seit die Aeroplane in fünf Stunden 400 km zurücklegen und eine Höhe von 2680 m erreichen, ist die Überlegenheit des Motorballons sehr herabgegangen. Auch die Sicherheit der Aeroplane erweist sich als größer, als bisher angenommen wurde.

Ohne Zweifel sind schon mehr Aeroplanfahrer als Motorballonfahrer getötet worden. Aber die Zahl der Aeroplanfahrer war seit dem Beginn des Jahres 1908 bis zur Gegenwart schon viel größer als die Zahl der Motorballonfahrer. Unter den seltenen Aufstiegen der Motorballons befinden sich Katastrophen wie die der Republik, des Erbslöh und jenes amerikani-

schen Riesenluftschiffs, wobei regelmäßig die gesamte Besatzung zugrunde ging.

Auch in Zukunft werden mehr Aviatiker abstürzen als Motorballonfahrer. Gleichwohl aber ist die zunehmende Sicherheit der Drachenflieger geradezu überraschend. Es ist jetzt ein Genuß den Flugwochen beizuwohnen, da Drachenflieger auf Drachenflieger ruhig und sicher durch die Lüfte steuern. Nicht leicht dürfte es sein, zu entscheiden, welches System der Drachenflieger sich am besten bewährt. Die Unfälle werden regelmäßig nur durch einen Bruch der Flügelschraube herbeigeführt. Besonders gefährlich ist ein solcher Propellerbruch bei dem System Wright, welches 2 Propeller nebeneinander hat. Am 10. August 1910 stürzte in Johannistal bei Berlin aus diesem Grunde auf einem Wright-Doppeldecker Heim von einer Höhe von 80 m, wie vor einigen Jahren Orville Wright mit dem Leutnant Selfridge in Amerika. Wie auf der Eisenbahn, so werden auch bei den Drachenfliegern derartige Betriebsstörungen durch Verwendung besseren Materials immer seltener werden.

Bisher hat das Hochsteigen der Äroplane eine besondere Gefährdung nicht ergeben. Es scheint, daß der Äroplan sich in einer Höhe von 2000 m ebenso sicher in den Lüften bewegt, wie in einer von 200 m. Das Aufsteigen auf die Höhe von 1500 oder gar 2000 m sah man bisher als ein Vorrecht der Motorballons an. Aber sehr schnell haben die Drachenflieger den Höhenrekord höher und höher geschraubt. Im Sommer 1910 haben sich eine Reihe Äroplane hinter die Wolken geflüchtet und dort längere Zeit verborgen gehalten.

Am 12. August 1910 erreichte der Amerikaner Drechsel eine Höhe von 2052 m und verbesserte damit den bisherigen Weltrekord um 166 m. Da man regelmäßig den Äroplan in dieser Höhe überhaupt nicht sehen kann, so ist es auch für das beste Ballongeschütz unmöglich, ihn herabzuholen. Es dürfte überhaupt noch kein Motorballon diese Höhe erreicht haben. Im allgemeinen vermeiden es die Motorballons mit großer Sorgfalt, sich höher als etwa 1500 m heben zu lassen. Die höchsten Höhen der Motorballons sind meistens durch Naturgewalt gegen den Willen der Führer erreicht worden.

Die große Flugwoche der Champagne, Anfang Juli 1910, hat eine Hekatombe von Rekorden zutage gefördert. Auf einen Bleriot-Eindecker hat Olieslaegers in 5 Stunden 3 Minuten 5 1/5 Sekunde am 10. Juli 1910 392,75 km zurückgelegt. Mit 2 Passagieren hat Mamet auf einem Bleriot-Eindecker, der also mit insgesamt 3 Personen belastet war, am 9. Juli 1910 in einer Stunde 36 Minuten und 4 Sekunden 92,75 km zurückgelegt. Und einige Wochen später hat in Mourmelon bei Chalons Henry Farman mit 3 weiteren Passagieren auf seinem neuen Doppeldecker eine Dauerfahrt von einer Stunde und 4 Minuten unternommen. Eine Fahrt von 4 Personen durch mehr als eine Stunde erhöht die Bedeutung der Aviatik für die Zwecke des Verkehrs wie des Krieges in außerordentlichem Maße.

Alle diese Weltrekorde werden schnell überholt sein. Die Belastungen mit 4 Personen bedeutet keine Grenze der Leistungsfähigkeit des Drachenfliegers. Die größte Flugmaschine, welche soeben nach den Plänen des

bekannten Marquis de Dion erbaut wurde, ist für den Transport von 10 Menschen eingerichtet. Der Höhenrekord, den der Amerikaner W. Brookins auf seinem Wright-Doppeldecker am Meeresstrand in Atlantic City mit reichlich 1900 m im Juli 1910 erreichte, wurde ihm wenige Wochen später kurz nach seinem Absturz und Tod am 11. August 1910 durch den Amerikaner Drechsel überboten.

Die Überlandflüge und Überseeflüge der Drachenflieger mehren sich und zeigen aller Welt die Brauchbarkeit. Der Kanal ist es nunmehr gewohnt, überflogen zu werden. Nach Bleriot hat sein Schüler Graf Jaques de Lesseps, ein Sohn des berühmten Erbauers des Suezkanals, am 21. Mai 1910 in 35 Minuten die Fahrt von Calais nach Dover zurückgelegt und der später tödlich verunglückte Rolls flog am 2. Juni 1910 von England aus über den Kanal und kehrte bei Calais wieder um, ohne in Frankreich gelandet zu haben.

Der Eilflug des Amerikaners Curtiß auf seinem Herring-Curtiß-Monoplan von Albany nach Neuyork über die Fahrtstrecke des ersten Dampfbootes mit zwei Zwischenlandungen in 5 Stunden am Vormittag des 29. Mai 1910 hat das Interesse ganz Amerikas im höchsten Maße erregt und zur Stiftung von insgesamt 550000 Mark an Preisen für praktische Flüge von Stadt zu Stadt geführt. Curtiß selbst gewann durch diese Fahrt den Geldpreis der World in Hohe von 40 000 Mark und daneben zu dauerndem Eigentum den Scientific-American-Preis.

Die meisten Überlandflieger unter den Aviatikern dürfte wohl Frankreich besitzen. Die Rundfahrt des Ostens Anfang August 1910 hat die Zahl der Kilo-

meter gewaltig vermehrt, auf die die bedeutendsten französischen Überlandflieger blicken können.

Paulhan war am 13. August 1910 der erste Anwärter des Reisepreises der Daily Mail, der demjenigen zufällt, welcher bis Ende August 1910 die meisten Kilometer durch Reisen über Land im Äroplan zurückgelegt hat. Er konnte am 13. August 1910 bereits auf 846 km im Äroplan zurückgelegter Reisen zurückblicken, Leblanc, einer der Teilnehmer der Rundfahrt des Ostens, auf 508 km, Weymanns auf 475 km. Aubrun und Legagneux auf 465 km, Latham auf 432 km. Bald werden manche Franzosen auf mehr als 1000 km, im Aeroplan zurückgelegt, stolz sein können. Und schon in einem Jahr dürfte es in Frankreich und vielleicht auch anderwärts keinen Motorballonführer geben, der soviel Kilometer im Motorballon zurückgelegt hat wie ein jeder der berühmteren Flugkünstler im Aeroplan.

Auf der letzten Flugwoche zu Reims im Juli 1910 gewann alle Welt den Eindruck, als würden die Eindecker die Zweidecker aus dem Felde schlagen.

Die Eindecker sollen nicht nur bei stärkerem Winde geflogen, sondern auch im Gleitflug aus großen Höhen Wunderbares geleistet haben. Fast alle Hauptpreise fielen den Eindeckern zu. Aber das Hauptgewicht des Programms lag auf dem Gebiete der Schnelligkeit und Entfernungen, während die Flugdauer weniger durch Preise bedacht war. Vielleicht zeichnen sich in der Tat die Eindecker durch Schnelligkeit aus.

Aber kaum war die Flugwoche zu Reims vorüber, so schlug der Amerikaner Brookins auf seinem Wright-Doppeldecker den Reimser Höhenrekord Lathams von

1384 m um mehr als 500 m. Und ebenso werden die Reimser Passagierflüge vollkommen in den Schatten gestellt durch Farmans Fahrt zu vieren kurz danach.

Am 1. September 1910 stellte Leon Morane auf einem Blerioteindecker zu Deauville einen neuen Weltrekord der Höhe mit 2582 m auf. Als das Barometer Moranes fast 2600 m anzeigte, klapperte der Motor so bedenklich, daß er sich zum Abstieg entschloß. Er stellte die Zündung ab und gedachte im Gleitfluge langsam abwärts zu fahren. Doch kaum war er 500 m gefallen, so stellte sich Brechreiz und Ohrensausen bei ihm ein. Die Sinne begannen ihm zu schwinden, sodaß er unverzüglich den Motor wieder anlaufen ließ, um nicht wehrlos dem Luftelement preisgegeben zu sein. Da das Sausen bald ein wenig nachließ, stellte er den Motor wieder ab und fuhr im Gleitfluge weiter nach unten. In 1500 Meter Höhe wollte er von neuem den Motor anlaufen lassen, doch die Zündung versagte. Der Eindecker begann zu schaukeln, er kreiste in Wendungen, sodaß Morane jeden Augenblick eine Katastrophe befürchtete. In spitzem Winkel fuhr der Eindecker zu Boden. Erst kurz über dem Boden mäßigte sich die Geschwindigkeit, so daß er unversehrt auf der Wiese außerhalb des Ärodroms zu Deauville landen konnte. Durch diesen beispiellosen Gleitflug ist erwiesen, daß selbst ein Versagen des Motors in der Höhe von 2500 Meter nicht zur Katastrophe führen muß. Wahrscheinlich werden die Aviatiker im Laufe der Zeit eine große Erfahrung im Gleitfluge aus den höchsten Höhen sammeln und auch die Aeroplane für derartige Gleitflüge besonders eingerichtet werden.

Bereits am 8. September Nachmittags hat der Südamerikaner Geo Chavez auf dem Mannöverterrain von Issy les Moulineaux in Paris diesen Höhenrekord des kühnen Morane gebrochen. Um 4,42 Uhr Nachmittags stieg Chavez auf und erreichte in 34 Minuten die Höhe von 2680 m. Seinen Abstieg begann er in dem Augenblick, als er infolge der Kälte in seinen Händen das Gefühl zu verlieren fürchtete. Unterwegs hatte Chavez keine Schwierigkeiten. Um 5,22 Uhr war er bereits wieder gelandet. Nach dem Berichte der Augenzeugen ging der Abstieg mit rasender Schnelligkeit vor sich und der Apparat glich einem nach unten gerichteten Pfeile.

Am 29. August 1910 machte Breguet auf einem Doppeldecker eigner Konstruktion zu Douai einen Aufstieg mit 5 Passagieren. Die 6 Mann wogen zusammen 370 Kilo. Da außerdem noch 50 Kilo Benzin mitgenommen waren, so betrug die Gesamtlast 420 Kilo. Diese Leistung stellte einen neuen Weltrekord der Belastung dar, den fast niemand bisher für möglich gehalten hatte. Man wird in Zukunft wohl nicht selten Doppeldecker und vielleicht auch Eindecker von besonders großer Konstruktion mit einer Belastung von 6 Personen fliegen sehen. Es liegt auf der Hand, daß durch diese Zahl die Tragfähigkeit der Aeroplane nicht begrenzt ist, sondern daß Aeroplane für 10 oder 15 Personen nur eine Frage der Zeit sind.

Die Eindecker und insonderheit die Antoinette-Flieger und Bleriot-Flieger sind eleganter und schöner. Sie leisten wahrscheinlich auf allen Gebieten ziemlich dasselbe wie die Doppeldecker. Es dürfte aber ein Irr-

tum sein, anzunehmen, daß die Eindecker die Doppeldecker verdrängen werden. Eine Flugmaschine, die vier Personen trägt und mit einer Person 2000 m hoch steigt, läßt sich nicht so leicht verdrängen. Und die Konstruktion so berühmter Meister wie der Gebrüder Wright wird immer Liebhaber finden, insonderheit wenn sie ihr Werk fortbilden. Die Gebrüder Wright gehören aber nicht zu den Leuten, von denen anzunehmen ist, daß sie auf ihren Lorbeeren ausruhen.

Der Wettkampf der Eindecker mit den Zweideckern und wohl ebenso der Wettkampf der verschiedenen Marken an Eindeckern oder Zweideckern trägt mächtig zur Förderung der Aviatik bei. Bisher wird aber dieser Konkurrenzkampf hauptsächlich innerhalb der Grenzen Frankreichs und Amerikas ausgefochten. Die Bemühungen eines Grade, Behrend oder Dorner, ihre besondere Konstruktion marktfähig zu machen, sind sehr erfreulich und anerkennenswert. Aber die Hauptsache ist, vom deutschen Standpunkt natürlich, daß in Deutschland mehrere leistungsfähige Aeroplanfabriken in Tätigkeit sind, einerlei ob sie nach dem System der Gebrüder Wright oder Voisin, oder Antoinette, oder sonst einem ausländischen System arbeiten. Wir sind auf dem Gebiet der Aviatik zu spät erfolgreich gewesen und können den Amerikanern und Franzosen die Anerkennung nicht versagen, daß sie früher auf dem Damm waren. Es ist nur ein schwacher Trost für uns, daß von Franzosen und Amerikanern Otto Lilienthals Verdienste um die Herausbildung der Idee anerkannt werden. Wäre Lilienthal nicht am 11. August 1896 bei der Erprobung eines Doppeldeckers ohne Motor plötzlich aus 15 m Flughöhe herabgestürzt und am

nächsten Tage gestorben, so würde wahrscheinlich der erste brauchbare Aeroplan in Deutschland geflogen sein.

Niemand aber kann mit Sicherheit sagen, ob Otto Lilienthal auf die Idee eines Doppeldeckers wie die Gebrüder Wright oder eines Eindeckers wie Bleriot gekommen wäre. Lilienthals Ideal in den letzten Jahren war ganz anderer Art. Er beabsichtigte nämlich die Schaffung eines dynamisch bewegten Apparates.

Als der verstorbene Oberstleutnant Moedebeck im Jahre 1894 ihn zum letzten Male besuchte, beschäftigte er sich bereits eingehend mit den Vorversuchen hierzu. Er hatte einen leichten Kohlensäuremotor gebaut und erklärte dem Besucher, daß er sich zunächst an das Gewicht dieses Motors gewöhnen und darauf nach und nach größere Flügelschläge während seiner Segelflüge machen wolle. So baute er denn auch einen mit Schwungfedern versehenen Apparat, den er aber als eine Last auf seinen Schultern trug, wie überhaupt seine Flugapparate.

Lilienthal hat nicht die Idee gehabt, sich in einen von einem Motor getriebenen Doppeldecker zu setzen. Er würde erstaunt sein, zu sehen, wie bequem Farman in seinem Doppeldecker oder Latham auf seinem Eindecker sitzt.

Der amerikanische Ingenieur Chanute, der mit Lilienthal persönlich bekannt war, ihre Idee weiter verfolgte und fünf große Apparate in vier verschiedenen Typen baute, kam gleichfalls über das motorlose Gleitfliegen nicht hinaus, obgleich um das Jahr 1900 der Automobilismus schon große Fortschritte gemacht hatte.

Unbestritten sind erst die Gebrüder Wilbur und Orville Wright aus Dayton in Ohio die Erfinder des

Aeroplan. Der motorlose Gleitflieger, den sie im Jahre 1900 bauten, ähnelt dem Gleitflieger Chanutes, mit dem sie persönlich bekannt waren. Erst am 17. Dezember 1903 machten die Gebrüder Wright ihre ersten Flüge auf einem, von einem Motor getriebenen Doppeldecker, der mit ihrem heutigen Doppeldecker große Ähnlichkeit hat. Bevor irgend jemand in Europa oder sonst in der Welt eine brauchbare Flugmaschine gebaut hatte, flog Mr. Wilbur Wright auf seinem Doppeldecker in 38 Minuten und 3 Sekunden über eine Strecke von rund 39 km.

Die ersten Nachrichten von ihren Erfolgen waren bereits in den Jahren 1904 und 1905 in den äronautischen Zeitschriften Europas zu lesen.

Am 27. Mai 1905 flog der französische Kapitän Ferber auf einem, von einem Motor getriebenen Aeroplan über einen kleinen Abhang. War es ein Gleitflug oder ein Motorflug? Niemand konnte es mit Sicherheit sagen. Ferber stand mit den Gebrüdern Wright in Briefwechsel und kannte, wie die Gebrüder Wright, die aviatischen Schriften Lilienthals. Am 12. November 1906 durchflog Santos Dumont auf seinem zellenartigen, von einem Motor getriebenen Drachenflieger bei Paris eine Strecke von 220 m. Im März und April 1907 gelang es dem Pariser Bildhauer Delagrange, 60 m auf seinem Doppeldecker zurückzulegen. Im September 1907 flog Bleriot auf seinem Aeroplan mehrfach 100 und 120 m bei Paris. Am 26. Oktober 1907 machte der Engländer Henry Farman auf seinem Doppeldecker drei Fahrten von 350 m in 27 Sekunden, 403 m in 31 Sekunden und

771 m in 53 Sekunden, vor den Kommissaren des Äro-Klubs in Issy-les-Monlineaux.

Die Gebrüder Wright hatten im Oktober 1905 ihre im geheimen veranstalteten Flüge ganz eingestellt und nahmen sie erst im Jahre 1908 wieder auf. Keiner der genannten Franzosen hat also die Gebrüder Wright vor dem Jahre 1908 fliegen sehen. Die französische Fliegerschule hat sich selbständig gebildet. Aber die Franzosen kannten aus ungezählten Photographien in wissenschaftlichen Zeitschriften den Gleitflieger der Gebrüder Wright und brauchten nur einen leichten Pariser Motor hineinzusetzen, um die geheimnisvolle Flugmaschine der Gebrüder Wright herzustellen. Daher ähnelten auch die ersten französischen Drachenflieger außerordentlich dem Gleitflieger der Gebrüder Wright.

Es ist überaus merkwürdig, daß sich in Deutschland in der gleichen Zeit nicht auch bemittelte Leute zum Bau von Drachenfliegern gefunden haben. Erst sehr spät sind wir nachgehinkt.

Mit überraschender Schnelligkeit haben die Franzosen in erheblichem Umfange sich von der Tradition des Gleitfliegers der Gebrüder Wright freigemacht. Der Eindecker, wie ihn Antoinette und Bleriot zuerst gebaut haben, ist eine rein französische Idee und vollkommen unabhängig von der Idee der Gebrüder Wright, die im Jahre 1908 in Paris mit Erstaunen sahen, daß die Franzosen auch auf einem Eindecker fliegen können.

Die Gebrüder Wright sind die Erfinder des Drachenfliegers in noch höherem Maße als Watt der Erfinder der Dampfmaschine im Jahre 1770. Denn

bereits im Jahre 1712 wurde Newcomens atmosphärische Dampfmaschine zum Fördern von Wasser aus einer Steinkohlengrube zu Griff in Warwickshire verwendet. Und um das Jahr 1698 hatte der englische Bergwerksbeamte Savery und um das Jahr 1690 bereits der Marburger Professor Papin eine Dampfmaschine konstruiert. Es wird nicht leicht eine bebedeutende Erfindung namhaft gemacht werden können, die so vollständig einem einzigen Erfinder zusteht, wie der Drachenflieger den Gebrüder Wright.

Aber weder die Gebrüder Wright, noch die Franzosen hätten den Drachenflieger bauen können, wenn nicht im Jahre 1887 der Schwabe Gottlieb Wilhelm Daimler zu Cannstatt den leichten Benzin-Motor erfunden hätte. Wie die Franzosen die Daimlersche Erfindung in der Ausbildung des Automobils zuerst anzuwenden und zu verbessern wußten, so haben sie später ihre umfassenden Erfahrungen auf dem Gebiete des Automobilismus eher als die Deutschen der Aviatik zugewandt.

Daß die Deutschen auf den Ideen Daimlers und Lilienthals nicht selbst sofort weiter zu bauen verstanden, ist durchaus nicht schmeichelhaft und sollte der deutschen Nation ernstlich zu denken geben. Die großen Erfolge Zeppelins, die kleineren Erfolge der Majore von Parseval und Groß können diesen Mangel nicht aufwiegen.

Zeppelin ist ein Genie und wird immer als solches betrachtet werden. Aber weit bedeutender als Zeppelin sind die Gebrüder Wright. Denn es ist viel schwerer, eine nicht von Gas getragene Flugmaschine, die schwerer als die Luft ist, zu erfinden, als den bereits

im Jahre 1852 erfundenen Motorballon in origineller Weise umzubauen. Zeppelin ist groß, aber die Gebrüder Wright sind größer.

Der Glanz der Aviatiker ist mehr und mehr im Begriff, die besten Erfolge der Aeronauten oder Motorballonfahrer zu verdunkeln. Von Woche zu Woche werden die Drachenflieger mehr tragfähig, sicher, andauernd und schnell.

Schon baut man Drachenflieger für 8 und für 10 Personen. Die großen Erfolge der beiden Bleriot-Piloten, Leblanc und Aubrun, bei der vom Matin ausgeschriebenen Aeroplan-Rundfahrt des Ostens Mitte August 1910, über eine Strecke von 770 km in mehrtägiger Tour und einer Anzahl Etappen, bewies vor allem die Zuverlässigkeit und Gebrauchsfähigkeit der Eindecker. Auf der vorletzten Strecke von Douai nach Amiens wurden gleichzeitig mit dem Aufsteigen der drei Aviatiker Leblanc, Aubrun und Legagneux 50 der besten Brieftauben Frankreichs, die aus Amiens stammten, aufgelassen. Leblanc stieg 5 Minuten später auf, traf aber noch 6 Minuten vor der ersten Taube in dem mehr als 100 km entfernten Amiens ein. Im allgemeinen aber hielt die Mehrzahl der Tauben, die höher flogen als die Äroplane, mit diesen Schritt, so daß Aubrun und Legagneux von mehreren Tauben überholt wurden. Dieses interessante Wettfahren war für die ermüdeten Piloten und die angestrengten Maschinen ein glänzendes Zeugnis.

In Amiens begegneten sich am 17. August Leblanc und Aubrun mit dem Amerikaner Moisant aus Chicago, der in einigen Etappen die 350 km lange Strecke von Paris nach London über Calais in der Zeit vom

16.—18. August 1910 zurückgelegt hat. Mit seinem Monteur legte Moisant diese sensationelle Fahrt auf einem Bleriot-Eindecker zurück. Vor dieser kühnen Fahrt hatte er erst fünf Flüge gemacht, und sein Name war bis dahin unter den Aviatikern vollkommen unbekannt. Auch war er niemals in England gewesen und mußte sich ganz nach dem Kompaß richten.

Bei der Überfahrt Moisants über den Kanal wurde er keineswegs vom Wetter begünstigt, sondern war in der Gefahr, von einem Wirbelwind umgekippt zu werden. An der englischen Küste schlug ihm ein Hagelsturm das Gesicht blutig. Er landete in Deal bei Dover, um später seine Reise nach London fortzusetzen.

Das größte Verkehrshindernis Europas sind aber die Alpen, die der kühne Südamerikaner Geo Chavez am 23. September 1910 überflog. Auf seinem Bleriot-Eindecker stieg Chavez 1 Uhr 30 Minuten mittags zu Brig auf, überflog Simplon-Kulm (2050 m) 1 Uhr 48 Minuten und landete 2 Uhr 11 Minuten in Domodossola auf der italienischen Seite. Leider verunglückte er bei der Landung und starb bald darauf.

Diese Erfahrung erhöht außerordentlich die militärische Bedeutung der Aviatik. Bei systematischer militärischer Vorübung würden die Tausende von Chauffeuren und geschickten Mechanikern unter den Rekruten Deutschlands oder Frankreichs in einigen Wochen die Aviatik so lernen können, daß sie Strecken von 300 bis 400 km über Land und über See zurücklegen können. Mit welcher Schnelligkeit könnte Frankreich Tausenden seiner Soldaten die Fähigkeit beibringen, die 31—50 km über den Kanal im Äroplan zurückzulegen!

England keine Insel mehr.

Welches ist die wichtigste Veränderung, die durch Wright und Zeppelin zunächst in der Welt hervorgebracht worden ist? England hört auf eine Insel zu sein.

Das mächtigste Weltreich der Gegenwart ist England. Und England hat seine Weltmachtstellung als Insel erlangt. Weil England eine Insel ist, die über die besten und zahlreichsten Häfen verfügt, hat es im Laufe der Jahrhunderte sich die Herrschaft über den größten Teil der Erdoberfläche, nämlich über das Meer, zu verschaffen gewußt. Weil England durch die Barriere des Kanals gegen den Kontinent geschützt ist, kann es auf die allgemeine Wehrpflicht verzichten und seine Kraft dem Ausbau der Marine zuwenden. Indem England aufhört eine Insel zu sein, muß es mehr und mehr mit der Invasion kontinentaler Landarmeen im Falle des Krieges rechnen.

Wir stehen inmitten der gewaltigsten politischen Veränderungen. Inmitten des Friedens verteilt sich die Weltmacht aufs neue. Von Tag zu Tag wächst die Macht großer Nationen und sinkt die Macht anderer.

In meinem am 31. Mai 1907 erschienenen Buche „Das Zeitalter der Motorluftschiffahrt" habe ich diese Veränderungen im voraus beschrieben. Dieses Buch enthielt bereits ein Kapitel „England — keine Insel mehr". Dieses von mir geprägte Wort hat wie in der ganzen Welt so auch in der englischen Presse sofort die größte Verbreitung gefunden. „England no longer island" war damals eine häufige Überschrift der Telegramme und Leitartikel in den englischen Zeitungen.

Den Gedanken selbst aber hatten die englischen Zeitungen ihren Lesern schon im Januar 1907 dargelegt, nachdem ich in meinem am 17. Januar 1907 erschienenen Zukunftsroman „Berlin-Bagdad, Das Deutsche Weltreich im Zeitalter der Luftschiffahrt 1910—1931“, S. 152, ein Bündnis zwischen Deutschland und England im Jahre 1931 auf Grund der Erkenntnis zustande kommen ließ, daß das die englischen Inseln umspielende Meer für die moderne Kriegstechnik nicht mehr vorhanden ist. Die Idee war damals neu, weil in Europa noch niemand an die Existenz eines brauchbaren Drachenfliegers glaubte, und weil auch die Welt zu dem Zeppelinschen Luftschiff noch kein Vertrauen hatte. Niemand wollte damals glauben, daß jemals ein Drachenflieger ohne Gasballon den Kanal überschreiten werde. Mein Buch „Berlin-Bagdad“ geht aber von der Voraussetzung aus, daß schon am 1. Januar 1910 der Drachenflieger den Kanal überschreiten kann. Der deutsche Kaiser macht daher in seiner Neujahrsansprache an die kommandierenden Generale und Admirale am 1. Januar 1910 die Eröffnung, daß er die Anschaffung von 30000 Drachenfliegern für die Armee und Marine beabsichtigt. Bleriot hat meine Voraussagung verwirklicht.

Die Sommermonate des Jahres 1910 waren gar nicht so heiß, und doch hat sich in ihnen etwas Ähnliches vollzogen, wie die Austrocknung des Kanals. Und zwar für alle Zeiten. Das England schützende Wasser will nicht mehr in den Kanal zurückströmen. Ich weiß nicht, ob Lord Roberts oder Charles Beresford im Traume mitunter Beklemmungen dieser Art verspüren. Wenn sie erwachen, werden sie vielleicht

aufatmen bei dem Gedanken, daß das Wasser im Kanal noch um keinen Zentimeter abgenommen hat. Aber wenn sie im Morgenblatte von einer neuen Kanalüberquerung lesen, so werden sie sich sorgend fragen: „Was nützt uns das bißchen Wasser im Kanal?" Wiederholt haben Lord Roberts und Lord Charles Beresford ihren Landsleuten meine Worte in öffentlicher Rede zugerufen: „England — no longer island".

Welches ist die unmittelbarste Wirkung des gewaltigen Aufblühens der Aviatik in Frankreich in der Gegenwart? England gerät in Abhängigkeit von Frankreich. Ein zweites Faschoda ist unmöglich.

Diese wichtige Veränderung kommt den Franzosen und Engländern gegenwärtig vielleicht kaum zum Bewußtsein, weil die Nationen so eng befreundet und verbündet sind. Aber auch unter eng befreundeten Geschäftsleuten ist es nicht ohne Bedeutung, wer finanziell der schwerste ist. Ganz unwillkürlich steigt das Selbstbewußtsein Frankreichs. Je mehr Franzosen fliegen können, um so vorsichtiger wird die englische Politik.

Als England und Frankreich sich im Jahre 1903 näherten und im Laufe der nächsten Jahre zu einem geheimen militärischen Schutz- und Trutzbündnis gelangten, war England stärker auf der See und Frankreich stärker auf dem Lande, aber keiner von beiden dachte an das Aufkommen der Motorluftschiffahrt.

England verliert jetzt seine maritime Überlegenheit im Kanal und in der Nordsee und dadurch seine Seeherrschaft überhaupt, ohne daß es in den Besitz einer Landarmee von Bedeutung kommt. Je mehr die Motorluftschiffahrt sich ausdehnt, um so größer wird

die Gefahr für England, einst in einem Kriege innerhalb von wenig Tagen sowohl der Flotte als des Landheeres beraubt zu sein.

Die Nähe Frankreichs und die Ausbreitung der Aviatik in diesem Lande ist geradezu unheimlich für die Engländer. An der schmalsten Stelle bei Calais hat der Kanal nur eine Breite von 31 km, die ein Drachenflieger in 20 bis 30 Minuten zurücklegt. Auf Farmans Doppeldecker sind aber schon vier Passagiere 1 Stunde 4 Minuten gefahren. Sie hätten also bequem hin und zurückfahren können, ohne zu landen. Heute gibt es in Frankreich vielleicht 200 Drachenflieger. Aber ihre Zahl vermehrt sich von Tag zu Tag. Bald wird die französische Landarmee und Marine Tausende von Drachenfliegern in Bestellung geben. In fünf Jahren gibt es in Frankreich vielleicht schon zehntausend Drachenflieger und in zehn Jahren vielleicht schon vierzigtausend Drachenflieger, wovon mehr als die Hälfte dem Staate für militärische wie postalische Zwecke gehören mag. Daneben wird Frankreich über einige Hundert Motorballons verfügen, die teils im Eigentum von privaten Verkehrsluftlinien, teils im Eigentum des Militärs oder der Post stehen.

Die französische Kanalküste ist etwa 600 km lang, aber nur an wenigen Stellen ist der Kanal mehr als 150 km breit und nirgendwo mehr als 250 km. Bei Cherbourg ist der Kanal noch nicht 100 km breit.

Würden die Engländer im Falle eines Krieges mit Frankreich sich bemühen, in erster Linie die schmalsten Stellen in der Nähe von Dover, von wo man die französische Küste mit bloßem Auge deutlich in einer Entfernung von 31 bis 35 km liegen sieht, gegen

einen Angriff der Franzosen zu sichern, so finden die Angreifer um so bessere Möglichkeit zu einer Überquerung des Kanals etwa 100 oder 200 km westwärts. Eine so ausgedehnte Küste wie die englische Südküste, kann man überhaupt nicht gegen einen Luftangriff durch Batterien und Infanterie oder durch Motorluftfahrzeuge wirksam verteidigen.

Je mehr Truppen England an der Südküste zusammenzieht, um so weniger Truppen hat es im Binnenlande oder zum Schutz von London. Die Angreifer sind doch in keiner Weise gezwungen, an der Küste zu landen. Schon der gegenwärtige Stand der Technik gestattet ihnen Hunderte von Kilometern landeinwärts zu fahren und vielleicht auf der Halbinsel Wales oder im Innern von England bei Birmingham oder Sheffield oder gar im Norden von England zu landen. Sie können alle Kriegshäfen, Docks, Werften, Arsenale und Kasernen in allen Teilen von England gleichzeitig unter Feuer nehmen. Wenn ein Drachenflieger vier Personen trägt, so können 40000 Aeroplane 160000 Mann über den Kanal tragen. Kehren sie in der nächsten halben Stunde mit dem Führer um, so können sie die zurückgelassenen 120000 Mann in der dritten halben Stunde um weitere 160000 Mann vermehren. Da man unter allen Umständen die Truppenmassen in solchen Gegenden landen kann, die vollkommen von Truppen entblößt sind, so eilt die Nachsendung von Truppen in keiner Weise. Es kommt also auf eine halbe Stunde oder auch um 24 Stunden gar nicht an. Der Angreifer kann sich Zeit nehmen. Er kann seine Aeroplane auch ab und zu zur Beschießung der Kriegs-

schiffe, Kriegshäfen oder englischen Landtruppen verwenden.

Im Besitze so großer Mengen von Motorluftfahrzeugen könnten die Franzosen zur Landung auch den Seeweg wählen. Denn der Luftweg ermöglicht ihnen den Seeweg. Sie können zunächst die maritime Überlegenheit Großbritanniens niederkämpfen und die Kriegsschiffe und Kriegshäfen Englands mit einem Hagel von Geschossen bedecken. Dann hätten sie die Möglichkeit, auf Dampfschiffen wie auf Segelbooten ihre Truppen über den Kanal zu setzen. Wiederholt sind im Juli 1910 englische Aviatiker während der englischen Flottenmanöver über die Kriegsschiffe hinweggefahren und haben vor den Augen des Königs von England gezeigt, wie leicht eine Dreadnought durch Lufttorpedos oder Granaten vom Drachenflieger aus beschossen werden kann.

Wenn statt eines Drachenfliegers zweitausend Drachenflieger in 20 langen Reihen zu je 100 über die englische Flotte und die Kriegshäfen von Portsmouth oder Dover hinwegfahren, so ist das Zielen beim Abdrücken des Torpedos nebensächlich. Die Geschoßgarbe tut ihre Wirkung. Eine jede so überflogene Dreadnought dürfte total vernichtet sein. Ein jeder Drachenflieger hat drei Dynamittorpedos im Gewicht von je 75 kg oder eines Mannes an Bord. Der Druck des Führers mit der Hand oder mit dem Fuß auf einen Hebel mag genügen, ein Torpedo loszulösen.

Wohin soll die englische Flotte flüchten? Flüchtet sie in den Hafen von Portsmouth und drängen sich dort die Dreadnoughts zusammen, so werden die Drachenflieger ihr Ziel noch weniger verfehlen und die

Dreadnoughts samt dem Kriegshafen und die Strandbatterien schleunigst vernichten.

Ein Dreadnought auf der See kostet heute schon 44 Millionen Mark. Ein großer Farman-Doppeldecker neuester Konstruktion oder ein vergrößerter Antoinette-Flieger kostet sicher nicht mehr als 4400 Mark, wenn Tausende oder gar Zehntausende von Exemplaren derselben Art gemeinsam bestellt und verfertigt werden. Es steht in Erinnerung, in welchem Maße das Fahrrad sich verbilligt hat. Und wie billig weiß der Staat sich die Infanteriegewehre oder die Kavalleriepferde durch den Großbetrieb zu verschaffen. Ein Drachenflieger wird dem Staat nicht mehr kosten als vier Kavalleriepferde, die zusammen nicht mehr als 4400 Mark zu stehen kommen. 40000 Drachenflieger repräsentieren also nur den Wert von vier Dreadnoughts. Weder für Frankreich noch für Deutschland sind vier Dreadnoughts eine besondere finanzielle Anstrengung. Überdies kann der Staat wahrscheinlich die Hälfte der erforderlichen Drachenflieger zu Beginn des Krieges dem Verkehr und Sport entnehmen.

Dies sind reale Zahlen und Tatsachen. Wer sich aber einbildet, es gäbe keine Motorluftschiffahrt, der lebt nicht in dieser Welt, sondern in einer vergangenen Welt. Alle diese Berechnungen finden sich bereits in meinem Buch: „Das Zeitalter der Motorluftschiffahrt", welches am 31. Mai 1907 veröffentlicht worden ist. Seitdem mehren sich von Tag zu Tag die Autoritäten auf maritimem, militärischem und finanziellem Gebiete in Frankreich und England, aber auch in Deutschland und anderwärts, die mir recht geben und und dieselbe Behauptung aufstellen. Bereits im Som-

mer 1907 hat der König von Italien sich gegenüber dem englischen Publizisten Stead dahin ausgesprochen, daß nach seiner Überzeugung durch die Aeroplane die Dreadnoughts bereits überholt und im Kriege schwer bedroht seien. Allerdings war dem König von Italien der Inhalt meiner Publikationen, um deren vollständige Ergänzung mich sein Flügeladjutant mehrfach ersuchte, genau bekannt.

Die Zeiten ändern sich eben. Ich will nicht die alte Streitfrage der Historiker aufwühlen, ob die Schweiz schon einmal einen Admiral gehabt hat. Allerdings glaube ich denen, die behaupten, daß auf dem Züricher See schon einmal vor vielleicht hundert Jahren oder noch längerer Zeit ein schweizerischer Admiral seines Amtes gewaltet hätte. Die Frankfurter Zeitung hat einmal den Beweis an einem Tage, der nicht der 1. April war, geführt. Sicher ist, daß die Schweiz in sehr kurzer Zeit nicht nur zahlreiche Kapitäne, sondern auch mehrere Admirale an der Spitze ihrer Luftflotte haben wird. Und selbst die Nachfolger des deutschen Großadmirals von Köster oder Prinz Heinrich werden sich schwerlich einreden, eine weit wichtigere Stellung zu haben, als der die wichtige strategische Position der Alpen beherrschende Großadmiral der Schweiz.

Wäre England nicht imstande, den französischen Angriff abzuwehren? Wenn England sich auch eine starke Luftflotte anschafft, würde dadurch die Wirksamkeit der französischen Luftflotte nicht aufgehoben werden? Wenn es in der Luft Wege und Brücken und Eisenbahnknotenpunkte gäbe, so könnte eine eng-

lische Luftflotte von gleicher Stärke die französische am Vorwärtsdringen hindern. Die russische Armee kann Deutschland nur auf etwa sechs Hauptstraßen und Eisenbahnlinien überfluten. Hält die deutsche Armee diese Linien ungefähr an der Grenze fest besetzt, so können alle dazwischen vorgeschobenen russischen Truppen nichts ausrichten und werden leicht zurückgeworfen werden. Und ebenso genügte es bisher für England, die geringe Anzahl der guten Häfen durch Batterien oder Minen oder Kriegsschiffe zu schützen. Außer in Häfen kann eine feindliche Armee nur sehr schwer gelandet werden.

Wo aber soll man in der Luft dem Feinde auflauern? In der Luft gilt nicht das Wort Tells: „Durch diese hohle Gasse muß er kommen, es führt kein andrer Weg nach Küßnacht.“ So lange die Menschen auf der Erde leben, rechnen sie nur mit der einen Fläche, welche man die Erdoberfläche nennt. Wieviel Flächen dieser Art aber gibt es schon jetzt in der Luft, wo selbst die „Schwerer als die Luft“ bis auf eine Höhe von 2680 m steigen? Es wird kein Jahr vergehen, und die Drachenflieger werden eine Höhe von mehr als 3000 und vielleicht gar 4000 m erreichen. In der Nacht oder bei bewölktem Himmel würde es den Engländern kaum möglich sein, auch nur die schmalste Stelle bei Dover durch hunderte von Luftfahrzeugen so abpatrouillieren zu lassen, daß eine Überraschung ausgeschlossen wäre. Selbst mit einer Luftmacht, die viermal so groß wäre als die französische, könnten sie nicht unausgesetzt ihre ganze Südküste bis in eine Höhe von 2000 m abpatrouillieren.

Und selbst wenn die Engländer rechtzeitig den

französischen Angriff wahrnehmen würden, so hätten sie doch nicht Zeit genug, um von allen Teilen ihrer 600 km langen Südküste die Luftflotten zusammenzuziehen, um der feindlichen Luftflotte zu begegnen, die nur einen Anmarsch von vielleicht 100 km und an anderer Stelle vielleicht nur 50 km hat. Die Zurückschlagung des Feindes kann nur durch die englische Landarmee geschehen. Die Mitwirkung der englischen Flotte ist deshalb so nebensächlich, weil der Kanal so eng ist und der Übergang sich während der Nacht oder bei Nebel in 20 Minuten oder weniger vollzieht, also wahrscheinlich kaum bemerkt wird. Überdies ist eine Zusammenziehung der wenigen Kriegsschiffe, die England im Kanal besitzt, an der gefährdeten Stelle oder an den gefährdeten Stellen gar nicht mehr möglich, weil die Kriegsschiffe langsamer fahren, wie die Motorluftfahrzeuge und nicht 300—600 km zurücklegen können, während die Motorluftfahrzeuge nur 31—100 km bei ihrem Fluge zurückzulegen haben.

Schon jetzt ist aber die Leistungsfähigkeit der Drachenflieger und Motorballons in der Dauer- und Fernfahrt so groß, daß die Franzosen es überhaupt nicht nötig haben würden, den durch Kriegsschiffe, Motorluftfahrzeuge und Strandbatterien gesicherten Kanal zu überfliegen. Sie können sich einen gehörigen Umweg nächtlicherweise leisten und noch in derselben Nacht England im Westen oder im Osten oder von beiden Seiten zugleich erreichen und ihre Truppen in dem ungeschützten Binnenlande etwa bei Oxford landen. Die Motorluftfahrzeuge können in derselben Nacht auf dem direktesten Wege über London und Dover und über Southampton und Portsmouth nach

Frankreich zurückkehren und auf der Fahrt die englischen Strandbatterien und Kriegshäfen bombardieren.

Die Verwirrung wäre nicht auszudenken. Die Engländer an der Küste oder auf den Dreadnoughts könnten nicht wissen, ob sie mit eigenen oder fremden Motorluftfahrzeugen zu tun haben. Darüber kann ihnen in dunkler Nacht oder bei Nebel auch das beste Glas und der weitesttragende Scheinwerfer keine Auskunft geben. Der Hauptvorteil der Franzosen würde darin bestehen, daß sie ihre Luftflotten sowohl über dem Lande wie über dem Wasser verwenden können. Die Engländer können aber ihre gewaltige Marine, in der ein so ungeheures Kapital steckt, im Entscheidungskampf nur in dem schmalen Kanal verwenden. Und auch da müssen die Dreadnoughts sich sehr hüten, bei der Verfolgung feindlicher Luftflotten den Klippen und Ufern zu nahe zu kommen.

England kann sich bei Frankreich in Ermangelung einer englischen Landarmee von Bedeutung nur dadurch in Respekt setzen, daß es mit seiner Seeflotte und mit seiner Luftflotte die Aggressive zu ergreifen droht. Aber wir haben schon gesehen, daß die englische Seeflotte im Zeitalter der Motorluftschiffahrt den französischen Kriegshäfen und Küsten und der französischen Kriegs- und Handelsflotte schwerlich großen Schaden zufügen kann. Je größer die Kriegsschiffe sind, um so leichter werden sie das Opfer der Aeroplane. Die koninentalen Staaten, die mit England einmal in Krieg geraten können, müssen sogar wünschen, daß England möglichst viel Kapital in möglichst große Kriegsschiffe steckt. Je größer die kriegs-

mäßig erlaubte Angriffsfläche ist, um so besser. Vor einem Bombardement von London wird jeder zivilisierte Staat, auch im Kriege, solange zurückschrecken, als das Völkerrecht nicht von englischer Seite in eklatanter Weise gebrochen worden ist. Aber selbstverständlich ist es denkbar, daß eine kontinentale Nation die Beschießung eines ihr gehörigen friedlichen Handelsdampfers als einen eklatanten Bruch des Völkerrechtes auffaßt.

Die beste Deckung ist der Hieb. Und in einer großen Motorluftflotte hätte England das Machtmittel, um sofort Paris unter Feuer zu nehmen. Paris ist Festung, und die Beschießung einer Festung ist von Beginn des Krieges an erlaubt. Aber so bequem wie die Franzosen haben es die Engländer nicht bei der eventuellen Beschießung der Hauptstadt des Gegners. London ist von der französischen Küste bei Kap Gris nur etwa 75 km entfernt. Paris aber ist von der englischen Küste etwa 250 km entfernt. Mit der Entfernung wächst aber die Schwierigkeit einer wirksamen Beschießung. Denn Motorballons wie Aeroplane können schwere Lasten an Dynamit oder sonstigem Ballast nur eine gewisse kürzere Entfernung tragen. Selbstverständlich können die Franzosen schon heute eine nächtliche Beschießung von Paris durch englische Luftflotten in keiner Weise verhindern. Es ist ein reiner Zufall, wenn es ihnen ausnahmsweise gelingen sollte, ein englisches Motorluftfahrzeug vor der Erreichung von Paris abzuschießen. Nun, dann explodiert die Ladung des Motorluftfahrzeuges vielleicht über einer Vorstadt von Paris oder über Havre oder über Calais und verursacht dort den Franzosen Schaden. Aber

die Verursachung von Schaden in Frankreich kann durch die Franzosen nicht verhindert werden.

Aber die englischen Motorluftflotten würden schon einen schönen Erfolg haben, wenn sie von der englischen Küste aus die französischen Festungswerke längs der französischen Küste und ebenso die Motorballonhallen und Aeroplanschuppen in der Nähe der Küste zerstörten. Gerade weil England keine große Landarmee besitzt, und weil die englische Flotte nur auf dem Wasser zu verwenden ist, werden die Engländer bestrebt sein, sich nicht durch die französischen Rüstungen in der Luft schlagen zu lassen.

Als ich in den Jahren 1907 und 1908 zuerst die Folgen der Motorluftschiffahrt und des Aufhörens der insularen Lage Englands behandelte, habe ich in der deutschen Presse viel Widerspruch gefunden. Es ist nicht leicht, der Entwicklung einer neu auftauchenden Technik klar vorauszusehen. Für die große Menge der Menschen ist dies ganz unmöglich. Es ist bekannt, daß selbst Napoleon I. die Bedeutung des Dampfbootes als Mittel des Angriffs gegen England vollkommen verkannt hat. Und doch war niemals ein Franzose mehr von dem Wunsche erfüllt, mit einer Armee in England zu landen.

Der Kampf gegen England ist der wichtigste Teil der napoleonischen Politik. Der Kampf gegen England war der Kampf gegen die Weltherrschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet.

Bereits im Jahre 1797 schrieb der 30jährige General Bonaparte nach dem Frieden von Campo Formio an Talleyrand, daß England der wahre Feind sei. Unter aller Anspannung aller Kräfte müßte die

französische Marine verstärkt werden, um England zu vernichten.

Das Direktorium der französischen Republik hat damals einen Angriff auf die britischen Inseln beschlossen. Bonaparte wandte sich mit einer Proklamation an die Flotte: „Ohne euch können wir den Ruhm des französischen Namens nur in eine kleine Ecke Europas tragen, mit euch werden wir über die Meere schiffen und die Fahnen der Republik in den entferntesten Ländern aufpflanzen.“

Als Napoleon damals erkannte, daß Frankreichs Schiffrüstung zu solchem Kampfe nicht genüge, machte er aus seiner englischen Armee eine orientalische und warf sich auf Ägypten. Von hier aus wollte er Englands Levantehandel zerstören, die Landenge von Suez durchstechen, die Engländer aus dem Roten Meere verdrängen und den Weg nach Indien sich bahnen, um dort ihre ergiebigsten Nahrungsquellen abzugraben.

Durch Vernichtung der französischen Flotte auf der Reede von Abukir am 1. August 1798 setzte der englische Admiral Nelson die ägyptische Expedition matt. Als Flüchtling kehrte Napoleon im Oktober 1799 aus Ägypten nach Frankreich zurück.

Noch als Konsul erhielt Napoleon Bonaparte vom Schicksal das einzige Mittel in die Hand gedrückt, welches ihm zum Siege über England verhelfen konnte. Im Jahre 1801 kam der amerikanische Gesandte in Paris Livingstone, der sich seit dem Jahre 1797 für die Erfindung des Dampfschiffes interessierte, und selbst Schaufelräder, Schrauben und andere Betriebsmittel durchprobieren ließ, mit seinem Landsmann, dem jungen Maler und plänereichen Ingenieur, Robert Fulton,

zusammen. Dieser war damals nach mehrjährigem Aufenthalt in England und Frankreich im Begriff, nach Amerika zurückzukehren, da er mit seinen Erfindungen in Europa keine Erfolge erzielt hatte. Verschiedene Erfindungen und Pläne hatte er vergeblich dem Direktorium der französischen Republik angeboten. Durch Livingstone zum Bleiben bestimmt, und mit Mitteln versehen, begab sich Fulton mit allem Eifer an die Erbauung eines Dampfbootes, welches am 9. August 1803 seine erste Probe auf der Seine mit Erfolg ablegte.

Wenige Wochen zuvor hatte Fulton eine Audienz bei dem Konsul Napoleon Bonaparte. Über den Verlauf dieser Audienz haben wir sichere Nachricht durch einen Zeugen, der sich im Vorzimmer befand, nämlich durch den Fürsten Metternich. Und dieser hat „einem der hervorragendsten deutschen Staatsmänner" den Vorfall erzählt. Von dem Staatsmann hat der verstorbene Staatssekretär des Reichspostamts Dr. von Stephan im Jahre 1874 die Erzählung gehört und in seinem Vortrag „Weltpost und Luftschiffahrt" einige Tage später verwandt. Der Staatsmann ist wahrscheinlich der Staatssekretär von Bülow, Vater des Fürsten Bülow.

Metternich erzählte, er habe im Vorzimmer Napoleons, und zwar ziemlich lange verweilt, als plötzlich ein Mann in tiefster Niedergeschlagenheit, die Spuren der Verzweiflung auf dem Gesicht, aus dem Kabinett herausgestürzt sei. Napoleon, welcher demnächst den Fürsten empfangen und ihm seine Entschuldigung des Wartens gemacht habe, sei im Kabinett auf und ab gegangen und habe Metternich ge-

fragt: „Haben Sie den Menschen gesehen, der soeben von mir herauskam?“ — „Gewiß!“ „Eh bien c'est un fou! Er hat mir vorgeschlagen, die Flotte mit kochendem Wasser nach England hinüber zu treiben!“ Dieser Mann war Fulton, und Fürst Metternich, wenn er später, angesichts der inzwischen entfalteten Wunder der Dampfschiffahrt, jenen Vorfall erzählt, pflegte hinzuzusetzen: „Oft habe ich mich gefragt, was aus der Weltgeschichte geworden sein würde, wenn Napoleon die Vorschläge Fultons genehmigt hätte und in England gelandet wäre!“

Nachdem am 16. Mai 1803 Großbritannien an Frankreich den Krieg erklärt hatte, machte Pitt im englischen Unterhause bereits darauf aufmerksam, daß die Franzosen den Mut und die Entschlossenheit Englands dadurch zu brechen versuchen würden, daß sie den Engländern fortwährend das Schreckgespenst einer Landung vor Augen hielten. Bonaparte bereitete auch in der Tat sofort eine Landung französischer Truppen in England in größtem Stile vor.

Die im letzten Kriege zum Zwecke der Invasion Englands gebauten Flachboote wurde in aller Stille in der Schelde und den Kanalhäfen versammelt. Am 9. April 1803 hatte Napoleon bereits den Befehl zur Armierung der Seeufer von der Schelde westwärts bis zur Somme gegeben, eine Entfernung von 180 km, welche später nach der Darstellung des Generals Marmont eine Küste von Eisen und Bronze wurde.

Um in England einzufallen, mußten zuerst um einen gutgewählten Punkt, nämlich den Hafen Boulogne sur Mer, die großen Armeen, sowie die überaus zahlreichen Schiffe versammelt werden. Andere

Korps konnten sich in verschiedenen Häfen einschiffen und unabhängig von dem Hauptkorps in See gehen. Nur das Hauptkorps sollte vereint segeln und an einem bestimmten Punkt der englischen Küste gleichzeitig landen.

Für den Hauptstoß bestimmte Bonaparte 130000 Mann. Davon sollten 100000 Mann die erste Gefechtslinie bilden und zu ein und derselben Stunde in vier verschiedenen Häfen sich einschiffen, die an der Kanalküste innerhalb einer Entfernung von 20 englischen Meilen lagen. Die andern 30000 Mann bildeten die Reserve und sollten kurz hinter der ersten Linie in See gehen.

Die Überfahrt der französischen Armee sollte nicht in Fahrzeugen erfolgen, die vom Segeln allein abhingen, sondern in solchen, die auch durch Ruder fortzubewegen waren. Dazu mußten sie klein und von sehr geringem Tiefgang sein, der ihnen gestattete, sich in den flachen französischen Häfen zu bergen, und nach Erreichung der englischen Küste auf den Strand zu laufen, so daß die Truppen aus ihnen direkt ans Land steigen konnten. Es war möglich, daß eine Anzahl solcher Fahrzeuge auf einmal abfuhr und begünstigt durch Nebel oder Windstille, ungesehen oder auch den durch den Windmangel am Angriff verhinderten feindlichen Kriegsschiffen Trotz bietend, frei passieren konnte. Die französischen Kriegsschiffe lagen in den französischen Kriegshäfen, die von der englischen Flotte blockiert wurden. Napoleon hoffte, daß es ihm gelingen würde, die Aufmerksamkeit der englischen Blockadegeschwader nach anderen Richtungen abzulenken, so daß die französischen Kriegsschiffe die Kriegs-

häfen verlassen und sich im Kanal zur Beherrschung der See vereinigen konnten. In Sonderheit glaubte er, daß allmählich die englischen Kriegsschiffe durch das Anwachsen seiner Landungsarmee und Landungsflottille in Boulogne sur Mer, soweit sie überhaupt verfügbar waren, nach dort gezogen wurden, und daß dadurch die in Brest und anderen französischen Kriegshäfen liegenden französischen Geschwader frei werden würden.

Gleichzeitig wurden mehr als tausend flache Landungsboote gebaut, deren jedes 60 bis 100 Soldaten aufnehmen sollte, außer 2—4 schweren Geschützen zur eigenen Verteidigung. Weit im Innern von Frankreich sowie in allen kleinen Küstenhäfen waren Scharen von Arbeitern am Werk. Die Nordsee und Holland mußten gleichzeitig ihren Anteil liefern. Der Sammelplatz war Boulogne sur Mer. Vermöge ihres geringen Tiefgangs konnten diese Boote von der Bai von Biskaya und von Holland dicht an der Küste allmählich nach Boulogne sur Mer fahren. Um diese Transporte zu schützen, waren in kurzen Zwischenräumen Batterien an der Seeküste errichtet, unter deren Kanonen sie Schutz finden konnten, falls sie hart bedrängt wurden.

Insgesamt hatte Napoleon für die Landung nach und nach von verschiedenen Häfen aus 170000 Mann bereit gestellt. Für die Mitnahme von 8500 Pferden war gleichfalls Sorge getragen. Der größere Teil der Kavallerie aber sollte nur Sättel und Zaumzeug mitnehmen und danach trachten, Pferde in Feindesland zu finden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Napoleon auch bei einer Landung auf Motorluftfahr=

zeugen sich mit der Mitnahme von Sättel und Zaumzeugen begnügt haben würde. In vier Häfen hatte Napoleon Feldartillerie zum Übersetzen bereit gestellt.

Der in Aussicht genommene Landungspunkt lag zwischen Dover und Hastings. Die Wirksamkeit einer Landung wäre um so größer gewesen als die Landungsarmee Napoleons von ganz vortrefflicher Beschaffenheit war. Es waren dieselben Soldaten, welche wenige Monate nach dem Abbruch des Lagers von Boulogne im August 1805 den österreichischen General Mac bei Ulm gefangen nahmen, und welche bei Austerlitz die Österreicher und bei Jena und Auerstädt die Preußen glänzend besiegten. In den langen Monaten des Wartens auf den Augenblick der Abfahrt wurden die Truppen im ordnungsmäßigen und raschen Ein- und Ausschiffen geübt.

Der große Seesieg der Engländer unter Nelson bei Trafalgar am 21. Oktober 1805 über die französische und spanische Flotte hat Napoleon verhindert, seinen Landungsplan auszuführen. Der amerikanische Kapitän Mahan erklärte in seinem Werk „Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte" (Teil II, Berlin 1899, S. 502) den Landungsplan Napoleons keineswegs für aussichtslos. Er konnte gelingen, er konnte nicht gelingen.

Über Tausende von Kilometern sind Napeleons Heere nach der Seeniederlage von Trafalgar marschiert, weil es ihnen nicht geglückt war, die 31 km der engsten Stelle des Kanals zurückzulegen. Niemals hatte bisher irgendein Feldherr besser als Napoleon begriffen, daß dieser kleine Festungsgraben die Weltmacht Englands sichert und das seine Überschreitung dem Sieger die

Weltmacht in die Hand spielt. Seit den Tagen Napoleons hat die Strecke Calais—Dover von Jahrzehnt zu Jahrzehnt an Bedeutung gewonnen. Die englische Seemacht hat eine gewaltige Ausdehnung erfahren. Das englische Kolonialreich hat sich durch Südafrika und Ägypten vergrößert. Mit dem Fortschritt der Kultur ist der Kolonialbesitz Englands ungeheuer am Wert gestiegen.

So oft in Frankreich oder Gallien eine überlegene Schiffstechnik auftauchte, wurde sie für England gefährlich. Die Engländer dürfen nie vergessen, daß sie nur das Produkt einer Kanalüberschreitung sind. Schon der Vater Wilhelm des Eroberers plante eine bewaffnete Invasion Englands. Er hatte bereits seine Flotte zu diesem Zwecke gesammelt. Sie erlitt aber Schiffbruch. So war seinem Sohne Wilhelm der Gedanke, England dem normanischen Reiche einzuverleiben, gleichsam als eine Erbschaft von seinem Vater hinterlassen worden.

Als der englische König Eduard der Bekenner im Jahre 1066 starb, legte Wilhelm der Eroberer sofort Protest ein gegen die Gültigkeit der Erhebung Harolds auf den Thron und beanspruchte für sich selbst den englischen Königsthron. Die Schiffe oder vielmehr Böte mußten zum größten Teil erst gezimmert werden. Große Segelschiffe und der Kompaß waren damals noch unbekannt. In der Kunst des Lavierens besaßen die Normannen nur wenig Erfahrung.

Das Heer Wilhelms bestand höchstens aus 12000 Mann, war aber qualitativ ausgezeichnet. Der Kern des Heeres bestand aus den berittenen Vasallen Wilhelms, den Baronen der Normandie, von Bretagne und

Maine. Indessen waren die Ritter, die mit einem Pferde übersetzten, in der Minderzahl.

Dort, wo das Flüßchen Dive in den Kanal mündet, hatte im August 1066 Wilhelm der Eroberer seine Flotte und seine Kriegsscharen versammelt. Als guter Stratege wollte Wilhelm seine Fahrt nur bei günstigstem Winde und Wetter unternehmen. Der ersehnte Wind aus dem Süden wollte aber nicht wehen. Ein heftiger Westwind trieb die Schiffe nordostwärts nach S. Valery an der Mündung der Somme. Das Heer folgte dorthin. Schon mehr als einen Monat hatte Wilhelm durch das Warten verloren. Er ordnete jetzt allgemeine Gebete an, den Himmel um günstige Winde anzuflehen.

Das lange Warten war Wilhelms Glück. Seit dem Frühjahr 1066 bewachte der König der Angelsachsen Harold mit einer Flotte und einem Landaufgebote die Küsten des südlichen Englands, da er über die Landungsabsichten seines Gegners genau unterrichtet war. Ein Monat nach dem andern verstrich, die normannischen Segel wollten sich nicht zeigen. Heer und Flotte Harolds wurden ungeduldig. Im September war es dem angelsächsischen König nicht mehr möglich, sie länger zusammenzuhalten. Doch kaum hatten sich beide zerstreut, da vernahm König Harold, daß sein jüngerer, ihm feindlicher Bruder Tosdig, der aus England vertrieben an dem norwegischen Königshofe lebte, mit dem Norwegerkönig in Ostengland eingefallen sei.

Während Harold noch im Norden weilte, erhob sich, zwei Tage nach dem Siege Harolds über den Norwegerkönig am 25. September bei Stamfortbridge, an

der Küste der Normandie der ersehnte Südwind. Die Einschiffung Wilhelms und seiner Mannen ging nun glatt von statten.

Nach einer glücklichen Überfahrt landete Wilhelm am Morgen des 28. September an der südenglischen Küste in der Bucht von Pevensey, ohne auf irgendwelchen Widerstand von seiten der Engländer zu stoßen.

Die Seetechnik, mit der Wilhelm der Eroberer erfolgreich den Kanal überquerte, war kaum verschieden von derjenigen, mit der nach ihm Napoleon Bonaparte den Übergang plante, und von der, die mehr als 1000 Jahre vor ihm Julius Cäsar anwandte.

Mit überlegener Kriegstechnik zu Wasser und zu Lande überschritt Julius Cäsar zweimal in den Jahren 55 und 54 v. Chr. den Kanal. Obgleich die Briten noch wenig von der Kultur berührt waren, machten sie ihm bei beiden Landungen den Aufenthalt so schwer, daß er sich ohne dauernden Erfolg zurückziehen mußte. Julius Cäsar ging lediglich in der Absicht über den Kanal, um der Welt zu zeigen, daß seine Macht bis auf die ferne britische Insel reichte.

Als Cäsar Ende August 55 das erstemal von Boulogne sur Mer aus über den Kanal setzte und an der gegenüberliegenden Küste zu landen suchte, fand er das steile Gestade mit Feinden besetzt. Die Römer fuhren deshalb nach einer flacherern Gegend, sahen aber, wie die Reiter, Kriegswagen und das Fußvolk der Briten ihnen an der Küste nachzogen, in der Absicht, ihre Landung zu verhindern. Endlich versuchten die Römer anzulegen. Allein ihre Fahrzeuge waren zu groß, um in dem seichten Wasser sich dem Gestade zu nähern. Es blieb den römischen Soldaten nichts

übrig, als bewaffnet ins Meer zu springen und unter einem Regen feindlicher Geschosse nach der Küste vorzudringen. Die feindlichen Reiter warfen sich ihnen entgegen und fügten ihnen großen Schaden zu. Schließlich gelang es den Römern aber, das feste Land zu erreichen und den Feind zurückzutreiben. Da ein Sturm die Schiffe Cäsars beschädigte und es ihm nicht gelang, in das Innere des Landes vorzudringen, verließ er nach wenigen Tagen wie ein Flüchtling um Mitternacht die britische Küste.

Im nächsten Frühjahr, nachdem Cäsar während des Winters eine große Menge neuer Fahrzeuge mit flacherem Boden hatte bauen lassen, unternahm er einen zweiten Kriegszug gegen Britannien. Bei dem Anblick der großen Flotte von 800 Schiffen, welche 5 Legionen von je 4000 Mann und 200 Reiter führte, zogen sich die Eingeborenen in das innere Land und erwarteten den Feind in einer festen Stellung. Auch diesmal konnte sich Cäsar nicht lange halten, da Cassivellaunus, ein energischer Fürst an der Themse, mit Umsicht die Landesverteidigung organisierte. Nachdem Cäsar den Hauptort des Feindes mit großen Herden erbeutet hatte, schloß er mit Cassivellaunus Frieden und kehrte nach Gallien zurück.

Erst rund 100 Jahre später haben die Römer die Eroberung Britanniens energisch in die Hand genommen. Unter der Oberbefehl des A. Plautius wird im Jahre 43 n. Chr. der südliche Teil Britanniens römische Provinz. Die Überlegenheit der römischen Kriegführung und der römischen Kultur hat bald die ganze Insel in den Besitz der Römer gebracht. Britannien erschien als ein integrierender Teil des rö-

mischen Reiches. In den Wirren der Völkerwanderung um das Jahr 410 zog der römische Kaiser seine letzten Legionen aus England zurück, da er zu schwach war, die Insel zu behaupten.

Weder der republikanische Charakter Frankreichs noch die Feindschaft Frankreichs gegen Deutschland wegen Elsaß-Lothringen schützt England mit Sicherheit vor einer französischen Invasion.

Als General Kitchener am 3. September 1898 unweit von Omdurman und Karthum die Armee des zweiten Mahdi Abdullahi vernichtet hatte und nun nilaufwärts vorrückte, traf er in der alten Residenz der Schillukkönige Faschoda eine französische Abteilung unter dem kühnen Hauptmann Marchand. Vom Senegal her hatten die Franzosen den Sudan durchquert und am 10. Juli 1898 in Faschoda am Nil das dreifarbige Banner Frankreichs entfaltet.

Die bewundernswerten Anstrengungen der Franzosen blieben ohne jeden Erfolg, denn England war nicht gesonnen, sich die Beute seines Sieges über den Mahdi auch nur im geringsten schmälern zu lassen. Lord Salisbury schlug drohend ans Schwert, zog die englische Flotte im Kanal zusammen und forderte die Räumung Faschodas, welche der französische Minister des Auswärtigen, Delcasse, unter dem größten Schmerze Frankreichs im November 1898 zugestand. Am 11. Dezember 1898 räumte Frankreich das mit so viel Hoffnungen besetzte Faschoda.

Heute, wo Frankreich über 200 Aeroplane verfügt und in einem Monat mehr als 10000 Aeroplane herstellen und bemannen kann, würde es eine solche De-

mütigung, wie die von Faschoda nicht wieder auf sich nehmen. Nur die vollkommene Ohnmacht über England hat damals die Franzosen bewogen, der Gewalt zu weichen. Heute würden die Franzosen die zum Angriff bereite englische Kanalflotte von ihren Aeroplanen mit Dynamit überschütten und unter der See mit ihren Unterseebooten angreifen. Und ehe die Kanalflotte der Engländer noch den ersten Schuß auf die Festungswerke von Cherbourg abgegeben hat, würden Hunderte von französischen Aeroplanen den Kriegshafen von Portsmouth oder von Dover mit Dynamittorpedos überschütten.

Mehr als 2 Monate dauerte die Faschodakrisis. Welche enorme Vermehrung der Drachenflieger ist in dieser Zeit für Frankreich möglich, nachdem Dutzende von leistungsfähigen Aeroplanfabriken und Hunderte von Lehrern der Fliegekunst vorhanden sind! Auf einem guten Aeroplan kann ein geschickter junger Mann unter der Leitung eines erfahrenen Lehrers das Fliegen in wenigen Tagen lernen. Im August 1910 flog ein Anfänger bei seinem fünften Aufstieg über die Stadt Reims und um die Kathedrale herum. Im allgemeinen dürften jugendliche Automobilfahrer und Motorradfahrer die Fliegekunst des Aeroplanfahrens am schnellsten lernen. Wie die Aviatik überhaupt, so ist auch die Länge der Lehrzeit vom Wetter abhängig. Auf ein und demselben Aeroplan können an sechs schönen, ruhigen Tagen vielleicht sechs junge Mechaniker und Chauffeure des Automobilismus das Fahren erlernen. In einem Lande wie Frankreich oder Deutschland, wo Zehntausende von Automobilen und Automobilfahrern vorhanden sind, finden sich auch

unter den Soldaten und Reservisten Zehntausende von geeigneten Schülern der Aviatik.

In England wie in Deutschland haben sehr viele Stimmen in den letzten Jahren behauptet, die Gefahr eines Krieges zwischen England und Deutschland beruhe nur in der Verstärkung der deutschen Kriegsflotte. Wenn Deutschland es unterlassen würde, seine Kriegsflotte zu vermehren, so würde eine Spannung zwischen beiden Nationen überhaupt nicht vorhanden sein.

Mit einem Schlage macht Frankreich gewaltige Kriegsrüstungen, die für England weit mehr bedrohlich sind, als die deutsche Kriegsflotte. Die deutsche Kriegsflotte kann nicht nach London gelangen, ohne sich mit der überlegenen englischen Kriegsflotte zu messen, wobei die deutsche ohne Zweifel zugrunde gehen würde. Die französische Luftflotte aber kann innerhalb von 2 Stunden nach der Abfahrt in Calais plötzlich über London stehen. Sie kann aber auch jeden anderen Ort im Innern Englands innerhalb von wenigen Stunden angreifen. Diese Gefahr ist für England hundertmal wichtiger und furchtbarer, als das Anwachsen der deutschen Kriegsflotte.

Daher ist anzunehmen, daß die Eifersucht Englands gegen Frankreich vom Herbst des Jahres 1910 an allmählich wieder erwachen wird. England wird sich erinnern, daß es nie mit Deutschland im Kampfe lag, aber daß Frankreich sein Erzfeind ist, mit dem er schon einen 100jährigen Krieg durchfochten hat. Die Engländer werden an Napoleon Bonaparte und an Wilhelm den Eroberer sich erinnern, sie werden sich aber auch noch der Sorgen erinnern, die ihre Väter

zu den Zeiten Louis Philipps und Napoleons III. vor einer französischen Invasion hatten.

In der Zeit von 1845—1860 haben die Engländer eine Invasion der Franzosen befürchtet, ohne daß jemals amtliche Kreise in Frankreich ernstlich die Möglichkeit einer Landung erörtert haben. Im Jahre 1847 sagte der spätere englische Minister des Auswärtigen, Lord Palmerston im Hause der Gemeinen: „Der Kanal ist keine Barriere mehr, die Erfindung der Dampfschiffahrt hat dasjenige, welches früher unpassierbar für eine Heeresmacht war, zu nichts anderem als einen Fluß gemacht, der auf einer Schiffsbrücke von Dampfern passiert werden kann."

Diese Worte Palmerstons machten in England einen tiefen Eindruck. Wie in den letzten Jahren das von mir geprägte Wort: „England keine Insel mehr". Gegenüber Palmerston betonte Peel im Parlament, daß die neue Dampferwaffe doch nicht nur dem Angreifer, sondern auch dem Verteidiger zugute kommen könnte. Er hatte aber mit diesem Argument keinen Erfolg, denn der Herzog von Wellington selbst sprach in einem privaten Briefe von der Verteidigungsunfähigkeit des britischen Reiches, sowie einem zu befürchtenden baldigen Trauerspiel. Dieser Brief wurde durch eine Indiskretion am 4. Januar 1848 veröffentlicht. In ähnlicher Weise wie im April 1909 ein Brief des Lord Charles Beresford, in welchem dieser frühere Höchstkommandierende der britischen Flotte die Behauptung aufstellte, in der englischen Nation würde eine Panik ausbrechen, wenn sie den wirklichen Zustand der englischen Flotte kenne.

Wellington hielt es für durchaus möglich, daß

25000 Franzosen an der englischen Küste landen und in London Kontributionen erheben könnten. Und Lord Palmerston sprach sich im Jahre 1852 im englischen Unterhause dahin aus, daß die Franzosen heimlich 60000 Mann in Cherbourg zusammenziehen und in einer Nacht über den Kanal werfen könnten.

In ganz ähnlicher Weise hat Lord Roberts im Frühjahr 1909 die Behauptung aufgestellt, daß Deutschland 200000 Mann heimlich in Hamburg zusammenziehen und über die Nordsee nach England werfen könnte. Lord Roberts wurde von dem englischen Kriegsminister Haldane und dem deutschen General von Blume darüber belehrt, daß er die technischen Schwierigkeiten der heimlichen Einschiffung und des heimlichen Transports verkenne.

Als in Napoleon III. ein unruhiger Geist an die Spitze Frankreichs kam, taute die Invasionsfurcht mit erneuter Stärke in England auf. Im Jahre 1852 sagte Lord Palmerston im englischen Unterhause: „Die Verwendung des Dampfes in der Schiffahrt hat in der Tat eine Brücke über den Kanal geschlagen, und hat die Mittel zu raschem Angriff geschaffen, zu einem Angriff in großem Maßstabe, wie er vorher nicht möglich war."

Palmerston glaubte merkwürdigerweise, daß Frankreich etwa 60000 Mann heimlich in Cherbourg zusammenziehen und in einer einzigen Nacht über den Kanal werfen könne. Noch am 15. Dezember 1859 schrieb Palmerston an Gladstone: „Daß eine Landung möglich ist, wie die Dinge heute liegen, kann nicht in Abrede gestellt werden. Kein Aufgebot von Kriegsschiffen kann wirksam dagegen ankämpfen."

Ohne Zweifel kannte Palmerston die Schwierigkeiten nicht, welche einer Landung in England auch im Zeitalter der Dampfschiffahrt gegenüberstehen. Bereits im Jahre 1852 hatte ihm das Mitglied des Unterhauses Admiral Berkely geantwortet, „um der absurden Panik, die vor kurzem durch das Land gegangen sei“, entgegenzutreten. Im Jahre 1860 hat Gladstone als Mitglied des Ministeriums Palmerston wiederholt den Pessimismus des Premierministers bekämpft. Das praktische Ergebnis der Invasionsfurcht in der Zeit von 1845 bis 1860 war eine bedeutende Verstärkung der englischen Armee und der englischen Kriegshäfen.

Bei der Einweihung des Kriegshafens von Cherbourg im August 1858 war die Königin von England mit ihrem Gemahl von dem Kaiser und der Kaiserin der Franzosen eingeladen. Bei der Begrüßung der englischen Herrschaften war die Kaiserin außerordentlich freundlich, der Kaiser verlegen und verstimmt. In den Aufzeichnungen der Königin Viktoria heißt es: „Der Kaiser fragte besorgt, ob noch eine feindliche Gesinnung gegen Frankreich in England herrsche, ob man noch eine Invasion befürchte. Wir lächelten und sagten: die Stimmung habe sich sehr gebessert, aber gerade Cherbourg errege Besorgnis.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Engländer die Stärke des dämonischen Zuges im Charakter Napoleons III. überschätzten. In ähnlicher Weise verkennen die Engländer gegenwärtig die Friedfertigkeit des Deutschen Kaisers und der deutschen Nation. Die Engländer sollten sich erinnern, daß eine jede Landung und ein jeder Versuch der Landung in den letzten 2000

Jahren einem bestimmten entschlossenen Willen der Bewohner des Festlandes entsprang. Der Ehrgeiz Cäsars, Wilhelm des Eroberers und des ersten Napoleon war ein treibendes Moment von gewaltiger Stärke. Kaiser Wilhelm II. hat in seiner langen Regierung von 21 Jahren noch keinen Krieg geführt und niemals den Versuch gemacht, den Welteroberer zu spielen. In der ganzen deutschen Nation ist niemals eine Stimme laut geworden, welche einen Krieg mit England wünscht.

Die Engländer wissen aus der Erfahrung, daß die Wahrscheinlichkeit politischer und militärischer plötzlicher Reibungen mit Frankreich viel größer ist, als mit Deutschland. Nicht nur die Faschodaaffäre im Jahre 1899, sondern auch die Mekongaffäre im Jahre 1893 sind ernste Erinnerungen aus den letzten Jahrzehnten.

Wie oben in dem Kapitel über den Staatssekretär von Kiderlen dargelegt worden ist, standen sich englische und französische Kriegsschiffe in der Mündung des Menam-Flusses unterhalb von Bankok, der Hauptstadt Siams, Anfang August 1893 kampfbereit gegenüber. Der englische Premierminister Gladstone hielt damals den Ausbruch eines Krieges zwischen England und Frankreich wegen der strittigen Gebiete am Mekong-Flusse in Siam für wahrscheinlich, und verständigte von der Gefahr die Königin von England.

Die Interessen Frankreichs und Englands kollidieren häufig in Ostasien wie in Afrika und mitunter auch anderwärts. Jeden Augenblick kann eine neue Streitfrage entstehen. Der Streitgegenstand kann ein so vitales Interesse sein, daß das vermeintliche In-

teresse des Zusammenhalts gegen Deutschland vollständig dagegen zurücktritt.

Nirgendwo aber ist eine Streitfrage zwischen England und Deutschland zu entdecken. Deutschland wünscht eine friedliche Entwicklung seiner rasch aufstrebenden Volkswirtschaft. Immer mehr wird in England sich die Überzeugung Bahn brechen, daß Deutschland nicht wünschen kann, sich durch einen Angriffskrieg gegen England die reichste europäische Kulturnation zum ewigen Feinde zu machen, nachdem es sich durch Elsaß-Lothringen und den letzten Krieg für absehbare Zeiten mit Frankreich entzweite. Die Engländer werden sich daran gewöhnen müssen, den rapiden wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands mit derselben Objektivität zu betrachten, wie den Aufschwung der Vereinigten Staaten von Amerika, die einst ein englisches Kolonialland waren.

„Die deutsch-englische Frage ist" — schreibt Professor Dr. von Schulze-Gävernitz in seiner Schrift „England und Deutschland", S. 47 — „dann beseitigt, wenn England im Kriege gegen uns einen zu großen Einsatz wagen müßte. Jedes Panzerschiff, das die deutsche Flagge über die Wellen trägt, ist eine neue Gewähr dafür, daß das englische Volk Deutschland als eine gleichwertige Macht anerkennen und sich auf dem Boden friedlichen Wettbewerb zurückhalten wird. Dem Frieden und der Freundschaft dient in dieser armen Welt immer noch am besten die Unmöglichkeit, mit Gewalt mehr zu erreichen, als durch vertragsmäßiges Zugeständnis. Die Achtung vor einer unangreifbaren Macht führte England zur Anerkennung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Bedürfnisse

der Vereinigten Staaten; nur eine ähnliche Achtung kann unseren britischen Vetter veranlassen, sich auch mit Deutschlands Aufstieg zu versöhnen."

Die Engländer werden Deutschland um so schneller als eine unangreifbare Macht betrachten, wenn Deutschland seine Rüstungen in der Luft beschleunigt. Sooft ich in den letzten Jahren auf die Notwendigkeit vermehrter Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft hinwies, wurden die Rüstungen in der Luft selbst von denen nicht ernst genommen, die für eine Verstärkung unserer Kriegsrüstung sind. Im August 1910 aber erklärte der frühere Ministerpräsident Clemenceau auf einer Vortragsreise in Argentinien, Frankreich werde nicht abrüsten, sondern seine Kriegsrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft vermehren.

Seit Jahren ist die Frage der Flottenverständigung zwischen Deutschland und England immer lebhafter diskutiert worden. Eigentümlich ist, daß immer nur von der Seeflotte, aber nie von der Luftflotte die Rede war. Das deutsche Flottenbaugesetz vom Jahre 1900 hat den Flottenbau bis zum Jahre 1907 geregelt. Bis dahin durfte der deutsche Flottenbau sich in der durch das Gesetz vorgesehenen Weise vollziehen. Für die spätere Zeit aber hat die Bedeutung der Luftflotte für die Rivalität zwischen England und Deutschland schon eine solche Zunahme erfahren, daß die Bedeutung der Marine dagegen zurücktritt.

Die Möglichkeit, die Luftflotte sowohl über dem Lande wie über dem Wasser zu verwenden, und den Gegner plötzlich an jedem beliebigen Punkte seines Landes anzugreifen, ist ein so bedeutender Vorzug dieser neuen Waffe, daß ihre schnelle Verbreitung in dem

von fast allen Seiten zu Lande und zu Wasser bedrohten Deutschland außer jedem Zweifel steht.

Mit der Ausdehnung der Luftflotten werden die Engländer sich daran gewöhnen, nicht immer nur die Seestreitkräfte der verschiedenen Staaten zu vergleichen. Sie werden ihre Theorie von dem Zweimächte-Standard, die sich nur auf die Seestreitkräfte bezieht, als veraltet anerkennen. Niemals aber wird England in der Luft stärker sein, als Deutschland und Frankreich zusammen und wahrscheinlich wird es kaum jemals in der Luft auch nur die Stärke von Deutschland allein besitzen. Denn Deutschland hat 65 Millionen Einwohner und England nur 42 Millionen. Und schließlich wird immer die Landarmee die Grundbasis der Luftflotte bilden. In nicht ferner Zeit werden in Deutschland wie anderwärts ganze Infanteriedivisionen mit Aeroplanen ausgerüstet sein und sich dadurch zu Luftschifferdivisionen umwandeln. Auch turmhohe Beschränktheit wird nicht imstande sein, das massenhafte Eindringen der Aviatik in die Landarmee zu verhindern.

Sobald die Engländer sich aber durch die Luftflotten mehr bedroht fühlen als durch die Seeflotten, wird ihnen die Nähe von Frankreich besonders unbehaglich werden. Deutschland ist zu weit von England entfernt, als daß Deutschland einen überraschenden Angriff gegen England unternehmen könnte. Deutschland müßte seine Operationsbasis erst in einem langwierigen, aufreibenden Kriege an den Kanal nach Ostende und Calais vorschieben. Die nächste Stelle der deutschen Grenze bei Cleve ist nur 280 km von England entfernt, während die nächste Stelle Frankreichs nur

31 km entfernt ist, und über Holland und Belgien hinweg kann Deutschland nicht gut einen Krieg führen. Die deutsche Seeküste bei Norden aber ist rund 380 km von der englischen Küste entfernt.

Sowohl die Motorballons wie die Drachenflieger werden auf Entfernungen von 200—400 km einen wirksamen Angriffskrieg nicht unternehmen können, daher werden die Engländer selbst das Gefühl haben, daß wir unsere Luftflotte nicht bauen, um England anzugreifen. Denn wir werden nicht so wahnsinnig sein, gleichzeitig mit Holland, Belgien und Frankreich den Krieg aufzunehmen. Würde aber England uns angreifen, so würde sich aus diesem Kriege in sehr kurzer Zeit ein Weltkrieg entwickeln, der Holland, Belgien und Frankreich zwingen würde, sich für oder gegen uns zu entscheiden.

Die französische Gefahr ist durch die Entwicklung der Aviatik mit einem Schlage für England die größere und nähere geworden. Die deutsche Gefahr für England erscheint von Monat zu Monat als die geringere im Vergleich zur französischen. England kann sich nicht in vollständige Abhängigkeit von Frankreich begeben. Das ist für das Mutterland des größten Weltreiches aller Zeiten unmöglich. Selbst wenn England heute die allgemeine Wehrpflicht einführte, so würde es in 20 Jahren noch keine Landarmee besitzen, die der französischen ebenbürtig wäre. Dazu gehört mehr Zeit. England muß sich also nach einem Schutz gegen Frankreich umsehen, nachdem die Barriere des Kanals definitiv weggefallen ist. Dieser Schutz besteht am besten in einem Schutz- und Trutzbündnis mit Deutschland.

Wegen der Abhängigkeit der Motorluftschiffahrt

vom Wetter, die ich immer wieder betonen muß, wird es noch sehr lange Zeit dauern, bis Luftflotten größeren Einfluß auf dem Atlantischen und Stillen Ozean auszuüben vermögen. Je weiter sie fliegen, um so größer wird die Gefahr eines Umschlags des Wetters. Daher wird die englische Kriegsmarine noch auf Jahrzehnte hinaus die Wogen der Ozeane beherrschen. Nur im Kanal und in der Nordsee überwiegt schon in den nächsten Jahren die Macht der Luftflotten bei günstigem Wetter. Aber günstige Tage und Stunden bleiben nicht aus. Und wenige Stunden günstigen Wetters genügen, im Kanal wie in der Nordsee, um das Versäumte nachzuholen und um Rache zu üben.

Durch den Verlust seines insularen Charakters empfindet England plötzlich in furchtbarer Weise das Fehlen der allgemeinen Wehrpflicht und einer großen auf ihr beruhenden Landarmee. Es droht in Abhängigkeit von Frankreich zu geraten, welches über eine ausgezeichnete Aviatik und Landarmee verfügt und unmittelbar der englischen Küste gegenüberliegt. Was ist natürlicher als daß das seegewaltige England ein Bündnis mit der größten Landmacht Europas, mit Deutschland, schließt? Die englische Seeflotte und die deutsche Landarmee in Verbindung mit den beiderseitigen Luftflotten stellen die größte Kriegsmacht der Welt dar.

Die in England noch vielfach verbreitete Ansicht, als könne England heute noch durch einen Angriffskrieg Deutschland niederwerfen, ist grundfalsch. Würde England die gewaltig aufstrebende wirtschaftliche Konkurrenz Deutschlands durch einen Angriffskrieg zu vernichten trachten, so würde England selbst in dem

langwierigen Weltkriege den schlimmsten Schaden nehmen, durch Revolution Indien und Ägypten und vielleicht auch Südafrika verlieren, seine Kriegsflotte einbüßen und nach jahrelangem Ringen von Ostende und Calais aus eine deutsche Invasion erdulden müssen. Je länger der Krieg dauert, um so mehr entscheidet die Zahl der Menschen bei sonst gleichen Eigenschaften. Und wer in Europa glaubt wohl, daß der Sieger von Sedan auch in jahrelangem Ringen nicht imstande sein würde, sich des Luft-Brückenkopfs von Calais zu bemächtigen? Wahrscheinlich würden die deutschen Armeen schon in den ersten beiden Monaten des Kriegs Ostende und Calais besetzt haben, um von hier aus ihre Luftflotten gegen die englischen Kriegshäfen und London selbst vorzuschicken.

Die Engländer und Deutschen haben durch die Rassegemeinschaft, durch die Freiheit und Gründlichkeit der Wissenschaft, durch die industrielle und kommerzielle Beanlagung, durch die vorwiegend protestantische Religion, gemischt mit einer Minderheit von römisch-katholischen ein gemeinsames Band der Weltauffassung und der Interessen. Die politische Fortentwickelung Deutschlands zu größerer Freiheit verstärkt die Gemeinsamkeit der Kultur. Es wäre ein Brudermord beklagenswertester und ausgedehntester Art, wenn England und Deutschland jemals in Krieg miteinander gerieten.

Unter der Ägide des Luftmotors wird das deutsch-englische Bündnis früher zustande kommen, als man bisher in beiden Ländern annahm.

Frankreich und Deutschland.

Die nationale Fliegerwoche in Johannisthal bei Berlin Mitte August 1910 zeigte der Welt, daß rund 2 Dutzend gute Flieger auf in Deutschland gebauten Aeroplanen in Deutschland vorhanden sind. Das Zeugnis als Flugzeugführer besaßen am 1. September 1910 22 Deutsche, unter denen sich von aktiven Offizieren nur der Oberleutnant von Tiedemann befand. Dazu kamen etwa 40 Offiziere des Luftschiffer-Bataillons und auch von anderen Truppen, so daß im ganzen 60—80 Personen in Deutschland Mitte September 1910 fliegen konnten.

Aber diese Zahl bleibt nicht unerheblich hinter der französischen zurück und außer Zweifel steht, daß im allgemeinen die Franzosen weit mehr leisten. Am 1. September 1910 besaßen 180 Personen das französische Zeugnis als Flugzeugführer. Darunter waren aber 11 Ausländer wie Orville und Wilbur Wright und eine Dame. Die Flugwoche von Rheims im Juli 1910 hat eine Reihe von glänzenden Weltrekorden hervorgebracht, so daß die nationale Fliegerwoche in Johannisthal mit ihr gar nicht verglichen werden kann. Aber an der großen französischen Aeroplanrundfahrt des Ostens nahm auch ein Deutscher Lindpaintner aus München mit anfänglich gutem Erfolge teil.

Und der Überlandflug von Frankfurt a. M. nach Mannheim Mitte August 1910 hatte einen ungewöhnlichen Erfolg.

Am 14. August 1910 brachte der Matin interessante Erklärungen des Deputierten Clementel, dem damals die Berichterstattung über das Kriegsbudget an-

vertraut war, über die Ausrüstung der französischen Armee mit Kriegsaeroplanen. Auf die Kredite, über welche der französische Kriegsminister für 1910 verfügt, wird er nach diesem parlamentarischen Gewährsmann sofort 50 Äroplane verschiedener Typen ankaufen. Der französische Kriegsminister ist damit beschäftigt, eine Legion der Aviatiker zu organisieren. Frankreich hat 5 Zentren für Militäraviation: Vincennes, Satory, Chalons, Sissonne und Betheny. Ein sechstes Zentrum soll noch in einer Gebirgsgegend gebildet werden. Alle Aviatiker der Armee sollen auf diese 6 Zentren verteilt werden und folgende Aufgaben erhalten: 1. Schüler auszubilden, 2. sich selbst so weit zu vervollkommnen, daß sie die Prüfung für das höhere Diplom, welches geschaffen werden soll, bestehen. Dieses höhere Diplom soll nach Ausführung eines Überlandfluges von 100 km in durchschnittlicher Höhe von 600 Metern erteilt werden. Alle Aviationszentren werden mit Kugelballons versehen sein. Das Studium der Luftverhältnisse und die Vertrautheit mit dem Bodenrelief einer Gegend, wie es sich für das Auge des Fliegers präsentiert, können vom Schüler nur durch Übungsfahrten im freien Ballon erworben werden. Sobald die Piloten einige Fortschritte gemacht haben, werden neue Apparate für sie bestellt werden, damit die Schnelligkeit in der Ausbildung nicht leide. Die Schüler werden ihrerseits wieder Instruktoren werden und neue Schüler heranbilden.

Parallel mit diesen Bestrebungen wird der französische Kriegsminister nach den Worten Clementels versuchen, durch die eigenen Studien der Offiziere und auf dem Wege eines für alle Konstrukteure auszu-

schreibenden Wettbewerbs einen besonders leistungsfähigen Aeroplan zu schaffen, der einen ununterbrochenen Flug von mindestens 200 km liefern und mindestens 3 Passagiere mit ihrer Ausrüstung und Bewaffnung, sowie ein Reservegewicht von 25 kg tragen kann. Auch sollen die Drachenflieger leicht zerlegbar und auf der Eisenbahn transportabel sein. Einem General soll die ganze künftige Armee von Aviatikern unterstellt werden. Der voraussichtliche Kommandeur General Roques glaubte, daß dieses ganze Programm binnen längstens einem Jahre vollständig ausgeführt sein kann. Künftig soll kein Manöver ohne Teilnahme von Militäraeroplanen stattfinden.

Für 1911 werden 2 Millionen Frank im Budget verlangt werden. Der Kriegsminister behält sich aber vor, Ergänzungskredite zu verlangen, sobald sich zeigt, daß die erwarteten Resultate noch rascher erhalten werden können.

Diese Ausführungen des Deputierten Clementel sind von besonderem Interesse. Nimmt man an, daß die Regierung sich einen Drachenflieger für 10000 Fr. verschaffen kann, so würden die 2 Millionen Frank des Jahres 1911 für 200 Aerpolane zulangen und die französische Armee einschließlich der 50 Aeroplane des Jahres 1910 250 Aeroplane am Ende des Jahrs 1911 besitzen. Hierzu kommen die vielleicht 1000 Aeroplane, die am Ende des Jahres 1911 in privatem Besitze sein dürften. Es würde aber eine Übertreibung sein, zu behaupten, daß Frankreich mehr als höchstens 1250 Aeroplane am Ende des Jahres 1911 ins Feld stellen kann.

Natürlich lassen sich durch Ergänzungskredite oder

besondere Kraftanstrengungen im Falle drohender Gefahr innerhalb von wenigen Monaten auch jetzt schon Tausende von Aeroplanen herstellen und Piloten ausbilden. Aber vorläufig ist die französische Armeeverwaltung zu solchen Kraftanstrengungen noch nicht entschlossen. Die deutsche Armeeverwaltung hat also Zeit, die Franzosen in Ruhe einzuholen, wenn sie nur endlich mit Energie die erforderlichen Summen für die Aviatik bereitstellen wollte.

In den Grundzügen wird man in Deutschland dasselbe System anwenden müssen, welches der französische Kriegminister beabsichtigt. Zum Glück bestehen schon in verschiedenen Teilen des Reiches Zentren für die Aviatik, insonderheit in München, Straßburg, Frankfurt a. M.

In der Umgebung von Berlin wird außer in Johannisthal noch in Bork und mitunter auf dem Bornstädter Felde bei Potsdam geübt. Die Äroplanflüge der Offiziere finden in dem Heerlager in Döberitz statt.

Von größter Bedeutung für die Ausbildung der Flieger sind die Überlandflüge. Durch eine Verfügung der Oberpräsidenten für die Provinz Brandenburg ist bei Überlandflügen das Überfliegen von geschlossenen Ortschaften verboten und zwar bei einer Geldstrafe bis zu 60 Mark. Überlandflüge sind also in der Provinz Brandenburg nicht verboten, nur sollen sie nicht über geschlossene Ortschaften gehen. Auf die Dauer wird sich dieses Verbot wohl nicht aufrecht erhalten lassen. Denn für geübte Flieger mit zuverlässigen Maschinen wird eine Ausnahme gemacht werden müssen. Eine größere Luftreise ist nur ausnahmsweise möglich, ohne geschlos-

sene Ortschaften zu überfliegen. Überdies ist es vom Standpunkt des Militärs wie der Aviatik aus durchaus erforderlich, daß die Flieger sich an jede Gestaltung der Erdoberfläche gewöhnen und die Fähigkeit einer schnellen Orientierung erlangen. Ein Hauptvorzug der Motorluftschiffahrt gegenüber anderen Transportmitteln wird immer in der Wahl der Luftlinie liegen. Die Wahl des kürzesten Weges zwischen Berlin und Köln wird aber durch ein Verbot, geschlossene Ortschaften zu überfliegen, zur Unmöglichkeit gemacht.

Für Anfänger und zur Umgebung von Städten oder sonstigen dichtbewohnten Gegenden kann man Flugstraßen vorschreiben, die durch Signalmaste oder sonstige Zeichen erkennbar sind. Eine Flugstraße dieser Art von dem Flugplatz Bork nach dem Flugplatz Johannisthal bei Berlin über eine Strecke von rund 50 km ist bereits von dem Verein deutscher Flugtechniker fertiggestellt. Sobald die Kunst des Fliegens auf dem geschlossenen Flugplatz erlernt ist, empfiehlt sich die Ausführung von Überlandflügen auf Flugstraßen, die geschlossene Ortschaften meiden. Auf abgeschlossenen Flugplätzen kennen die Flieger bald kritische Luftstöße und dergleichen. Aber bei nur freier Fahrt über Berg und Tal, über Wald und Feld, über Land und Wasser wird sich der Flieger daran gewöhnen, plötzlich den verschiedenen Witterungsbedingungen unterworfen zu werden und alle auftauchenden Gefahren abzuwehren. Vor allem muß er die Kunst lernen, sich geeignete Landungsplätze zu suchen und möglichst von jedem Terrain wieder aufzusteigen.

Die Erfahrungen der Gesamtheit der Lokomotivenführer und jedes einzelnen ist für den sicheren Eisen-

bahnverkehr von hoher Bedeutung. Dem Automobil stehen weit mehr Wege zur Verfügung. Daher ist eine gründliche Kenntnis der Wege und Straßen in Deutschland und Mitteleuropa für die Automobilfahrer im Frieden wie im Kriege von großer Bedeutung. Der Flieger, der erforderlichenfalls über jeden Punkt der Erdoberfläche hinwegfliegen muß, bedarf besonders gründlicher Vorkenntnisse zum Zwecke der Orientierung und der sicheren Überwindung von Gebirgen, Städten und Seen bei Nacht. Je mehr Äroplanfahrer solche Erfahrungen sammeln und je vielseitiger die Erfahrungen sind, umso nützlicher wird die Aviatik der Kriegsleitung werden. Auf große Überlandflüge, die auch geschlossene Ortschaften nicht umgehen, kann im Interesse der Landesverteidigung nicht verzichtet werden.

Heut rivalisieren Frankreich und Deutschland auf den Preisrennen der Sportfahrer. Nur einige wenige Männer von Vermögen, Mut und besonderer Leidenschaft für die Fliegekunst haben sich bisher der Aviatik gewidmet. Sie gleichen den Rittern des Mittelalters, die wegen des Besitzes eines Pferdes in Macht und Ansehen standen und auch in einem größeren Feldzuge die Entscheidung gaben.

Dieser Zustand kann nur sehr kurze Zeit andauern. Wie der Ritter durch die breiten Massen der Kavallerie, denen der Staat die Pferde kaufte, abgelöst worden ist, so werden die Sportsmänner in der Luft durch Divisionen von Aeroplanfahrern in kurzer Zeit ersetzt werden. Der Staat, also das Reich, muß Tausende und Zehntausende von Drachenfliegern herstellen oder kaufen, und ganze Regimenter mit Drachenfliegern versehen.

Dann wird zwischen Frankreich und Deutschland die Zahl der Bevölkerung und insonderheit die Zahl der Mechaniker, Maschinenbauer, Chauffeure und überhaupt Industriearbeiter, von ausschlaggebender Bedeutung im Völkerringen werden. Die kühnen Aviatiker des Sports werden ihre Bedeutung nicht ganz einbüßen. Denn sie werden, wie die Nachkommen der alten Ritter, die Guts- und Pferdebesitzer der Gegenwart, als Offiziere und Reserveoffiziere in den Fliegerregimentern ihren Dienst tun.

Schon jetzt sehen wir, wie gerade die Aviatik neue Reibungen zwischen Frankreich und Deutschland und zwischen den Nationen überhaupt herbeizuführen droht. Auch in unserer Zeit des freien Verkehrs, unter Beseitigung des Paßzwanges in Mittel- und Westeuropa, bildet doch jeder Staat ein abgeschlossenes Ganzes. Die Grenzen lassen sich nicht ignorieren. Ihr Bestehen wird nicht nur durch den Zollschutz, sondern auch militärische Maßnahmen den Passanten vor Augen geführt. Die Grenzen zwischen Frankreich und Deutschland wimmeln, wie die meisten Grenzen Europas, von Forts und versteckten Batterien. An jeder Grenze gibt es alle möglichen Geheimnisse.

Vor dem Aviatiker und seinem photographischen Apparat läßt sich aber nicht viel geheim halten. Daher werden Deutschland wie Frankreich mit Sorgfalt darüber wachen, daß ihre Grenzen nicht überflogen werden. Auf beiden Seiten der deutsch-französischen Grenze werden die Forts seit Jahren mit immer steigender Sorgfalt abgesperrt. Selbst Generale dürfen die Forts nicht betreten und mancher den Posten wohlbekannte General ist schon schroff abgewiesen worden.

Die Militärs können sich nicht an den Gedanken gewöhnen, daß ein ausländischer Aeroplan fortgesetzt dort vorüberfliegen und photographieren oder gar gelegentlich einmal wegen eingetretener Panne eine Notlandung im Fort vornehmen könnte.

Würden Deutschland und Frankreich dahin übereinkommen, daß der Luftverkehr über ihre Grenzen und Forts und fiskalische Terrains vollkommen freigegeben ist, so würde der Vorteil und Schaden sich aufwiegen. Aber mit der Geheimniskrämerei an der Grenze wäre es allerdings dauernd vorüber. Wir wissen, daß die militärische Geheimniskrämerei nicht eine Eigentümlichkeit der Deutschen, sondern daß sie von den republikanischen Franzosen in noch weit stärkerem Maße geliebt wird. Daher ist die vollkommene Freigabe des Grenz-Luftverkehrs einschließlich des Rechts, zu photographieren, eine Utopie.

Wir müssen uns also an den Gedanken gewöhnen, daß Frankreich wie Deutschland bestrebt sein wird, auf dem Luftwege die Kenntnis des feindlichen Grenzgeländes zu erreichen. Zum mindesten werden sich einzelne waghalsige Offiziere mit oder ohne Auftrag sehr leicht zu solchem Vorhaben finden, und hier liegt eine der großen und zahlreichen Gefahren für den Weltfrieden, welche die Motorluftschiffahrt im Gefolge hat.

Vielleicht herrscht schon in wenigen Monaten ein wahres Luftfieber an der Grenze. Auf beiden Seiten sieht alles Luftgespenster und hört Propellersurren. Wenn nun in solchen aufgeregten Zeiten einer unserer Militärballons, die ganz dicht an der französischen Grenze zu Freskaty zwischen Metz und der Grenze untergebracht sind, während eines Motordefekts vom

Sturm nach Frankreich verschlagen und zur Landung in einem Fort gezwungen wird?

Niemand wird bestreiten können, daß hier lange Reihen neuer Gefahren auftauchen, die nicht so leicht zu beheben sind. Die Franzosen werden fieberhafte Anstrengungen machen, um wenigstens auf dem Gebiete der Aviatik an der Spitze der europäischen Nationen zu sein. Ein ungeheures Wettrüsten in der Luft wird beginnen. Die militärischen Ambitionen Frankreichs werden wieder erwachen.

Als bei der französischen Aeroplanrundfahrt des Ostens Mitte August 1910 Legagneux einige km über deutsches Gebiet hinwegflog, war bei seiner Rückkehr und glücklichen Landung nach dem Berichte des Matin die Begeisterung und Rührung der Franzosen eine ungeheure. In diesem Fluge sahen die Massen der Zuschauer das Vorzeichen einer neuen Zeit.

Gerade wenn wir mit unserer Rüstung in der Luft zurückbleiben sollten, werden wir die heißblütigen Franzosen in den Glauben versetzen, daß sie in Verbindung mit den Engländern und Russen uns niederwerfen und Elsaß-Lothringen zurückerobern können. Auch England würde zu der Überzeugung kommen, daß die Macht Frankreichs eine gewaltige Zunahme erfahren hat. Heut sind die Engländer noch in die Idee verrannt, daß Deutschland ihr Feind und Frankreich ihr Freund ist. Solange die Engländer diesen Glauben nicht aufgegeben haben, vermehren die aviatischen Erfolge der Franzosen die Gefahr eines gemeinsamen Angriffskrieges Frankreichs, Englands und Rußlands gegen Deutschland. Die zwischen Frankreich, England und Rußland in den letzten Jahren ge-

schlossenen geheimen Bündnisse sind noch zu frisch, als daß sie nicht eine gewisse Wirkung ausüben sollten.

Je energischer Deutschland seine Kriegsrüstung in der Luft betreibt, umsomehr wird es den Franzosen wie Engländern als unangreifbare Macht erscheinen, und daher den Frieden sichern. Durch eine stetig zunehmende Rüstung zu Lande und zu Wasser, wie sie in früheren Zeiten unbekannt war, hat Deutschland den Frieden seit 40 Jahren aufrecht erhalten und zwar einen Frieden in Ehren. Würde Deutschland auf eine Vermehrung seiner Kriegsrüstung verzichtet haben, so wären Frankreich, England und Rußland längst über Deutschland hergefallen, Elsaß-Lothringen wäre wieder französisch, und das Deutsche Reich wäre in Stücke gerissen.

Der beispiellose wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands muß den Neid unserer Nachbarstaaten erregen. Und diese gewaltige Vermehrung der Bevölkerung, des Nationalvermögens und Nationaleinkommens, der Produktion, der Einfuhr und Ausfuhr, der Schiffahrt und des Verkehrs in Deutschland vollzog sich trotz der stetig steigenden Ausgaben für die Kriegsrüstung.

Augenblicklich und für Jahre hinaus ist Deutschland auf dem Gebiete der Motorballons stärker als Frankreich. Die starren Riesenluftschiffe Zeppelins können von den Franzosen nicht so schnell nachgeahmt werden, auch die halbstarren Motorballons des Luftschifferbataillons zu Berlin und die unstarren Motorballons nach dem System Parseval sind in guter Verfassung. Wir müssen diesen Vorsprung ausnutzen, es

wird daher notwendig sein, die Zahl der Motorballons aller Systeme schnell zu vermehren.

Die Fähigkeit der Motorballons, über einem Punkte zu schweben, schnell in die Höhe zu steigen, und 12—24 Stunden in der Luft zu bleiben, ist ein entschiedener Vorzug vor den Drachenfliegern. Vorderhand haben sie auch eine viel größere Tragfähigkeit als irgendein Äroplan. Der Zeppelin VII trug 32 Personen, während Farmans neuer Doppeldecker nur 4 Personen getragen hat.

Das Fehlen von Riesenluftschiffen kann sich für Frankreich in einem Kriege sehr fühlbar machen. Man wird wahrscheinlich die von Gas getragenen Riesenluftschiffe auch im Kriege in absehbarer Zeit nicht entbehren können. In gewissen Fällen kann ein Motorluftfahrzeug mit großer Tragkraft und der Fähigkeit Schwebens über einem Punkte von größtem Werte sein. Beispielsweise werden die Stäbe zum Teil in Riesenluftschiffen untergebracht werden. Nicht nur der Höchstkommandierende der Luftflotte, sondern auch der Höchstkommandierende der ganzen, vielleicht zu Lande, zu Wasser oder in der Luft geführten Schlacht kann den Wunsch haben, mit seinen Generalstabsoffizieren gleichzeitig die Bewegungen auf dem Lande und in der Luft und vielleicht auch auf dem Meer zu beobachten. Eine Last von der Art eines zusammengehörigen Generalstabes kann nicht gut auf mehrere Äroplane verteilt werden und befindet sich daher in einem Motorballon am besten.

Auch zum Beschießen von Festungen, Dreadnoughts und anderen Zielen sind die Motorballons sehr geeignet. Allerdings können 50 Aeroplane à

225 kg Dynamittorpedos eine viel größere Last tragen als ein starrer Motorballon Zeppelinscher Konstruktion. Der Aeroplan kann 3 Personen à 75 kg durch Dynamit ersetzen. Der Zeppelin VII konnte zur Not 26 Personen durch Dynamit ersetzen. Die 50 Aeroplane tragen also 11250 kg Dynamit, während der Zeppelin VII höchstens 1950 kg Dynamit zu tragen vermag. Und doch kosten 50 Aeroplane à Mk. 10000 nur so viel wie ein großer Zeppelin, nämlich Mk. 500000.

Erwägt man nun weiter, daß es viel leichter für den Feind ist, das Zeppelinsche Riesenluftschiff herunterzuschießen als die 50 weit zerstreuten und vielleicht zu verschiedenen Zeiten auftauchenden Aeroplane, so erscheinen die Drachenflieger als geeigneter zum Beschießen einer Festung oder eines Schlachtschiffes.

Wenn in einem neuen deutsch-französischen Krieg Paris aufs neue belagert wird, so werden in jeder Viertelstunde während der Nacht Hunderte von Aeroplanen Paris überfliegen, um Dynamittorpedos fallen zu lassen. Auf der anderen Seite der Stadt können sie sich bei der Belagerungsarmee für die Rückfahrt erneut mit Dynamittorpedos versehen. Bei bewölktem Himmel und trübem Wetter können die Aeroplane der Belagerungsarmee ungestraft auch am Tage über Paris hinwegfliegen.

Die Berliner können glücklich sein, daß sie keine Festungsbewohner sind und daher unter dem Schutz des Völkerrechts stehen. Die Pariser aber werden im Zeitalter der Motorluftschiffahrt sehr bald den Wunsch haben, den Charakter als Festung zu verlieren.

Die deutsch-französische Grenze hat nur eine Länge

von rund 250 Kilometern Luftlinie. Würde es im Jahre 1912 zu einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich kommen, so würde bei windstillem Wetter in den ersten Stunden wohl kein Kilometer der Grenzlinie frei von Motorluftfahrzeugen sein.

Würde aber der Krieg erst einige Jahre später ausbrechen, so dürfte ein Zusammenstoß der feindlichen Luftkräfte in den ersten Stunden nach der Kriegserklärung ganz unausbleiblich sein, sofern nicht stürmisches Wetter zufällig vorhanden ist.

Über die kurze Grenze würden sich im Kriegsfalle innerhalb von wenigen Tagen drei oder vier Millionen deutscher Soldaten bewegen. Alle Straßen in Elsaß-Lothringen wären vollgepfropft von Kavallerie, Infanterie, Artillerie und Trains. Mit 1000 Drachenfliegern könnten die Franzosen während der Nacht oder bei bewölktem Himmel am Tage der deutschen Armee schwere Verluste beibringen. Auf Truppen kann man leichte Torpedos à 10 kg wirksam verwenden. Ein Drachenflieger, der von nur einer Person besetzt ist, könnte 12 solcher leichten Torpedos bei sich führen. Sobald die 1000 Drachenflieger ihre 12000 Torpedos verschossen haben, kehren sie über die Grenze hinter den Wall der französischen Sperrforts zurück, um ihre Munition zu ergänzen. In jeder Stunde könnten die tausend französischen Drachenflieger aufs neue die heranmarschierenden oder im Biwak befindlichen deutschen Truppen attackieren.

Ganz Frankreich ist seit den Erfolgen der Bleriot-Piloten Leblanc und Aubrun auf der Rundfahrt des Ostens Mitte August 1910 von Stolz auf die

französische Aviatik erfüllt. Der Matin schrieb am 19. August 1910: „Statt 3 Waffen wird Frankreich künftig 4 haben. Wir hatten Infanterie, Kavallerie und Artillerie — wir werden als vierte Waffe die Aeroplane haben. Bald wird Frankreichs Armee, soweit das Auge reicht, über Stadt und Land die Schwingen der Riesenvögel entfalten, die der französische Genius gebaut hat und die er jetzt noch einzig und allein siegreich durch den Luftraum leiten kann."

Der Kriegsminister, General Brun, hat dem Matin bestätigt, daß er Clementel, der Berichterstatter für das Kriegsbudget, seine Darlegungen über die Herstellung einer Luftflotte von Aeroplanen auf Grund einer Unterredung gemacht hat, die er vorher über den gleichen Gegenstand mit dem Kriegsminister hatte. Der Kriegsminister sagte dem Vertreter des Matin: „Alle Anstrengungen werden dahin zielen, die Flugapparate besonders für kriegsmäßige Verwendung zu vervollkommen, sowie die Zahl der Aeroplane und die Zahl der Aviatiker zu vermehren. Damit steht die Vermehrung der Zentren für aviatische Ausbildung in Verbindung."

Nicht nur der französische Kriegsminister, sondern auch der französische Marineminister entwickelt viel mehr Initiative auf dem Gebiet der Aviatik, als sein Kollege in Berlin. Der französische Marineminister erklärte am 19. August 1910 einem Mitarbeiter des Matin, er werde darauf hinwirken, daß die französische Marine, die die erste gewesen sei, die die Unterseeboote eingeführt habe, auch die erste sei in der Verwendung von Aeroplanen. 7 Seeoffiziere sollten in den nächsten Tagen ihre Prüfung als Aviatiker ablegen.

Der französische Marineminister erklärte ferner, daß dies nur ein Anfang sei, man sich aber einstweilen hierauf beschränken müsse, da das diesjährige Budget keine weiteren Ausgaben mehr hierfür gestattet. Er wolle aber in den vier Hauptkriegshäfen von Frankreich, in Cherbourg, Brest, Toulon und Bizerte (Afrika), je einen Lenkballon und mehrere Flugmaschinen stationieren, denen im Kriegsfalle die Aufgabe zufallen dürfte, das Meer in der Umgegend des Hafens auszukundschaften und die Lage von feindlichen Seeminen festzustellen, um es so zu ermöglichen, daß die Geschwader jederzeit ohne Gefahr auslaufen können. Für das Geld, das ein Kreuzer kostet, bekäme man schon 1000 Aeroplane. Der französische Marineminister hat bereits in Toulon die Errichtung eines Aerodroms und Flugmaschinenschuppens angeordnet. Demnächst soll eine Konkurrenz für einen Marineaeroplan ausgeschrieben werden.

Wie der Kriegsminister, so bekundet also auch der Marineminister Frankreichs, daß sich gegenwärtig für die Aviatik viel mehr tun ließe, wenn mehr Geldmittel vorhanden wären. Die Aviatik ist weit genug fortgeschritten, um bei gutem Wetter dem Landheer wie der Marine im Kriegsfalle unschätzbare Dienste zu leisten. Je mehr Drachenflieger vorhanden sind, in je größeren Mengen sie auftreten können, umso mehr werden sie leisten.

Wenn der Deutsche in den Zeitungen liest, in welcher energischen Weise der Kriegsminister und der Marineminister Frankreichs für die Förderung der Aviatik tätig ist, so fragt er sich unwillkürlich: „Gibt

es denn in Berlin keinen Kriegsminister und keinen Marineminister?"

Mitte August 1910 schätzte man die Zahl der französischen Aeroplane auf 600, wovon 250 aus der Werkstätte Bleriots hervorgegangen sind und etwa 100 aus der Werkstätte Farmans. Besonders die kühne Fahrt des Amerikaners Moisant von Paris über Calais bis fast nach London, Mitte August 1910, wird Nachahmung finden. Die Begeisterung wird Hunderte von jungen Leuten in Frankreich veranlassen, sich einen Aeroplan zu kaufen. Durch das Entgegenkommen der Regierung wird es ihnen leicht werden, das Fliegen zu lernen und es später andern zu lehren.

Die Aviatik wird getragen von dem Willen der gesamten französischen Nation. Und ein jeder findet leicht Gelegenheit, sich zu betätigen. Hier ist ein Gebiet, wo die private Initiative als treibende Kraft zum Wohle des Staates und der Landesverteidigung wirken kann.

Die Zeppelinschen Riesenluftschiffe kennen keine private Initiative, sondern nur die Initiative des Grafen Zeppelin. Der einzelne deutsche Kapitalist kann sich höchstens als Aktionär der Deutschen Luftschiff-fahrts-Gesellschaft oder einer anderen Verkehrslinie betätigen. Nur auf dem Gebiet der Aviatik kann auch der einzelne sich betätigen, wenn er etwas Vermögen oder Kredit besitzt.

Uns droht die Gefahr, daß die französische Aviatik einen ungeheuren Vorsprung erhält, der alle Vorteile unserer Riesenluftschiffe bei weitem aufwiegt. Es fehlt bei uns an der Anregung von oben und insonder-

heit an der Aussetzung von Geldpreisen und finanziellen Subventionen.

Es wäre dem Kaiser ein leichtes, die Aviatik im Militär wie im Zivil gewaltig zu fördern, wenn ihm die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen würden. Aber so lange Bethmann Hollweg Reichskanzler und Wermuth Staatssekretär des Reichsschatzamts bleibt, droht dem Vaterlande Gefahr. Das Ausland kann sich keinen besseren Reichskanzler und Schatzsekretär in Deutschland wünschen als Bethmann und Wermuth. Eine Ära Wermuth—Bethmann Hollweg führt zu einem neuen Jena der deutschen Armee. Die Gründung des Deutschen Reiches hat keinen Wert, wenn es in einer furchtbaren Niederlage wieder zusammenbricht. Jeder einzelne Bürger, einerlei ob konservativ oder sozialdemokratisch, wird unter der Last der Niederlagen im Kriege gleichermaßen zu leiden haben. Daher muß die ganze Nation nur von dem einen Wunsche beseelt sein: Fort mit dem Ministerium Wermuth—Bethmann!

Jeder Tag aber, wo Bethmann Hollweg und Wermuth am Ruder bleiben, ist für die Feinde Deutschlands ein Gewinn. Denn eine große, namhafte Wirkung kann mittels der Drachenflieger nur erzielt werden, wenn sie massenhaft auftreten. Es ist eine Sache des Zufalls, ob der einzelne Aeroplan sein Ziel trifft. Erst beim Erscheinen von hundert oder gar tausend Drachenfliegern ist eine Batterie, ein Fort oder eine Dreadnought ernstlich gefährdet.

Die Voraussetzung einer massenhaften Verwendung von Drachenfliegern ist aber die Einstellung größerer Mittel in den Etat. Das Interesse der Lan-

desverteidigung hätte schon die Einstellung von mehreren Millionen Mark für aviatische Zwecke in den Etat des Jahres 1910 verlangt. Aber nichts ist geschehen. Und in den kommenden Etat des Jahres 1911 müßten mindestens 40 Millionen Mark sofort für Zwecke der Aviatik eingestellt werden.

Wir zweifeln daran, daß auch nur 2 Millionen Mark für aviatische Zwecke in dem Etat erscheinen werden. Warum will der Reichskanzler und der Schatzsekretär den Franzosen einen solchen Vorsprung lassen und den Deutschen die Möglichkeit benehmen, ihrerseits die Franzosen zu überflügeln?

Aber auch die Städte und die Privatpersonen in Frankreich sind rühriger als in Deutschland. Der Spezialberichterstatter des Budgets von Paris, Gemeinderat Daussel, erklärte am 19. August 1910 einem Vertreter des Figaro, daß er einen Betrag von mindestens 100000 Franken im Budget für einen neuen großen Aviatikerpreis vorgesehen habe, dessen Austrag von der Gemeindeverwaltung in der Stadt Paris im Sommer 1911 organisiert werden solle. Man hat bisher nicht gehört, daß die Stadt Berlin sich mit ähnlichen Absichten trage. Im Gegenteil ist jedermann davon überzeugt, daß der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin gar nicht daran denken, einen Preis von ähnlicher Höhe zur Förderung der Aviatik zu stiften.

Es ist nicht zu bestreiten, daß Herr August Scherl den Berlinern die Flüge des Orville Wright auf dem Tempelhofer Felde im Jahre 1909 gezeigt hat. Aber wir haben bisher noch keinen deutschen Zeitungsbesitzer außer Ullstein & Co. kennen gelernt, der einen

Geldpreis von 200000 Mark, wie die Daily-Mail, oder von 100000 Franken wie der Matin und das Journal de Paris, für eine hervorragende Flugleistung auf einem Drachenflieger ausgeschrieben hätte. Nachdem Herr August Scherl sich in so umfangreicher Weise für das Projekt einer Einschienenbahn engagiert und sehr große Summen darauf verwandt hat, kann kein Billigdenkender von ihm erwarten, daß er dem Beispiel der Daily-Mail oder auch nur des Matin folge. Wer unsere Bürokratie kennt, der wird nicht annehmen, daß die Einschienenbahn in den nächsten Jahren in Deutschland eine größere Verbreitung gewinnt. Der Eisenbahnbau ist nun einmal in Deutschland in Wirklichkeit ein Monopol des Staates. Ein Hauptvorzug der Aviatik besteht aber gerade darin, daß sie den Menschen von dem staatlichen Zwange befreit und daß sie der Staat in unmöglich alleinige Regie übernehmen kann. Mit sehr geringen Summen kann diese hoffnungsvolle Pflanze zu einem starken Baume entwickelt werden.

Bevor die erste Einschienenbahn von Berlin nach Köln geht, wird die Flugmaschine schon einem ziemlich starken Winde Trotz zu bieten vermögen. Daher wird sie selbst für den Verkehr an Bedeutung die Einschienenbahn übertreffen. Während die Einschienenbahn sich nur für das Land eignet, fährt der Drachenflieger auch über das Wasser.

Ich will durchaus nicht in Abrede stellen, daß die Einschienenbahn auch für die Landesverteidigung von Bedeutung sein kann, aber alle Welt ist doch darüber einig, daß der Motorluftschiffahrt und insonderheit daß der Aviatik, im Landkriege wie im Seekriege, die

größte Bedeutung beizumessen ist und daß keine andere Erfindung der letzten Jahre die Motorluftschiffahrt an militärischer Bedeutung erreicht.

An reichen Leuten fehlt es in Deutschland nicht. Aber sie warten auf eine Anregung des Kaisers. Auch unter den Mitgliedern des Aeroklubs, der seine Entstehung einer Anregung des Kaisers durch Admiral von Hollmann und Geheimrat Emil Rathenow verdankt, sind mehr als ein Dutzend, die mehr als 10 Millionen Mark Vermögen besitzen. An steinreichen Leuten ist in dem Aeroklub überhaupt kein Mangel. Und doch sind die Preise, die er für die Nationale Flugwoche im August 1910 ausgesetzt hatte, überaus mäßig.

Der vom Verlage der „B. Z. am Mittag", Ullstein & Co. in Berlin, ausgesetzte Preis von 100000 Mark für das Wettfliegen Paris-Berlin im Frühjahr 1911, wovon 40000 Mark auf deutsche Flieger entfallen sollen, ist eine nationale Tat, welche die höchste Anerkennung verdient. Auch das gemeinsame Handeln mit dem Pariser Blatt Le Journal, welches für das gleiche Wettfliegen einen ähnlichen Preis bereits ausgesetzt hatte, ist für die Förderung des Sports und der guten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland von der größten Bedeutung. Die Tat der Gebrüder Ullstein wird hoffentlich recht bald Nachahmung finden.

Die Vorstellung von der Motorluftschiffahrt.

Wenn jemand um das Jahr 1450, als der Kompaß sich eingebürgert hatte, und die großen Segel-

schiffe auch gegen ungünstigen Wind zu fahren lernten, ein Buch über die Wirkungen dieser seetechnischen Verbesserungen geschrieben hätte, so hätte er die Entdeckung des Seewegs nach Indien und die Auffindung aller Länder auf der anderen Seite der Erdkugel voraussagen müssen. Aber niemand ahnte damals die kommenden Veränderungen und insonderheit die Entstehung und das rasche Aufblühen der großen amerikanischen Kulturnation.

Als im Jahre 1829 der Motor auf den Schienen seinen ersten Rekord in England schlug, ist niemand auf die Idee gekommen, in einem Buch die sozialen wirtschaftlichen, militärischen, politischen Wirkungen des Aufkommens der Eisenbahnen zu schildern. Ein solches Buch hätte die Zunahme der Bevölkerung, der Industrie und des Reichtums in Deutschland und England, ebenso wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, ferner die politische Einigung der Deutschen und der Italiener, sowie den unausbleiblichen Zusammenstoß des russischen Weltreichs mit der gelben Rasse in Ostasien voraussagen müssen.

Der Motor in der Luft wird größere Veränderungen in der Luft hervorbringen, als der Kompaß und die Eisenbahn. Die von dem Motor in der Luft ausgehenden Wirkungen sind um so stärker, als gleichzeitig mit ihm die drahtlose Telegraphie und Telephonie sich in der Welt ausbreitet, die ihm wie auf den Leib zugeschnitten ist. Das von der Erde losgelöste Motorluftfahrzeug kann durch Funkenspruch auf die größten Entfernungen an jeder beliebigen Stelle den Verkehr unterhalten.

Bei dem Aufkommen des Kompasses und der

Eisenbahnen besaßen die Menschen noch nicht die Fähigkeiten, die Folgen einer technischen Neuerung vorauszusehen. Die unendlich langsame Entwicklung der Technik gibt dem Menschen nicht die genügende Anregung zum Denken. Als um das Jahr 1300 in der Stadt Speyer und anderwärts im Deutschen Reiche zum ersten Male das Spinnrad aufkam und mit seiner verstärkten Produktionsfähigkeit die Handspindel zu verdrängen begann, da wurden von den Städten und Innungen Bestimmungen erlassen, die das Anwendungsgebiet des Spinnrades eng begrenzten. Aber noch ahnte niemand, außer vielleicht der geniale Leonardo da Vinci, daß das Spinnrad nur der Übergang zur Spinnmaschine sei.

Die Einführung der Eisenbahn erforderte gewaltige Kapitalien und die Genehmigung des Staates. Die Staatsmänner, Kapitalisten und Gelehrten, waren daher gezwungen, sich über die neue Erfindung zu äußern und zu ihr Stellung zu nehmen.

Aber nur die gescheitesten Leute sahen über das Nächstliegende hinaus. Goethe sagte schon im Jahre 1828 in seinem Gespräch mit Eckermann: „Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde, unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das Ihrige tun."

Auf Grund ihres Beharrungsvermögens sträuben sich die Menschen im allgemeinen gegen die Anerkennung einer grundstürzenden Neuerung. Das riesenhafte chinesische Reich hat sich durch Jahrtausende bemüht, jede neue Erfindung fern zu halten. Auch in Rußland hat man anfangs wenig Sympathie für die Einführung des Eisenbahnwesens gezeigt. Der Finanz-

minister des Kaisers Nikolaus I., Kankrin, untersagte den Bau der Eisenbahnen, weil sie die „Unbeständigkeit des Geistes unserer Epoche" vergrößerten. Wie schwer es war, in Deutschland das Verständnis für den Eisenbahnbau zu erwecken, hat der große schwäbische Volkswirt Friedrich List sattsam erfahren. Seinen im Jahre 1832 veröffentlichten Plan, wonach alle größeren Städte Deutschlands durch den Schienenstrang miteinander verbunden werden sollten, hielt man für phantastisch, unausführbar und gefährlich. In Rußland hat hauptsächlich die militärische Notwendigkeit, von der sich die Regierung während des Krimkrieges überzeugte, zum Bau von Eisenbahnen gezwungen.

Dem Aufkommen der Eisenbahnen in Preußen haben die höchsten Offiziere und Beamte mit voller Überzeugung entgegengewirkt. General Aster, die erste Autorität im preußischen Pionierwesen, Postmeister Nagler und Minister Rother waren die heftigsten Gegner des Baues einer Eisenbahn von Berlin nach Potsdam.

Aster war einer der gelehrtesten Offiziere und ein ausgezeichneter Mathematiker. Er war im Jahre 1838 Chef des preußischen Ingenieurkorps und Kurator der Artillerie- und Ingenieurschule zu Berlin geworden. Im Jahre 1844 erhielt er mit dem Schwarzen Adlerorden den erblichen Adel. Seine feindliche Haltung gegen die Eisenbahn hat ihm also durchaus nicht geschadet.

Nagler, der seit 1823 preußischer Generalpostmeister war, begründete das moderne Postwesen in Deutschland. Im Jahre 1836 wurde er zugleich preußischer Staatsminister.

Rother war im Jahre 1820 Chef der Seehandlung und im Jahre 1836 preußischer Finanzminister geworden. Auf finanzpolitischem Gebiete galt er als sehr tüchtig.

Man sollte denken, daß die Bedeutung des Eisenbahnwesens von niemand früher erkannt worden wäre als von dem Chef der preußischen Postverwaltung, besonders nachdem schon seit sechs Jahren in England und Amerika Eisenbahnen existierten. Gleichwohl erklärte der preußische Generalpostmeister Nagler, daß er in den Eisenbahnen neben der Post nur „ein höchst beschränktes und untergeordnetes Kommunikationsmittel" erblicken könne. Kein Offizier hätte den Wert der Eisenbahnen früher begreifen dürfen als der Chef des Pionierkorps.

Das preußische Staatsministerium hat sich bis zum Jahre 1840 dem weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes, dessen erste Linie Berlin—Potsdam am 30. Oktober 1838 eröffnet war, mit aller Macht widersetzt. Als ihm die drei Linien Berlin—Leipzig, Berlin—Anhalt und Berlin—Magdeburg mit dem Gesuch um Konzessionierung vorgeschlagen wurden, lehnte es den Bau ab, mit der Begründung: es hätte ganz genau den Gesamtverkehr zwischen diesen Orten festgestellt und sich überzeugt, daß der Gesamtverkehr zwischen Berlin und diesen Gegenden nicht eine einzige Eisenbahnlinie ernähren könne. Kein Geringerer als der Reichskanzler Fürst von Bismarck hat sich nachträglich am 2. Dezember 1884 im Reichstag über dieses weise Urteil seiner Amtsvorgänger lustig gemacht. Es liegt auch nicht der geringste Grund vor, daran zu zweifeln, daß die damalige statistische Erhebung der preußischen

Regierung mit weniger Gewissenhaftigkeit durchgeführt worden ist, als irgendeine andere. Aber es fehlte den preußischen Ministern und ihren Geheimräten eben an der notwendigen Fähigkeit, das Zeitalter des Dampfes, des Motors auf den Schienen, zu begreifen. Den Widerstand der Minister beseitigte der eisenbahnfreundliche Kronprinz, der spätere König Friedrich Wilhelm IV.

Im Auslande war man übrigens nicht überall gescheiter. In Frankreich erklärte der später so berühmt gewordene Thiers von der ersten Eisenbahn: „Man muß den Parisern dieses Spielzeug schenken, aber es wird niemals einen Reisenden oder ein Gepäckstück transportieren.“ Diese Anschauung ist heute noch die herrschende über den Motor in der Luft. Ein Spielzeug, aber es wird keinen Reisenden und kein Gepäckstück expedieren.

In Bayern stellte das Obermedizinal-Kollegium dem König Ludwig I, als es sich um Genehmigung der am 7. Dezember 1835 eröffneten Nürnberg—Fürther-Eisenbahn handelte, beweglich vor, „der Dampfbetrieb werde bei den Reisenden wie bei den Zuschauenden unfehlbar schwere Gehirnerkrankungen erzeugen, und damit wenigstens die Zuschauer Schutz fänden, möge der Bahnkörper mit einem hohen Bretterzaun umgeben werden.“

Die Mitglieder des Königl. Bayerischen Obermedizinal-Kollegiums ahnten damals nicht, daß nur ihr eigener Verstand noch mit einem hohen Bretterzaun vernagelt war.

Der Widerstand, den die Menschen der Einführung der Eisenbahn entgegenstellten, ist durchaus nicht

überraschend, denn er wurzelt in der Trägheit des Denkens und in der Beschränktheit des Verstandes. Auch in früheren Zeiten hatte man bescheidene Verbesserungen des Verkehrswesens mit ähnlichen Argumenten bekämpft.

Als um das Jahr 1669 in England die Landkutschen aufkamen, wurde diese Neuerung für das größte Mißgeschick erklärt, welches sich je in England ereignet habe. Die Landkutschen würden den gesamten Handel zerstören. Die zahlreichen Gegner führten aus, daß sich die Reisenden in der Zukunft keine Schwerter und Pistolen mehr zu kaufen brauchten, und daß deren Kleider so sehr geschont würden, daß eine Erneuerung viel seltener erforderlich wäre, wie auch der Verbrauch von Wein und Bier in den Gasthöfen bedeutend geringer werden müßte. Die Menschheit selbst würde verweichlichen, da das Reiten abkäme, und damit die Menschen entwöhnt würden, Frost, Hitze, Schnee und Regen zu ertragen. Als die Landkutschen einige Jahre im Gebrauch waren, konnten die Gegner mit statistischem Material aufwarten. Um das Riesenhafte des bevorstehenden nationalen Niederganges darzutun, wurde angeführt, daß zwischen den Städten York, Chester, Exeter und London nicht weniger als 36 Personen wöchentlich reisten, was im Jahre die enorme Zahl von 1872 Personen ergäbe.

Segelschiffe, Landkutschen, Eisenbahnen und Dampfschiffe sind aber nicht so elementare Veränderungen des Verkehrswesens und des menschlichen Lebens wie Motorluftfahrzeuge. Von jeher hat es Menschen gegeben, die den Wunsch hatten, wie der Vogel durch die Luft zu fliegen. Die griechische Sage von

Dädalus und Ikarus und die altnordische Sage vom Schmied Wieland legen hiervon Zeugnis ab.

Der Erfinder der Theorie des Luftballons, der Jesuitenpater Francesco Lana aus Brescia, verrät in seinem im Jahre 1670 erschienenen Buch über das Luftschiff das volle Bewußtsein von der Bedeutung dieser Umwälzung. Er schließt sein Buch mit der Überzeugung, daß Gott es niemals zugeben werde, daß eine solche Maschine mit gutem Erfolge zustande komme, wegen der vielen Folgen, die daraus entstehen möchten — wodurch die bürgerliche Regierung der Menschen beunruhigt werden könnte.

Nachdem die Motorballons und Drachenflieger vorhanden sind, wurzelt der Widerstand teils in der Trägheit, teils in der berechtigten Sorge vor der Gefahr.

In allen Kulturstaaten finden sich breite Kreise einflußreicher Menschen, welche die Einführung dieser Neuerungen gern auf die lange Bank schieben möchten. Hier erweist sich die politische und militärische Eifersucht der Staaten als eine Trägerin des Kulturfortschritts. Wenn die Franzosen sich nicht mit solchem Erfolg und Eifer der Aviatik widmen würden, hätte es in Deutschland noch lange gedauert, bis die Kunst des Fliegens in Aufnahme gekommen wäre. Vielleicht werden auch die Erfolge der Zeppelin, Parseval und Groß dem Weiterbau von Motorballons in Frankreich, der schon einzuschlafen drohte, zugute kommen. Die Invasionsfurcht treibt die konservativen Engländer zur Förderung der Motorluftschiffahrt und mag eine der Ursachen der großen Preise der Daily-Mail sein,

die so viel zur Förderung der Aviatik beigetragen haben.

Als die Londoner Zeitung Daily-Mail im Jahre 1906 einen Preis von 10000 Pfund für einen Überlandflug auf einer Flugmaschine ohne Gasballon von London bis Manchester stiftete, wurde sie im eigenen Lande geradezu verhöhnt, da man eine solche Leistung für unmöglich hielt. Auch in der deutschen und sonstigen kontinentalen Presse finden sich ungezählte Äußerungen, welche die Aussetzungen jenes Preises nicht ernst nahmen. Der Franzose Louis Paulhan erwarb diesen hohen Preis am 28. Juni 1910. Er legte die 296 km betragende Strecke auf seinem Farman-Doppeldecker in 5 Stunden 20 Minuten zurück, unterbrach sie aber durch eine erlaubte Zwischenlandung während der Nacht, da er in Dunkelheit, Kälte und Regen nach einer Fahrt über 183 km am Abend des 27. Juni zur Zwischenlandung gezwungen war.

Sodann setzte die Daily-Mail einen Reisepreis von 1000 Pfund aus, der am 15. August 1910 demjenigen Flieger zufallen sollte, der die meisten Kilometer durch Überlandflüge zurückgelegt hat. Der Preis wurde von der Daily-Mail abermals dem Franzosen Paulhan, der 1255 km zurückgelegt hatte, zugesprochen, während Graham White es nur auf 1221 km gebracht hatte. Der Engländer Graham White war ebenso wie Paulhan auf einem Farman-Doppeldecker am 27. Juni in London zum Wettflug nach Manchester gestartet, mußte aber am nächsten Morgen 16 km vor dem Ziel infolge Motordefekts niedergehen und den Flug endgültig aufgeben.

Schon wenige Monate später sind die Leistungen

der Aviatiker um ein bedeutendes gestiegen. Am 17. August 1910 gewann Leblanc den großen Preis der Pariser Zeitung Matin von 100000 Franks für die in ein halbes Dutzend Teilstrecken zerlegte große Rundfahrt des Ostens bis zur deutschen Grenze. Leblanc brauchte für die 770 km lange Strecke 12 Stunden, 13 Minuten, 22 Sekunden. Aubrun durchflog die 770 km in 13 Stunden, 25 Minuten, 11 Sekunden. Die Fahrt hat rund eine Woche in Anspruch genommen, da in den Zwischenstationen größere aviatische Festlichkeiten stattfanden. Die Leistungsfähigkeit der beiden Flieger, die Piloten Blériots sind, und ihrer Blériot-Eindecker hat aber die Welt in Staunen gesetzt.

Gegenüber diesen Rekordfahrten der Aviatiker treten die größten Leistungen der Motorballons bescheiden zurück, denn es ist eben um vieles leichter mit einem Gasballon große Touren zurückzulegen, als ohne Gasballon. Wer vor 3 Jahren Leistungen dieser Art voraussagte, wurde allenthalben verspottet.

Meine Voraussagen über die Leistungsfähigkeit der Drachenflieger und Motorballons in der Zukunft wurden als unmögliche Phantasien bezeichnet. Die Kreise der Luftschiffer glaubten allenfalls an eine schnelle Entwicklung der Motorballons, aber nirgendwo an eine solche schnelle Entwicklung der Drachenflieger. Man hielt es für eine schwere Verirrung der Phantasie, als ich in meinem Buch „Berlin-Bagdad" Drachenflieger im Jahre 1910 über den Kanal fliegen und 10 Jahre später in eine Höhe von 3000 m im Himalajagebirge aufsteigen ließ. Man meinte, dies sei nur ver-

zeihlich in einem Roman, der niemals zur Wirklichkeit werden würde.

In den ersten Monaten des Jahres 1907 waren selbst alle aeronautische Sachverständige noch der Ansicht, daß Santos Dumont am 12. November 1906 auf seinem Drachenflieger nur einen vom Wind begünstigten Gleitflug gemacht habe, der durch einen glücklichen Zufall 220 m lang gewesen sei. Die Presse wollte nicht an das Aufkommen der „Schwerer als die Luft" glauben. Sie traute aber auch den Motorballons nicht viel zu.

Ein großer Teil der Tagespresse strafte noch während des ganzen Jahres 1907 die Motorluftschiffahrt mit Mißachtung oder behandelte sie nur unter dem Strich im Feuilleton. Ohne Mühe könnte man nicht nur aus jener Zeit, sondern bis in die jüngste Gegenwart hinein ganze Bände von kurzsichtigen und ungläubigen Äußerungen der Presse über die Motorluftschiffahrt zusammenstellen.

Es dürfte nützlicher sein, das Richtige der Nachwelt aufzubewahren, als das Falsche. Die Zahl der Personen, die schon im Jahre 1906 oder in der ersten Hälfte des Jahres 1907 sowohl zur Entwicklung der Motorballons wie zur Entwicklung der Drachenflieger Vertrauen hatten, muß eine sehr geringe sein. Noch im Jahre 1907 hüteten sich die wissenschaftlichen aeronautischen Zeitschriften sorgfältig, Partei für die Gebrüder Wright zu ergreifen und sie gegen Verspottungen oder Angriffe in der Presse zu schützen. Wer an eine schnelle erfolgreiche Entwicklung der Drachenflieger glaubte, wurde einfach ausgelacht.

Unmittelbar nach Erscheinen meines Buches „Ver-

lin-Bagdad das Deutsche Weltreich im Zeitalter der Luftschiffahrt 1910—1931", welches am 17. Januar 1907 von der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart veröffentlicht wurde und in romanhafter Weise die Zukunft schilderte, brachte die Leipziger Illustrierte Zeitung einen von mir verfaßten und mit meinem Namen gezeichneten Artikel „Die Motorluftschiffahrt" in Nummer 3317 vom 24. Januar 1907. Aus diesem Artikel führe ich folgende Sätze an:

„Daß das Rätsel der Motorluftschiffahrt in der Tat gelöst ist, zeigt die wachsende Zahl ganz verschiedenartiger Motorluftschiffe. Die von Gas getragenen Luftschiffe, die leichter sind als Luft, weisen in Frankreich drei und in Deutschland zwei vollkommen lenkbare Systeme auf. Die nicht von Gas getragenen Flugmaschinen, die schwerer sind als Luft, weisen gegenwärtig nur zwei Systeme auf, das des Brasilianers Santos Dumont und das der Gebrüder Wilbur und Orville Wright zu Dayton in Ohio. Alle übrigen Luftschiffe und Flugmaschinen gegenwärtig lebender Erfinder haben ihre Brauchbarkeit noch nicht zu erweisen vermocht. Da die Zahl der Erfinder aber sehr groß ist, und stetig wächst, so kann man damit rechnen, daß die nächsten Jahre sowohl von den „Leichter als die Luft" als von den „Schwerer als die Luft" eine ganze Reihe mehr oder weniger brauchbarer Luftfahrzeuge liefern. Das ungleich schwierigere Problem ist das Fliegen in der Luft ohne Gas, also schwerer als die Luft. Öffentlich in Europa ist mit einem Motor, aber ohne Gas, zum erstenmal Santos-Dumont am 12. November 1906 bei Paris eine Strecke von 210 m geflogen. Die von ihm geleitete Flugmaschine hielt sich

meist in einer Höhe von 3 m über dem Erdboden. Aber die Amerikaner Gebrüder Wright sollen im Jahre 1905 auf ihrer Flugmaschine eine Reihe von Touren zurückgelegt haben, deren längste 32 englische Meilen betrug. Wer die Geschichte der Bestrebungen der Gebrüder Wright verfolgt hat, wird geneigt sein, diesen von einer großen Anzahl einwandfreier Zeugen bestätigten Angaben Glauben zu schenken. Ohne Motor sind die Gebrüder Wright bereits in den Jahren 1900 bis 1902 auf ihren Gleitapparaten oft geflogen und photographiert worden. Man darf der ersten öffentlichen Vorstellung der Gebrüder Wright, die wohl in den kommenden Monaten erfolgen wird, mit größtem Interesse entgegensehen.

Ein Blick in die Zukunft war nie mehr angezeigt, als an der Schwelle des Zeitalters der Luftschiffahrt. In künftigen Zeiten wird man die Größe und den Umfang des Stumpfsinns unserer Tage danach bemessen, inwieweit wir uns eine richtige Vorstellung von den durch das Motorluftfahrzeug gegebenen Umwälzungen gemacht haben. Die Veränderungen, die die Dampfmaschine, die Eisenbahn, der Telegraph, das Telephon und das Automobil in der Welt hervorgebracht haben, sind recht erheblich. Die Einführung all dieser Erfindungen hat aber sehr lange Zeit in Anspruch genommen. In der neueren Zeit bürgern sich Erfindungen schneller ein als früher. Die Motorluftfahrzeuge werden also schneller Verwendung finden als einst die Dampfmaschine, die Spinnmaschine oder die Eisenbahn. Die schnelle Verbreitung wird gefördert durch die geringen Kosten eines Motorluftfahrzeuges."

Die Entwicklung seit dem Januar 1907 hat meine

damalige Voraussage in allen Stücken bestätigt. Insonderheit hat sich die Erfindung der Gebrüder Wright bewährt und ist eine ganze Reihe von brauchbaren Drachenfliegern seitdem gebaut worden. Die Fähigkeiten des Moters in der Luft werden noch heut durch die Ungunst des Wetters begrenzt. Nur bei schönem windstillen oder fast windstillem Wetter kann das Motorluftfahrzeug den Luftozean schnell und sicher durchfahren. Die Fähigkeiten der Motorluftfahrzeuge haben sich aber als so großartig erwiesen, daß selbst die engbegrenzte Zeit der Anwendung sie vollauf bezahlt macht.

Welches sind denn nun die besonderen Eigenschaften des Motorluftfahrzeuges? Diese Frage habe ich bereits in meinem am 31. Mai 1907 erschienenen Buche „Das Zeitalter der Motorluftschiffahrt", S. 13, aufgeworfen und mit folgenden Worten beantwortet:

„Unter mancherlei Eigenschaften steht eine obenan. Diese Eigenschaft ist nur dem Motorluftfahrzeug eigen. Sie bildet ganz eigentlich das Wesen dieses neuen Transportmittels und befähigt es, ein neues Zeitalter einzuleiten. Diese Eigenschaft ist eine magnetische Kraft, sie ist die Tarnkappe der Sage, sie ist der Zaubermantel in Goethes Faust. Sie ist eine Eigenschaft, die seit Urzeiten nur der Gottheit zugeschrieben wird.

Dem Motor in der Luft wohnt die Eigenschaft der Allgegenwart inne. Für den Motor in der Luft ist jeder Punkt sowohl auf dem Lande, als auf dem Wasser, als in der Luft erreichbar. Er ist aber nicht nur erreichbar, sondern er ist auf dem kürzesten Wege,

mit der größten Geschwindigkeit, mit den geringsten Kosten, mit der größten Sicherheit und mit der größten Annehmlichkeit zu erreichen.

Diese Eigenschaften zusammen bilden den Begriff der Allgegenwart. Der Motor in der Luft ist nicht nur allgegenwärtig auf der Erdoberfläche, sondern er ist es auch in der Luft. Bisher erschien es dem Menschen als etwas für Menschen Unmögliches, von den Hindernissen, die sich der Fortbewegung auf der Oberfläche der Erde entgegenstellen, befreit zu sein. Durch den Motor in der Luft erlangt aber der Mensch nicht nur die Herrschaft über die räumliche Ausdehnung der Erdoberfläche, sondern auch über die auf ihr lagernde Atmosphäre in einer Höhe von wohl mehr als 10000 Meter."